

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 20/9093, 20/9647 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung geordneter Kreditweitmärkte und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung weiterer finanzmarktrechtlicher Bestimmungen (Kreditweitmärkteförderungsgesetz)

A. Problem

Im Anschluss an die globale Finanzkrise und aufgrund des dadurch verursachten Rückgangs der Wirtschaftsleistung stellten hohe Bestände notleidender Kredite in den Bilanzen der europäischen Banken ein zentrales Hindernis für eine schnelle Erholung von Finanz- und Realwirtschaft dar. Die dadurch verursachte Belastung des Eigenkapitals und das fehlende Vertrauen privater Geldgeber in eine schnelle Rückkehr der Banken zur Profitabilität schränkten die volkswirtschaftliche Funktion der Banken und ihre Fähigkeit zur Vergabe neuer Kredite ein. Ein effizienter, transparenter und umfassender Sekundärmarkt, auf dem institutionelle Investoren von außerhalb des Kreditbankensektors notleidende Kredite von den Banken erwerben können, kann die Bankbilanzen frühzeitig entlasten und auf Darlehensgeberseite für eine stärkere Risikostreuung sorgen. Gleichzeitig muss durch Anforderungen an Kreditkäufer und an die Dienstleister, die in ihrem Auftrag gegenüber den Darlehensnehmern zur Durchsetzung von Krediten auftreten, und durch die laufende Beaufsichtigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sichergestellt werden, dass die Rechte der Darlehensnehmer gewahrt und gestärkt werden und ihre angemessene Behandlung sichergestellt wird. Um Störungen des Marktes zu vermeiden, dürfen nur Unternehmen mit geeigneter Geschäftsorganisation zugelassen werden.

Mit derselben Zielsetzung, die hohen Bestände an notleidenden Krediten in der Europäischen Union (EU) zu verringern und ihren möglichen künftigen Anstieg zu verhindern, indem Kreditinstitute die Möglichkeit haben, notleidende Kredite auf effizienten, wettbewerbsfähigen und transparenten Sekundärmärkten an andere Akteure zu verkaufen, war bereits der europäische Gesetzgeber tätig geworden: Das vorliegende Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2021 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung der Richtlinie 2008/48/EG

und 2014/17/EU (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 1), im Folgenden „Kreditweitmarkttrichtlinie“. Die Kreditweitmarkttrichtlinie ist Teil des Aktionsplans für den Abbau notleidender Kredite in der EU. Wesentliche Ziele der Kreditweitmarkttrichtlinie sind die Harmonisierung von Anforderungen an die Zulassung von Kreditdienstleistern, die Schaffung eines einheitlichen Rahmens für Kreditkäufer und Kreditdienstleister sowie die Stärkung der Kreditnehmerrechte. Mit der Umsetzung der Kreditweitmarkttrichtlinie besteht für zugelassene Kreditdienstleistungsinstitute auch die Möglichkeit, mit dem Europäischen Pass grenzüberschreitend tätig zu werden.

Zwar ist ein erheblicher Anstieg des Volumens notleidender Kredite in den letzten Jahren unter anderem aufgrund erheblicher staatlicher Unterstützungsleistungen während der COVID-19-Pandemie ausgeblieben, jedoch sind erhöhte Kreditausfallraten typische Begleiterscheinung wirtschaftlicher Abschwungphasen. Aufgrund des Kriegs in der Ukraine, hoher Inflationsraten, steigender Energiepreise und von Lieferkettenproblemen ist insbesondere bei Konsumenten sowie bei kleineren und mittleren Unternehmen zu erwarten, dass sich der bisher rückläufige Trend bei Kreditausfällen und Insolvenzen umkehren wird.

B. Lösung

Das in Artikel 1 dieses Gesetzes enthaltene Kreditweitmarktgesetz schafft ein Erlaubnisverfahren für Anbieter von Kreditdienstleistungen für verkaufte notleidende Bankkredite in Deutschland und regelt den Zugang europäischer Anbieter. Es enthält aufsichtliche Anforderungen unter anderem an Geschäftsorganisation und Risikomanagement bei Anbietern von Kreditdienstleistungen und regelt ihre Verpflichtungen gegenüber den Kreditnehmern. Zum Zweck ihrer Beaufsichtigung erhält die BaFin geeignete Aufsichtsbefugnisse und den Instituten werden Meldepflichten auferlegt. Durch das Gesetz wird ein Register der zugelassenen oder mit einem Europäischen Pass hier tätigen Kreditdienstleistungsinstitute ins Leben gerufen. Gravierende Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dem Gesetz können mit Bußgeldern oder strafrechtlich geahndet werden.

Darüber hinaus empfiehlt der Finanzausschuss folgende Änderungen am Gesetzentwurf:

- Änderungen des Kreditweitmarktgesetzes (Erleichterungen für die Kreditdienstleistungsinstitute)
- Änderung des Pfandbriefgesetzes (Erstreckung des Deckungswertbegriffs für den Hypothekenspfandbrief auf selbständige Schuldversprechen; Erweiterung der Deckungsfähigkeit von gewährleisteten Geldforderungen für den Öffentlichen Pfandbrief auf gestaffelte Gewährleistungsverhältnisse)
- Änderung des DG Bank-Umwandlungsgesetzes (inhaltliche Verweiserweiterung auf das Pfandbriefgesetz)
- Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und des Versicherungsvertragsgesetzes
- Anpassung der Abgabenordnung und anderer Gesetze an das MoPeG (mit befristeter Beibehaltung des Status Quo in der Grunderwerbsteuer)
- Anpassung der Zinsschranke an die EU-Anti-Steuervermeidungsrichtlinie (ATAD)
- Datenaustausch zwischen den Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern; Verschiebung der Einführung des neuen Verfahrens um zwei Jahre

- Streichung der Besteuerung der Dezemberhilfe 2022
- Folgeänderungen im Lohnsteuerabzugsverfahren

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine. Für die Schaffung einer Aufsicht über Kreditdienstleister, EU-weit geltende Anforderungen sowie bußgeld- und strafbewehrte Verbote ist ein förmliches Gesetz erforderlich. Durch das Gesetz werden die Vorgaben der Kreditrichtlinie in nationales Recht übertragen. Zur fristgerechten Umsetzung dieser europäischen Rechtsakte in nationales Recht hat sich die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Zusätzliche Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand infolge des Gesetzes sind für Bund, Länder und Gemeinden nicht zu erwarten.

Die Annahme der vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen am Gesetzentwurf führt zu den folgenden Steuererhöhr-/mindereinnahmen:

(Steuererhöhr- (+)/-mindereinnahmen (-) in Mio. Euro)

Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung*	Kassenjahr					
		2023	2024	2025	2026	2027	2028
Insgesamt	- 30	.	- 10	+ 110	+ 245	+ 175	+ 155
Bund	- 30	.	- 10	+ 40	+ 93	+ 64	+ 55
Länder	- 24	.	.	+ 37	+ 88	+ 57	+ 49
Gemeinden	+ 24	.	.	+ 33	+ 64	+ 54	+ 51

* Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-)Zeitraum von zwölf Monaten.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft entsteht aufgrund von nationalen Regelungen ein zusätzlicher wiederkehrender Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 404 000 Euro jährlich. Diese Belastung fließt in die „One in, one out“-Bilanz ein.

Aufgrund der Umsetzung von EU-Vorgaben entsteht ein wiederkehrender Erfüllungsaufwand von rund 4 Mio. Euro für die Wirtschaft.

Durch notwendige Umstellungen entsteht für die Wirtschaft zudem ein einmaliger Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 2,5 Mio. Euro.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Durch nationale Vorschriften fallen vom wiederkehrenden Erfüllungsaufwand rund 16 000 Euro durch Informationspflichten an.

Durch die EU-Vorgaben entstehen jährliche Informationspflichten in Höhe von etwa 3,5 Mio. Euro und einmalige Informationspflichten von rund 175 000 Euro.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht ein wiederkehrender Erfüllungsaufwand in Höhe von rund 238 000 Euro jährlich aufgrund von nationalen Regelungen. Durch die Umstellung erhöht sich der Erfüllungsaufwand im Saldo einmalig um rund 11 000 Euro. Der Aufwand entsteht bei der Bundesverwaltung; für Länder und Kommunen fallen keine Kosten an.

Durch die EU-Vorgaben entsteht ein wiederkehrender Erfüllungsaufwand für die Verwaltung in Höhe von etwa 2,4 Mio. Euro und einmaliger Aufwand von rund 320 000 Euro.

F. Weitere Kosten

Im Rahmen der Finanzierung der BaFin entstehen den Kreditdienstleistungsinstituten zusätzliche Kosten durch eine Umlage. Darüber hinaus werden die Kosten für Unternehmen und Verbraucher durch dieses Gesetz nicht unmittelbar berührt. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind daher nicht zu erwarten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksachen 20/9093, 20/9647 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Der Finanzausschuss

Alois Rainer
Vorsitzender

Lennard Oehl
Berichtersteller

Antje Tillmann
Berichterstellerin

Zusammenstellung

des Entwurfs eines Gesetzes zur Förderung geordneter Kreditweitmärkte und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung weiterer finanzmarktrechtlicher Bestimmungen (Kreditweitmärktförderungsgesetz)
– Drucksachen 20/9093, 20/9647 –
mit den Beschlüssen des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes zur Förderung geordneter Kreditweitmärkte und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung weiterer finanzmarktrechtlicher Bestimmungen	Entwurf eines Gesetzes zur Förderung geordneter Kreditweitmärkte und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung weiterer finanzmarktrechtlicher Bestimmungen
(Kreditweitmärktförderungsgesetz)*	(Kreditweitmärktförderungsgesetz)*
Vom ...	Vom ...
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
Artikel 1 Gesetz über den Zweitmarkt für notleidende Kredite und über Kreditdienstleistungsinstitute (Kreditweitmärktgesetz – KrZwMG)	Artikel 1 un verändert
Artikel 2 Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs	Artikel 2 un verändert
Artikel 3 Änderung der Zivilprozessordnung	Artikel 3 un verändert
Artikel 4 Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes	Artikel 4 un verändert
Artikel 5 Änderung der Finanzdienstleistungsaufsichtsgebührenverordnung	Artikel 5 un verändert
Artikel 6 Änderung des Kreditwesengesetzes	Artikel 6 un verändert
Artikel 7 Änderung des Wertpapierinstitutsgesetzes	Artikel 7 un verändert
Artikel 8 Änderung der Gewerbeordnung	Artikel 8 un verändert
Artikel 9 Änderung des Pfandbriefgesetzes	Artikel 9 un verändert

* Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2021 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 1).

Entwurf		Beschlüsse des 7. Ausschusses	
Artikel 10	Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes	Artikel 10	unverändert
Artikel 11	Änderung des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes	Artikel 11	unverändert
Artikel 12	Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs	Artikel 12	unverändert
Artikel 13	Änderung des Restrukturierungsfondsgesetzes	Artikel 13	unverändert
Artikel 14	Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Artikel 14	unverändert
<i>Artikel 15</i>	<i>Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes</i>	Artikel 15	entfällt
<i>Artikel 16</i>	<i>Änderung des DSL Bank-Umwandlungsgesetzes</i>	Artikel 15	unverändert
<i>Artikel 17</i>	<i>Änderung des DG Bank-Umwandlungsgesetzes</i>	Artikel 16	unverändert
<i>Artikel 18</i>	<i>Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank</i>	Artikel 17	unverändert
<i>Artikel 19</i>	<i>Änderung der Anzeigenverordnung</i>	Artikel 18	unverändert
		Artikel 19	Änderung des Einkommensteuergesetzes
		Artikel 20	Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes
		Artikel 21	Änderung des Körperschaftsteuergesetzes
		Artikel 22	Änderung des Gewerbesteuergesetzes
		Artikel 23	Änderung der Abgabenordnung
		Artikel 24	Weitere Änderung der Abgabenordnung
		Artikel 25	Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
		Artikel 26	Weitere Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
		Artikel 27	Änderung der Finanzgerichtsordnung
		Artikel 28	Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes
		Artikel 29	Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes
		Artikel 30	Weitere Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes
		Artikel 31	Änderung des Bewertungsgesetzes

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Artikel 32 Änderung des Bodenschätzungsgesetzes
	Artikel 33 Weitere Änderung des Bodenschätzungsgesetzes
	Artikel 34 Folgeänderungen
	Artikel 35 Neubekanntmachung der Abgabenordnung
<i>Artikel 20</i> Inkrafttreten	Artikel 36 un verändert
Anlage Anhang zu Artikel 19 Nummer 3	Anlage Anhang zu Artikel 18 Nummer 3
Artikel 1	Artikel 1
Gesetz über den Zweitmarkt für notleidende Kredite und über Kreditdienstleistungsinstitute	Gesetz über den Zweitmarkt für notleidende Kredite und über Kreditdienstleistungsinstitute
(Kreditweitmarktgesetz – KrZwMG)	(Kreditweitmarktgesetz – KrZwMG)
Inhaltsübersicht	Inhaltsübersicht
Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften	Abschnitt 1 un verändert
§ 1 Anwendungsbereich; Verhältnis zum Rechtsdienstleistungsgesetz	§ 1 un verändert
§ 2 Begriffsbestimmungen	§ 2 un verändert
§ 3 Aufgaben und allgemeine Befugnisse der Bundesanstalt; Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank und der zuständigen Behörde nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz	§ 3 un verändert
§ 4 Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden anderer Vertragsstaaten	§ 4 un verändert
§ 5 Verschwiegenheitspflicht	§ 5 un verändert
Abschnitt 2 Kreditkauf	Abschnitt 2 un verändert
§ 6 Informations- und Mitteilungspflichten des verkaufenden Kreditinstituts; Verordnungsermächtigung	§ 6 un verändert
§ 7 Pflichten des Kreditkäufers	§ 7 un verändert

Entwurf		Beschlüsse des 7. Ausschusses	
§ 8	Mitteilungspflichten des Kreditkäufers; Verordnungsermächtigung	§ 8	u n v e r ä n d e r t
§ 9	Vertreter von Kreditkäufern aus einem Drittstaat; Verordnungsermächtigung	§ 9	u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 3 E r b r i n g u n g v o n K r e d i t d i e n s t - l e i s t u n g e n		A b s c h n i t t 3 u n v e r ä n d e r t	
U n t e r a b s c h n i t t 1 E r l a u b n i s ; O r g a n i s a t i o n s p f l i c h t e n ; G e s c h ä f t s l e i t e r ; M i t g l i e d e r d e s V e r w a l t u n g s - o d e r A u f s i c h t s o r g a n s ; I n h a b e r b e d e u t e n d e r B e t e i l i g u n g e n		U n t e r a b s c h n i t t 1 u n v e r ä n d e r t	
§ 10	Erlaubnis; Verordnungsermächtigung	§ 10	u n v e r ä n d e r t
§ 11	Erlaubnisfreie Erbringung von Kreditdienstleistungen	§ 11	u n v e r ä n d e r t
§ 12	Versagung der Erlaubnis	§ 12	u n v e r ä n d e r t
§ 13	Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis	§ 13	u n v e r ä n d e r t
§ 14	Organisationspflichten	§ 14	u n v e r ä n d e r t
§ 15	Geschäftsleiter; Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans	§ 15	u n v e r ä n d e r t
§ 16	Inhaber bedeutender Beteiligungen; Verordnungsermächtigung	§ 16	u n v e r ä n d e r t
U n t e r a b s c h n i t t 2 E n t g e g e n n a h m e u n d H a l t e n v o n M i t t e l n		U n t e r a b s c h n i t t 2 u n v e r ä n d e r t	
§ 17	Entgegennahme und Halten von Mitteln	§ 17	u n v e r ä n d e r t
U n t e r a b s c h n i t t 3 K r e d i t d i e n s t l e i s t u n g s v e r e i n b a r u n g		U n t e r a b s c h n i t t 3 u n v e r ä n d e r t	
§ 18	Kreditdienstleistungsvereinbarung	§ 18	u n v e r ä n d e r t
§ 19	Aufbewahrungspflichten	§ 19	u n v e r ä n d e r t
U n t e r a b s c h n i t t 4 A u s l a g e r u n g		U n t e r a b s c h n i t t 4 u n v e r ä n d e r t	
§ 20	Auslagerung von Kreditdienstleistungen	§ 20	u n v e r ä n d e r t

Entwurf		Beschlüsse des 7. Ausschusses	
§ 21	Unterrichtungspflichten; Verordnungsermächtigung	§ 21	u n v e r ä n d e r t
§ 22	Aufbewahrungspflichten	§ 22	u n v e r ä n d e r t
Unterabschnitt 5 Europäischer Pass		Unterabschnitt 5 u n v e r ä n d e r t	
§ 23	Grenzüberschreitende Erbringung von Kreditdienstleistungen von Unternehmen mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat	§ 23	u n v e r ä n d e r t
§ 24	Grenzüberschreitende Erbringung von Kreditdienstleistungen durch inländische Kreditdienstleistungsinstitute; Verordnungsermächtigung	§ 24	u n v e r ä n d e r t
§ 25	Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger Kreditdienstleistungsinstitute	§ 25	u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 4 R e g i s t e r		A b s c h n i t t 4 u n v e r ä n d e r t	
§ 26	Register der zugelassenen Institute; Verordnungsermächtigung	§ 26	u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 5 R i s i k o b e w e r t u n g		A b s c h n i t t 5 u n v e r ä n d e r t	
§ 27	Risikobewertung; Informationsaustausch	§ 27	u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 6 V e r h a l t e n s v o r s c h r i f t e n ; I n f o r m a t i o n s p f l i c h t e n		A b s c h n i t t 6 u n v e r ä n d e r t	
§ 28	Beziehung zu Kreditnehmern	§ 28	u n v e r ä n d e r t
§ 29	Beschwerden bei einem Kreditdienstleister	§ 29	u n v e r ä n d e r t
§ 30	Pflichten zur Information des Kreditnehmers	§ 30	u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 7 B e a u f s i c h t i g u n g		A b s c h n i t t 7 u n v e r ä n d e r t	
§ 31	Auskunftspflichten	§ 31	u n v e r ä n d e r t
§ 32	Vorlage von Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfungsberichten	§ 32	u n v e r ä n d e r t

Entwurf		Beschlüsse des 7. Ausschusses	
§ 33	Bestellung des Abschlussprüfers in besonderen Fällen	§ 33	unverändert
§ 34	Prüfungspflichten; Verordnungsermächtigung	§ 34	unverändert
§ 35	<i>Unterjährige Meldungen über die Geschäftsentwicklung; Verordnungsermächtigung</i>	§ 35	entfällt
§ 36	Anzeigepflichten der Kreditdienstleistungsinstitute; Verordnungsermächtigung	§ 35	unverändert
§ 37	Maßnahmen bei Gefahren und Insolvenzantrag	§ 36	unverändert
§ 38	Befugnisse der Bundesanstalt	§ 37	unverändert
§ 39	Untersagung unerlaubter Kreditdienstleistungen	§ 38	unverändert
§ 40	Verfolgung unerlaubter Kreditdienstleistungen	§ 39	unverändert
§ 41	Beschwerden über Kreditdienstleistungsinstitute, Kreditkäufer und Auslagerungsunternehmen	§ 40	unverändert
§ 42	Bekanntmachung von Maßnahmen; öffentliche Warnungen	§ 41	unverändert
§ 43	Sofortige Vollziehbarkeit; elektronische Bekanntgabe	§ 42	unverändert
Abschnitt 8 Straf- und Bußgeldvorschriften		Abschnitt 8 unverändert	
§ 44	Strafvorschriften	§ 43	unverändert
§ 45	Bußgeldvorschriften	§ 44	unverändert
§ 46	Mitteilungen in Strafsachen	§ 45	unverändert
Abschnitt 9 Übergangsbestimmungen		Abschnitt 9 unverändert	
§ 47	Übergangsbestimmungen	§ 46	unverändert

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Abschnitt 1	Abschnitt 1
Allgemeine Vorschriften	Allgemeine Vorschriften
§ 1	§ 1
Anwendungsbereich; Verhältnis zum Rechtsdienstleistungsgesetz	Anwendungsbereich; Verhältnis zum Rechtsdienstleistungsgesetz
(1) Dieses Gesetz regelt die Pflichten von Kreditinstituten als Verkäufer notleidender Kredite, die Pflichten von Käufern notleidender Kredite, die Anforderungen an die Erbringung von Kreditdienstleistungen für die Käufer notleidender Kredite und die Aufsicht über Kreditdienstleistungsinstitute. Es regelt zudem die Anwendung des Rechtsdienstleistungsgesetzes auf Kreditdienstleistungen.	(1) u n v e r ä n d e r t
(2) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf	(2) u n v e r ä n d e r t
1. die Erbringung von Kreditdienstleistungen im Zusammenhang mit einem Kreditvertrag, der nicht von einem in einem Vertragsstaat niedergelassenen Kreditinstitut gewährt wurde, oder im Zusammenhang mit den Ansprüchen eines Kreditgebers aus einem solchen Kreditvertrag, es sei denn, der Kreditvertrag oder die Ansprüche des Kreditgebers hieraus werden durch einen neuen Kreditvertrag ersetzt, der von einem solchen Kreditinstitut gewährt wird,	
2. die Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten durch einen Rechtsanwalt oder eine rechtsanwaltschaftliche Berufsausübungsgesellschaft,	
3. die Tätigkeit der Gerichtsvollzieher und	
4. den Erwerb eines Kreditvertrags oder die Abtretung der Ansprüche eines Kreditgebers aus einem Kreditvertrag oder Kreditdienstleistungen hinsichtlich eines Kreditvertrags, wenn der erstmalige Erwerb oder die erstmalige Abtretung vor dem 30. Dezember 2023 stattgefunden hat, und Kreditdienstleistungen betreffend einen solchen Kreditvertrag.	
(3) Teil 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes findet vorbehaltlich § 15 Absatz 4, § 28 Absatz 2, § 30 Absatz 2 und § 47 Absatz 1 Satz 2 auf Kreditdienstleister, soweit sie Kreditdienstleistungen erbringen, die diesem Gesetz unterfallen, keine Anwendung.	(3) Teil 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes findet vorbehaltlich § 15 Absatz 4, § 28 Absatz 2, § 30 Absatz 2 und § 46 Absatz 1 Satz 2 auf Kreditdienstleister, soweit sie Kreditdienstleistungen erbringen, die diesem Gesetz unterfallen, keine Anwendung.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 2	§ 2
Begriffsbestimmungen	u n v e r ä n d e r t
(1) Für dieses Gesetz gelten die Begriffsbestimmungen der Absätze 2 bis 24.	
(2) Kreditdienstleistungsinstitute sind Unternehmen, die im Namen des Kreditkäufers gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, eine Kreditdienstleistung erbringen. Nicht als Kreditdienstleistungsinstitute gelten	
1. im Inland niedergelassene Kreditinstitute mit Erlaubnis zum Betreiben des Kreditgeschäfts oder in einem anderen Vertragsstaat niedergelassene CRR-Kreditinstitute,	
2. nach den Vorschriften des Kapitalanlagegesetzbuchs zugelassene oder registrierte Kapitalverwaltungsgesellschaften, EU-Verwaltungsgesellschaften und intern verwaltete Investmentgesellschaften im Sinne des § 1 Absatz 12 des Kapitalanlagegesetzbuchs sowie	
3. Nichtkreditinstitute, die der Beaufsichtigung durch eine zuständige Behörde eines Vertragsstaats nach Artikel 20 der Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates (ABl. L 133 vom 22.5.2008, S. 66; L 207 vom 11.8.2009, S. 14; L 199 vom 31.7.2010, S. 40; L 234 vom 10.9.2011, S. 46), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2021/2167 (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 1) geändert worden ist, oder Artikel 35 der Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34; L 47 vom 20.2.2015, S. 34; L 246 vom 23.9.2015, S. 11), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2021/2167 (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 1) geändert worden ist, unterliegen, wenn sie in diesem Vertragsstaat tätig sind.	
(3) Kreditdienstleistungen sind unter der Voraussetzung, dass ein notleidender Kreditvertrag oder Ansprüche des Kreditgebers hieraus durch einen Kreditkäufer erworben wurden,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. das Einziehen und die Durchsetzung fälliger Zahlungsansprüche und anderer Ansprüche des Kreditgebers aus dem Vertrag,	
2. die Neuverhandlung von sich aus dem Vertrag ergebenden Rechten, Pflichten oder sonstigen wesentlichen Bedingungen, entsprechend den Anweisungen des Kreditkäufers, sofern das die Dienstleistung erbringende Unternehmen kein Kreditvermittler ist im Sinne	
a) des Artikels 3 Buchstabe f der Richtlinie 2008/48/EG oder	
b) des Artikels 4 Nummer 5 der Richtlinie 2014/17/EU,	
3. die Bearbeitung von im Zusammenhang mit dem Vertrag stehenden Beschwerden und	
4. die Unterrichtung des Kreditnehmers über im Zusammenhang mit dem Vertrag stehende Änderungen der Zinssätze, Belastungen oder fälligen Zahlungen.	
(4) Kreditdienstleister sind Kreditdienstleistungsinstitute sowie, wenn sie Kreditdienstleistungen für einen Kreditkäufer erbringen,	
1. im Inland niedergelassene Kreditinstitute mit Erlaubnis zum Erbringen des Kreditgeschäfts oder in einem anderen Vertragsstaat niedergelassene CRR-Kreditinstitute und	
2. Nichtkreditinstitute, die der Beaufsichtigung durch eine zuständige Behörde eines Vertragsstaats nach Artikel 20 der Richtlinie 2008/48/EG oder Artikel 35 der Richtlinie 2014/17/EU unterliegen, wenn sie in diesem Vertragsstaat tätig sind.	
(5) Kreditkäufer sind Personen oder Unternehmen, die keine Kreditinstitute mit Erlaubnis zum Erbringen des Kreditgeschäfts sind und in Ausübung ihrer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit einen notleidenden Kreditvertrag oder Ansprüche des Kreditgebers hieraus erwerben.	
(6) Kreditdienstleistungsvereinbarungen sind Verträge zwischen einem Kreditkäufer und einem Kreditdienstleister über die vom Kreditdienstleister im Namen des Kreditkäufers zu erbringenden Dienstleistungen.	
(7) Auslagerungsunternehmen sind Unternehmen, auf die ein Kreditdienstleister Aktivitäten und Prozesse zur Durchführung von Kreditdienstleistungen	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
ausgelagert hat, sowie deren Subunternehmen bei Weiterverlagerungen von Aktivitäten und Prozessen, die für die Durchführung von Kreditdienstleistungen wesentlich sind.	
(8) Kreditinstitute sind Kreditinstitute im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes, einschließlich als Kreditinstitut geltender Zweigstellen im Sinne des § 53 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes.	
(9) CRR-Kreditinstitute sind CRR-Kreditinstitute im Sinne des § 1 Absatz 3d des Kreditwesengesetzes.	
(10) Kreditgeschäft ist das Kreditgeschäft im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes.	
(11) Kreditgeber ist das Kreditinstitut, das den notleidenden Kredit gewährt hat, oder nach dessen Erwerb der Kreditkäufer.	
(12) Kreditnehmer sind Personen oder Unternehmen, die mit einem Kreditinstitut einen Kreditvertrag geschlossen haben, einschließlich ihrer Rechtsnachfolger oder Zessionare.	
(13) Kreditvertrag ist ein Vertrag in ursprünglicher, geänderter oder ersetzter Form, durch den ein Kreditinstitut einen Kredit in Form eines Zahlungsaufschubs, eines Darlehens oder einer sonstigen ähnlichen Finanzierungshilfe gewährt.	
(14) Herkunftsmitgliedstaat ist	
1. bezogen auf ein Kreditdienstleistungsinstitut der Vertragsstaat, in dem sich der satzungsmäßige Sitz des Kreditdienstleistungsinstituts befindet, oder, sofern es nach seinem nationalen Recht keinen satzungsmäßigen Sitz hat, der Vertragsstaat, in dem sich seine Hauptverwaltung befindet, und	
2. bezogen auf einen Kreditkäufer der Vertragsstaat, in dem der Kreditkäufer oder sein Vertreter wohnhaft ist, in dem sich der satzungsmäßige Sitz des Kreditkäufers oder Vertreters befindet oder, sofern der Kreditkäufer oder sein Vertreter nach seinem nationalen Recht keinen satzungsmäßigen Sitz hat, in dem sich die Hauptverwaltung des Kreditkäufers oder Vertreters befindet.	
(15) Aufnahmemitgliedstaat ist ein anderer Vertragsstaat als der Herkunftsmitgliedstaat,	
1. in dem ein Kreditdienstleistungsinstitut eine Zweigniederlassung hat oder Kreditdienstleistungen erbringt sowie	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>2. in dem der Kreditnehmer eines Kreditvertrags wohnhaft ist, in dem sich der satzungsmäßige Sitz des Kreditnehmers befindet oder, sofern der Kreditnehmer nach seinem nationalen Recht keinen satzungsmäßigen Sitz hat, in dem sich seine Hauptverwaltung befindet.</p>	
<p>(16) Zweigniederlassung ist eine Geschäftsstelle, die nicht die Hauptverwaltung ist und die einen Teil eines Kreditdienstleistungsinstituts bildet, keine eigene Rechtspersönlichkeit hat und unmittelbar sämtliche oder einen Teil der Geschäfte betreibt, die mit der Tätigkeit des Kreditdienstleistungsinstituts verbunden sind. Alle Geschäftsstellen eines Kreditdienstleistungsinstituts mit Hauptverwaltung in einem anderen Vertragsstaat, die sich in einem Vertragsstaat befinden, gelten als eine einzige Zweigniederlassung.</p>	
<p>(17) Verbraucher sind Verbraucher im Sinne des § 13 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.</p>	
<p>(18) Notleidende Kreditverträge sind Kreditverträge, die als notleidende Risikopositionen im Sinne des Artikels 47a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012 (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 1; L 208 vom 2.8.2013, S. 68; L 321 vom 30.11.2013, S. 6; L 193 vom 21.7.2015, S. 166; L 20 vom 25.1.2017, S. 3), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2022/2060 (ABl. L 276 vom 26.10.2022, S. 60) geändert worden ist, eingestuft werden.</p>	
<p>(19) Geschäftsleiter sind diejenigen natürlichen Personen, die nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Führung der Geschäfte und zur Vertretung eines Kreditdienstleistungsinstituts berufen sind.</p>	
<p>(20) Eine bedeutende Beteiligung ist eine bedeutende Beteiligung im Sinne des § 1 Absatz 9 des Kreditwesengesetzes.</p>	
<p>(21) Zuständige Behörde ist</p>	
<p>1. im Inland die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) und</p>	
<p>2. im Ausland eine nach dortigem nationalen Recht offiziell anerkannte Behörde oder öffentliche Stelle eines Vertragsstaats, die nach dortigem nationalen Recht im Rahmen des dort geltenden Systems mit der Aufsicht über Kreditdienstleister und Kreditkäufer nach der Richtlinie (EU) 2021/2167 des Europäischen Parlaments und des</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Rates vom 24. November 2021 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer sowie zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU (ABl. L 438 vom 8.12.2021, S. 1) betraut ist.	
(22) Vertragsstaat ist ein Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum.	
(23) Drittstaaten sind alle Staaten, die keine Vertragsstaaten sind.	
(24) Vertreter ist der nach § 9 Absatz 1 Satz 1 bestellte Vertreter.	
§ 3	§ 3
Aufgaben und allgemeine Befugnisse der Bundesanstalt; Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank und der zuständigen Behörde nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Bundesanstalt übt die Aufsicht über die Kreditinstitute, die Kreditdienstleister, die Kreditkäufer und deren Vertreter sowie die Auslagerungsunternehmen nach den Vorschriften dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sowie aller weiteren Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 aus. Sie ist zuständige Behörde im Sinne des Artikels 21 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2021/2167.	
(2) Die Bundesanstalt und die Deutsche Bundesbank arbeiten nach Maßgabe dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen zusammen. § 7 Absatz 1 Satz 2 bis 4 und Absatz 1a bis 5 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend.	
(3) Die Bundesanstalt entscheidet in Zweifelsfällen, dass ein Unternehmen den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegt. Als Zweifelsfall gilt insbesondere jeder Fall, bei dem die Einstufung eines Unternehmens als Kreditdienstleister, Kreditkäufer oder Auslagerungsunternehmen zwischen dem Betreiber des Unternehmens und der Bundesanstalt oder einer anderen Verwaltungsbehörde streitig ist. Die Entscheidungen der Bundesanstalt binden die anderen Verwaltungsbehörden.	
(4) Die Bundesanstalt kann im Rahmen der ihr gesetzlich zugewiesenen Aufgaben gegenüber einem Kreditinstitut, Kreditdienstleister, Kreditkäufer oder dessen Vertreter oder Auslagerungsunternehmen und deren Geschäftsleitern Anordnungen treffen, die geeig-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>net und erforderlich sind, um Verstöße gegen Vorschriften dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen zu verhindern oder zu unterbinden, insbesondere um Missstände in einem solchen Unternehmen zu verhindern oder zu beseitigen, welche die Sicherheit der dem Kreditdienstleister anvertrauten Vermögenswerte gefährden oder die ordnungsgemäße Erbringung von Kreditdienstleistungen beeinträchtigen können.</p>	
<p>(5) Die Bundesanstalt und das Bundesamt für Justiz wirken zusammen auf eine widerspruchsfreie Aufsichtspraxis über Kreditdienstleistungen und Inkassodienstleistungen nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz hin, soweit für diese Tätigkeiten vergleichbare gesetzliche Anforderungen gelten.</p>	
<p>§ 4</p>	<p>§ 4</p>
<p>Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden anderer Vertragsstaaten</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Die Bundesanstalt und die Deutsche Bundesbank arbeiten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz mit den zuständigen Behörden anderer Vertragsstaaten zusammen, wenn es für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben, insbesondere die Erfüllung ihrer Pflichten oder die Ausübung ihrer Befugnisse im Rahmen der nationalen Bestimmungen zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167, erforderlich ist. Die Bundesanstalt und die Deutsche Bundesbank koordinieren ihre Maßnahmen mit den zuständigen Behörden anderer Vertragsstaaten, insbesondere im Hinblick auf die grenzüberschreitende Tätigkeit von Kreditdienstleistungsinstituten.</p>	
<p>(2) Die Bundesanstalt und die Deutsche Bundesbank übermitteln den zuständigen Behörden anderer Vertragsstaaten auf Anfrage in angemessener Frist die Informationen, die sie zur Wahrnehmung der in den dortigen nationalen Bestimmungen zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 festgelegten Aufgaben benötigen.</p>	
<p>(3) § 8 Absatz 5 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend.</p>	
<p>§ 5</p>	<p>§ 5</p>
<p>Verschwiegenheitspflicht</p>	<p>u n v e r ä n d e r t</p>
<p>Die Bundesanstalt und die Deutsche Bundesbank dürfen vertrauliche Angaben, die sie in Wahrnehmung</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erhalten, lediglich im Rahmen dieser Aufgaben verarbeiten. Die bei der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank beschäftigten Personen, die nach diesem Gesetz bestellten Aufsichtspersonen und die nach § 4 Absatz 3 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes beauftragten Personen dürfen die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Daten, deren Geheimhaltung im Interesse eines Kreditdienstleisters, eines Kreditkäufers oder dessen Vertreters, eines Auslagerungsunternehmens, einer zuständigen Behörde oder eines Dritten liegt, insbesondere Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, nicht unbefugt offenbaren oder verwerten. Im Übrigen gilt § 9 des Kreditwesengesetzes entsprechend.</p>	
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 2</p>	<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 2</p>
<p style="text-align: center;">K r e d i t k a u f</p>	<p style="text-align: center;">u n v e r ä n d e r t</p>
<p style="text-align: center;">§ 6</p>	
<p style="text-align: center;">Informations- und Mitteilungspflichten des verkaufenden Kreditinstituts; Verordnungsermächtigung</p>	
<p>(1) Ein Kreditinstitut hat einem potenziellen Kreditkäufer vor Abschluss einer Vereinbarung über den Erwerb eines notleidenden Kreditvertrags oder der Ansprüche des Kreditgebers hieraus die Informationen über den notleidenden Kreditvertrag oder die Ansprüche eines Kreditgebers hieraus sowie über die etwaigen Sicherheiten zur Verfügung zu stellen, die der potenzielle Kreditkäufer benötigt, um vor Abschluss der Vereinbarung den Wert des Vertrags oder der Ansprüche hieraus sowie die Wahrscheinlichkeit, dass der Wert realisiert werden kann, selbst beurteilen zu können. Der potenzielle Kreditkäufer hat den Schutz der vom Kreditinstitut zur Verfügung gestellten Informationen und die vertrauliche Behandlung der Geschäftsdaten sicherzustellen.</p>	
<p>(2) Die Informationen nach Absatz 1 sind nach Maßgabe der nach Artikel 16 der Richtlinie (EU) 2021/2167 erlassenen technischen Durchführungsstandards zu übermitteln. Satz 1 gilt auch, wenn Kreditinstitute einen notleidenden Kreditvertrag oder Ansprüche eines Kreditgebers hieraus auf andere Kreditinstitute übertragen. Die Kreditinstitute müssen die Datenvorlagen aus den technischen Durchführungsstandards für die Übermittlung von Informationen zwischen Kreditinstituten nur verwenden, wenn nur der notleidende</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Kreditvertrag selbst oder nur Ansprüche eines Kreditgebers aus einem notleidenden Kreditvertrag übertragen werden; insbesondere müssen die Datenvorlagen nicht im Fall der Übertragung von Kreditverträgen oder Ansprüchen verwendet werden, die Teil einer komplexen Transaktion ist.	
(3) Kreditinstitute, die notleidende Kreditverträge oder Ansprüche des Kreditgebers hieraus auf einen Kreditkäufer übertragen, haben halbjährlich mindestens folgende Daten zu den seit der letzten Mitteilung übertragenen Kreditverträgen oder Ansprüchen hieraus mitzuteilen:	
1. die Rechtsträgerkennung des Kreditkäufers oder, wenn ein Vertreter bestellt wurde, seines Vertreters oder bei fehlender Rechtsträgerkennung	
a) den Namen des Kreditkäufers oder seines Vertreters,	
b) die Namen der Geschäftsleiter und der Mitglieder des Verwaltungs- oder des Aufsichtsorgans des Kreditkäufers sowie die Namen der Personen, die bedeutende Beteiligungen am Kreditkäufer halten, sowie	
c) die Anschrift des Kreditkäufers oder seines Vertreters,	
2. den aggregierten offenen Betrag der übertragenen notleidenden Kreditverträge oder Ansprüche,	
3. die Anzahl und das Volumen der übertragenen notleidenden Kreditverträge oder Ansprüche sowie	
4. Angaben dazu, ob die Übertragung einen mit Verbrauchern abgeschlossenen notleidenden Kreditvertrag oder Ansprüche hieraus umfasst, und Angaben dazu, durch welche Art von Vermögenswerten der notleidende Kreditvertrag gegebenenfalls besichert ist.	
Die Mitteilung nach Satz 1 hat zu erfolgen	
1. an die Bundesanstalt und die Deutsche Bundesbank oder	
2. an die Europäische Zentralbank, soweit sie nach der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 63; L 218 vom 19.8.2015, S. 82) als zuständige Behörde zur Beaufsichtigung des Kreditinstituts gilt,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
sowie, falls vorhanden, an die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats im Sinne des § 2 Absatz 15 Nummer 2.	
(4) Sofern erforderlich, etwa um eine hohe Zahl von Übertragungen, insbesondere während einer Krise, besser überwachen zu können, kann die Bundesanstalt anordnen, dass die Daten nach Absatz 3 Satz 1 vierteljährlich zu übermitteln sind.	
(5) Sofern ein anderer Staat als die Bundesrepublik Deutschland Herkunftsmitgliedstaat des Kreditkäufers ist, leitet die Bundesanstalt Daten nach Absatz 3 Satz 1, die sie als zuständige Behörde des Aufnahmemitgliedstaats erhält, sowie alle etwaigen anderen Daten, die sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz für notwendig erachtet, umgehend an die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats des Kreditkäufers weiter.	
(6) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über Art, Umfang und Form der Daten nach Absatz 3 Satz 1 zu erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditinstitute anzuhören.	
§ 7	
Pflichten des Kreditkäufers	
(1) Ein Kreditkäufer, der nicht Kreditdienstleister ist, hat bei Abschluss einer Vereinbarung über den Erwerb eines notleidenden Kreditvertrags oder der Ansprüche des Kreditgebers hieraus einen Kreditdienstleister zu beauftragen, um Kreditdienstleistungen im Zusammenhang mit dem notleidenden Kreditvertrag oder den Ansprüchen hieraus durchzuführen, sofern der Kreditvertrag mit einer der folgenden Personen geschlossen worden ist:	
1. natürlichen Personen oder	
2. Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen im Sinne des Artikels 2 des Anhangs zur Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36).	
(2) Für einen Kreditkäufer, der nicht in einem Vertragsstaat wohnhaft ist oder seinen satzungsmäßigen Sitz oder, sofern er nach seinem nationalen Recht über keinen satzungsmäßigen Sitz verfügt, seine Hauptverwaltung nicht in einem Vertragsstaat hat, hat sein Vertreter bei Abschluss einer Vereinbarung über den Erwerb eines notleidenden Kreditvertrags oder der Ansprüche des Kreditgebers hieraus einen Kreditdienstleister zu beauftragen, es sei denn, der Vertreter ist selbst ein Kreditdienstleister.	
(3) Ein von einem Kreditkäufer beauftragter Kreditdienstleister erfüllt für den Kreditkäufer die Verpflichtungen eines Kreditkäufers aus	
1. den Bestimmungen dieses Gesetzes, insbesondere § 8, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,	
2. den Bestimmungen des geltenden Verbraucherschutz-, Vertrags-, Zivil- und Strafrechts und	
3. den sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften der Europäischen Union und der Vertragsstaaten, insbesondere solchen, die die Durchsetzung von Verträgen, den Verbraucherschutz, die Rechte von Kreditnehmern, die Kreditvergabe, die Bestimmungen zum Bankgeheimnis und das Strafrecht betreffen.	
Wird kein Kreditdienstleister beauftragt oder erfüllt dieser die in Satz 1 genannten Verpflichtungen nicht, nicht ordnungsgemäß oder nicht rechtzeitig, so unterliegt der Kreditkäufer oder sein Vertreter weiterhin diesen Verpflichtungen.	
§ 8	
Mitteilungspflichten des Kreditkäufers; Verordnungsermächtigung	
(1) Beauftragt der Kreditkäufer oder sein Vertreter einen Kreditdienstleister, um Kreditdienstleistungen im Zusammenhang mit einem an den Kreditkäufer übertragenen notleidenden Kreditvertrag oder der Ansprüche des Kreditgebers hieraus zu erbringen, so hat der Kreditkäufer oder sein Vertreter der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank spätestens an dem Tag, an dem die Erbringung der Kreditdienstleistungen beginnt, den Namen und die Anschrift des Kreditdienstleisters mitzuteilen. Im Fall der späteren Beauftragung	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
eines anderen als des nach Satz 1 mitgeteilten Kreditdienstleisters hat der Kreditkäufer oder sein Vertreter dessen Namen und Anschrift der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank spätestens am Tag dieser Änderung mitzuteilen.	
(2) Ist ein Aufnahmemitgliedstaat vorhanden, so leitet die Bundesanstalt die nach Absatz 1 erhaltenen Angaben an die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats, an die zuständigen Behörden des Vertragsstaats, in dem der Kredit gewährt wurde, und im Fall des Absatzes 1 Satz 2, wenn die Bundesrepublik Deutschland nicht Herkunftsmitgliedstaat des neuen Kreditdienstleisters ist, an die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats des neuen Kreditdienstleisters unverzüglich weiter.	
(3) Der Kreditkäufer oder sein Vertreter hat nach einer Übertragung eines notleidenden Kreditvertrags oder der Ansprüche des Kreditgebers hieraus auf einen neuen Kreditkäufer der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank halbjährlich folgende Daten zu den seit der letzten Mitteilung übertragenen Kreditverträgen oder Ansprüchen mitzuteilen:	
1. die Rechtsträgerkennung des neuen Kreditkäufers und, wenn ein Vertreter bestellt wurde, dessen Vertreters, oder bei fehlender Rechtsträgerkennung	
a) den Namen des neuen Kreditkäufers oder dessen Vertreters,	
b) die Namen der Geschäftsleiter und der Mitglieder des Verwaltungs- oder des Aufsichtsorgans des neuen Kreditkäufers oder dessen Vertreters sowie die Namen der Personen, die bedeutende Beteiligungen halten, sowie	
c) die Anschrift des neuen Kreditkäufers oder dessen Vertreters,	
2. den aggregierten offenen Betrag der übertragenen notleidenden Kreditverträge oder Ansprüche,	
3. die Anzahl und das Volumen der übertragenen notleidenden Kreditverträge oder Ansprüche sowie	
4. Angaben dazu, ob die Übertragung einen mit Verbrauchern abgeschlossenen notleidenden Kreditvertrag oder die Ansprüche eines Kreditgebers hieraus umfasst, und Angaben dazu, durch welche Art von Vermögenswerten der notleidende Kreditvertrag gegebenenfalls besichert ist.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Ist ein Aufnahmemitgliedstaat vorhanden, so leitet die Bundesanstalt die nach Satz 1 erhaltenen Daten unverzüglich an die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats und an die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats des neuen Kreditkäufers weiter.</p>	
<p>(4) Sofern erforderlich, etwa um eine hohe Zahl von Übertragungen, insbesondere während einer Krise, besser überwachen zu können, kann die Bundesanstalt anordnen, dass die in Absatz 3 Satz 1 genannten Daten vierteljährlich zu übermitteln sind.</p>	
<p>(5) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über Art, Umfang und Form der nach Absatz 3 zu übermittelnden Daten zu erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleister anzuhören.</p>	
<p>§ 9</p>	
<p>Vertreter von Kreditkäufern aus einem Drittstaat; Verordnungsermächtigung</p>	
<p>(1) Ein Kreditkäufer, der nicht in einem Vertragsstaat wohnhaft ist oder seinen satzungsmäßigen Sitz oder, sofern er nach seinem nationalen Recht über keinen satzungsmäßigen Sitz verfügt, seine Hauptverwaltung nicht in einem Vertragsstaat hat, hat bei Abschluss einer Vereinbarung über den Erwerb eines notleidenden Kreditvertrags oder der Ansprüche des Kreditgebers hieraus einen Vertreter zu bestellen und gegenüber der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank zu benennen. Der Vertreter muss in einem Vertragsstaat wohnhaft sein oder seinen satzungsmäßigen Sitz oder, sofern er nach seinem nationalen Recht über keinen satzungsmäßigen Sitz verfügt, seine Hauptverwaltung in einem Vertragsstaat haben.</p>	
<p>(2) Der Vertreter ist neben dem Kreditkäufer für die Erfüllung der Pflichten verantwortlich, die dem Kreditkäufer aus diesem Gesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erwachsen. Zustellungen an den Kreditkäufer können auch an den Vertreter bewirkt werden.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(3) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über Art, Umfang und Form der Bestellung nach Absatz 1 zu erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleister anzuhören.</p>	
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 3</p>	<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 3</p>
<p style="text-align: center;">E r b r i n g u n g v o n K r e d i t d i e n s t - l e i s t u n g e n</p>	<p style="text-align: center;">E r b r i n g u n g v o n K r e d i t d i e n s t - l e i s t u n g e n</p>
<p style="text-align: center;">U n t e r a b s c h n i t t 1</p>	<p style="text-align: center;">U n t e r a b s c h n i t t 1</p>
<p style="text-align: center;">E r l a u b n i s ; O r g a n i s a t i o n s p f l i c h t e n ; G e s c h ä f t s l e i t e r ; M i t g l i e d e r d e s V e r w a l t u n g s - o d e r A u f s i c h t s o r g a n s ; I n h a b e r b e d e u t e n d e r B e t e i l i g u n g e n</p>	<p style="text-align: center;">E r l a u b n i s ; O r g a n i s a t i o n s p f l i c h t e n ; G e s c h ä f t s l e i t e r ; M i t g l i e d e r d e s V e r w a l t u n g s - o d e r A u f s i c h t s o r g a n s ; I n h a b e r b e d e u t e n d e r B e t e i l i g u n g e n</p>
<p style="text-align: center;">§ 10</p>	<p style="text-align: center;">§ 10</p>
<p style="text-align: center;">E r l a u b n i s ; V e r o r d n u n g s e r m ä c h t i g u n g</p>	<p style="text-align: center;">u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Wer im Inland gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, Kreditdienstleistungen erbringen will, bedarf dafür der schriftlichen oder elektronischen Erlaubnis der Bundesanstalt. Dies gilt nicht in den Fällen der §§ 11 und 23.</p>	
<p>(2) Die Erlaubnis, als Kreditdienstleistungsinstitut tätig zu werden, können auf Antrag Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person oder einer Personenhandelsgesellschaft erhalten, die ihren satzungsmäßigen Sitz oder, sofern sie über keinen satzungsmäßigen Sitz verfügen, ihre Hauptverwaltung im Inland haben.</p>	
<p>(3) Der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis muss folgende Angaben und Unterlagen enthalten:</p>	
<p>1. einen Handelsregisterauszug sowie Kopien des Gründungsakts und des Gesellschaftsvertrags des Unternehmens,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. die Anschrift des satzungsmäßigen Sitzes oder der Hauptverwaltung des Unternehmens,	
3. die Namen der Geschäftsleiter und der Mitglieder des Verwaltungs- oder des Aufsichtsorgans des Unternehmens sowie der Personen und Unternehmen, die bedeutende Beteiligungen an ihm halten,	
4. Nachweise darüber, dass die Geschäftsleiter und die Mitglieder des Verwaltungs- oder des Aufsichtsorgans des Unternehmens die in § 15 Absatz 1 bis 3 genannten Vorgaben erfüllen,	
5. Nachweise darüber, dass ein Geschäftsleiter oder eine vom Unternehmen benannte Person die in § 15 Absatz 4 genannten Vorgaben erfüllt,	
6. Nachweise darüber, dass die Inhaber bedeutender Beteiligungen an dem Unternehmen die in § 16 Absatz 1 genannten Vorgaben erfüllen,	
7. einen tragfähigen Geschäftsplan, aus dem hervorgehen muss:	
a) die Art der geplanten Geschäfte,	
b) der organisatorische Aufbau des Kreditdienstleistungsinstituts unter Angabe von Mutterunternehmen, Finanzholding-Gesellschaften und gemischten Finanzholding-Gesellschaften innerhalb der Gruppe und	
c) die Angaben, die für die Beurteilung der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation des Kreditdienstleistungsinstituts nach § 14 Absatz 1 einschließlich der Organisationspflichten nach § 14 Absatz 2 bis 4 und der geplanten internen Kontrollverfahren erforderlich sind,	
8. wenn das Unternehmen beabsichtigt, finanzielle Mittel von Kreditnehmern entgegenzunehmen, einen Nachweis über das Bestehen eines gesonderten Kontos bei einem Kreditinstitut nach § 17 Absatz 2,	
9. etwaige Auslagerungsvereinbarungen nach § 20 und	
10. eine Erklärung, ob das Unternehmen über eine Registrierung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Rechtsdienstleistungsgesetzes verfügt oder eine solche anstrebt.	
Die Bundesanstalt prüft einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis binnen 45 Tagen nach dessen Eingang	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>auf seine Vollständigkeit. Die Bundesanstalt kann weitere Informationen anfordern, die für die Beurteilung des Antrags notwendig sind. Binnen 90 Tagen nach Eingang eines vollständigen Antrags, oder im Fall des Satzes 3 binnen 90 Tagen nach Eingang der geforderten Informationen, informiert die Bundesanstalt das antragstellende Unternehmen darüber, ob die Erlaubnis erteilt oder verweigert wird. Liegen innerhalb von zwölf Monaten nach Eingang des Antrags bei der Bundesanstalt trotz Aufforderung der Bundesanstalt, den Antrag innerhalb eines Monats zu vervollständigen, keine ausreichenden Angaben oder Unterlagen vor, die es der Bundesanstalt ermöglichen, über den Antrag zu befinden, ist der Antrag abzulehnen.</p>	
<p>(4) Die Bundesanstalt kann die Erlaubnis unter Auflagen erteilen, um die Einhaltung der in den §§ 14 bis 17, 19 bis 22 und 28 bis 30 genannten Anforderungen zu gewährleisten. Diese Auflagen müssen sich im Rahmen des mit diesem Gesetz verfolgten Zwecks halten.</p>	
<p>(5) Beabsichtigt ein Unternehmen nicht, Mittel von Kreditnehmern entgegenzunehmen und zu halten, so teilt das Unternehmen dies in seinem Antrag auf Erlaubnis mit. In diesem Fall kann die Erlaubnis nur mit der Beschränkung erteilt werden, dass es dem Kreditdienstleistungsinstitut abweichend von § 17 Absatz 1 untersagt ist, finanzielle Mittel von Kreditnehmern entgegenzunehmen und zu halten.</p>	
<p>(6) Ein Kreditdienstleistungsinstitut hat der Bundesanstalt unverzüglich wesentliche Änderungen der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse, die die Angaben und Unterlagen nach Absatz 3 Satz 1 und 3 betreffen, mitzuteilen.</p>	
<p>(7) Sofern für die Erbringung von Kreditdienstleistungen eine Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 1 erforderlich ist, darf das Registergericht Eintragungen in öffentliche Register nur vornehmen, wenn dem Registergericht die Erlaubnis nachgewiesen ist.</p>	
<p>(8) Die Bundesanstalt macht die Erteilung der Erlaubnis im Bundesanzeiger bekannt und trägt das Kreditdienstleistungsinstitut in das Register nach § 26 ein.</p>	
<p>(9) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über Art, Umfang und Form der mit dem Antrag einzureichenden Unterlagen nach Absatz 3 Satz 1 oder 3 an-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>geforderten Informationen zu erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.</p>	
§ 11	§ 11
Erlaubnisfreie Erbringung von Kreditdienstleistungen	u n v e r ä n d e r t
<p>Keiner Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 bedarf die Erbringung von Kreditdienstleistungen durch</p>	
<p>1. im Inland niedergelassene Kreditinstitute mit der Erlaubnis zum Betreiben des Kreditgeschäfts oder in einem anderen Vertragsstaat niedergelassene CRR-Kreditinstitute,</p>	
<p>2. nach den Vorschriften des Kapitalanlagegesetzbuchs zugelassene oder registrierte Kapitalverwaltungsgesellschaften, EU-Verwaltungsgesellschaften und intern verwaltete Investmentgesellschaften im Sinne des § 1 Absatz 12 des Kapitalanlagegesetzbuchs sowie</p>	
<p>3. Nichtkreditinstitute, die der Beaufsichtigung durch eine zuständige Behörde eines Vertragsstaats nach Artikel 20 der Richtlinie 2008/48/EG oder Artikel 35 der Richtlinie 2014/17/EU unterliegen, wenn sie in diesem Vertragsstaat tätig sind.</p>	
§ 12	§ 12
Versagung der Erlaubnis	u n v e r ä n d e r t
<p>Die Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 ist zu versagen, wenn</p>	
<p>1. das Unternehmen keine juristische Person oder Personenhandelsgesellschaft ist,</p>	
<p>2. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass ein Geschäftsleiter fachlich nicht geeignet oder nicht zuverlässig ist,</p>	
<p>3. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Geschäftsleiter in ihrer Gesamtheit nicht über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung verfügen,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
4. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass ein Geschäftsleiter nicht über die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben ausreichende Zeit verfügt,	
5. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass ein Inhaber einer bedeutenden Beteiligung nicht zuverlässig ist oder nicht den im Interesse der Gewährleistung einer soliden und umsichtigen Führung des Kreditdienstleistungsinstituts zu stellenden Ansprüchen genügt,	
6. das Unternehmen nicht über ein gesondertes Treuhandkonto nach § 17 Absatz 2 Satz 1 verfügt, obwohl es beantragt hat, Mittel von Kreditnehmern entgegennehmen und halten zu dürfen,	
7. das Unternehmen seinen satzungsmäßigen Sitz oder, sofern es über keinen satzungsmäßigen Sitz verfügt, seine Hauptverwaltung nicht im Inland hat oder	
8. das Unternehmen nicht bereit oder in der Lage ist, die erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen zum ordnungsgemäßen Betreiben der Geschäfte, für die es die Erlaubnis beantragt, insbesondere eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gemäß § 14 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 bis 4, zu schaffen,	
und dies nicht in angemessener Frist behoben wird.	
§ 13	§ 13
Erlöschen und Aufhebung der Erlaubnis	u n v e r ä n d e r t
(1) Die Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 erlischt, wenn das Kreditdienstleistungsinstitut von der Erlaubnis nicht innerhalb eines Jahres seit der Erteilung Gebrauch macht oder ausdrücklich auf sie verzichtet.	
(2) Die Bundesanstalt kann die Erlaubnis außer nach den Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes aufheben, wenn	
1. das Kreditdienstleistungsinstitut seit mehr als zwölf Monaten nicht mehr als Kreditdienstleistungsinstitut tätig ist,	
2. das Kreditdienstleistungsinstitut die Erlaubnis aufgrund von Falschangaben oder auf andere unrechtmäßige Weise erlangt hat,	
3. Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen des Kreditdienstleistungsinstituts gegenüber seinen Gläubigern, insbesondere für die Sicherheit der dem Kreditdienstleistungsinstitut anvertrauten	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Vermögenswerte, besteht und die Gefahr nicht durch andere Maßnahmen nach diesem Gesetz abgewendet werden kann,	
4. das Kreditdienstleistungsinstitut gegen die Mitteilungspflichten nach § 10 Absatz 6 verstoßen hat oder nicht mehr die Voraussetzungen des § 10 Absatz 2, der §§ 14 bis 16 oder des § 17 Absatz 2 bis 4 erfüllt oder	
5. das Kreditdienstleistungsinstitut einen schweren Verstoß begangen hat	
a) gegen die Verpflichtungen, die sich aus diesem Gesetz und aus den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen oder weiteren Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 ergeben,	
b) gegen Bestimmungen des Geldwäschegesetzes oder Geldwäschebestimmungen in einem Aufnahmemitgliedstaat oder	
c) gegen Verbraucherschutzvorschriften, einschließlich der geltenden Vorschriften eines Aufnahmemitgliedstaats und eines Vertragsstaats, in dem der Kredit gewährt wurde.	
(3) Erlischt eine Erlaubnis oder wird sie aufgehoben, so unterrichtet die Bundesanstalt für den Fall, dass das Kreditdienstleistungsinstitut Dienste im Rahmen von § 24 erbringt, unverzüglich die zuständigen Behörden jedes Aufnahmemitgliedstaats und jedes etwaig davon abweichenden Vertragsstaats, in dem ein Kredit gewährt wurde.	
(4) § 38 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend. § 48 Absatz 4 Satz 1 und § 49 Absatz 2 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes sind nicht anzuwenden.	
§ 14	§ 14
Organisationspflichten	u n v e r ä n d e r t
(1) Ein Kreditdienstleistungsinstitut muss über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die die Einhaltung der vom Kreditdienstleistungsinstitut zu beachtenden gesetzlichen Bestimmungen und der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten gewährleistet. Die Geschäftsleiter sind für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Kreditdienstleistungsinstituts verantwortlich; sie haben die erforderlichen Maßnahmen für die Ausarbeitung der entsprechenden institutsinternen Vorgaben zu ergreifen, sofern nicht	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan entscheidet. Eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation umfasst insbesondere die in den Absätzen 2 bis 4 geregelten Organisationspflichten.</p>	
<p>(2) Ein Kreditdienstleistungsinstitut muss spätestens bis zum Zeitpunkt der Erteilung der Erlaubnis von der Geschäftsleitung beschlossene und schriftlich oder elektronisch niedergelegte Regelungen für die Unternehmensführung und Verfahren der internen Kontrolle zum Zweck der Achtung der Rechte der Kreditnehmer und des Schutzes personenbezogener Daten schaffen. Die Regelungen haben die mit der Verarbeitung der Daten der Kreditnehmer, der Kommunikation mit den Kreditnehmern oder Maßnahmen gegenüber den Kreditnehmern befassten Unternehmensbereiche zu identifizieren und bezogen auf die einzelnen dortigen Unternehmensabläufe Verhaltensmaßregeln für die dort Beschäftigten sowie für deren Unterweisung und Beaufsichtigung zu enthalten. Sie müssen Vorkehrungen enthalten, durch die die Geschäftsleiter über die Einhaltung der Verhaltensmaßregeln und deren Wirksamkeit regelmäßig unterrichtet werden. Die Verfahren der internen Kontrolle müssen eine regelmäßige Überprüfung der Unternehmensabläufe sowie der zum Schutz der Daten der Kreditnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Vorkehrungen und deren Wirksamkeit durch die Geschäftsleiter oder hierzu bestellte Personen, die an die Geschäftsleiter berichten, vorsehen. Für den Fall, dass Beeinträchtigungen der Rechte von Kreditnehmern oder Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten festgestellt werden, ist ein Verfahren zur Prüfung und Behebung der Ursachen dieser Beeinträchtigungen oder Verletzungen vorzusehen. Die Regelungen und Verfahren haben belastbar und angemessen zu sein und die Achtung der Rechte der Kreditnehmer und die Einhaltung der Rechtsvorschriften über den Kreditvertrag oder die Ansprüche eines Kreditgebers hieraus sowie die Einhaltung der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, S. 72; L 127 vom 23.5.2018, S. 2; L 74 vom 4.3.2021, S. 35) zu garantieren.</p>	
<p>(3) Ein Kreditdienstleistungsinstitut muss spätestens bis zum Zeitpunkt der Erteilung der Erlaubnis von der Geschäftsleitung beschlossene und schriftlich oder elektronisch niedergelegte Grundsätze zum</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Zweck des Schutzes und der Sicherstellung einer angemessenen Behandlung der Kreditnehmer schaffen. Die Grundsätze haben die mit der Kommunikation mit den Kreditnehmern und Maßnahmen gegenüber den Kreditnehmern befassten Unternehmensbereiche zu identifizieren und bezogen auf die einzelnen dortigen Unternehmensabläufe sowie typische Fallgestaltungen die zu berücksichtigenden Umstände und Entscheidungsmaßstäbe zu enthalten sowie Verhaltensmaßregeln für die dort Beschäftigten und für deren Unterweisung und Beaufsichtigung vorzusehen. Die Grundsätze müssen angemessen sein, die Einhaltung der Vorschriften zum Schutz und zur fairen und umsichtigen Behandlung der Kreditnehmer sicherstellen und gewährleisten, dass das Kreditdienstleistungsinstitut auch deren Finanzlage sowie die Notwendigkeit berücksichtigt, sie bei Bedarf an Schuldenberatungs- oder Sozialdienste zu verweisen.</p>	
<p>(4) Ein Kreditdienstleistungsinstitut muss spätestens bis zum Zeitpunkt der Erteilung der Erlaubnis spezielle interne Verfahren schaffen, durch die die Erfassung und Bearbeitung von Beschwerden der Kreditnehmer sichergestellt wird.</p>	
<p>(5) Die Regelungen und Verfahren nach den Absätzen 2 bis 4 sind stets anzuwenden, wenn das Kreditdienstleistungsinstitut Kreditdienstleistungen erbringt.</p>	
<p>(6) Die Bundesanstalt kann gegenüber einem Kreditdienstleistungsinstitut oder seinen Geschäftsleitern im Einzelfall Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, um die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation nach Absatz 1 zu erfüllen. Satz 1 gilt entsprechend für Auslagerungsunternehmen, soweit ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse betroffen sind.</p>	
<p>§ 15</p>	<p>§ 15</p>
<p>Geschäftsleiter; Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans</p>	<p>Geschäftsleiter; Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans</p>
<p>(1) Ein Kreditdienstleistungsinstitut hat mindestens einen Geschäftsleiter zu bestellen. Geschäftsleiter haben für die Leitung eines Kreditdienstleistungsinstituts fachlich geeignet und zuverlässig zu sein. Ein fachlich nicht geeigneter oder unzuverlässiger Geschäftsleiter darf nicht bestellt werden. Stellt sich heraus, dass ein Geschäftsleiter nicht fachlich geeignet oder unzuverlässig ist, hat das Kreditdienstleistungsinstitut ihn unverzüglich abzurufen, nachdem es davon Kenntnis erlangt hat. Ein Geschäftsleiter gilt in der Regel als unzuverlässig, wenn</p>	<p>(1) Ein Kreditdienstleistungsinstitut hat mindestens einen Geschäftsleiter zu bestellen. Geschäftsleiter haben für die Leitung eines Kreditdienstleistungsinstituts fachlich geeignet und zuverlässig zu sein. Ein fachlich nicht geeigneter oder unzuverlässiger Geschäftsleiter darf nicht bestellt werden. Stellt sich heraus, dass ein Geschäftsleiter nicht fachlich geeignet oder unzuverlässig ist, hat das Kreditdienstleistungsinstitut ihn unverzüglich abzurufen, nachdem es davon Kenntnis erlangt hat. Ein Geschäftsleiter gilt in der Regel als unzuverlässig, wenn</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. er rechtskräftig verurteilt wurde aufgrund einschlägiger Straftaten, insbesondere	1. un v e r ä n d e r t
a) Straftaten im Zusammenhang mit dem Eigentum oder mit Finanzdienstleistungen, mit Geldwäsche, mit der Verletzung des Berufsgeheimnisses oder der körperlichen Unversehrtheit,	
b) Wucher,	
c) Betrug,	
d) Steuerstraftaten oder	
e) Straftaten im Zusammenhang mit anderen Verstößen gegen das Gesellschafts-, Insolvenz- oder Verbraucherschutzrecht;	
solchen Straftaten stehen kleinere Vorfälle gleich, die sich kumulativ auf seinen guten Leumund auswirken,	
2. er in seinem bisherigen geschäftsbedingten Umgang mit Aufsichts- und Regulierungsbehörden nicht stets transparent, offen und kooperativ war oder	2. un v e r ä n d e r t
3. über sein Vermögen im In- oder Ausland ein Insolvenzverfahren oder gleichartiges Verfahren eröffnet oder abgeschlossen wurde und seine Vermögensverhältnisse oder sein Verhalten im Zusammenhang mit diesem Verfahren gegenwärtig anhaltende Zweifel an der Zuverlässigkeit begründen.	3. un v e r ä n d e r t
Zudem gilt § 1b des Kreditwesengesetzes entsprechend. Der Bundesanstalt ist zum Nachweis der Zuverlässigkeit mindestens ein Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes oder eine entsprechende Unterlage aus dem Ausland vorzulegen. Auf Verlangen der Bundesanstalt oder nach Maßgabe der aufgrund des § 10 Absatz 9 oder des § 36 Absatz 4 erlassenen Rechtsverordnungen sind weitere Auskünfte zu erteilen und weitere Unterlagen zum Nachweis der Zuverlässigkeit vorzulegen.	Zudem gilt § 1b des Kreditwesengesetzes entsprechend. Der Bundesanstalt ist zum Nachweis der Zuverlässigkeit mindestens ein Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 Absatz 5 des Bundeszentralregistergesetzes oder eine entsprechende Unterlage aus dem Ausland vorzulegen. Auf Verlangen der Bundesanstalt oder nach Maßgabe der aufgrund des § 10 Absatz 9 oder des § 35 Absatz 4 erlassenen Rechtsverordnungen sind weitere Auskünfte zu erteilen und weitere Unterlagen zum Nachweis der Zuverlässigkeit vorzulegen.
(2) Die Geschäftsleiter müssen in ihrer Gesamtheit über angemessenes Wissen und angemessene Erfahrung verfügen, um das Unternehmen kompetent und verantwortungsvoll zu führen. Die Geschäftsleiter müssen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen.	(2) un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(3) Für die Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans gilt Absatz 1 entsprechend hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit und deren Nachweises. Die Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans müssen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen sowie sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit über angemessenes Wissen und angemessene Erfahrung verfügen, um ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen und die Unternehmensgeschäfte zu beurteilen und zu überwachen. Die Vorschriften der Mitbestimmungsgesetze über die Wahl und Abberufung der Arbeitnehmervertreter im Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan bleiben unberührt.</p>	(3) u n v e r ä n d e r t
<p>(4) Mindestens ein Geschäftsleiter muss die theoretische und praktische Sachkunde nach § 12 Absatz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 11 Absatz 1 und § 12 Absatz 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes aufweisen. Abweichend davon kann das Kreditdienstleistungsinstitut anstelle eines Geschäftsleiters eine natürliche Person, die diese Sachkunde aufweist, entsprechend § 12 Absatz 4 Satz 1 und 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes benennen.</p>	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 16	§ 16
Inhaber bedeutender Beteiligungen; Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
<p>(1) Inhaber einer bedeutenden Beteiligung an einem Kreditdienstleistungsinstitut müssen zuverlässig sein und den Ansprüchen genügen, die im Interesse einer soliden und umsichtigen Führung des Kreditdienstleistungsinstituts zu stellen sind. § 15 Absatz 1 Satz 5 Nummer 1 und 3 und Satz 6 gilt entsprechend für die Zuverlässigkeit eines Inhabers bedeutender Beteiligungen am Kreditdienstleistungsinstitut. Zudem ist § 2c des Kreditwesengesetzes mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass das Kreditdienstleistungsinstitut statt den in § 2c Absatz 1b Satz 1 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes genannten Aufsichtsanforderungen den Anforderungen dieses Gesetzes genügen muss.</p>	
<p>(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über die wesentlichen Unterlagen und Tatsachen zu treffen, die der interessierte Erwerber einer bedeutenden Beteiligung nach Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 2c Absatz 1 Satz 2 des Kreditwesengesetzes der Anzeige</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
beizufügen oder in der Anzeige anzugeben hat, soweit diese Unterlagen und Tatsachen zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt erforderlich sind. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.	
Unterabschnitt 2	Unterabschnitt 2
Entgegennahme und Halten von Mitteln	u n v e r ä n d e r t
§ 17	
Entgegennahme und Halten von Mitteln	
(1) Kreditdienstleistungsinstitute dürfen finanzielle Mittel von Kreditnehmern entgegennehmen und halten, um diese Mittel an Kreditkäufer zu übertragen.	
(2) Kreditdienstleistungsinstitute haben bei einem Kreditinstitut über ein gesondertes Treuhandkonto zu verfügen, auf dem unter Beachtung der Vereinbarungen mit dem Kreditkäufer alle von Kreditnehmern erhaltenen Mittel gutzuschreiben und bis zu ihrer Weiterleitung an den Kreditkäufer zu halten sind. Diese Mittel sind im Interesse der Kreditkäufer vor den Forderungen anderer Gläubiger des Kreditdienstleistungsinstituts zu schützen, insbesondere dahingehend, dass sie im Fall der Insolvenz nicht in die Insolvenzmasse des Kreditdienstleistungsinstituts fallen und dessen Gläubiger auf sie auch nicht im Wege der Einzelzwangsvollstreckung Zugriff haben.	
(3) Die Zahlung eines Kreditnehmers an einen Kreditdienstleister, die erfolgt, um fällige Beträge im Zusammenhang mit den Ansprüchen des Kreditgebers aus einem notleidenden Kreditvertrag vollständig oder teilweise zurückzuzahlen, wird wie eine Zahlung an den Kreditkäufer behandelt.	
(4) Kreditdienstleister haben bei dem Erhalt von Mitteln dem Kreditnehmer eine Quittung oder ein Befreiungsschreiben in Textform zu übermitteln, mit dem der Erhalt der Beträge bestätigt wird.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(5) Ist es dem Kreditdienstleistungsinstitut nach § 10 Absatz 5 untersagt, finanzielle Mittel von Kreditnehmern entgegenzunehmen und zu halten, sind die Absätze 1 bis 4 nicht anzuwenden.	
(6) Auslagerungsunternehmen ist es bei der Erbringung von Kreditdienstleistungen untersagt, finanzielle Mittel von Kreditnehmern entgegenzunehmen und zu halten.	
Unterabschnitt 3	Unterabschnitt 3
Kreditdienstleistungsvereinbarung	u n v e r ä n d e r t
§ 18	
Kreditdienstleistungsvereinbarung	
(1) Für den Fall, dass ein Kreditkäufer selbst keine Kreditdienstleistungen erbringt, hat der beauftragte Kreditdienstleister die Kreditdienstleistungen auf der Grundlage einer schriftlich geschlossenen Kreditdienstleistungsvereinbarung mit dem Kreditkäufer zu erbringen.	
(2) Die Kreditdienstleistungsvereinbarung nach Absatz 1 muss Folgendes umfassen:	
1. eine detaillierte Beschreibung der vom Kreditdienstleister zu erbringenden Kreditdienstleistungen,	
2. die Höhe der Vergütung des Kreditdienstleisters oder Angaben dazu, wie die Vergütung berechnet wird,	
3. Angaben zum Umfang, in dem der Kreditdienstleister den Kreditkäufer gegenüber dem Kreditnehmer vertreten kann,	
4. eine Erklärung der Parteien, in der sich diese dazu verpflichten, die für Kreditverträge und die Ansprüche von Kreditgebern hieraus geltenden Rechtsvorschriften der Europäischen Union und der Vertragsstaaten einschließlich aller einschlägigen Verbraucherschutz- und Datenschutzvorschriften einzuhalten,	
5. eine Verpflichtung zur Rücksichtnahme auf berechnete Interessen der Kreditnehmer nach den Grundsätzen von Treu und Glauben sowie	
6. eine Verpflichtung des Kreditdienstleisters, den Kreditkäufer gegebenenfalls über die Absicht der	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Auslagerung einer seiner Kreditdienstleistungen zu unterrichten.	
§ 19	
Aufbewahrungspflichten	
(1) Kreditdienstleister haben die folgenden Aufzeichnungen nach der Beendigung der Kreditdienstleistungsvereinbarung wie folgt aufzubewahren:	
1. zehn Jahre lang	
a) die Kreditdienstleistungsvereinbarung,	
b) Quittungen oder Bestätigungen nach § 17 Absatz 4 und	
c) die erste Mitteilung nach § 30 Absatz 1;	
2. vorbehaltlich längerer Fristen nach anderen gesetzlichen Anforderungen fünf Jahre lang	
a) den relevanten Schriftwechsel mit dem Kreditkäufer und dem Kreditnehmer und	
b) relevante Anweisungen, die sie vom Kreditkäufer zu den von ihnen im Namen des Kreditkäufers verwalteten und durchgesetzten notleidenden Kreditverträgen oder den von ihnen verwalteten und durchgesetzten Ansprüchen hieraus erhalten haben, wobei zu nicht schriftlich oder elektronisch erfolgten relevanten Anweisungen Aufzeichnungen anzufertigen sind.	
(2) Die Kreditdienstleister haben die Aufzeichnungen nach Absatz 1 der Bundesanstalt auf Verlangen zur Verfügung zu stellen.	
Unterabschnitt 4	Unterabschnitt 4
Auslagerung	u n v e r ä n d e r t
§ 20	
Auslagerung von Kreditdienstleistungen	
(1) Kreditdienstleistungsinstitute können einzelne Kreditdienstleistungen an ein Auslagerungsunternehmen auslagern. Vor der Auslagerung von Kreditdienstleistungen haben das Kreditdienstleistungsinstitut und das Auslagerungsunternehmen eine schriftliche Auslagerungsvereinbarung zu schließen, mit der das	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Auslagerungsunternehmen dazu verpflichtet wird, die für das Kreditdienstleistungsinstitut geltenden rechtlichen Bestimmungen und die einschlägigen Rechtsvorschriften der Europäischen Union und der Vertragsstaaten über Kreditverträge und die Ansprüche eines Kreditgebers hieraus einzuhalten. Das Kreditdienstleistungsinstitut muss sicherstellen, dass	
1. durch die Auslagerung von Kreditdienstleistungen die Einhaltung der Anforderungen der Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 durch das Kreditdienstleistungsinstitut nicht beeinträchtigt wird,	
2. die Aufsicht über das Kreditdienstleistungsinstitut nicht beeinträchtigt wird,	
3. das Kreditdienstleistungsinstitut direkt auf alle Daten zu den ausgelagerten Kreditdienstleistungen zugreifen kann und	
4. das Kreditdienstleistungsinstitut auch nach Beendigung der Auslagerungsvereinbarung weiterhin über das Fachwissen und die Ressourcen verfügt, um die ausgelagerten Kreditdienstleistungen erbringen zu können.	
(2) Die Auslagerung von Kreditdienstleistungen darf nicht so erfolgen, dass die Qualität der internen Kontrolle des Kreditdienstleistungsinstituts oder die fortgesetzte ordnungsgemäße Erbringung seiner Kreditdienstleistungen beeinträchtigt wird. Ein Kreditdienstleistungsinstitut, das Kreditdienstleistungen auslagert, bleibt für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten und von Anordnungen der Bundesanstalt verantwortlich.	
(3) Für Kreditinstitute, die Kreditdienstleistungen erbringen, gilt für Auslagerungen § 25b des Kreditwesengesetzes.	
§ 21	
Unterrichtungspflichten; Verordnungsermächtigung	
(1) Kreditdienstleistungsinstitute haben die Bundesanstalt, die Deutsche Bundesbank und, falls ein Aufnahmemitgliedstaat vorhanden ist, die dort zuständigen Behörden zu unterrichten, bevor sie Kreditdienstleistungen nach § 20 Absatz 1 auslagern.	
(2) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Art, Umfang und Form der Unterrichtung nach Absatz 1 zu erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.</p>	
§ 22	
Aufbewahrungspflichten	
<p>(1) Kreditdienstleistungsinstitute haben die Auslagerungsvereinbarung sowie Aufzeichnungen zu dieser und den relevanten Anweisungen an das Auslagerungsunternehmen nach Beendigung der Auslagerungsvereinbarung vorbehaltlich längerer Aufbewahrungsfristen nach anderen gesetzlichen Vorschriften fünf Jahre lang aufzubewahren.</p>	
<p>(2) Die Kreditdienstleistungsinstitute und Auslagerungsunternehmen haben die Aufzeichnungen nach Absatz 1 der Bundesanstalt auf Verlangen zur Verfügung zu stellen.</p>	
Unterabschnitt 5	Unterabschnitt 5
Europäischer Pass	u n v e r ä n d e r t
§ 23	
Grenzüberschreitende Erbringung von Kreditdienstleistungen von Unternehmen mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat	
<p>(1) Kreditdienstleistungsinstitute, die nach den dortigen nationalen Bestimmungen zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 in einem anderen Vertragsstaat von der dort zuständigen Behörde zugelassen sind und beaufsichtigt werden, dürfen ohne Erlaubnis die Kreditdienstleistungen im Inland erbringen, die von der Zulassung im Herkunftsmitgliedstaat erfasst sind (Europäischer Pass),</p>	
<p>1. sobald die Bestätigung der Bundesanstalt nach Absatz 2 bei der zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats eingegangen ist oder,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. wenn die Bestätigung ausbleibt, zwei Monate nach Eingang aller in Absatz 2 genannten Daten bei der Bundesanstalt.	
(2) Nach Eingang der von der zuständigen Behörde des Herkunftsmitgliedstaats übermittelten Daten im Sinne des § 24 Absatz 1 bei der Bundesanstalt über die beabsichtigte Erbringung von Kreditdienstleistungen durch ein dort zugelassenes Kreditdienstleistungsinstitut im Inland bestätigt diese den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats umgehend den Zugang der Daten.	
(3) Kreditdienstleistungsinstitute, die nach Absatz 1 im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig sind, haben die zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats über jede spätere Änderung der Angaben zu unterrichten, die nach Absatz 2 übermittelt worden sind. Das Verfahren nach den Absätzen 1 und 2 ist in diesem Fall einzuhalten.	
(4) Die Bundesanstalt erfasst die nach Absatz 1 im Inland tätigen Kreditdienstleistungsinstitute unter Angabe des Herkunftsmitgliedstaats in dem Register nach § 26.	
§ 24	
Grenzüberschreitende Erbringung von Kreditdienstleistungen durch inländische Kreditdienstleistungsinstitute; Verordnungsermächtigung	
(1) Beabsichtigt ein Kreditdienstleistungsinstitut, das über eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 verfügt, Kreditdienstleistungen in einem anderen Vertragsstaat zu erbringen, teilt es der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank spätestens zwei Monate vor der beabsichtigten Erbringung von Kreditdienstleistungen die folgenden Daten mit:	
1. den Aufnahmemitgliedstaat, in dem es seine Dienste erbringen will, und einen etwaig abweichenden Vertragsstaat, in dem der Kredit gewährt wurde,	
2. die Anschrift der Zweigniederlassung des Kreditdienstleistungsinstituts im Aufnahmemitgliedstaat, falls vorhanden,	
3. den Namen und die Anschrift des Auslagerungsunternehmens im Aufnahmemitgliedstaat, falls vorhanden,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
4. die Namen der Personen, die im Aufnahmemitgliedstaat für die Erbringung von Kreditdienstleistungen zuständig sind,	
5. gegebenenfalls nähere Angaben zu den Maßnahmen, die beim Kreditdienstleistungsinstitut zur Anpassung der internen Verfahren, der Regelungen für die Unternehmensführung und der Verfahren der internen Kontrolle getroffen wurden, um die Vereinbarkeit der vorgenannten Verfahren, Regelungen für die Unternehmensführung und Verfahren der internen Kontrolle mit den für den Kreditvertrag oder die Ansprüche eines Kreditgebers hieraus geltenden Rechtsvorschriften auch nach Aufnahme der Tätigkeit nach Absatz 3 sicherzustellen,	
6. eine Beschreibung der Verfahren, die zur Einhaltung der Vorschriften zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eingerichtet wurden, sofern in den nationalen Vorschriften des Aufnahmemitgliedstaats zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission (ABl. L 141 vom 5.6.2015, S. 73; L 156 vom 19.6.2018, S. 43; L 334 vom 27.12.2019, S. 155) festgelegt ist, dass Kreditdienstleister für die Zwecke der Verhinderung und Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung Verpflichtete sind,	
7. die Zusicherung, dass das Kreditdienstleistungsinstitut über geeignete Mittel verfügt, um in der Sprache des Aufnahmemitgliedstaats oder in der Sprache des Kreditvertrags zu kommunizieren, sowie	
8. die Angabe, ob das Kreditdienstleistungsinstitut in der Bundesrepublik Deutschland befugt ist, Mittel von Kreditnehmern entgegenzunehmen und zu halten.	
(2) Die Bundesanstalt leitet die Daten nach Absatz 1 binnen 45 Tagen, nachdem sie der Bundesanstalt vollständig zugegangen sind, an die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats weiter. Die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Bundesanstalt unterrichtet das Kreditdienstleistungsinstitut darüber, an welchem Tag die Daten den zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats weitergeleitet wurden und an welchem Tag diese den Zugang bestätigt haben. Die Bundesanstalt leitet die Daten nach Absatz 1 zudem an die zuständigen Behörden eines etwaig von dem Aufnahme- und Herkunftsmitgliedstaat abweichenden Vertragsstaats weiter, in dem der Kredit gewährt wurde.</p>	
<p>(3) Ein Kreditdienstleistungsinstitut, das über eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 verfügt, darf Kreditdienstleistungen in einem Aufnahmemitgliedstaat erst erbringen,</p>	
<p>1. wenn die Bestätigung der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats über den Zugang der Daten nach Absatz 2 Satz 1 bei der Bundesanstalt eingegangen ist oder,</p>	
<p>2. wenn die Bestätigung des Zugangs ausbleibt, zwei Monate nach Eingang der Daten nach Absatz 1 bei der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats.</p>	
<p>(4) Ein Kreditdienstleistungsinstitut, das über eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 verfügt und in einem Aufnahmemitgliedstaat Kreditdienstleistungen erbringt, hat der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank jede spätere Änderung der Daten nach Absatz 1 spätestens zwei Wochen, nachdem ihm die Änderung bekannt geworden ist, mitzuteilen. Das Verfahren nach den Absätzen 2 und 3 ist in diesem Fall einzuhalten.</p>	
<p>(5) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über Art, Umfang und Form der nach dieser Vorschrift vorgesehenen Mitteilungen zu erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 25	
Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger Kreditdienstleistungsinstitute	
<p>(1) Die Bundesanstalt beaufsichtigt Kreditdienstleistungsinstitute, die über eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 verfügen, im Hinblick auf die Erfüllung der Vorschriften dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, wenn diese Kreditdienstleistungen in einem Aufnahmemitgliedstaat erbringen.</p>	
<p>(2) Hat die Bundesanstalt Maßnahmen getroffen, die ein Kreditdienstleistungsinstitut im Sinne des Absatzes 1 betreffen, unterrichtet sie die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats und eines etwaig davon abweichenden Vertragsstaats, in dem der Kredit gewährt wurde, über die getroffenen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit im Aufnahmemitgliedstaat stehen.</p>	
<p>(3) Die Bundesanstalt ersucht bei Kreditdienstleistungsinstituten im Sinne des Absatzes 1 die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats um Amtshilfe, soweit eine Prüfung in dortigen Geschäftsräumen zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtsaufgaben erforderlich ist.</p>	
<p>(4) Erhält die Bundesanstalt von den zuständigen Behörden eines Aufnahmemitgliedstaats eine Aufforderung, Maßnahmen gegen ein Kreditdienstleistungsinstitut im Sinne des Absatzes 1 wegen eines Verstoßes gegen dieses Gesetz, gegen aufgrund dieses Gesetzes erlassene Rechtsverordnungen oder gegen die im Aufnahmemitgliedstaat geltenden Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 zu ergreifen, so teilt sie der Behörde, die die darauf bezogenen Hinweise übermittelt hat, spätestens zwei Monate nach dem Tag der Aufforderung die aus diesem Grund eingeleiteten Verfahren sowie die getroffenen Maßnahmen und verhängten Sanktionen mit. Hat die Bundesanstalt keine Maßnahmen ergriffen oder Sanktionen verhängt, hat sie dies ebenfalls mitzuteilen und gegenüber der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats zu begründen. Wurde ein Verfahren eingeleitet, so unterrichtet die Bundesanstalt die zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats fortlaufend über den Stand des Verfahrens.</p>	
<p>(5) Die Bundesanstalt beaufsichtigt Kreditdienstleistungen, die von Kreditdienstleistungsinstituten mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat im Inland</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
erbracht werden. Sie kann insbesondere Auskünfte verlangen und Prüfungen durchführen; § 44 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend. Die Bundesanstalt übermittelt den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats unverzüglich die Ergebnisse dieser Prüfungen.	
(6) Die Bundesanstalt prüft in den Fällen des Absatzes 5 Satz 1 auf ein Amtshilfeersuchen der zuständigen Behörde eines Herkunftsmitgliedstaats, ob sie eine Prüfung in den inländischen Geschäftsräumen einer Zweigniederlassung eines Kreditdienstleistungsinstituts oder eines Auslagerungsunternehmens durchführt. Die Amtshilfe leistet die Bundesanstalt im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse und im eigenen Ermessen. Die Bundesanstalt teilt den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats unverzüglich die Ergebnisse dieser Prüfung mit.	
(7) Werden der Bundesanstalt Hinweise bekannt, aus denen sich ergibt, dass ein Kreditdienstleistungsinstitut in den Fällen des Absatzes 5 Satz 1 gegen dieses Gesetz, gegen aufgrund dieses Gesetzes erlassene Rechtsverordnungen oder gegen weitere Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 verstößt, so leitet sie diese Hinweise an die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats weiter und fordert diese zur Einleitung angemessener Maßnahmen auf. Die Aufsichts- und Ermittlungsbefugnisse sowie die Sanktionsbefugnisse, die die Bundesanstalt gegenüber dem Kreditdienstleistungsinstitut nach diesem Gesetz hat, bleiben hiervon unberührt. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn der von den Kreditdienstleistungen betroffene Kredit im Inland gewährt wurde, das Kreditdienstleistungsinstitut aber nicht der Aufsicht der Bundesanstalt unterliegt.	
(8) Verstößt ein Kreditdienstleistungsinstitut trotz einer Aufforderung nach Absatz 7 weiterhin gegen dieses Gesetz oder die aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, so kann die Bundesanstalt geeignete Maßnahmen ergreifen und Sanktionen verhängen, wenn	
1. das Kreditdienstleistungsinstitut keine angemessenen und wirksamen Schritte unternommen hat, um den Verstoß binnen einer angemessenen Frist zu beheben, oder	
2. die Ergreifung sofortiger Maßnahmen geboten ist, um einer erheblichen Gefahr für die kollektiven Interessen der Kreditnehmer abzuhelpfen.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Diese Befugnis der Bundesanstalt gilt ungeachtet aller von den zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats gegen das Kreditdienstleistungsinstitut getroffenen Maßnahmen und verhängten Sanktionen. Darüber hinaus darf die Bundesanstalt in diesen Fällen die weitere Tätigkeit eines Kreditdienstleistungsinstituts untersagen, bis die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats oder das Kreditdienstleistungsinstitut selbst geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen. Die Bundesanstalt hat die zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaats über die nach diesem Absatz beabsichtigten Maßnahmen und Sanktionen vorab zu unterrichten.</p>	
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 4</p>	<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 4</p>
<p style="text-align: center;">R e g i s t e r</p>	<p style="text-align: center;">u n v e r ä n d e r t</p>
<p style="text-align: center;">§ 26</p>	
<p style="text-align: center;">Register der zugelassenen Institute; Verordnungsermächtigung</p>	
<p>(1) Die Bundesanstalt führt über die Kreditdienstleistungsinstitute, die über eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 verfügen oder nach § 23 im Inland tätig sind, ein öffentliches Register. Das Register ist auf der Internetseite der Bundesanstalt öffentlich einsehbar und wird regelmäßig aktualisiert.</p>	
<p>(2) Bei einem Erlöschen oder einer Aufhebung der Erlaubnis nach § 13 aktualisiert die Bundesanstalt das Register nach Absatz 1 unverzüglich.</p>	
<p>(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über das Register nach Absatz 1, über die Zugriffsmöglichkeiten auf das Register und über die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit und Aktualität des Registers erlassen. Es kann diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Abschnitt 5	Abschnitt 5
Risikobewertung	unverändert
§ 27	
Risikobewertung; Informationsaustausch	
<p>(1) Die Bundesanstalt bewertet unter Anwendung eines risikobasierten Ansatzes mindestens einmal jährlich, inwieweit die Kreditdienstleistungsinstitute, die über eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 verfügen, die Voraussetzungen des § 14 Absatz 2 bis 4 erfüllen. Bei der Bewertung ist der Größe, der Art, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeiten des betreffenden Kreditdienstleistungsinstituts Rechnung zu tragen. Die Bundesanstalt arbeitet hierbei mit der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe des § 7 des Kreditwesengesetzes zusammen.</p>	
<p>(2) Die Bundesanstalt teilt den zuständigen Behörden eines Aufnahmemitgliedstaats sowie eines etwaig davon abweichenden Vertragsstaats, in dem der Kredit gewährt wurde, Folgendes mit:</p>	
<p>1. die Ergebnisse der Bewertung nach Absatz 1 Satz 1, wenn eine dieser zuständigen Behörden darum ersucht oder die Bundesanstalt es für angebracht hält, sowie</p>	
<p>2. stets nähere Angaben zu etwaigen Maßnahmen und Sanktionen, die gegen das Kreditdienstleistungsinstitut im Bewertungszeitraum ergriffen oder verhängt wurden.</p>	
<p>(3) Die Bundesanstalt tauscht bei der Bewertung nach Absatz 1 Satz 1 alle Informationen mit den zuständigen Behörden des Aufnahmemitgliedstaats sowie eines etwaig davon abweichenden Vertragsstaats, in dem der Kredit gewährt wurde, aus, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigt. Entsprechend übermittelt sie den zuständigen Behörden der anderen Vertragsstaaten die Informationen, die diese zur Durchführung der dortigen Risikobewertungen benötigen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Abschnitt 6	Abschnitt 6
Verhaltensvorschriften; Informationspflichten	unverändert
§ 28	
Beziehung zu Kreditnehmern	
(1) Kreditkäufer und Kreditdienstleister haben in ihren Beziehungen zu Kreditnehmern	
1. nach Treu und Glauben und unter Beachtung der Verkehrssitte zu handeln,	
2. den Kreditnehmern ausschließlich Informationen zur Verfügung zu stellen, die zutreffend und verständlich sind, und	
3. die personenbezogenen Daten und das Recht auf Vertraulichkeit der Kreditnehmer zu achten und zu schützen.	
Kreditkäufer und Kreditdienstleister dürfen Kreditnehmer nicht unangemessen beeinflussen; eine unangemessene Beeinflussung liegt insbesondere vor, wenn Handlungen unter Berücksichtigung aller Umstände geeignet sind, die Entscheidungsfreiheit des Kreditnehmers durch Belästigung, unrechtmäßige Ausübung von Druck oder Nötigung zu beeinträchtigen.	
(2) Die §§ 13e und 13f des Rechtsdienstleistungsgesetzes gelten für Kreditkäufer und Kreditdienstleister entsprechend.	
§ 29	
Beschwerden bei einem Kreditdienstleister	
(1) Kreditdienstleister haben vor der erstmaligen Erbringung von Kreditdienstleistungen wirkungsvolle und transparente Verfahren für die Bearbeitung der Beschwerden von Kreditnehmern zu schaffen und danach stets anzuwenden.	
(2) Kreditdienstleister dürfen für die Bearbeitung der Beschwerden von Kreditnehmern von diesen kein Entgelt verlangen. Sie haben die Beschwerden und die zu deren Beilegung getroffenen Maßnahmen spätestens zwei Wochen nach Eingang der Beschwerde oder der jeweiligen Maßnahme zu dokumentieren.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 30	
Pflichten zur Information des Kreditnehmers	
(1) Nach der Übertragung eines notleidenden Kreditvertrags oder von Ansprüchen hieraus auf einen Kreditkäufer hat der Kreditkäufer oder der Kreditdienstleister vor der ersten Durchsetzungsmaßnahme und immer dann, wenn der Kreditnehmer es verlangt, dem Kreditnehmer in Textform in klarer und verständlicher Weise mindestens Folgendes mitzuteilen:	
1. Informationen über den erfolgten Übergang des Kreditvertrags oder der Ansprüche hieraus einschließlich des Datums des Übergangs,	
2. den Namen und die Kontaktdaten des Kreditkäufers und, sofern vorhanden, von dessen Vertreter,	
3. im Fall der Beauftragung eines Kreditdienstleisters den Namen und die Kontaktdaten des Kreditdienstleisters,	
4. im Fall der Beauftragung eines Kreditdienstleistungsinstituts einen Nachweis über die Erlaubnis des Kreditdienstleistungsinstituts nach § 10 Absatz 1 Satz 1 oder die dieser Erlaubnis entsprechende Zulassung eines anderen Vertragsstaats nach den dortigen nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167,	
5. im Fall der Auslagerung von Kreditdienstleistungen an ein Auslagerungsunternehmen den Namen und die Kontaktdaten des Auslagerungsunternehmens,	
6. an deutlich erkennbarer Stelle in der Mitteilung Angaben zu einem Ansprechpartner beim Kreditkäufer oder Kreditdienstleister und, falls vorhanden, beim Auslagerungsunternehmen, bei dem bei Bedarf Informationen eingeholt werden können,	
7. Informationen zu den Beträgen, die der Kreditnehmer zum Zeitpunkt der Mitteilung schuldet, unter Angabe dessen, was an jeweils ausstehenden Kreditbeträgen, Zinsen, Entgelten und sonstigen zulässigen Forderungen geschuldet wird,	
8. eine Erklärung, dass alle einschlägigen Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten nach dem Übergang des Kreditvertrags weiter gelten, insbesondere solche über die Durchsetzung von Verträgen, den Verbraucherschutz und die Rechte des Kreditnehmers sowie solche des Strafrechts, sowie	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>9. die Bezeichnung, die Anschrift und die Kontaktdaten der für die Einreichung von Beschwerden des Kreditnehmers zuständigen Behörden des Vertragsstaats, in dem der Kreditnehmer wohnhaft ist oder in dem sich sein satzungsmäßiger Sitz, oder, sofern er nach seinem nationalen Recht keinen satzungsmäßigen Sitz hat, des Vertragsstaats, in dem sich seine Hauptverwaltung befindet.</p>	
<p>(2) Handelt es sich bei dem Kreditnehmer um eine Privatperson im Sinne des § 13a Absatz 5 des Rechtsdienstleistungsgesetzes, so gilt für die Angabe der Informationen nach Absatz 1 Nummer 7 § 13a Absatz 1 Nummer 3 bis 6 des Rechtsdienstleistungsgesetzes entsprechend. Zudem gilt bei Privatpersonen § 13a Absatz 1 Nummer 7 und Absatz 2 bis 4 des Rechtsdienstleistungsgesetzes entsprechend.</p>	
<p>(3) Die Mitteilung nach Absatz 1 kann mit der ersten Zahlungsaufforderung verbunden werden, wenn der Kreditnehmer ausreichend Zeit hat, die Informationen zur Kenntnis zu nehmen und bei Bedarf weitere Informationen einzuholen, bevor er die Zahlung leisten muss oder Durchsetzungsmaßnahmen erfolgen.</p>	
<p>(4) Kreditkäufer oder Kreditdienstleister haben in alle der Mitteilung nach Absatz 1 nachfolgenden Mitteilungen an den Kreditnehmer die in Absatz 1 Nummer 6 festgelegten Angaben aufzunehmen. Handelt es sich um die erste Mitteilung nach der Bestellung eines neuen Kreditdienstleisters, so sind die in Absatz 1 Nummer 3 und 4 festgelegten Angaben ebenfalls aufzunehmen.</p>	
<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 7</p>	<p style="text-align: center;">A b s c h n i t t 7</p>
<p style="text-align: center;">B e a u f s i c h t i g u n g</p>	<p style="text-align: center;">B e a u f s i c h t i g u n g</p>
<p style="text-align: center;">§ 31</p>	<p style="text-align: center;">§ 31</p>
<p style="text-align: center;">Auskunftspflichten</p>	<p style="text-align: center;">u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(1) Kreditkäufer oder deren Vertreter, Kreditdienstleister, Auslagerungsunternehmen sowie Kreditnehmer haben der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank auf Verlangen sämtliche angeforderten Informationen zu übermitteln, Unterlagen vorzulegen und erforderlichenfalls Kopien anzufertigen, die diese benötigen, um zu prüfen, ob die in diesem Gesetz fest-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
gelegten Anforderungen eingehalten werden, um etwaige Verstöße gegen diese Anforderungen zu untersuchen und um über erforderliche Maßnahmen zu deren Einhaltung zu entscheiden.	
(2) Die Bundesanstalt kann, auch ohne besonderen Anlass, bei den Kreditkäufern oder deren Vertretern sowie bei Kreditdienstleistern, ihren Zweigniederlassungen und Auslagerungsunternehmen Prüfungen vornehmen und die Durchführung der Prüfungen der Deutschen Bundesbank übertragen. Die Bediensteten der Bundesanstalt, der Deutschen Bundesbank sowie die sonstigen Personen, derer sich die Bundesanstalt bei der Durchführung der Prüfungen bedient, können hierzu die Geschäftsräume des Kreditkäufers oder von dessen Vertreter sowie des Kreditdienstleisters, der Zweigniederlassung oder des Auslagerungsunternehmens innerhalb der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten betreten und besichtigen. Die Betroffenen haben Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 zu dulden.	
(3) § 44 Absatz 4 und 5 und § 44b des Kreditwesengesetzes sind entsprechend anzuwenden.	
(4) Wer zur Auskunft verpflichtet ist, kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.	
§ 32	§ 32
Vorlage von Jahresabschluss, Lagebericht und Prüfungsberichten	u n v e r ä n d e r t
(1) Kreditdienstleistungsinstitute haben	
1. den Jahresabschluss für das vergangene Geschäftsjahr in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres aufzustellen und	
2. der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe des Satzes 2 den aufgestellten sowie den festgestellten Jahresabschluss und, sofern das Kreditdienstleistungsinstitut verpflichtet ist, einen Lagebericht aufzustellen, den Lagebericht jeweils unverzüglich einzureichen.	
Sofern das Kreditdienstleistungsinstitut zu einer Prüfung des Jahresabschlusses verpflichtet ist, muss der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk oder dem Vermerk über dessen Versagung versehen sein. Der Abschlussprüfer hat den Bericht über die Prüfung	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
des Jahresabschlusses (Prüfungsbericht) unverzüglich nach Beendigung der Prüfung bei der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank einzureichen.	
(2) Ein Kreditdienstleistungsinstitut, das einen Konzernabschluss oder einen Konzernlagebericht aufstellt, hat diese Unterlagen unverzüglich bei der Bundesanstalt und bei der Deutschen Bundesbank einzureichen. Wird ein Prüfungsbericht von einem Konzernabschlussprüfer erstellt, hat dieser den Prüfungsbericht unverzüglich nach Beendigung der Prüfung bei der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank einzureichen.	
(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 gelten entsprechend für einen Einzelabschluss nach § 325 Absatz 2a des Handelsgesetzbuchs.	
§ 33	§ 33
Bestellung des Abschlussprüfers in besonderen Fällen	u n v e r ä n d e r t
(1) Ist ein Kreditdienstleistungsinstitut verpflichtet, einen Abschlussprüfer zu bestellen, hat es der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank den bestellten Abschlussprüfer unverzüglich nach der Bestellung anzuzeigen.	
(2) Die Bundesanstalt kann innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der Anzeige die Bestellung eines anderen Abschlussprüfers verlangen, wenn dies zur Erreichung des Prüfungszwecks geboten ist. Die Bestellung eines anderen Abschlussprüfers ist in der Regel zur Erreichung des Prüfungszwecks geboten, wenn ein Kreditdienstleistungsinstitut, das kein Unternehmen von öffentlichem Interesse nach § 316a Satz 2 Nummer 1 des Handelsgesetzbuchs ist, der Bundesanstalt für mindestens elf aufeinanderfolgende Geschäftsjahre denselben Abschlussprüfer angezeigt hat.	
(3) Hat das Kreditdienstleistungsinstitut eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer bestellt, die in einem der beiden vorangegangenen Geschäftsjahre Abschlussprüfer des Kreditdienstleistungsinstituts war, so kann die Bundesanstalt den Wechsel des verantwortlichen Prüfungspartners verlangen, wenn die vorangegangene Prüfung einschließlich des Prüfungsberichts den Prüfungszweck nicht erfüllt hat; § 43 Absatz 3 Satz 3 der Wirtschaftsprüferordnung gilt entsprechend.	
(4) § 28 Absatz 2 und 3 des Kreditwesengesetzes ist entsprechend anzuwenden.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 34	§ 34
Prüfungspflichten; Verordnungsermächtigung	Prüfungspflichten; Verordnungsermächtigung
<p>(1) Ist ein Kreditdienstleistungsinstitut verpflichtet, seinen Jahresabschluss prüfen zu lassen, hat der Abschlussprüfer als Teil der Prüfung des Jahresabschlusses sowie eines Zwischenabschlusses auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditdienstleistungsinstituts zu prüfen. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses hat er insbesondere festzustellen, ob das Kreditdienstleistungsinstitut die Anzeigepflichten nach § 10 Absatz 6 und § 36 Absatz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung aufgrund des § 36 Absatz 4, sowie nach § 37 Absatz 3 Satz 1 erfüllt hat.</p>	<p>(1) Ist ein Kreditdienstleistungsinstitut verpflichtet, seinen Jahresabschluss prüfen zu lassen, hat der Abschlussprüfer als Teil der Prüfung des Jahresabschlusses sowie eines Zwischenabschlusses auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditdienstleistungsinstituts zu prüfen. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses hat er insbesondere festzustellen, ob das Kreditdienstleistungsinstitut die Anzeigepflichten nach § 10 Absatz 6 und § 35 Absatz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung aufgrund des § 35 Absatz 4, sowie nach § 36 Absatz 3 Satz 1 erfüllt hat.</p>
<p>(2) Der Abschlussprüfer hat auch zu prüfen, ob das Kreditdienstleistungsinstitut den Pflichten nach den §§ 14, 17 bis 20, 22 und 28 bis 30 nachgekommen ist.</p>	<p>(2) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(3) § 30 des Kreditwesengesetzes ist entsprechend anzuwenden.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über den Gegenstand der Prüfung nach den Absätzen 1 und 2, über den Zeitpunkt ihrer Durchführung und über den Inhalt der Prüfungsberichte sowie über das Format für deren Einreichung zu erlassen, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt erforderlich ist, insbesondere um Missstände, welche die Sicherheit der einem Kreditdienstleistungsinstitut anvertrauten Vermögenswerte gefährden oder die ordnungsgemäße Durchführung der Kreditdienstleistungen beeinträchtigen können, zu erkennen sowie einheitliche Unterlagen zur Beurteilung der von den Kreditdienstleistungsinstituten durchgeführten Geschäfte zu erhalten. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 35	§ 35
Unterjährige Meldungen über die Geschäftsentwicklung; Verordnungsermächtigung	entfällt
<p>(1) Ein Kreditdienstleistungsinstitut hat wiederkehrend jeweils nach Ablauf von sechs Monaten bei der Deutschen Bundesbank eine Meldung über die Geschäftsentwicklung einzureichen. Die Deutsche Bundesbank leitet diese Meldung zusammen mit einer von ihr verfassten Stellungnahme an die Bundesanstalt weiter. Die Bundesanstalt kann auf die Weiterleitung bestimmter Meldungen nach Satz 2 verzichten.</p>	
<p>(2) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank nähere Bestimmungen über Inhalt, Art, Umfang und Zeitpunkt sowie über die zulässigen Datenträger, Übertragungswege und Datenformate von Meldungen nach Absatz 1 erlassen, insbesondere um Einblick in die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage der Kreditdienstleistungsinstitute zu erhalten, sowie über weitere Angaben, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt erforderlich ist. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.</p>	
§ 36	§ 35
Anzeigepflichten der Kreditdienstleistungsinstitute; Verordnungsermächtigung	Anzeigepflichten der Kreditdienstleistungsinstitute; Verordnungsermächtigung
(1) Kreditdienstleistungsinstitute haben der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank unverzüglich Folgendes anzuzeigen:	(1) Kreditdienstleistungsinstitute haben der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank unverzüglich Folgendes anzuzeigen:
<p>1. die Absicht der Bestellung eines Geschäftsleiters unter Angabe der Tatsachen, die für die Beurteilung der fachlichen Eignung, der Zuverlässigkeit und der zeitlichen Verfügbarkeit für die Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben wesentlich sind, und unter Angabe des Ergebnisses der Beurteilung dieser Anforderungen durch das anzeigende Kreditdienstleistungsinstitut, sowie den Vollzug,</p>	<p>1. u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
die Aufgabe oder die Änderung einer solchen Absicht sowie die Absicht der Ermächtigung einer Person zur Einzelvertretung des Kreditdienstleistungsinstituts in dessen gesamtem Geschäftsbereich; neue Tatsachen, die sich auf die ursprüngliche Beurteilung der fachlichen Eignung, der Zuverlässigkeit und der ausreichenden zeitlichen Verfügbarkeit erheblich auswirken, sind ebenfalls unverzüglich nach Kenntniserlangung anzuzeigen,	
2. das Ausscheiden eines Geschäftsleiters sowie die Entziehung der Befugnis zur Einzelvertretung des Kreditdienstleistungsinstituts in dessen gesamtem Geschäftsbereich,	2. u n v e r ä n d e r t
3. die Änderung der Rechtsform und die Änderung der Firma oder der registermäßigen Bezeichnung des Kreditdienstleistungsinstituts,	3. u n v e r ä n d e r t
4. die Verlegung der Niederlassung oder des Sitzes des Kreditdienstleistungsinstituts,	4. u n v e r ä n d e r t
5. die Errichtung, die Verlegung und die Schließung einer Zweigniederlassung des Kreditdienstleistungsinstituts in einem Drittstaat sowie die Aufnahme und die Beendigung der Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen ohne Errichtung einer Zweigstelle,	5. u n v e r ä n d e r t
6. die Einstellung des Geschäftsbetriebs des Kreditdienstleistungsinstituts,	6. u n v e r ä n d e r t
7. die Absicht der gesetzlichen und satzungsgemäßen Organe, eine Entscheidung über die Auflösung des Kreditdienstleistungsinstituts herbeizuführen,	7. u n v e r ä n d e r t
8. das Entstehen, die Änderung oder die Beendigung einer engen Verbindung im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 38 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zu einer anderen natürlichen Person oder einem anderen Unternehmen,	8. u n v e r ä n d e r t
9. die Bestellung eines Mitglieds <i>und stellvertretender Mitglieder</i> des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Kreditdienstleistungsinstituts unter Angabe der Tatsachen, die zur Beurteilung der Anforderungen nach § 15 notwendig sind; neue Tatsachen, die sich auf die ursprüngliche Beurteilung dieser Anforderungen erheblich auswirken, sind ebenfalls unverzüglich nach Kenntniserlangung anzuzeigen,	9. die Bestellung eines Mitglieds des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Kreditdienstleistungsinstituts unter Angabe der Tatsachen, die zur Beurteilung der Anforderungen nach § 15 notwendig sind; neue Tatsachen, die sich auf die ursprüngliche Beurteilung dieser Anforderungen erheblich auswirken, sind ebenfalls unverzüglich nach Kenntniserlangung anzuzeigen,

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
10. das Ausscheiden eines Mitglieds <i>und stellvertretender Mitglieder</i> des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Kreditdienstleistungsinstituts,	10. das Ausscheiden eines Mitglieds des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Kreditdienstleistungsinstituts,
11. die Absicht des Kreditdienstleistungsinstituts, sich mit einem anderen Kreditdienstleistungsinstitut, einem Institut im Sinne des § 1 Absatz 1b des Kreditwesengesetzes, einem Wertpapierinstitut im Sinne des Wertpapierinstitutsgesetzes oder einem Institut im Sinne des § 1 Absatz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes zu vereinigen,	11. u n v e r ä n d e r t
12. die Absicht des Kreditdienstleistungsinstituts, eine Registrierung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Rechtsdienstleistungsgesetzes herbeizuführen,	12. u n v e r ä n d e r t
13. falls eine qualifizierte Person nach § 15 Absatz 4 Satz 2 benannt wird, die nicht bereits als qualifizierte Person einer nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Rechtsdienstleistungsgesetzes registrierten Person benannt ist, die Tatsachen, die zur Beurteilung der Anforderungen nach § 12 Absatz 4 Satz 1 und 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes notwendig sind; neue Tatsachen, die sich auf die ursprüngliche Beurteilung dieser Anforderungen erheblich auswirken, sind ebenfalls unverzüglich nach Kenntniserlangung anzuzeigen, und	13. u n v e r ä n d e r t
14. das Ausscheiden einer von dem Kreditdienstleistungsinstitut nach § 15 Absatz 4 Satz 2 benannten qualifizierten Person.	14. u n v e r ä n d e r t
(2) § 24 Absatz 3b des Kreditwesengesetzes ist entsprechend anzuwenden.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Bei Anzeigen nach Absatz 1 Nummer 1 und 9 kann die Bundesanstalt die angezeigten Personen befragen, um zu beurteilen, ob die Anforderungen erfüllt sind.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über Art, Umfang, Zeitpunkt und Form der nach Absatz 1 vorgesehenen Anzeigen und Vorlagen von Unterlagen, über die zulässigen Datenträger, Übertragungswege und Datenformate und über zu verwendende und anzuzeigende Zusatzinformationen zu den Hauptinformationen, etwa besondere Rechtsträgerkennungen sowie Angaben zu deren Aktualität oder Validität, erlassen und die bestehenden Anzeigepflichten durch die Verpflichtung zur Erstattung von Sammelanzeigen und die	(4) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Einreichung von Sammelaufstellungen ergänzen, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt erforderlich ist, insbesondere um einheitliche Unterlagen zur Beurteilung der von den Kreditdienstleistungsinstituten durchgeführten Kreditdienstleistungen zu erhalten. Das Bundesministerium der Finanzen kann diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf die Bundesanstalt mit der Maßgabe übertragen, dass die Rechtsverordnung der Bundesanstalt im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank ergeht. Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die Spitzenverbände der Kreditdienstleistungsinstitute anzuhören.</p>	
§ 37	§ 36
Maßnahmen bei Gefahren und Insolvenzantrag	u n v e r ä n d e r t
<p>(1) Ist die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditdienstleistungsinstituts gegenüber seinen Gläubigern gefährdet, liegen die Voraussetzungen für die Aufhebung der Erlaubnis vor oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditdienstleistungsinstitut nicht möglich ist, kann die Bundesanstalt zur Abwendung der in diesen Fällen bestehenden Gefahren einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann insbesondere</p>	
<p>1. der Geschäftsführung des Kreditdienstleistungsinstituts Anweisungen erteilen und</p>	
<p>2. Inhabern und Geschäftsleitern die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder die Ausübung beschränken.</p>	
<p>(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 kann die Bundesanstalt zur Vermeidung eines Insolvenzverfahrens oder zur Vermeidung der Aufhebung der Erlaubnis vorübergehend</p>	
<p>1. die Annahme von Geldern verbieten,</p>	
<p>2. ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot an das Kreditdienstleistungsinstitut erlassen,</p>	
<p>3. die Schließung des Kreditdienstleistungsinstituts für den Verkehr mit Kreditkäufern oder Kreditnehmern anordnen und</p>	
<p>4. die Entgegennahme von Zahlungen, die nicht zur Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditdienstleistungsinstitut bestimmt sind, verbieten.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>§ 46 Absatz 1 Satz 3 bis 6 sowie § 46c des Kreditwesengesetzes gelten entsprechend.</p>	
<p>(3) Wird ein Kreditdienstleistungsinstitut zahlungsunfähig oder tritt Überschuldung ein, so haben die Geschäftsleiter dies der Bundesanstalt unter Beifügung aussagefähiger Unterlagen unverzüglich anzuzeigen. Die Geschäftsleiter haben eine solche Anzeige unter Beifügung entsprechender Unterlagen auch dann vorzunehmen, wenn das Kreditdienstleistungsinstitut voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die bestehenden Zahlungspflichten zum Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfüllen (drohende Zahlungsunfähigkeit). Soweit Personen nach anderen Rechtsvorschriften verpflichtet sind, bei Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung die Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu beantragen, tritt an die Stelle der Antragspflicht die Anzeigepflicht nach Satz 1. Das Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Kreditdienstleistungsinstituts findet im Fall der Zahlungsunfähigkeit, der Überschuldung oder unter den Voraussetzungen des Satzes 6 auch im Fall der drohenden Zahlungsunfähigkeit statt. Den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines Kreditdienstleistungsinstituts, das über eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 verfügt, kann nur die Bundesanstalt stellen. Im Fall der drohenden Zahlungsunfähigkeit darf die Bundesanstalt den Antrag jedoch nur mit Zustimmung des Kreditdienstleistungsinstituts und nur dann stellen, wenn Maßnahmen nach Absatz 2 nicht erfolversprechend erscheinen. Vor der Bestellung des Insolvenzverwalters hat das Insolvenzgericht die Bundesanstalt anzuhören. Der Eröffnungsbeschluss ist der Bundesanstalt gesondert zuzustellen. Das Insolvenzgericht übersendet der Bundesanstalt alle weiteren, das Verfahren betreffenden Beschlüsse und erteilt auf Anfrage Auskunft zum Stand und Fortgang des Verfahrens. Die Bundesanstalt kann Einsicht in die Insolvenzakten nehmen.</p>	
<p>(4) § 30 Absatz 2 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes ist auf Kreditdienstleistungsinstitute entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>(5) Die Antragsrechte nach § 3a Absatz 1, § 3d Absatz 2 und § 269d Absatz 2 der Insolvenzordnung stehen bei Kreditdienstleistungsinstituten ausschließlich der Bundesanstalt zu. Die Einleitung eines Koordinationsverfahrens nach den §§ 269d bis 269i der Insolvenzordnung entfaltet für die gruppenangehörigen Kreditdienstleistungsinstitute nur dann Wirkung, wenn die Bundesanstalt die Einleitung beantragt oder ihr zugestimmt hat. Für die Bestellung des Verfahrenskoordinators gilt Absatz 3 Satz 7 entsprechend.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(6) Der Insolvenzverwalter informiert die Bundesanstalt laufend über Stand und Fortgang des Insolvenzverfahrens, insbesondere durch Überlassung der Berichte für das Insolvenzgericht, die Gläubigerversammlung oder einen Gläubigerausschuss. Die Bundesanstalt kann darüber hinaus weitere Auskünfte und Unterlagen zum Insolvenzverfahren verlangen.</p>	
§ 38	§ 37
Befugnisse der Bundesanstalt	u n v e r ä n d e r t
<p>(1) Die Bundesanstalt kann im Einzelfall Maßnahmen treffen, die geeignet und erforderlich sind, um die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes sicherzustellen, insbesondere wenn</p>	
<p>1. ein Kreditinstitut Informationen nach § 6 Absatz 1 oder Daten nach § 6 Absatz 3 nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig übermittelt,</p>	
<p>2. ein Kreditkäufer oder sein Vertreter die in § 7 vorgesehene Anforderung nicht erfüllt,</p>	
<p>3. ein Kreditkäufer oder sein Vertreter die in § 8 vorgesehenen Daten nicht übermittelt,</p>	
<p>4. ein Kreditkäufer entgegen § 9 Absatz 1 keinen Vertreter bestellt,</p>	
<p>5. ein Auslagerungsunternehmen einen schweren Verstoß gegen die geltenden Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2167 begeht,</p>	
<p>6. die in § 14 Absatz 2 vorgesehenen Regelungen für die Unternehmensführung und die Verfahren der internen Kontrolle des Kreditdienstleistungsinstituts keine Garantie dafür bieten, dass die Rechte der Kreditnehmer geachtet und die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten eingehalten werden,</p>	
<p>7. die Grundsätze eines Kreditdienstleistungsinstituts für eine ordnungsgemäße Behandlung der Kreditnehmer im Sinne des § 14 Absatz 3 unzureichend sind,</p>	
<p>8. mit den in § 14 Absatz 4 vorgesehenen internen Verfahren eines Kreditdienstleistungsinstituts nicht sichergestellt wird, dass Beschwerden von Kreditnehmern entsprechend den in § 29 festgelegten Pflichten registriert und bearbeitet werden,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
9. eine Person als Geschäftsleiter oder Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Kreditdienstleistungsinstituts bestellt wird oder in dieser Position verbleibt, obwohl sie entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2, gegebenenfalls in Verbindung mit § 15 Absatz 3, zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben fachlich nicht geeignet oder unzuverlässig ist,	
10. ein Geschäftsleiter entgegen § 15 Absatz 2 Satz 2 oder ein Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans entgegen § 15 Absatz 3 Satz 2 der Wahrnehmung seiner Aufgaben nicht ausreichend Zeit widmet,	
11. der zur Erfüllung der Anforderung des § 15 Absatz 4 Satz 1 benannte Geschäftsleiter nicht die erforderliche theoretische und praktische Sachkunde aufweist oder die nach § 15 Absatz 4 Satz 2 benannte Person nicht die Anforderungen des § 12 Absatz 4 Satz 1 und 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes erfüllt,	
12. ein Kreditdienstleistungsinstitut die Vorgaben nach § 17 Absatz 2 oder 4 nicht einhält,	
13. ein Kreditdienstleistungsinstitut die Anforderungen der §§ 18 und 19 nicht erfüllt,	
14. ein Kreditdienstleistungsinstitut bei Abschluss einer Auslagerungsvereinbarung gegen die §§ 20 bis 22 verstößt,	
15. ein Kreditkäufer oder ein Kreditdienstleister entgegen § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in seiner Beziehung zum Kreditnehmer nicht nach Treu und Glauben und unter Beachtung der Verkehrs-sitte handelt, entgegen § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 dem Kreditnehmer irreführende, unklare oder falsche Informationen zur Verfügung stellt, entgegen § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 die personenbezogenen Daten des Kreditnehmers nicht achtet und schützt oder entgegen § 28 Absatz 1 Satz 2 den Kreditnehmer unangemessen beeinflusst,	
16. ein Kreditkäufer entgegen § 28 Absatz 2 Kosten vom Kreditnehmer ersetzt verlangt, die nicht erstattungsfähig sind,	
17. ein Kreditdienstleister entgegen § 29 Absatz 1 kein wirkungsvolles und transparentes Verfahren zur Bearbeitung von Kreditnehmerbeschwerden schafft und unterhält oder entgegen § 29 Absatz 2 für die Bearbeitung von Kreditnehmerbeschwer-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
den ein Entgelt verlangt oder die Kreditnehmerbeschwerden und die zu deren Beilegung getroffenen Maßnahmen nicht ordnungsgemäß dokumentiert,	
18. ein Kreditkäufer oder ein Kreditdienstleister die in § 30 Absatz 1 und 2 geregelten Mitteilungspflichten nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erfüllt oder	
19. ein Kreditkäufer, sein Vertreter, ein Kreditdienstleister oder ein Auslagerungsunternehmen die in § 31 Absatz 1 Satz 1 geregelten Auskunftspflichten nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erfüllt.	
(2) Bei der Festlegung der Art der Maßnahmen nach Absatz 1 ist den relevanten Umständen Rechnung zu tragen, insbesondere	
1. der Schwere und der Dauer des Verstoßes,	
2. dem Grad der Verantwortung, den der Verantwortliche für den Verstoß trägt,	
3. der Finanzkraft des für den Verstoß Verantwortlichen, wie sie sich bei einem Unternehmen unter anderem am Gesamtumsatz und bei einer natürlichen Person unter anderem an den Jahreseinkünften ablesen lässt,	
4. der Höhe der Gewinne oder Verluste, die der für den Verstoß Verantwortliche durch den Verstoß erzielt oder vermieden hat, sofern sich diese Gewinne oder Verluste beziffern lassen,	
5. den Verlusten, die Dritten durch den Verstoß entstanden sind, sofern sich diese Verluste beziffern lassen,	
6. der Bereitschaft des für den Verstoß Verantwortlichen, mit den zuständigen Behörden zusammenzuarbeiten,	
7. früheren Verstößen des für den Verstoß Verantwortlichen sowie	
8. allen tatsächlichen oder potenziellen Auswirkungen des Verstoßes auf das Finanzsystem.	
(3) Die Maßnahmen nach Absatz 1 können auch gegen die Geschäftsleiter oder Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans eines Kreditkäufers oder seines Vertreters oder eines Kreditdienstleisters sowie gegen andere natürliche Personen verhängt werden, die für den Verstoß verantwortlich sind. Insbesondere in den Fällen des § 13 Absatz 2 Nummer 2, 4 und 5 kann die Bundesanstalt, statt die Erlaubnis aufzuheben, die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Abberufung der verantwortlichen Geschäftsleiter verlangen und ihnen darüber hinaus auch die Ausübung ihrer Tätigkeit bei Kreditdienstleistungsinstituten untersagen. In den Fällen des § 13 Absatz 2 Nummer 5 kann die Bundesanstalt auch die vorübergehende Abberufung der verantwortlichen Geschäftsleiter verlangen und ihnen vorübergehend die Ausübung einer Leitungstätigkeit bei einem Kreditdienstleistungsinstitut oder einem Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 des Geldwäschegesetzes untersagen. Die Anordnung nach Satz 2 kann die Bundesanstalt auch gegenüber jeder anderen Person treffen, die für den Verstoß verantwortlich ist.</p>	
<p>(4) Die Bundesanstalt kann für Kreditdienstleistungsinstitute einen Sonderbeauftragten bestellen. § 45c des Kreditwesengesetzes ist entsprechend anzuwenden.</p>	
<p>(5) Die Bundesanstalt kann einen Geschäftsleiter verwarnen, wenn dieser gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder des Geldwäschegesetzes, die Geldwäschebestimmungen in einem Aufnahmemitgliedstaat, die zur Durchführung dieser Gesetze erlassenen Verordnungen oder gegen Anordnungen der Bundesanstalt verstoßen hat. Gegenstand der Verwarnung ist die Feststellung des entscheidungserheblichen Sachverhaltes und des hierdurch begründeten Verstoßes.</p>	
<p>(6) Die Bundesanstalt kann die Abberufung eines Geschäftsleiters verlangen und ihm die Ausübung seiner Tätigkeit bei Kreditdienstleistungsinstituten untersagen, wenn er gegen die in Absatz 5 genannten Rechtsakte oder gegen Anordnungen der Bundesanstalt verstoßen hat und dieses Verhalten trotz Verwarnung nach Absatz 5 durch die Bundesanstalt vorsätzlich oder leichtfertig fortsetzt.</p>	
<p>(7) Die Bundesanstalt kann die Abberufung eines Mitglieds des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans verlangen und einer solchen Person die Ausübung ihrer Tätigkeit bei Kreditdienstleistungsinstituten untersagen, wenn</p>	
<p>1. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Person nicht zuverlässig ist,</p>	
<p>2. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Person nicht über angemessenes Wissen und angemessene Erfahrung verfügt, um ihre Kontrollfunktion wahrzunehmen und die Unternehmensgeschäfte zu beurteilen und zu überwachen,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
3. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Person der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht ausreichend Zeit widmet,	
4. der Person wesentliche Verstöße des Unternehmens gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung wegen sorgfaltswidriger Ausübung ihrer Überwachungs- und Kontrollfunktion verborgen geblieben sind und sie dieses sorgfaltswidrige Verhalten trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt fortsetzt oder	
5. die Person nicht alles Erforderliche zur Beseitigung festgestellter Verstöße veranlasst hat und dies trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt auch weiterhin unterlässt.	
Bei Kreditdienstleistungsinstituten, die aufgrund ihrer Rechtsform einer besonderen Rechtsaufsicht unterliegen, erfolgt eine Maßnahme nach Satz 1 erst nach Anhörung der zuständigen Behörde für die Rechtsaufsicht über das Kreditdienstleistungsinstitut. Soweit das Gericht auf Antrag des Aufsichtsrats ein Aufsichtsratsmitglied abuberufen hat, kann dieser Antrag bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 auch von der Bundesanstalt gestellt werden, wenn der Aufsichtsrat dem Abberufungsverlangen der Aufsichtsbehörde nicht nachgekommen ist. Die Abberufung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat erfolgt allein nach den Vorschriften der Mitbestimmungsgesetze.	
§ 39	§ 38
Untersagung unerlaubter Kreditdienstleistungen	Untersagung unerlaubter Kreditdienstleistungen
(1) Werden ohne die nach § 10 Absatz 1 Satz 1 erforderliche Erlaubnis Kreditdienstleistungen erbracht, kann die Bundesanstalt die sofortige Einstellung des Geschäftsbetriebs und die unverzügliche Abwicklung der Geschäfte gegenüber dem Unternehmen sowie gegenüber seinen Gesellschaftern und den Mitgliedern seiner Organe anordnen. Sie kann	(1) Werden ohne die nach § 10 Absatz 1 Satz 1 erforderliche Erlaubnis Kreditdienstleistungen erbracht, kann die Bundesanstalt die sofortige Einstellung des Geschäftsbetriebs und die unverzügliche Abwicklung der Geschäfte gegenüber dem Unternehmen sowie gegenüber seinen Gesellschaftern und den Mitgliedern seiner Organe anordnen. Sie kann
1. für die Abwicklung Weisungen erlassen und	1. u n v e r ä n d e r t
2. eine geeignete Person als Abwickler bestellen.	2. u n v e r ä n d e r t
Die Bundesanstalt kann ihre Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 nach Maßgabe des § 42 Absatz 2 bekannt machen; personenbezogene Daten dürfen jedoch nur veröffentlicht werden, soweit dies zur Gefahrenabwehr erforderlich ist. Die Befugnisse der Bundesanstalt nach den Sätzen 1 bis 3 bestehen auch gegenüber Unternehmen, die in die Anbahnung, den Abschluss oder die	Die Bundesanstalt kann ihre Maßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 nach Maßgabe des § 41 Absatz 2 bekannt machen; personenbezogene Daten dürfen jedoch nur veröffentlicht werden, soweit dies zur Gefahrenabwehr erforderlich ist. Die Befugnisse der Bundesanstalt nach den Sätzen 1 bis 3 bestehen auch gegenüber Unternehmen, die in die Anbahnung, den Abschluss oder die

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Abwicklung dieser Geschäfte einbezogen sind, sowie gegenüber deren Gesellschaftern und den Mitgliedern ihrer Organe.	Abwicklung dieser Geschäfte einbezogen sind, sowie gegenüber deren Gesellschaftern und den Mitgliedern ihrer Organe.
(2) Ordnet die Bundesanstalt die Einstellung des Geschäftsbetriebs oder die Abwicklung der unerlaubten Geschäfte an, so stehen ihr bei juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften auch die in § 38 Absatz 1 und 2 des Kreditwesengesetzes genannten Rechte zu. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Der Abwickler ist berechtigt, die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Unternehmens zu beantragen, sofern die Voraussetzungen für einen Insolvenzantrag vorliegen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Der Abwickler erhält von der Bundesanstalt eine angemessene Vergütung und Ersatz seiner Aufwendungen. Die gezahlten Beträge sind der Bundesanstalt von dem betroffenen Unternehmen gesondert zu erstatten und auf Verlangen der Bundesanstalt vorzuschließen. Die Bundesanstalt kann das betroffene Unternehmen anweisen, den von der Bundesanstalt festgesetzten Betrag im Namen der Bundesanstalt unmittelbar an den Abwickler zu leisten, wenn dadurch keine Beeinflussung der Unabhängigkeit des Abwicklers zu besorgen ist.	(4) u n v e r ä n d e r t
§ 40	§ 39
Verfolgung unerlaubter Kreditdienstleistungen	u n v e r ä n d e r t
(1) Steht es fest oder rechtfertigten Tatsachen die Annahme, dass ein Unternehmen unerlaubt Kreditdienstleistungen erbringt oder erbracht hat oder dass es in die Anbahnung, den Abschluss oder die Abwicklung unerlaubter Kreditdienstleistungen einbezogen ist oder war, so haben sowohl das Unternehmen als auch die Mitglieder der Organe, die Gesellschafter und die Beschäftigten eines solchen Unternehmens der Bundesanstalt sowie der Deutschen Bundesbank auf Verlangen Auskünfte über alle Geschäftsangelegenheiten zu erteilen und Unterlagen vorzulegen. Ein Mitglied eines Organs, ein Gesellschafter oder ein Beschäftigter hat auf Verlangen auch nach seinem Ausscheiden aus dem Organ oder dem Unternehmen Auskunft zu erteilen und Unterlagen vorzulegen. Die Bundesanstalt kann den in Satz 1 genannten Unternehmen und Personen Weisungen zur Sicherung von Kundengeldern, Vermögenswerten und Daten erteilen.	
(2) Die Bundesanstalt kann Prüfungen in Räumen des Unternehmens sowie in den Räumen der nach	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Absatz 1 auskunfts- und vorlegungspflichtigen Personen und Unternehmen vornehmen, soweit dies zur Feststellung der Art oder des Umfangs der Geschäfte oder Tätigkeiten erforderlich ist; sie kann die Durchführung der Prüfungen auf die Deutsche Bundesbank übertragen. Die Bediensteten der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank dürfen hierzu diese Räume innerhalb der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten betreten und besichtigen. Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sind sie befugt, diese Räume auch außerhalb der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten sowie Räume, die auch als Wohnung dienen, zu betreten und zu besichtigen; das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt.</p>	
<p>(3) Die Bediensteten der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank dürfen die Räume des Unternehmens sowie der nach Absatz 1 auskunfts- und vorlegungspflichtigen Personen und Unternehmen durchsuchen. Im Rahmen der Durchsuchung dürfen die Bediensteten auch die auskunfts- und vorlegungspflichtigen Personen zum Zweck der Sicherstellung von Gegenständen im Sinne des Absatzes 4 durchsuchen. Das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt. Durchsuchungen von Geschäftsräumen und Personen sind, außer bei Gefahr im Verzug, durch das Gericht anzuordnen. Durchsuchungen von Räumen, die als Wohnung dienen, sind durch das Gericht anzuordnen. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk sich die Räume befinden. Gegen die gerichtliche Entscheidung ist die Beschwerde zulässig; die §§ 306 bis 310 und 311a der Strafprozessordnung gelten entsprechend. Über die Durchsuchung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie muss die verantwortliche Dienststelle, den Grund, das Datum, die Uhrzeit und den Ort der Durchsuchung sowie ihr Ergebnis und, falls keine gerichtliche Anordnung ergangen ist, auch Tatsachen, die die Annahme einer Gefahr im Verzug begründet haben, enthalten.</p>	
<p>(4) Die Bediensteten der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank können Gegenstände sicherstellen, die als Beweismittel für die Ermittlung des Sachverhaltes von Bedeutung sein können.</p>	
<p>(5) Die Betroffenen haben Maßnahmen nach den Absätzen 2, 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 zu dulden. Zur Auskunft Verpflichtete können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.	
(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten entsprechend für andere Unternehmen und Personen, sofern	
1. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in die Anbahnung, den Abschluss oder die Abwicklung von Kreditdienstleistungen einbezogen sind, die in einem anderen Staat entgegen einem dort bestehenden Verbot erbracht oder betrieben werden, und	
2. die zuständige Behörde des anderen Staats ein entsprechendes Ersuchen an die Bundesanstalt stellt.	
<i>§ 41</i>	§ 40
Beschwerden über Kreditdienstleistungsinstitute, Kreditkäufer und Auslagerungsunternehmen	u n v e r ä n d e r t
Kreditnehmer können wegen behaupteter Verstöße gegen Bestimmungen dieses Gesetzes Beschwerden gegen Kreditkäufer, deren Vertreter, Kreditdienstleister oder Auslagerungsunternehmen bei der Bundesanstalt einlegen. § 4b des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes gilt entsprechend. Die Möglichkeit zur Einreichung der Beschwerde und das hierfür vorgesehene Verfahren sind von der Bundesanstalt in geeigneter Weise öffentlich zu machen.	
<i>§ 42</i>	§ 41
Bekanntmachung von Maßnahmen; öffentliche Warnungen	u n v e r ä n d e r t
(1) Für die Bekanntmachung von Maßnahmen und Bußgeldentscheidungen nach diesem Gesetz gilt § 60b des Kreditwesengesetzes entsprechend.	
(2) Soweit und solange Tatsachen die Annahme rechtfertigen oder feststeht, dass ein Unternehmen unerlaubt Kreditdienstleistungen erbringt, kann die Bundesanstalt die Öffentlichkeit unter Nennung des Namens oder der Firma des Unternehmens über den Verdacht oder diese Feststellung informieren. Satz 1 ist entsprechend anzuwenden, wenn ein Unternehmen die unerlaubten Kreditdienstleistungen zwar nicht erbringt, aber in der Öffentlichkeit einen entsprechenden Anschein erweckt. Vor der Entscheidung über die Veröffentlichung der Information ist das Unternehmen an-	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
zuhören. Stellen sich die von der Bundesanstalt veröffentlichten Informationen als falsch oder die zugrundeliegenden Umstände als unrichtig wiedergegeben heraus, so informiert die Bundesanstalt die Öffentlichkeit hierüber in der gleichen Art und Weise, in der sie die betreffende Information zuvor bekannt gegeben hat.	
§ 43	§ 42
Sofortige Vollziehbarkeit; elektronische Bekanntgabe	Sofortige Vollziehbarkeit; elektronische Bekanntgabe
(1) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen der Bundesanstalt nach § 3 Absatz 4, § 13 Absatz 2 Nummer 2 bis 5, § 14 Absatz 6, § 16 Absatz 1 in Verbindung mit § 2c Absatz 1b Satz 1 bis 3, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 2a des Kreditwesengesetzes, nach den §§ 31, 33 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3, nach § 34 Absatz 3 in Verbindung mit § 30 des Kreditwesengesetzes sowie nach den §§ 37 bis 40 haben keine aufschiebende Wirkung. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Androhung und die Festsetzung von Zwangsmitteln, die zur Durchsetzung der in Satz 1 genannten Maßnahmen im Wege des Verwaltungszwangs erlassen werden, haben keine aufschiebende Wirkung.	(1) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen der Bundesanstalt nach § 3 Absatz 4, § 13 Absatz 2 Nummer 2 bis 5, § 14 Absatz 6, § 16 Absatz 1 in Verbindung mit § 2c Absatz 1b Satz 1 bis 3, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 2a des Kreditwesengesetzes, nach den §§ 31, 33 Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3, nach § 34 Absatz 3 in Verbindung mit § 30 des Kreditwesengesetzes sowie nach den §§ 36 bis 39 haben keine aufschiebende Wirkung. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Androhung und die Festsetzung von Zwangsmitteln, die zur Durchsetzung der in Satz 1 genannten Maßnahmen im Wege des Verwaltungszwangs erlassen werden, haben keine aufschiebende Wirkung.
(2) Verwaltungsakte, die aufgrund dieses Gesetzes erlassen werden, dürfen in dem Verfahren nach § 4f des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes elektronisch bekanntgegeben oder in dem Verfahren nach § 4g des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes elektronisch zugestellt werden.	(2) u n v e r ä n d e r t
A b s c h n i t t 8	A b s c h n i t t 8
S t r a f - u n d B u ß g e l d v o r s c h r i f t e n	S t r a f - u n d B u ß g e l d v o r s c h r i f t e n
§ 44	§ 43
Strafvorschriften	Strafvorschriften
(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer	(1) u n v e r ä n d e r t
1. ohne Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 eine Kreditdienstleistung erbringt oder	
2. entgegen § 17 Absatz 6 finanzielle Mittel entgegennimmt oder hält.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 37 Absatz 3 Satz 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erstattet.	(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer entgegen § 36 Absatz 3 Satz 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erstattet.
(3) Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe in den Fällen des Absatzes 1 Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe und in den Fällen des Absatzes 2 Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 45	§ 44
Bußgeldvorschriften	Bußgeldvorschriften
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig	(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 6 Absatz 1 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,	1. u n v e r ä n d e r t
2. entgegen § 6 Absatz 3 Satz 1 oder 2, § 8 Absatz 1 oder Absatz 3 Satz 1, § 10 Absatz 6, § 24 Absatz 1 oder Absatz 4 Satz 1 oder § 30 Absatz 1 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig macht,	2. u n v e r ä n d e r t
3. entgegen § 7 Absatz 1 oder Absatz 2 einen Kreditdienstleister nicht oder nicht rechtzeitig beauftragt,	3. u n v e r ä n d e r t
4. entgegen § 9 Absatz 1 Satz 1 einen Vertreter nicht oder nicht rechtzeitig bestellt oder nicht oder nicht rechtzeitig benennt,	4. u n v e r ä n d e r t
5. einer vollziehbaren Auflage nach § 10 Absatz 4 Satz 1 zuwiderhandelt,	5. u n v e r ä n d e r t
6. entgegen § 14 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 1 oder Absatz 4 eine dort genannte Regelung, ein dort genanntes Verfahren oder dort genannte Grundsätze nicht oder nicht rechtzeitig schafft,	6. u n v e r ä n d e r t
7. einer vollziehbaren Anordnung nach	7. einer vollziehbaren Anordnung nach
a) § 14 Absatz 6 Satz 1 oder § 37 Absatz 2 Satz 1,	a) § 14 Absatz 6 Satz 1 oder § 36 Absatz 2 Satz 1,
b) § 16 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit § 2c Absatz 1b Satz 1 Nummer 1, 3, 4 oder Nummer 5 oder Satz 3 oder Absatz 2 Satz 1 des Kreditwesengesetzes oder	b) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
c) § 38 Absatz 3 Satz 2, 3 oder Satz 4 oder Absatz 6 oder § 39 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, auch in Verbindung mit Satz 4,	c) § 37 Absatz 3 Satz 2, 3 oder Satz 4 oder Absatz 6 oder § 38 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, auch in Verbindung mit Satz 4,
zuwiderhandelt,	zuwiderhandelt,
8. entgegen § 15 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1, eine dort genannte Person bestellt,	8. un v e r ä n d e r t
9. entgegen § 15 Absatz 1 Satz 4, auch in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1, eine dort genannte Person nicht oder nicht rechtzeitig abberuft,	9. un v e r ä n d e r t
10. entgegen § 16 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit	10. entgegen § 16 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit
a) § 2c Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 16 Absatz 2 Satz 1, oder	a) un v e r ä n d e r t
b) § 2c Absatz 1 Satz 5, 6 oder Satz 7 oder Absatz 3 Satz 1 oder Satz 4 des Kreditwesengesetzes oder	b) un v e r ä n d e r t
entgegen § 36 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 9 oder Nummer 10, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 36 Absatz 4 Satz 1, eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,	entgegen § 35 Absatz 1 Nummer 1, 2, 4 bis 9 oder Nummer 10, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 35 Absatz 4 Satz 1, eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,
11. entgegen § 18 Absatz 1 eine Kreditdienstleistung nicht richtig erbringt,	11. un v e r ä n d e r t
12. entgegen § 19 Absatz 1 oder § 22 Absatz 1 eine dort genannte Aufzeichnung nicht oder nicht mindestens für die dort genannte Dauer aufbewahrt,	12. un v e r ä n d e r t
13. entgegen § 20 Absatz 1 Satz 2 eine dort genannte Vereinbarung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig schließt,	13. un v e r ä n d e r t
14. entgegen § 20 Absatz 1 Satz 3 eine dort genannte Anforderung nicht sicherstellt,	14. un v e r ä n d e r t
15. entgegen § 21 Absatz 1 eine Unterrichtung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vornimmt,	15. un v e r ä n d e r t
16. entgegen § 28 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 eine Information nicht richtig zur Verfügung stellt,	16. un v e r ä n d e r t
17. entgegen § 28 Absatz 1 Satz 2 einen Kreditnehmer unangemessen beeinflusst,	17. un v e r ä n d e r t
18. entgegen § 29 Absatz 1 ein dort genanntes Verfahren nicht oder nicht rechtzeitig schafft oder nicht oder nicht richtig anwendet,	18. un v e r ä n d e r t
19. entgegen § 29 Absatz 2 Satz 1 ein Entgelt verlangt,	19. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
20. entgegen § 29 Absatz 2 Satz 2 eine Beschwerde oder eine dort genannte Maßnahme nicht oder nicht rechtzeitig dokumentiert,	20. u n v e r ä n d e r t
21. entgegen § 31 Absatz 1 oder § 40 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 eine Übermittlung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vornimmt, eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erteilt oder eine Unterlage nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig vorlegt,	21. u n v e r ä n d e r t
22. entgegen § 31 Absatz 2 Satz 3 oder § 40 Absatz 5 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 6, eine Maßnahme nicht duldet,	22. u n v e r ä n d e r t
23. entgegen § 31 Absatz 3 in Verbindung mit § 44 Absatz 5 Satz 1 des Kreditwesengesetzes eine Maßnahme nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt,	23. u n v e r ä n d e r t
24. entgegen § 32 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 3 einen Jahresabschluss, einen Lagebericht oder einen Prüfungsbericht nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig einreicht oder	24. u n v e r ä n d e r t
25. <i>entgegen § 35 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 35 Absatz 2 Satz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig einreicht.</i>	25. entfällt
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 7 Buchstabe c mit einer Geldbuße bis zu einer Million Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 21 und 22 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro und in den übrigen Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden.	(2) u n v e r ä n d e r t
(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bundesanstalt.	(3) u n v e r ä n d e r t
§ 46	§ 45
Mitteilungen in Strafsachen	Mitteilungen in Strafsachen
(1) Das Gericht, die Strafverfolgungs- oder die Strafvollstreckungsbehörde hat in Strafverfahren gegen Inhaber, Geschäftsleiter oder gegen Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans von Kreditdienstleistungsinstituten sowie gegen Inhaber bedeutender Beteiligungen an Kreditdienstleistungsinstituten oder gegen deren gesetzliche Vertreter wegen Verletzung ihrer Berufspflichten oder anderer Straftaten bei oder im Zusammenhang mit der Ausübung eines Gewerbes	(1) Das Gericht, die Strafverfolgungs- oder die Strafvollstreckungsbehörde hat in Strafverfahren gegen Inhaber, Geschäftsleiter oder gegen Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans von Kreditdienstleistungsinstituten sowie gegen Inhaber bedeutender Beteiligungen an Kreditdienstleistungsinstituten oder gegen deren gesetzliche Vertreter wegen Verletzung ihrer Berufspflichten oder anderer Straftaten bei oder im Zusammenhang mit der Ausübung eines Gewerbes

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
oder dem Betrieb einer sonstigen wirtschaftlichen Unternehmung, ferner in Strafverfahren, die Straftaten nach § 44 zum Gegenstand haben, im Fall der Erhebung der öffentlichen Klage der Bundesanstalt Folgendes zu übermitteln:	oder dem Betrieb einer sonstigen wirtschaftlichen Unternehmung, ferner in Strafverfahren, die Straftaten nach § 43 zum Gegenstand haben, im Fall der Erhebung der öffentlichen Klage der Bundesanstalt Folgendes zu übermitteln:
1. die Anklageschrift oder eine an ihre Stelle tretende Antragsschrift,	1. un verändert
2. den Antrag auf Erlass eines Strafbefehls und	2. un verändert
3. die das Verfahren abschließende Entscheidung mit Begründung.	3. un verändert
Ist gegen die Entscheidung ein Rechtsbehelf eingelegt worden, ist die Entscheidung unter Hinweis auf den eingelegten Rechtsbehelf zu übermitteln. In Verfahren wegen fahrlässig begangener Straftaten werden die in Satz 1 Nummer 1 und 2 bestimmten Übermittlungen nur vorgenommen, wenn aus Sicht der übermittelnden Stelle unverzüglich Entscheidungen oder andere Maßnahmen der Bundesanstalt geboten sind.	Ist gegen die Entscheidung ein Rechtsbehelf eingelegt worden, ist die Entscheidung unter Hinweis auf den eingelegten Rechtsbehelf zu übermitteln. In Verfahren wegen fahrlässig begangener Straftaten werden die in Satz 1 Nummer 1 und 2 bestimmten Übermittlungen nur vorgenommen, wenn aus Sicht der übermittelnden Stelle unverzüglich Entscheidungen oder andere Maßnahmen der Bundesanstalt geboten sind.
(2) In Strafverfahren, die Straftaten nach § 44 zum Gegenstand haben, hat die Staatsanwaltschaft die Bundesanstalt bereits über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens zu unterrichten, sofern dadurch keine Gefährdung des Ermittlungszwecks zu erwarten ist. Erwägt die Staatsanwaltschaft, das Verfahren einzustellen, so hat sie die Bundesanstalt anzuhören. § 60a Absatz 2 und 3 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend.	(2) In Strafverfahren, die Straftaten nach § 43 zum Gegenstand haben, hat die Staatsanwaltschaft die Bundesanstalt bereits über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens zu unterrichten, sofern dadurch keine Gefährdung des Ermittlungszwecks zu erwarten ist. Erwägt die Staatsanwaltschaft, das Verfahren einzustellen, so hat sie die Bundesanstalt anzuhören. § 60a Absatz 2 und 3 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend.
A b s c h n i t t 9	A b s c h n i t t 9
Ü b e r g a n g s b e s t i m m u n g e n	Ü b e r g a n g s b e s t i m m u n g e n
§ 47	§ 46
Übergangsbestimmungen	Übergangsbestimmungen
(1) Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person oder Personenhandelsgesellschaft, die Kreditdienstleistungen bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erbracht haben, dürfen diese Tätigkeit nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auch ohne Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 bis zu dem Zeitpunkt weiter erbringen, der von den folgenden zuerst eintritt:	(1) un verändert
1. Eingang der Mitteilung nach Absatz 3, dass eine Erlaubnis erteilt wird,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. Eintritt der Bestandskraft einer Entscheidung der Bundesanstalt nach Absatz 4 Satz 2 oder	
3. Ablauf von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.	
Abweichend von § 1 Absatz 3 findet auf Unternehmen, solange sie weiter die Tätigkeiten nach Satz 1 erbringen, Teil 3 des Rechtsdienstleistungsgesetzes Anwendung.	
(2) Hat ein Unternehmen nach Absatz 1 die Absicht, Kreditdienstleistungen länger als sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erbringen, so hat es diese Absicht spätestens <i>zwei</i> Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes der Bundesanstalt schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Spätestens <i>sechs</i> Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes hat das Unternehmen die Angaben und Unterlagen nach § 10 Absatz 3 bei der Bundesanstalt einzureichen.	(2) Hat ein Unternehmen nach Absatz 1 die Absicht, Kreditdienstleistungen länger als sechs Monate nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erbringen, so hat es diese Absicht spätestens sieben Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes der Bundesanstalt schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. Spätestens sieben Wochen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes hat das Unternehmen die Angaben und Unterlagen nach § 10 Absatz 3 bei der Bundesanstalt einzureichen.
(3) Entscheidet die Bundesanstalt nach Prüfung der nach Absatz 2 Satz 2 eingereichten Angaben und Unterlagen, dass eine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 erteilt wird, so trägt sie das Kreditdienstleistungsinstitut in das Register nach § 26 ein und teilt ihm ihre Entscheidung mit. Vom Zeitpunkt des Eingangs der Mitteilung bei dem Kreditdienstleistungsinstitut an ist dieses nach Maßgabe dieses Gesetzes zu beaufsichtigen.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Hat das Kreditdienstleistungsinstitut keine nach Absatz 2 Satz 1 erforderliche Anzeige erstattet oder keine nach Absatz 2 Satz 2 erforderlichen Angaben und Unterlagen eingereicht oder lassen die eingereichten Angaben und Unterlagen die Erteilung einer Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 nicht zu, so setzt die Bundesanstalt dem Unternehmen eine Frist von vier Wochen zur Nachreichung der Anzeige nach Absatz 2 Satz 1 oder der Angaben oder Unterlagen nach Absatz 2 Satz 2. Reicht das Unternehmen innerhalb dieser Frist die Anzeige oder die Angaben oder Unterlagen nicht oder nicht vollständig nach, so stellt die Bundesanstalt fest, dass keine Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 erteilt wird.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Abweichend von § 6 Absatz 2 sind die Datenvorlagen aus den dort genannten technischen Durchführungsstandards nur für Transaktionen zu verwenden, die sich auf ab dem 1. Juli 2018 gewährte Kredite beziehen, die nach dem 28. Dezember 2021 notleidend geworden sind. Für Kredite, die zwischen dem 1. Juli 2018 und dem Tag des Inkrafttretens der in Satz 1 genannten technischen Durchführungsstandards ge-	(5) u n v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
währt wurden, haben die Kreditinstitute die Datenvorlage mit den Informationen auszufüllen, die ihnen bis zum Zeitpunkt des Ausfüllens vorliegen.	
(6) § 3 Absatz 5 ist erst ab dem 1. Januar 2025 anzuwenden.	(6) u n v e r ä n d e r t
Artikel 2	Artikel 2
Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs	u n v e r ä n d e r t
Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 72) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Dem § 493 wird folgender Absatz 7 angefügt:	
„(7) Der Darlehensgeber übermittelt dem Darlehensnehmer vor der Änderung der Bestimmungen des Verbraucherdarlehensvertrags die folgenden Informationen:	
1. eine klare Beschreibung	
a) der vorgeschlagenen Änderungen,	
b) soweit zutreffend, der Notwendigkeit der Zustimmung des Darlehensnehmers zu den Änderungen nach Buchstabe a und	
c) soweit zutreffend, der gesetzlich eingeführten Änderungen, die den Änderungen nach Buchstabe a zugrunde liegen,	
2. den zeitlichen Rahmen, der für die Umsetzung der Änderungen nach Nummer 1 Buchstabe a vorgesehen ist, und	
3. die Möglichkeiten, die dem Darlehensnehmer zur Verfügung stehen, um gegen die Änderungen nach Nummer 1 Buchstabe a Beschwerde einzulegen, die Frist für die Einlegung der Beschwerde sowie die Bezeichnung und Anschrift der zuständigen Behörde, bei der die Beschwerde eingereicht werden kann.	
§ 492 Absatz 5 ist nicht anzuwenden.“	
2. In § 504 Absatz 2 Satz 1 wird nach der Angabe „§ 491a Abs. 3,“ die Angabe „§ 493 Absatz 7,“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Artikel 3	Artikel 3
Änderung der Zivilprozessordnung	u n v e r ä n d e r t
Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 werden nach den Wörtern „des Rechtsdienstleistungsgesetzes“ die Wörter „, und Kreditdienstleistungsinstitute mit einer Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 des Kreditweitmarktgesetzes“ eingefügt.	
2. In § 692 Absatz 1 Nummer 5 werden nach den Wörtern „des Rechtsdienstleistungsgesetzes“ die Wörter „, sowie Kreditdienstleistungsinstitute mit einer Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 des Kreditweitmarktgesetzes“ eingefügt.	
3. In § 702 Absatz 2 Satz 2 werden nach den Wörtern „des Rechtsdienstleistungsgesetzes,“ die Wörter „, einem Kreditdienstleistungsinstitut mit einer Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 des Kreditweitmarktgesetzes,“ eingefügt.	
Artikel 4	Artikel 4
Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 22. April 2002 (BGBl. I S. 1310), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In der Inhaltsübersicht werden die Angaben zu den §§ 16p bis 16s durch die folgenden Angaben ersetzt:	
„§ 16p Stundung; Erlass	
§ 16q Säumniszuschläge; Beitreibung	
§ 16r Festsetzungsverjährung	
§ 16s Zahlungsverjährung	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
§ 16t Erstattung überzahlter Umlagebeträge“.	
2. § 15 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „nach § 44c Abs. 3 oder 4 des Kreditwesengesetzes“ die Wörter „oder durch eine aufgrund des § 31 Absatz 2 des Kreditzeitmarktgesetzes“ eingefügt und wird jeweils die Angabe „Abs.“ durch das Wort „Absatz“ ersetzt.	
bb) In Nummer 11 werden die Wörter „durch Maßnahmen“ durch die Wörter „durch nicht gebührenpflichtige Maßnahmen“ ersetzt.	
b) Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„In den Fällen des Absatzes 1 Satz 1, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, können auch mehrfach Vorschüsse oder Sicherheitsleistungen verlangt werden.“	
3. In § 16b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird das Wort „Wertpapierdienstleistungs-“ durch das Wort „Wertpapierinstituts-“ ersetzt.	
4. § 16e wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „§ 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 11“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 11 oder Satz 3“ ersetzt, wird nach den Wörtern „§ 1 Absatz 3 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und werden nach den Wörtern „tätigen Unternehmen“ ein Komma und die Wörter „Kreditdienstleistungsinstitute mit einer Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des Kreditzeitmarktgesetzes“ eingefügt.	
b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „oder der Fiktion der Erlaubnis“ ein Komma und die Wörter „mit der Registrierung“ eingefügt.	
bb) In Satz 2 werden nach den Wörtern „in dem Jahr des Erlöschens der Erlaubnis“ ein Komma und die Wörter „der Registrierung“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
5. § 16f wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) Satz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:	
aaa) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:	
<p>„c) die zu mehr als einem Fünftel bankgeschäfts-, finanzdienstleistungs-, wertpapierinstituts-, Zahlungsdienst-, e-Geld-geschäfts- oder kreditdienstleistungsfremde Geschäfte betreiben, der dem Verhältnis der erlaubnispflichtigen Geschäfte, Finanz- oder Kreditdienstleistungen zum Gesamtgeschäft entsprechende Bruchteil der Bilanzsumme,“.</p>	
bbb) Folgender Buchstabe e wird angefügt:	
<p>„e) die eine Erlaubnis als Kreditdienstleistungsinstitut nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des Kreditzeitmarktgesetzes haben, die um die Höhe der Ansprüche, die sie selbst vom Kreditgeber im Sinne des § 2 Absatz 11 des Kreditzeitmarktgesetzes aus notleidenden Kreditverträgen erworben haben, reduzierte Bilanzsumme,“.</p>	
<p>bb) In Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „ausgewiesene Bilanzsumme“ durch die Wörter „oder nach § 10 Absatz 3 Nummer 6 des Kreditzeitmarktgesetzes ausgewiesene Bilanzsumme; liegt bei der Ermittlung des jeweils zu entrichtenden Umlagebetrages nach § 16m Absatz 2 bereits eine auf der Grundlage der jeweils anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften aufgestellte</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und festgestellte Bilanz für das erste erlaubnispflichtige Geschäftsjahr vor, ist diese maßgebend“ ersetzt.	
cc) In Satz 3 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und werden die Wörter „Tatsachen, die verspätet vorgetragen oder nachgewiesen werden, bleiben unberücksichtigt.“ gestrichen.	
dd) Satz 4 wird wie folgt gefasst:	
„Die entsprechende Bilanzsumme nach Satz 1 Nummer 1 ist durch eine Bescheinigung eines Wirtschaftsprüfers, einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eines vereidigten Buchprüfers, einer Buchprüfungsgesellschaft, eines genossenschaftlichen Prüfungsverbandes oder einer Prüfungsstelle der Sparkassen- und Giroverbände zu belegen.“	
ee) Folgender Satz wird angefügt:	
„Tatsachen, die verspätet vorgetragen oder nachgewiesen werden, bleiben unberücksichtigt.“	
b) In Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „Finanzdienstleistungsinstituten“ die Wörter „oder Kreditdienstleistungsinstituten“ eingefügt.	
6. § 16g Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:	
a) Buchstabe b wird wie folgt geändert:	
aa) In Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa werden nach der Angabe „Nummer 6“ ein Komma und die Angabe „8“ eingefügt.	
bb) Doppelbuchstabe bb wird wie folgt geändert:	
aaa) Dreifachbuchstabe aaa wird aufgehoben.	
bbb) Die Dreifachbuchstaben bbb und ccc werden die Dreifachbuchstaben aaa und bbb und in dem neuen Dreifachbuchstaben bbb wird nach dem Wort „Nummer“ die Angabe „1, 2,“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) In Buchstabe c Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa werden nach der Angabe „Nummer 6“ ein Komma und die Angabe „8“ eingefügt.	
c) In Buchstabe d wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und werden nach dem Wort „Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes“ die Wörter „und für Kreditdienstleistungsinstitute mit einer Erlaubnis nach § 10 Absatz 1 Satz 1 des Kreditweitmarktgesetzes“ eingefügt.	
7. Dem § 16j Absatz 5 werden die folgenden Sätze angefügt:	
„Die nach Satz 4 vorzulegenden Unterlagen umfassen Bestätigungen der gemeldeten Umsätze je Wertpapier durch einen Wirtschaftsprüfer, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, einen vereidigten Buchprüfer oder eine Buchprüfungsgesellschaft. Die entsprechenden Unterlagen sind nach Aufforderung durch die Bundesanstalt binnen drei Monaten vorzulegen.“	
8. In § 16k Absatz 1 wird das Wort „Kreditwesengesetz“ durch die Wörter „Kreditwesengesetz oder dem Wertpapierinstitutsgesetz“ ersetzt.	
9. Dem § 16l Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:	
„Die entsprechenden Unterlagen sind nach Aufforderung durch die Bundesanstalt binnen drei Monaten vorzulegen.“	
10. § 16m wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Die Bundesanstalt hat den nach Absatz 2 ermittelten Umlagebetrag erstmalig innerhalb eines Jahres festzusetzen.“	
b) Folgender Absatz 6 wird angefügt:	
„(6) Die Bundesanstalt kann anordnen, dass eine Ermächtigung zum Einzug des Umlagebetrages von einem Konto des Umlagepflichtigen oder eines Dritten bei einem Geldinstitut erteilt wird. Besteht eine Verpflichtung nach Satz 1, hat der betroffene Umlagepflichtige unter Nutzung eines durch die Bundesanstalt bereitgestellten elektronischen Kommunikationsverfahrens die Daten zur Erteilung des SEPA-Lastschrift-Mandats für den Einzug des Umlagebetrages in der von der Bundesanstalt vorgegebenen Form	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
zu übermitteln und bei Änderungen zu aktualisieren.“	
11. § 16n wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „hat“ die Wörter „innerhalb eines Jahres“ eingefügt und wird das Wort „sobald“ durch das Wort „nachdem“ ersetzt.	
b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „im Jahr der Vorauszahlungsfestsetzung vor dem 1. Dezember“ durch die Wörter „bis zum 1. November des dem Umlagejahr vorausgehenden Jahres“ ersetzt.	
c) In Absatz 5 werden die Sätze 3 und 4 durch die folgenden Sätze ersetzt:	
<p>„Die umzulegenden Kosten sind nach Maßgabe des Absatzes 3 unter Anrechnung schon berücksichtigter Mindestumlagebeträge zu verteilen. Sofern der zusätzliche Vorauszahlungsbetrag 50 Euro nicht überschreitet, ist dieser nicht vom Vorauszahlungspflichtigen, sondern von denjenigen Vorauszahlungspflichtigen seines Aufgabenbereichs oder seiner Gruppe zu erheben, deren zusätzlicher Vorauszahlungsbetrag 50 Euro überschreitet. Für den nach Satz 1 festgesetzten Vorauszahlungsbetrag hat die Bundesanstalt den Zeitpunkt der Fälligkeit zu bestimmen. Wird die weitere Vorauszahlung nach Satz 1 durch Kosten oder Mindereinnahmen verursacht, die weit überwiegend einem Aufgabenbereich oder einer Gruppe zuzuordnen sind, ist Absatz 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die weitere Vorauszahlung nur von den Vorauszahlungspflichtigen der Aufgabenbereiche oder Gruppen zu tragen ist, denen die Kosten oder Mindereinnahmen weit überwiegend zuzuordnen sind.“</p>	
d) Folgender Absatz 6 wird angefügt:	
<p>„(6) § 16m Absatz 6 ist entsprechend anzuwenden.“</p>	
12. § 16o wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
<p>„(1) Entsteht nach der Anrechnung der gezahlten Umlagevorauszahlungsbeträge auf den festgesetzten Umlagebetrag ein Fehlbetrag, so ist dieser nach Bekanntgabe des fest-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
gesetzten Umlagebetrages zu einem Zeitpunkt zu entrichten, der von der Bundesanstalt bestimmt wird.“	
b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	
„Die Bundesanstalt kann anordnen, dass Erstattungen nach Satz 1 auf die nächste Vorauszahlungsforderung angerechnet werden.“	
13. Nach § 16o wird folgender § 16p eingefügt:	
„§ 16p	
Stundung; Erlass	
(1) Die Bundesanstalt kann anordnen, dass Anträge der Umlagepflichtigen auf Stundung oder Erlass von Gebühren-, Umlage- oder sonstigen Forderungen unter Nutzung eines durch die Bundesanstalt bereitgestellten elektronischen Kommunikationsverfahrens und in einer durch die Bundesanstalt vorgegebenen Form zu stellen sind.	
(2) Die Bundesanstalt kann mit Zustimmung des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesrechnungshofes ergänzend zu den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 59 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 3 der Bundeshaushaltsordnung regeln, bis zu welchem Betrag Stundungs- und Erlassanträge von Umlagepflichtigen, die unter Aufsicht der Bundesanstalt stehen, wegen ihrer geringen Höhe nicht berücksichtigt werden.“	
14. Die bisherigen §§ 16p bis 16s werden die §§ 16q bis 16t.	
15. In § 23 werden die beiden Absätze 12 und Absatz 13 durch die folgenden Absätze 12 bis 15 ersetzt:	
„(12) § 16e Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und § 16g Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa und Buchstabe c Doppelbuchstabe aa in der ab dem 10. Juni 2021 geltenden Fassung sind erstmals auf die Umlageerhebung für das Umlagejahr 2021 anzuwenden.	
(13) Die §§ 16, 16b, 16e, 16f, 16g und 16j in der ab dem 26. Juni 2021 geltenden Fassung sind erstmals auf das Umlagejahr 2021 anzuwenden.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
(14) § 16e Absatz 1 und § 16f Absatz 1 in der ab dem 10. November 2021 geltenden Fassung sind erstmals auf die Umlageabrechnung 2021 und die Umlagevorauszahlung 2022 anzuwenden.	
(15) § 16e Absatz 1 und 4, § 16f Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 4 Satz 2 sowie § 16g Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d sind erstmals auf das Umlagejahr 2024 anzuwenden.“	
Artikel 5	Artikel 5
Änderung der Finanzdienstleistungsaufsichtsgebührenverordnung	Änderung der Finanzdienstleistungsaufsichtsgebührenverordnung
Die Finanzdienstleistungsaufsichtsgebührenverordnung vom 2. September 2021 (BGBl. I S. 4077) wird wie folgt geändert:	Die Finanzdienstleistungsaufsichtsgebührenverordnung vom 2. September 2021 (BGBl. I S. 4077) wird wie folgt geändert:
1. § 1 wird wie folgt geändert:	1. u n v e r ä n d e r t
a) In Nummer 37 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.	
b) Folgende Nummer 38 wird angefügt:	
„38. Kreditweitmarktgesetz.“	
2. Die Anlage wird wie folgt geändert:	2. Die Anlage wird wie folgt geändert:
a) Der Inhaltsübersicht wird folgende Angabe angefügt:	a) u n v e r ä n d e r t
„30 Individuell zurechenbare öffentliche Leistungen auf der Grundlage des Kreditweitmarktgesetzes (KrZwMG)“.	
b) Die folgenden Nummern 30 bis 30.9.2 werden angefügt:	b) Die folgenden Nummern 30 bis 30.9.2 werden angefügt:

Entwurf

„30	Individuell zurechenbare öffentliche Leistung auf der Grundlage des Kreditweitmarktgesetzes (KrZwMG)	
30.1	Erteilung der Erlaubnis zur Erbringung von Kreditdienstleistungen im Sinne von § 2 Absatz 3 Nummer 1 bis 4 KrZwMG (§ 10 KrZwMG)	nach Zeitaufwand
30.2	Erlaubnis zur Erbringung von Kreditdienstleistungen für eine Personengesellschaft	
30.2.1	Bei erstmaliger Erteilung der Erlaubnis	Erlaubnisgebühr nach der Nummer 30.1, die bei mehreren persö-

		<i>lich haftenden Gesellschaftern nach dem Anteil ihrer jeweiligen Kapitaleinlagen aufgeteilt wird, mindestens jedoch 250 Euro je persönlich haftendem Gesellschafter</i>
30.2.2	<i>Bei Eintritt eines neuen persönlich haftenden Gesellschafters</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.3	<i>Maßnahmen nach Aufhebung und Erlöschen der Erlaubnis</i>	
30.3.1	<i>Anordnung der Abwicklung des Instituts, jeweils mit oder ohne Erlass von Weisungen für die Abwicklung oder Bestellung eines Abwicklers (§ 13 Absatz 4 Satz 1 KrZwMG i. V. m. § 38 Absatz 1 Satz 1 und 2 KWG oder § 38 Absatz 2 Satz 1 und 3 KWG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.3.2	<i>Jeder Folgebescheid zu einem Verwaltungsakt im Sinne der Nummer 30.3.1, mit dem die Abwicklung des Instituts angeordnet wird oder Weisungen für die Abwicklung erlassen werden oder ein Abwickler bestellt wird (§ 13 Absatz 4 Satz 1 KrZwMG i. V. m. § 38 Absatz 1 Satz 1 und 2 KWG oder § 38 Absatz 2 Satz 1 und 3 KWG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.4	<i>Individuell zurechenbare öffentliche Leistungen in Bezug auf den Erwerb bedeutender Beteiligungen (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c KWG)</i>	
30.4.1	<i>Untersagung des beabsichtigten Erwerbs einer bedeutenden Beteiligung oder ihrer Erhöhung oder Erlass einer Anordnung (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c Absatz 1b Satz 1, 2 oder Satz 3 KWG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.4.2	<i>Untersagung der Ausübung von Stimmrechten; Anordnung, dass über die Anteile nur mit Zustimmung der Bundesanstalt verfügt werden darf (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c Absatz 2 Satz 1 KWG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.4.3	<i>Beauftragung des Treuhänders mit der Veräußerung der Anteile, soweit sie eine bedeutende Beteiligung begründen (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c Absatz 2 Satz 4 KWG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.5	<i>Maßnahmen gegen Geschäftsleiter und Mitglieder des Verwaltungs- und des Aufsichtsorgans (§ 38 Absatz 3, 5 und 6 KrZwMG)</i>	
30.5.1	<i>Verlangen nach Abberufung des Geschäftsleiters</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.5.2	<i>Untersagung der Ausübung der Tätigkeit als Geschäftsleiter bei Instituten oder anderen Verpflichteten im Sinne des § 2 Absatz 1 GwG gegenüber dem Geschäftsleiter</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.6	<i>Maßnahmen in besonderen Fällen (§ 37 KrZwMG)</i>	
30.6.1	<i>Maßnahmen, wenn die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber anderen Gläubigern gefährdet ist (§ 37 Absatz 1 KrZwMG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.6.2	<i>Maßnahmen zur Vermeidung eines Insolvenzverfahrens oder einer Erlaubnisaufhebung (§ 37 Absatz 2 KrZwMG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.7	<i>Anordnung, um eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu gewährleisten (§ 38 Absatz 1 KrZwMG)</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.8	<i>Feststellender Verwaltungsakt nach § 3 Absatz 3 Satz 1 KrZwMG</i>	<i>nach Zeitaufwand</i>
30.9	<i>Einschreiten gegen unerlaubte Geschäfte</i>	
30.9.1	<i>Einstellungsanordnung, Abwicklungsanordnung, Weisungen für die Abwicklung oder Bestellung eines Abwicklers; für eine der aufgezählten Maßnahmen oder mehrere der aufgezählten Maßnahmen, soweit diese in einem Bescheid erlassen werden (§ 39 Absatz 1 Satz 1 und 2 KrZwMG)</i>	<i>4 120</i>
30.9.2	<i>Verwaltungsakte im Sinne der Nummer 30.9.1 gegenüber Einbezogenen, die eine zurechenbare Ursache für die Einbeziehung gesetzt haben (§ 39 Absatz 1 Satz 4 i. V. m. Satz 1 und 2 KrZwMG)</i>	<i>1 323“.</i>

Beschlüsse des 7. Ausschusses

„30	Individuell zurechenbare öffentliche Leistung auf der Grundlage des Kreditzweitmarktgesetzes (KrZwMG)	
30.1	Erteilung der Erlaubnis zur Erbringung von Kreditdienstleistungen im Sinne von § 2 Absatz 3 Nummer 1 bis 4 KrZwMG (§ 10 KrZwMG)	nach Zeitaufwand
30.2	Erlaubnis zur Erbringung von Kreditdienstleistungen für eine Personenhandelsgesellschaft	
30.2.1	Bei erstmaliger Erteilung der Erlaubnis	Erlaubnisgebühr nach der Nummer 30.1, die bei mehreren persönlich haftenden Gesellschaftern nach dem Anteil ihrer jeweiligen Kapitaleinlagen aufgeteilt wird, mindestens jedoch 250 Euro je persönlich haftendem Gesellschafter
30.2.2	Bei Eintritt eines neuen persönlich haftenden Gesellschafters	nach Zeitaufwand
30.3	Maßnahmen nach Aufhebung und Erlöschen der Erlaubnis	
30.3.1	Anordnung der Abwicklung des Instituts, jeweils mit oder ohne Erlass von Weisungen für die Abwicklung oder Bestellung eines Abwicklers (§ 13 Absatz 4 Satz 1 KrZwMG i. V. m. § 38 Absatz 1 Satz 1 und 2 KWG oder § 38 Absatz 2 Satz 1 und 3 KWG)	nach Zeitaufwand
30.3.2	Jeder Folgebescheid zu einem Verwaltungsakt im Sinne der Nummer 30.3.1, mit dem die Abwicklung des Instituts angeordnet wird oder Weisungen für die Abwicklung erlassen werden oder ein Abwickler bestellt wird (§ 13 Absatz 4 Satz 1 KrZwMG i. V. m. § 38 Absatz 1 Satz 1 und 2 KWG oder § 38 Absatz 2 Satz 1 und 3 KWG)	nach Zeitaufwand
30.4	Individuell zurechenbare öffentliche Leistungen in Bezug auf den Erwerb bedeutender Beteiligungen (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c KWG)	
30.4.1	Untersagung des beabsichtigten Erwerbs einer bedeutenden Beteiligung oder ihrer Erhöhung oder Erlass einer Anordnung (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c Absatz 1b Satz 1, 2 oder Satz 3 KWG)	nach Zeitaufwand
30.4.2	Untersagung der Ausübung von Stimmrechten; Anordnung, dass über die Anteile nur mit Zustimmung der Bundesanstalt verfügt werden darf (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c Absatz 2 Satz 1 KWG)	nach Zeitaufwand
30.4.3	Beauftragung des Treuhänders mit der Veräußerung der Anteile, soweit sie eine bedeutende Beteiligung begründen (§ 16 Absatz 1 Satz 3 KrZwMG i. V. m. § 2c Absatz 2 Satz 4 KWG)	nach Zeitaufwand
30.5	Maßnahmen gegen Geschäftsleiter und Mitglieder des Verwaltungs- und des Aufsichtsorgans (§ 38 Absatz 3, 5 und 6 KrZwMG)	
30.5.1	Verlangen nach Abberufung des Geschäftsleiters	nach Zeitaufwand
30.5.2	Untersagung der Ausübung der Tätigkeit als Geschäftsleiter bei Instituten oder anderen Verpflichteten im Sinne des § 2 Absatz 1 GwG gegenüber dem Geschäftsleiter	nach Zeitaufwand
30.6	Maßnahmen in besonderen Fällen (§ 36 KrZwMG)	
30.6.1	Maßnahmen, wenn die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber anderen Gläubigern gefährdet ist (§ 36 Absatz 1 KrZwMG)	nach Zeitaufwand
30.6.2	Maßnahmen zur Vermeidung eines Insolvenzverfahrens oder einer Erlaubnisaufhebung (§ 36 Absatz 2 KrZwMG)	nach Zeitaufwand

30.7	Anordnung, um eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu gewährleisten (§ 37 Absatz 1 KrZwMG)	nach Zeitaufwand
30.8	Feststellender Verwaltungsakt nach § 3 Absatz 3 Satz 1 KrZwMG	nach Zeitaufwand
30.9	Einschreiten gegen unerlaubte Geschäfte	
30.9.1	Einstellungsanordnung, Abwicklungsanordnung, Weisungen für die Abwicklung oder Bestellung eines Abwicklers; für eine der aufgezählten Maßnahmen oder mehrere der aufgezählten Maßnahmen, soweit diese in einem Bescheid erlassen werden (§ 38 Absatz 1 Satz 1 und 2 KrZwMG)	4 120
30.9.2	Verwaltungsakte im Sinne der Nummer 30.9.1 gegenüber Einbezogenen, die eine zurechenbare Ursache für die Einbeziehung gesetzt haben (§ 38 Absatz 1 Satz 4 i. V. m. Satz 1 und 2 KrZwMG)	1 323“.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Artikel 6	Artikel 6
Änderung des Kreditwesengesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 64b wie folgt gefasst:	
„§ 64b Übergangsvorschrift zu § 24 Absatz 1d“.	
2. § 2 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 6 Satz 1 Nummer 8 wird wie folgt geändert:	
aa) In Buchstabe a werden nach dem Wort „Instituten“ die Wörter „oder Wertpapierinstituten“ eingefügt.	
bb) In Buchstabe b werden die Wörter „nach § 53b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 7 erfüllen,“ durch die Wörter „nach § 53b Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 7 erfüllen, oder Wertpapierinstituten nach § 73 Absatz 1 Satz 1 oder nach § 74 Absatz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes,“ ersetzt.	
cc) In dem Satzteil nach Buchstabe e werden die Wörter „Erlaubnis nach § 32 Abs. 1“ durch die Wörter „Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 dieses Gesetzes oder nach § 15 Absatz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) In Absatz 7a werden die Wörter „24 Absatz 1 Nummer 4, 6, 9, 11, 14 bis 14b, 16 und 17“ durch die Wörter „24 Absatz 1 Nummer 4, 9, 11, 14 bis 14b, 16 und 17“ ersetzt.	
c) In Absatz 12 Satz 1 wird die Angabe „§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 11“ durch die Wörter „§ 24 Absatz 1 Nummer 1 und 2“ ersetzt.	
3. § 2c Absatz 1b Satz 8 wird wie folgt gefasst:	
„Der Vollzug des Erwerbs oder der Erhöhung der Beteiligung ist bis zum Ablauf des Beurteilungszeitraums oder einer vorherigen Bestätigung der Aufsichtsbehörde untersagt; die Befugnisse der Bundesanstalt nach Absatz 2 bleiben unberührt.“	
4. § 2f wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Die Wörter „Der Zulassungsantrag muss enthalten“ werden durch die Wörter „Der Antragsteller muss seinem Zulassungsantrag Folgendes beifügen“ ersetzt.	
bb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:	
„2a. die Angaben, die für die Beurteilung der ausreichenden zeitlichen Verfügbarkeit der in § 2d Absatz 1 genannten Personen erforderlich sind;“.	
cc) In Nummer 3 werden die Wörter „§ 32 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 oder 6a“ durch die Wörter „§ 32 Absatz 1 Satz 5 Nummer 6 oder Nummer 6a“ ersetzt.	
b) In Absatz 5 Satz 2 wird nach dem Wort „Aufsichtsbehörde“ das Wort „unverzüglich“ eingefügt.	
5. § 6d wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „jedes Institut“ ein Komma und die Wörter „jede Institutsgruppe, jede Finanzholding-Gruppe und jede gemischte Finanzholding-Gruppe“ und nach den Wörtern „dem Institut“ ein Komma und die Wörter „der Institutsgruppe, der Finanzholding-Gruppe oder der gemischten Finanzholding-Gruppe“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Institut“ ein Komma und die Wörter „von der Institutsgruppe, der Finanzholding-Gruppe oder der gemischten Finanzholding-Gruppe“ eingefügt.	
b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Institut“ ein Komma und die Wörter „eine Institutsgruppe, eine Finanzholding-Gruppe oder eine gemischte Finanzholding-Gruppe“ eingefügt.	
6. § 7b wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 6 wird die Angabe „Satz 4“ durch die Angabe „Satz 5“ ersetzt.	
bb) In Nummer 7 wird jeweils die Angabe „Satz 5“ durch die Angabe „Satz 7“ ersetzt.	
b) In Absatz 4 Nummer 1 Buchstabe b wird jeweils die Angabe „Satz 5“ durch die Angabe „Satz 7“ ersetzt.	
7. In § 9 Absatz 1 Satz 5 Nummer 2 wird das Wort „Wertpapierinstitute“ durch die Wörter „Wertpapierinstituten, Schwarmfinanzierungsdienstleistern, Kreditdienstleistungsinstituten“ ersetzt.	
8. In § 10f Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1030/2014 der Kommission vom 29. September 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards in Bezug auf einheitliche Formate und Daten für die Offenlegung der Werte zur Bestimmung global systemrelevanter Institute gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 284 vom 30.9.2014, S. 14)“ durch die Wörter „Durchführungsverordnung (EU) 2021/637 der Kommission vom 15. März 2021 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegung der in Teil 8 Titel II und III der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Informationen durch die Institute und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 der Kommission, der Delegierten Verordnung (EU) 2015/1555 der Kommission, der Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 der Kommission und der Delegierten Verordnung (EU) 2017/2295 der Kommission (ABl. L 136 vom 21.4.2021, S. 1), die zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2022/2453 (ABl. L 324	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
vom 19.12.2022, S. 1) geändert worden ist,“ ersetzt.	
9. § 10i wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1a Nummer 1, 2 und 3 werden jeweils die Wörter „Absatz 4 bis 6“ durch die Wörter „und die erhöhten Eigenmittelanforderungen nach § 10 Absatz 3 und 4“ ersetzt.	
b) Absatz 6a wird aufgehoben.	
c) Nach Absatz 7 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:	
„Die Genehmigung kann widerrufen werden, wenn die Voraussetzungen nach Satz 1 auf Grund nachträglich eingetretener oder der Aufsichtsbehörde nachträglich bekannt gewordener Tatsachen nicht mehr vorliegen.“	
d) In Absatz 8 Satz 1 werden nach den Wörtern „Kapitalerhaltungsplan nicht“ die Wörter „oder widerruft sie dessen Genehmigung“ und nach dem Wort „fortgelten“ die Wörter „oder wieder gelten“ eingefügt.	
e) Folgender Absatz 10 wird angefügt:	
„(10) Die Absätze 1 bis 9 gelten entsprechend für Institutgruppen, Finanzholding-Gruppen und gemischte Finanzholding-Gruppen.“	
10. Nach § 18a Absatz 8a wird folgender Absatz 8b eingefügt:	
„(8b) Kreditinstitute müssen über geeignete Strategien und Verfahren verfügen, damit sie sich bemühen, sofern angebracht, angemessene Nachsicht walten zu lassen, bevor Zwangsvollstreckungsverfahren auf Grund eines Verbraucherdarlehensvertrags eingeleitet werden. Die gegebenenfalls zu ergreifenden Maßnahmen müssen unter anderem den individuellen Umständen des jeweiligen Verbrauchers Rechnung tragen und können unter anderem Folgendes umfassen:	
1. eine vollständige oder anteilige Umschuldung des Darlehensvertrags oder	
2. eine Änderung der Bedingungen des Darlehensvertrags, die unter anderem Folgendes umfassen kann:	
a) eine Verlängerung der Laufzeit des Darlehensvertrags,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) eine Änderung der Art des Darlehensvertrags,	
c) einen Zahlungsaufschub für alle oder einen Teil der Rückzahlungsraten in einem bestimmten Zeitraum,	
d) eine Änderung des Zinssatzes,	
e) ein Angebot einer Zahlungsunterbrechung,	
f) Teilrückzahlungen,	
g) Währungsumrechnungen,	
h) einen Teilerlass und eine Schuldenkonsolidierung.	
Bei einem Immobilien-Verbraucherdarlehensvertrag umfassen die Umstände, die bei den Bemühungen, Nachsicht walten zu lassen, zu berücksichtigen sind, insbesondere die Frage, ob der Immobilien-Verbraucherdarlehensvertrag durch eine Wohnimmobilie besichert ist, bei der es sich um den Hauptwohnsitz des Verbrauchers handelt.“	
11. In § 22e Absatz 4 Satz 1 wird nach dem Wort „ist“ das Wort „mindestens“ eingefügt.	
12. § 24 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1a wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 5 werden die Wörter „handelt, das ein bedeutendes Institut im Sinne des § 1 Absatz 3c ist oder das von der Aufsichtsbehörde oder der Deutschen Bundesbank dazu aufgefordert wurde“ durch die Wörter „, das ein bedeutendes Institut im Sinne des § 1 Absatz 3c ist, oder um ein übergeordnetes Unternehmen einer Institutsgruppe, einer Finanzholding-Gruppe oder einer gemischten Finanzholding-Gruppe, der ein CRR-Kreditinstitut, das bedeutend im Sinne des § 1 Absatz 3c ist, angehört, oder um ein CRR-Kreditinstitut, das von der Aufsichtsbehörde oder der Deutschen Bundesbank dazu aufgefordert wurde, handelt“ und die Wörter „des Artikels 75 Absatz 1 und 2“ durch die Wörter „des Artikels 75 Absatz 1“ ersetzt und werden die Wörter „sowie die von den Instituten übermittelten Informationen zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle“ gestrichen.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
bb) Nummer 6 wird wie folgt geändert:	
aaa) Nach den Wörtern „um ein CRR-Kreditinstitut“ werden die Wörter „oder um ein übergeordnetes Unternehmen einer Institutsgruppe, einer Finanzholding-Gruppe oder einer gemischten Finanzholding-Gruppe, der ein CRR-Kreditinstitut angehört,“ eingefügt.	
bbb) Nach dem Wort „sind“ werden ein Semikolon und die Wörter „für Kreditinstitute nach § 53 Absatz 1, die das Einlagengeschäft im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 betreiben, gilt dies entsprechend“ eingefügt.	
b) Absatz 1c wird wie folgt gefasst:	
„(1c) Ein CRR-Kreditinstitut, das einen Beschluss über die Billigung eines höheren Höchstwerts für die variable Vergütung nach § 25a Absatz 5 Satz 5 gefasst hat, hat der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Bundesbank zweijährlich die Informationen anzuzeigen, die für die Zwecke des Artikels 94 Absatz 1 Buchstabe g Unterabsatz 2 Spiegelstrich 5 der Richtlinie 2013/36/EU erforderlich sind.“	
c) Nach Absatz 1c wird folgender Absatz 1d eingefügt:	
„(1d) Ein CRR-Kreditinstitut, das bedeutend im Sinne des § 1 Absatz 3c ist oder das von der Bundesanstalt oder der Deutschen Bundesbank dazu aufgefordert wurde, hat der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Bundesbank dreijährlich die Informationen zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle anzuzeigen, die für die Zwecke des Artikels 75 Absatz 1 der Richtlinie 2013/36/EU erforderlich sind.“	
13. § 24c Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
a) In Satz 1 Nummer 1 wird die Angabe „Abs. 1 Satz 4 Nr. 2“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 5 Nummer 2“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) In Satz 8 werden die Wörter „§ 9 Abs. 1 Satz 5, 6 und Abs. 2“ durch die Wörter „§ 9 Absatz 1 Satz 6 und 7 und Absatz 2“ ersetzt.	
14. § 25a wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 5b wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 3 werden die Wörter „Artikeln 3 und 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014“ durch die Wörter „Artikeln 5 und 6 der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923 der Kommission vom 25. März 2021 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards zur Festlegung der Kriterien für die Definition der Managementverantwortung, der Kontrollaufgaben, der wesentlichen Geschäftsbereiche und einer erheblichen Auswirkung auf das Risikoprofil eines wesentlichen Geschäftsbereichs sowie zur Festlegung der Kriterien für die Ermittlung der Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien, deren berufliche Tätigkeiten vergleichsweise ebenso wesentliche Auswirkungen auf das Risikoprofil des Instituts haben wie diejenigen der in Artikel 92 Absatz 3 der genannten Richtlinie aufgeführten Mitarbeiter oder Mitarbeiterkategorien (ABl. L 203 vom 9.6.2021, S. 1; L 430 vom 2.12.2021, S. 43)“ ersetzt.	
bb) In Satz 6 werden die Wörter „Artikel 4 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014“ durch die Wörter „Artikel 6 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923“ ersetzt.	
cc) In Satz 7 wird die Angabe „Nr. 604/2014“ durch die Angabe „2021/923“ ersetzt.	
b) In Absatz 5c werden die Wörter „Artikel 4 Absatz 5 Satz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 604/2014“ durch die Wörter „Artikel 6 Absatz 3 Satz 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
15. In § 25d Absatz 11 Satz 1 Nummer 2 werden nach dem Wort „Aufsichtsorgan“ die Wörter „und in der Geschäftsleitung“ eingefügt.	
16. In § 29 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a werden den Wörtern „nach den §§ 10a“ die Wörter „nach § 3 Absatz 2 und 3,“ vorangestellt.	
17. § 32 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 Satz 6 und 7 wird jeweils die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 5“ ersetzt.	
b) In Absatz 2a Satz 1 werden nach dem Wort „kann“ ein Komma und die Wörter „außer in den Fällen des Absatzes 1 Satz 2,“ eingefügt.	
18. In § 33 Absatz 2 Satz 3 und Absatz 4 Satz 1 wird jeweils die Angabe „§ 32 Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „§ 32 Absatz 1 Satz 5“ ersetzt.	
19. § 44 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Satz 2 werden die Wörter „oder nach § 6 Absatz 7“ durch die Wörter „oder Übertragung nach § 6 Absatz 7 oder § 17 Absatz 1 oder 5“ ersetzt.	
b) Folgender Satz wird angefügt:	
„Auskünfte sind auf Verlangen der Bundesanstalt oder der Deutschen Bundesbank auch mündlich zu erteilen.“	
20. In § 49 Absatz 1 werden die Wörter „§ 2c Absatz 1b Satz 1 und 2, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 4“ durch die Wörter „§ 2c Absatz 1b Satz 1 bis 3, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 2a“ ersetzt und werden nach den Wörtern „§ 10 Absatz 3, 3a und 4“ ein Komma und die Wörter „des § 10f Absatz 1 und 2, des § 10g Absatz 1 bis 4“ eingefügt.	
21. § 53 Absatz 2 Nummer 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Das Unternehmen hat natürliche Personen mit Wohnsitz im Inland zu bestellen, die für den Geschäftsbereich des Instituts zur Geschäftsführung und zur Vertretung des Unternehmens befugt sind; eine Mindestzahl der zu bestellenden Personen bestimmt sich nach § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5.“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
22. § 56 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:	
aa) Nummer 1 Buchstabe i wird wie folgt gefasst:	
„i) § 24 Absatz 1a Nummer 5 erster Halbsatz oder Nummer 6, Absatz 1c oder Absatz 1d,“.	
bb) Nummer 2a wird aufgehoben.	
cc) Nummer 3a wird durch die folgenden Nummern 3a bis 3e ersetzt:	
„3a. entgegen § 2c Absatz 1b Satz 8 erster Halbsatz eine Beteiligung erwirbt oder erhöht,	
3b. ohne Zulassung nach § 2f Absatz 1 Satz 1 eine dort genannte Gesellschaft betreibt,	
3c. entgegen § 2f Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3 oder Nummer 4 eine dort genannte Darstellung nicht richtig oder nicht vollständig beifügt,	
3d. einer vollziehbaren Anordnung nach § 2f Absatz 2 Satz 2 zuwiderhandelt oder	
3e. entgegen § 2f Absatz 5 Satz 2 eine Information nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig übermittelt,“.	
dd) In Nummer 16 Buchstabe b wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 6“ ersetzt.	
b) Nach Absatz 5 Satz 1 Nummer 8 werden die folgenden Nummern 8a und 8b eingefügt:	
„8a. ohne Genehmigung nach Artikel 113 Absatz 6 Satz 1 eine dort genannte Anforderung nicht anwendet,	
8b. ohne Erlaubnis nach Artikel 113 Absatz 7 Satz 1 eine Risikoposition ausnimmt,“.	
23. § 60b wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach den Wörtern „verhängt hat,“ das Wort „und“ gestrichen	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und werden nach dem Wort „Bußgeldentscheidung“ die Wörter „und jede bestandskräftige Maßnahme nach § 28 Absatz 1 Satz 2, 4 und 5, Absatz 2 Satz 1“ eingefügt.	
b) In Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 werden nach dem Wort „Instituten“ ein Komma und die Wörter „Unternehmen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ eingefügt.	
24. § 64b wird wie folgt gefasst:	
„§ 64b	
Übergangsvorschrift zu § 24 Absatz 1d	
Die Anzeigepflicht nach § 24 Absatz 1d ist erstmals zum Meldestichtag 31. Dezember 2023 zu erfüllen.“	
Artikel 7	Artikel 7
Änderung des Wertpapierinstitutsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Wertpapierinstitutsgesetz vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 990), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	
a) Die Angabe zu § 63 wird wie folgt gefasst:	
„§ 63 Gemischte Holdinggesellschaften“.	
b) Die Angabe zu § 67 wird wie folgt gefasst:	
„§ 67 Anzeigepflichten von Geschäftsleitern, Investmentholdinggesellschaften sowie gemischten Finanzholdinggesellschaften“.	
2. In § 2 Absatz 29 werden die Wörter „Gemischtes Unternehmen“ durch die Wörter „Gemischte Holdinggesellschaft“ ersetzt.	
3. In § 3 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „nach § 70 Absatz 1 oder § 71 Absatz 4“ durch die Wörter „nach § 73 Absatz 1“ ersetzt.	
4. In § 6 werden die Wörter „§ 5 Absatz 2 bis 4, 6 und 7“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 2 bis 7“ und die Wörter „§ 77 Absatz 1 Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 77 Absatz 1 Satz 2, 4 und 5“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
5. In § 8 Absatz 1 Nummer 2 werden die Wörter „die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2021/168 (ABl. L 49 vom 12.2.2021, S. 8) geändert worden ist“ durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.	
6. In § 9 Absatz 2 Satz 3 wird das Wort „Envernehmen“ durch das Wort „Einvernehmen“ ersetzt.	
7. § 11 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 2 werden die Wörter „zweckdienlichen und grundlegenden“ gestrichen.	
bb) In Satz 3 wird das Wort „Grundlegende“ gestrichen.	
cc) Satz 4 wird aufgehoben.	
b) Nach Absatz 7 wird folgender Absatz 8 eingefügt:	
<p>„(8) Werden gegen Inhaber oder Geschäftsleiter von Wertpapierinstituten sowie gegen Inhaber bedeutender Beteiligungen von Wertpapierinstituten oder deren gesetzliche oder satzungsmäßige Vertreter oder persönlich haftende Gesellschafter oder gegen Personen, die die Geschäfte einer Finanzholding-Gesellschaft, einer gemischten Finanzholding-Gesellschaft oder einer Investmentholdinggesellschaft tatsächlich führen, Steuerstraßverfahren eingeleitet oder unterbleibt dies auf Grund einer Selbstanzeige nach § 371 der Abgabenordnung, so steht § 30 der Abgabenordnung Mitteilungen an die Bundesanstalt über das Verfahren und über den zugrunde liegenden Sachverhalt nicht entgegen; das Gleiche gilt, wenn sich das Verfahren gegen Personen richtet, die das Vergehen als Bedienstete eines Wertpapierinstituts oder eines Inhabers einer bedeutenden Beteiligung an einem Wertpapierinstitut begangen haben.“</p>	
c) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9.	
8. In § 12 Absatz 1 Satz 5 Nummer 2 werden nach dem Wort „Wertpapierinstituten“ ein Komma und das Wort „Schwarmfinanzierungsdienstleistern“ eingefügt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
9. In § 14 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „16u und 16v“ durch die Angabe „4f und 4g“ ersetzt.	
10. In § 15 Absatz 1 wird nach dem Wort „einer“ das Wort „schriftlichen“ eingefügt.	
11. Dem § 20 wird folgender Absatz 8 angefügt:	
„(8) Eine Person, die nicht die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 erfüllt, darf nicht zum Geschäftsleiter eines Kleinen oder Mittleren Wertpapierinstituts bestellt werden.“	
12. Dem § 21 wird folgender Absatz 6 angefügt:	
„(6) Eine Person, die nicht die Anforderungen nach Absatz 1 Satz 1 erfüllt, darf nicht zum Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans eines Kleinen oder Mittleren Wertpapierinstituts bestellt werden.“	
13. In § 24 Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „nach § 25 Satz 8 Nummer 1“ durch die Wörter „im Sinne des § 25 Satz 1“ ersetzt.	
14. In § 31 Satz 1 wird das Wort „ihre“ durch das Wort „seine“ ersetzt.	
15. In § 33 Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „wird“ durch die Wörter „und die Pflichten zur Verhinderung strafbarer Handlungen nach Absatz 1 Satz 1 werden“ ersetzt.	
16. In § 41 wird das Wort „über“ gestrichen und wird das Wort „verfügen“ durch das Wort „schaffen“ ersetzt.	
17. In § 50 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 47“ durch die Angabe „§ 39 Absatz 1“ ersetzt.	
18. § 63 wird wie folgt geändert:	
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 63	
Gemischte Holdinggesellschaften“.	
b) Das Wort „Finanzholdinggesellschaft“ wird jeweils durch das Wort „Holdinggesellschaft“ ersetzt.	
19. In § 64 Absatz 1 Nummer 13 werden nach den Wörtern „von bestehenden wesentlichen Auslagerungen“ ein Komma und die Wörter „die einen	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit des Wertpapierinstituts haben können,“ eingefügt.	
20. § 66 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Satz 2 werden die Wörter „Die §§ 19, 20 des Kreditwesengesetzes“ durch die Wörter „§ 14 Absatz 2 bis 4 und die §§ 19 und 20 des Kreditwesengesetzes sowie Teil 2 und 3 der Großkredit- und Millionenkreditverordnung“ ersetzt.	
b) Satz 3 wird aufgehoben.	
21. § 67 wird wie folgt geändert:	
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 67	
Anzeigepflichten von Geschäftsleitern, Investmentholdinggesellschaften sowie gemischten Finanzholdinggesellschaften“.	
b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Die Verpflichtung nach Satz 1 Nummer 1, 2, 4 und 5 gilt auch für gemischte Finanzholdinggesellschaften.“	
c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:	
„(3) Eine Investmentholdinggesellschaft oder eine gemischte Finanzholdinggesellschaft hat der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank ferner einmal jährlich eine Sammelanzeige der Wertpapierinstitute, Finanzinstitute, Anbieter von Nebendienstleistungen und vertraglich gebundenen Vermittler, die ihr nachgeordnet sind, einzureichen.“	
d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.	
22. In § 71 Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter „drei Monaten“ durch die Wörter „einem Monat“ ersetzt.	
23. § 73 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 Satz 1 und Absatz 4 Satz 2 wird jeweils die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:	
„(5) Folgende Regelungen sind auf die in Absatz 1 Satz 1 genannten Zweigniederlassungen oder vertraglich gebundenen Vermittler anzuwenden:	
1. § 5 Absatz 1 Satz 2, Absatz 4 und 6, die §§ 6 und 7 Absatz 1 und 2 sowie die §§ 11, 14, 31, 32 und 33 Absatz 1 und 2, soweit es sich um Anforderungen zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung handelt, § 33 Absatz 3 und 4, die §§ 34 bis 37 sowie 66 Absatz 1,	
2. die §§ 24b und 24c des Kreditwesengesetzes sowie	
3. § 17 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes.“	
24. Dem § 74 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:	
„Die Bundesanstalt veröffentlicht die Namen von vertraglich gebundenen Vermittlern, die ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Herkunftsvertragsstaat des Wertpapierinstituts haben und die das Wertpapierinstitut beabsichtigt, grenzüberschreitend im Inland einzusetzen.“	
25. § 77 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:	
„Die Bestellung eines anderen Prüfers ist in der Regel zur Erreichung des Prüfungszwecks geboten, wenn ein Wertpapierinstitut, das kein Unternehmen von öffentlichem Interesse nach § 316a Satz 2 Nummer 1 des Handelsgesetzbuchs ist, der Bundesanstalt für mindestens elf aufeinanderfolgende Geschäftsjahre denselben Prüfer angezeigt hat.“	
b) Folgender Satz wird angefügt:	
„Die Bundesanstalt kann die Bestellung eines anderen Prüfers oder den Wechsel des verantwortlichen Prüfungspartners auch dann verlangen, wenn ihr Tatsachen bekannt werden, die die Annahme rechtfertigen, dass der Prüfer seine Pflichten nach § 78 Absatz 3 verletzt hat.“	
26. § 78 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Satz 3 Nummer 1 wird die Angabe „§ 70“ durch die Wörter „den §§ 64, 66 und 70 bis	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
72“ ersetzt und werden die Wörter „sowie gemäß § 66 Absatz 1 dieses Gesetzes“ gestrichen.	
b) In Satz 4 wird die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.	
27. § 83 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Nach Nummer 2 werden die folgenden Nummern 3 und 4 eingefügt:	
„3. entgegen § 20 Absatz 8 einen Geschäftsleiter bestellt,	
4. entgegen § 21 Absatz 6 ein Mitglied eines Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans bestellt,“.	
bb) Die bisherigen Nummern 3 bis 8 werden die Nummern 5 bis 10.	
cc) In der neuen Nummer 9 wird das Wort „oder“ am Ende durch ein Komma ersetzt.	
dd) In der neuen Nummer 10 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.	
ee) Folgende Nummer 11 wird angefügt:	
„11. entgegen § 66 Absatz 2 Satz 1 oder § 76 Absatz 1 Satz 1 oder Satz 3 eine Finanzinformation, einen Jahresabschluss, einen Lagebericht oder einen Prüfungsbericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig einreicht.“	
b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:	
aa) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:	
„2. entgegen Artikel 43 Absatz 1 Unterabsatz 1	
a) liquide Aktiva über einen Zeitraum von mehr als einem Monat nicht hält oder	
b) liquide Aktiva nicht hält und diese Handlung beharrlich wiederholt,“.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
bb) Die bisherigen Nummern 2 und 3 werden die Nummern 3 und 4.	
c) In Absatz 5 Satz 1 werden die Wörter „Nummer 3 Buchstabe a, Nummer 4, 6 und 7“ durch die Wörter „Nummer 3 bis 5 Buchstabe a, Nummer 6, 8 und 9“ ersetzt.	
d) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:	
„(6) Bei einer juristischen Person oder Personenvereinigung mit einem jährlichen Gesamtumsatz von mehr als 50 Millionen Euro kann abweichend von Absatz 5 Satz 1 eine Ordnungswidrigkeit	
1. nach Absatz 1 Nummer 3 bis 5 Buchstabe a, Nummer 6, 8 und 9 und Absatz 4 sowie	
2. nach Absatz 2	
mit einer Geldbuße bis zu 10 Prozent des jährlichen Gesamtumsatzes einschließlich des Bruttoertrags nach Satz 2 geahndet werden. Der Bruttoertrag nach Satz 1 besteht aus Zinserträgen und ähnlichen Erträgen, Erträgen aus Aktien, anderen Anteilsrechten und variabel verzinslichen oder festverzinslichen Wertpapieren sowie Erträgen aus Provisionen und Gebühren des Unternehmens im Geschäftsjahr, das der Tat vorangegangen ist.“	
e) In Absatz 7 werden die Wörter „Nummer 3 Buchstabe a, Nummer 4, 6 und 7“ durch die Wörter „Nummer 3 bis 5 Buchstabe a, Nummer 6, 8 und 9“ ersetzt.	
Artikel 8	Artikel 8
Änderung der Gewerbeordnung	u n v e r ä n d e r t
Die Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2606) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 34c Absatz 5 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	
„1. Kreditinstitute, für die eine Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes erteilt wurde, Wertpapierinstitute, für die eine	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Erlaubnis nach § 15 Absatz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes erteilt wurde oder nach § 86 Absatz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes als erteilt gilt, Zweigstellen von Unternehmen im Sinne des § 53b Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes sowie Zweigniederlassungen und vertraglich gebundene Vermittler von Wertpapierinstituten im Sinne des § 73 Absatz 1 Satz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes,“.</p>	
<p>2. In § 34e Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Bundesministerium der Justiz“ ein Komma und die Wörter „dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ eingefügt.</p>	
<p>3. § 34f wird wie folgt geändert:</p>	
<p>a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „der Bereichsausnahme des § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 8 des Kreditwesengesetzes“ durch die Wörter „der Bereichsausnahmen des § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 8 des Kreditwesengesetzes oder des § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 des Wertpapierinstitutsgesetzes“ ersetzt.</p>	
<p>bb) In dem Satzteil nach Nummer 3 werden nach den Wörtern „Nummer 1 des Kreditwesengesetzes“ die Wörter „oder des § 2 Absatz 2 Nummer 3 des Wertpapierinstitutsgesetzes“ und nach den Wörtern „Nummer 1a des Kreditwesengesetzes“ die Wörter „oder des § 2 Absatz 2 Nummer 4 des Wertpapierinstitutsgesetzes“ eingefügt.</p>	
<p>b) In Absatz 3 Nummer 4 werden nach den Wörtern „des Kreditwesengesetzes“ die Wörter „oder des § 3 Absatz 2 des Wertpapierinstitutsgesetzes“ eingefügt.</p>	
<p>4. In § 34g Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Bundesministerium der Justiz“ durch die Wörter „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz“ ersetzt.</p>	
<p>5. In § 34h Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „der Bereichsausnahme des § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 8 des Kreditwesengesetzes“ durch die Wörter „der Bereichsausnahmen des § 2 Absatz 6 Satz 1</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Nummer 8 des Kreditwesengesetzes oder des § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 11 des Wertpapierinstitutsgesetzes“ ersetzt und werden nach den Wörtern „Nummer 1a des Kreditwesengesetzes“ die Wörter „oder des § 2 Absatz 2 Nummer 4 des Wertpapierinstitutsgesetzes“ eingefügt.</p>	
<p>6. § 34i Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„(3) Keiner Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 1 bedürfen Kreditinstitute, für die eine Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes erteilt wurde, Wertpapierinstitute, für die eine Erlaubnis nach § 15 Absatz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes erteilt wurde, Zweigstellen von Unternehmen im Sinne des § 53b Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes sowie Zweigniederlassungen und vertraglich gebundene Vermittler von Wertpapierinstituten im Sinne des § 73 Absatz 1 Satz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes.“</p>	
Artikel 9	Artikel 9
Änderung des Pfandbriefgesetzes	Änderung des Pfandbriefgesetzes
<p>Das Pfandbriefgesetz vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1166) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>	<p>Das Pfandbriefgesetz vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1166) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
<p>1. § 4 wird wie folgt geändert:</p>	<p>1. § 4 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	<p>a) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>aa) Satz 3 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aaa) In Nummer 1 wird das Semikolon am Ende durch ein Komma ersetzt.</p>	
<p>bbb) In Nummer 2a Buchstabe b wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.</p>	
<p>ccc) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„3. Guthaben, sofern die Höhe der Forderungen der Pfandbriefbank bereits beim Erwerb bekannt ist, deren Erfüllung nicht bedingt, befristet, anderen Forderungen</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
rechtsgeschäftlich nachgeordnet oder in sonstiger Weise eingeschränkt ist und die unterhalten werden bei geeigneten Kreditinstituten,	
a) die ihren Sitz in einem der in Nummer 1 genannten Staaten haben, für den, sofern er nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union oder ein anderer Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist, die Gleichwertigkeit des Aufsichtsrahmens im Sinne des Artikels 107 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 durch die Europäische Kommission festgestellt ist,	
b) denen ein der Bonitätsstufe 1 oder 2 entsprechendes Risikogewicht nach der Tabelle 3 des Artikels 120 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zugeordnet worden ist,	
c) die nicht derselben Gruppe im Sinne des § 10a Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1 des Kreditwesengesetzes wie die Pfandbriefbank angehören und	
d) die, sofern nach Artikel 2 Absatz 5 der	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>Richtlinie (EU) 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338; L 208 vom 2.8.2013, S. 3; L 20 vom 25.1.2017, S. 1; L 203 vom 26.6.2020, S. 95; L 436 vom 28.12.2020, S. 77), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2021/338 vom 16. Februar 2021 (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 14) geändert worden ist, diese Richtlinie auf sie keine Anwendung findet, einem zum jeweiligen inländischen vergleichbaren Aufsichtsrahmen unterliegen.“</p>	
<p>bb) In Satz 5 werden die Wörter „§ 20 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a und b“ durch die Wörter „§ 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a und b“ ersetzt.</p>	
	<p>b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „§ 20 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 20 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 bis 4“ ersetzt.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ gestrichen.	c) un verändert
2. In § 4a werden nach den Wörtern „§ 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ ein Komma und die Wörter „§ 20 Absatz 1 Nummer 1“ eingefügt.	2. un verändert
3. In § 5 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ gestrichen.	3. un verändert
4. § 12 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	4. § 12 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
	a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „erstrecken würde“ ein Komma und die Wörter „auf Ansprüche aus mit der Bestellung des Grundpfandrechtes in dieselbe notarielle Urkunde aufgenommen, eine selbständige Zahlungsverpflichtung begründenden Erklärungen“ eingefügt.
	b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Für Ansprüche nach § 251 Absatz 3 Satz 1 und § 253 Absatz 4 Satz 3 der Insolvenzordnung und § 64 Absatz 3 Satz 1 und § 66 Absatz 5 Satz 3 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes gilt Satz 1 entsprechend.“	un verändert
5. In § 16 Absatz 4 Satz 1, § 24 Absatz 5 Satz 1 und § 26d Absatz 3 Satz 1 werden jeweils die Wörter „im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz“ gestrichen.	5. un verändert
6. § 19 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	6. § 19 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
a) Satz 1 wird wie folgt geändert:	a) Satz 1 wird wie folgt geändert:
aa) Nummer 3 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:	aa) un verändert
„a) durch Deckungswerte der in § 4 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 bezeichneten Art, sofern es sich nicht um Schuldverschreibungen handelt,“.	
bb) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.	bb) un verändert
cc) Folgende Nummer 5 wird angefügt:	cc) entfällt
„5. durch Schuldversprechen oder Schuldanerkenntnisse im Sinne	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p><i>der §§ 780 und 781 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die durch Grundpfandrechte gesichert sind, sofern ihnen Darlehensforderungen zugrunde liegen, die den in den §§ 13 bis 16 bezeichneten Erfordernissen entsprechen; soweit die Darlehensforderungen den vorgenannten Erfordernissen nur teilweise entsprechen, können sie nur in diesem Umfang zur Deckung verwendet werden.“</i></p>	
<p>b) In Satz 5 werden nach dem Wort „Geldforderungen“ die Wörter „nach Satz 1 Nummer 1 bis 3“ und nach den Wörtern „eines Derivategeschäfts gegen“ die Wörter „ein Kreditinstitut oder“ eingefügt.</p>	<p>b) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>7. In § 22 Absatz 4 Satz 4 wird das Wort „wenn“ durch das Wort „soweit“ ersetzt.</p>	<p>7. u n v e r ä n d e r t</p>
	<p>8. § 20 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>aa) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:</p>
	<p>„Satz 2 gilt entsprechend, wenn die Pfandbriefbank einen Anspruch gegen eine inländische Gebietskörperschaft oder eine der in Nummer 1 Buchstabe b bis f genannten Stellen hat, dem Gewährleistenden die für die Erfüllung seiner Gewährleistungsverpflichtung erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen; Artikel 214 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ist entsprechend anzuwenden.“</p>
	<p>bb) Im neuen Satz 4 werden das Wort „darf“ durch die Wörter „und, im Fall des Satzes 3, die zur Ausstattung des Gewährleistenden verpflichtete Stelle dürfen“ und das Wort „seinen“ durch das Wort „ihren“ ersetzt.</p>
	<p>b) In Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „Gewährleistende“ die Wörter „und Ausstattungsverpflichtete“ eingefügt.</p>
<p>8. In § 27a Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „zwei Wochen“ durch die Wörter „einem Monat“ ersetzt</p>	<p>9. u n v e r ä n d e r t</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und werden nach dem Wort „Meldungen“ die Wörter „zur Organisation des Pfandbriefgeschäfts, zum Pfandbriefumlauf und“ eingefügt.	
9. § 28 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	10. u n v e r ä n d e r t
a) In Nummer 9 werden die Wörter „§ 26 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4“ durch die Wörter „§ 26 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4“ und die Wörter „§ 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a bis c“ durch die Wörter „§ 20 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a und b“ ersetzt.	
b) In Nummer 11 werden die Wörter „§ 19 Absatz 1 Satz 6“ durch die Wörter „§ 19 Absatz 1 Satz 7“, die Wörter „§ 26 Absatz 1 Satz 5“ durch die Wörter „§ 26 Absatz 1 Satz 6“ und die Wörter „§ 26f Absatz 1 Satz 5“ durch die Wörter „§ 26f Absatz 1 Satz 6“ ersetzt.	
c) In Nummer 12 werden die Wörter „getrennt nach den Staaten, in denen die Schuldner oder im Falle einer Gewährleistung die gewährleistenden Stellen ihren Sitz haben,“ gestrichen.	
Artikel 10	Artikel 10
Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz vom 10. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2091), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1568) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	
a) Die Angaben zu Teil 8 werden durch die folgenden Angaben ersetzt:	
„Teil 8	
Weitere Befugnisse	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Kapitel 1	
Maßnahmen des Ausschusses	
§ 176 Unterstützung bei Untersuchungen; Zwangsmaßnahmen	
§ 177 Prüfungen vor Ort nach der SRM-Verordnung	
§ 178 Vollstreckung der vom Ausschuss verhängten Geldbußen und Zwangsgelder	
Kapitel 2	
Untersuchungsbefugnisse der Abwicklungsbehörde	
§ 178a Auskunfts- und Vorlageverlangen	
§ 178b Vornahme von Prüfungen und Prüfungen vor Ort“.	
b) Nach der Angabe zu § 179 wird folgende Angabe eingefügt:	
„§ 179a Besondere Vorschriften für das Verwaltungsverfahren“.	
2. § 1 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Die Angabe „(EU) 2019/877 (ABl. L 150 vom 7.6.2019, S. 226)“ wird durch die Wörter „(EU) 2021/23 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014, (EU) Nr. 806/2014 und (EU) 2015/2365 sowie der Richtlinien 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2007/36/EG, 2014/59/EU und (EU) 2017/1132 (ABl. L 22 vom 22.1.2021, S. 1)“ ersetzt.	
bb) In Nummer 1 wird die Angabe „(EU) 2019/2034 (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 64)“ durch die Wörter „(EU)	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>2021/338 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 zur Änderung der Richtlinie 2014/65/EU im Hinblick auf die Informationspflichten, die Produktüberwachung und die Positionslimits sowie der Richtlinie 2013/36/EU und (EU) 2019/878 im Hinblick auf ihre Anwendung auf Wertpapierfirmen, zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Krise (ABl. L 68 vom 26.2.2021, S. 14)“ ersetzt.</p>	
<p>b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:</p>	
<p>„(5) Soweit die Vorschriften dieses Gesetzes neben der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 anwendbar sind, gelten Verweise auf Vorschriften als Verweise auf die entsprechenden Vorschriften und Begriffe der Verordnung (EU) Nr. 806/2014, und werden Begriffe in dem Sinne der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 definiert.“</p>	
<p>3. § 2 Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>a) In Nummer 11 wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 6“ ersetzt.</p>	
<p>b) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„13. Drittstaatsinstitut ist ein Unternehmen, dessen Hauptsitz sich in einem Drittstaat befindet und das, wäre es in der Union niedergelassen, entweder als ein CRR-Kreditinstitut anzusehen wäre oder als ein Wertpapierinstitut, das eine Dienstleistung nach Nummer 3 oder 6 des Anhangs 1 Abschnitt A zur Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349; L 74 vom 18.3.2015, S. 38; L 188 vom 13.7.2016, S. 28; L 273 vom 8.10.2016, S. 35; L 64 vom 10.3.2017, S. 116; L 278 vom 27.10.2017, S. 56), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/858 (ABl. L 151 vom 2.6.2022, S. 1) geändert worden ist, betreibt.“</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>c) In Nummer 20 werden nach der Angabe „2014/59/EU“ die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 190), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/2036 (ABl. L 275 vom 25.10.2022, S. 1; L 277 vom 27.10.2022, S. 316)) geändert worden ist,“ eingefügt.</p>	
<p>d) In Nummer 39 Buchstabe b werden die Wörter „§ 85 Absatz 1 Nummer 2“ durch die Wörter „§ 107 Absatz 1 Nummer 2“ ersetzt.</p>	
<p>4. § 5 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>aa) In Nummer 1 werden die Wörter „und bei ihnen tätige Personen“ gestrichen.</p>	
<p>bb) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:</p>	
<p>„1a. freiwillige Sicherungssysteme der Institute;“.</p>	
<p>b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Einlagensicherungssysteme“ ein Komma und die Wörter „freiwillige Sicherungssysteme der Institute“ eingefügt.</p>	
<p>5. In § 14 Absatz 2 Nummer 2 Buchstabe d wird das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ ersetzt.</p>	
<p>6. In § 16 Absatz 8 wird jeweils das Wort „Institutsicherungssystem“ durch die Wörter „institutsbezogenen Sicherungssystem“ ersetzt.</p>	
<p>7. § 17 wird wie folgt geändert:</p>	
<p>a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 wird das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ und das Wort „Zweigstelle“ durch das Wort „Zweigniederlassung“ ersetzt.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) In Absatz 2 wird jeweils das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ ersetzt.	
8. In § 18 Absatz 1 wird jeweils das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ ersetzt.	
9. § 36 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Die Aufsichtsbehörde hat die zuständigen Abwicklungsbehörden unverzüglich zu unterrichten, wenn festgestellt wird, dass ein Institut die Voraussetzungen zum Erlass einer Maßnahme nach Absatz 1 erfüllt. Die Abwicklungsbehörde kann die Aufsichtsbehörde ersuchen zu prüfen, ob die Voraussetzungen nach Absatz 1 bezüglich eines Instituts vorliegen.“	
b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:	
„(2a) Liegen die Voraussetzungen von Absatz 1 vor, kann die Abwicklungsbehörde von der Geschäftsleitung des Instituts nach Maßgabe von Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 Buchstabe f verlangen, den Bediensteten der Abwicklungsbehörde oder von der Abwicklungsbehörde beauftragte Personen sowie einem Prüfer im Sinne des § 70 Absatz 1 Zugang zu Informationen einzuräumen. Die Abwicklungsbehörde kann das Institut verpflichten, unter Beachtung der in § 126 Absatz 2 festgelegten Bedingungen und der Verschwiegenheitspflichten nach den §§ 4 bis 10 an potenzielle Erwerber heranzutreten, um eine Abwicklung des Instituts vorzubereiten, und den potenziellen Erwerbern geeignete Informationen zur Verfügung zu stellen, damit diese die Vorteile und Risiken eines Erwerbs beurteilen können.“	
10. § 45 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Satz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ durch das Wort „Aufsichtsbehörde“ ersetzt.	
bb) In Nummer 4 wird das Wort „Finanzholding-Gesellschaften“ durch das	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Wort „Finanzholdinggesellschaften“ ersetzt.	
b) In Satz 2 werden die Wörter „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ durch das Wort „Aufsichtsbehörde“ ersetzt.	
11. In § 48 Absatz 1 werden die Wörter „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, wenn diese Aufsichtsbehörde ist,“ durch das Wort „Aufsichtsbehörde“ ersetzt.	
12. § 49 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	
<p>„(3) Soweit in den Vorschriften dieses Gesetzes auf Regelungen des Artikels 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf Eigenmittelanforderungen an Wertpapierinstitute auf Einzelbasis Bezug genommen wird, gelten die folgenden Besonderheiten für Wertpapierinstitute, die nicht die Anforderungen nach Artikel 1 Absatz 2 oder Absatz 5 der Verordnung (EU) 2019/2033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über Aufsichtsanforderungen an Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010, (EU) Nr. 575/2013, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 806/2014 (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 1; L 20 vom 24.1.2020, S. 26; L 405 vom 2.12.2020, S. 79; L 261 vom 22.7.2021, S. 60) erfüllen:</p>	
1. die Bezugnahme auf Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zur Bestimmung der Gesamtkapitalquote des Instituts gilt als Bezugnahme auf die entsprechende Regelung in Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/2033;	
2. die Bezugnahme auf Artikel 92 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 zur Bestimmung des Gesamtrisikobetrags des Instituts gilt als Bezugnahme auf die entsprechende Regelung in Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/2033, multipliziert mit 12,5.	
Die Bezugnahme auf die zusätzliche Eigenmittelanforderung nach § 6c Absatz 1 des Kreditwesengesetzes gilt für Wertpapierinstitute, die nicht die Anforderungen nach Artikel 1 Absatz 2 oder Absatz 5 der Verordnung (EU) 2019/2033 erfüllen, als Bezugnahme auf die entsprechende Regelung in § 50 des Wertpapierinstitutsgesetzes.“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
13. § 49b wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 3 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	
<p>„3. die begebenen Verbindlichkeiten übersteigen nicht den nach § 49f Absatz 1 erforderlichen Betrag, von dem die Summe der Verbindlichkeiten, die entweder direkt oder indirekt über andere Unternehmen derselben Abwicklungsgruppe an die Abwicklungseinheit begeben und von dieser erworben werden, und der Betrag der nach § 49f Absatz 2 Nummer 2 begebenen Eigenmittel abzuziehen ist.“</p>	
b) Absatz 7 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:	
<p>„2. den Betrag, der sich anhand der Formel $A \times 2 + B \times 2 + C$ errechnet, wobei A, B und C die folgenden Beträge sind:</p>	
<p>A = der Betrag, der sich aufgrund der Anforderung nach Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ergibt;</p>	
<p>B = der Betrag, der sich aufgrund der Anforderung nach § 6c Absatz 1 des Kreditwesengesetzes ergibt;</p>	
<p>C = der Betrag, der sich aufgrund der kombinierten Kapitalpufferanforderung ergibt.“</p>	
c) Absatz 8 Satz 2 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:	
<p>„3. aus der Anforderung nach § 6c Absatz 1 des Kreditwesengesetzes ergibt sich, dass die Abwicklungseinheit, die ein global systemrelevantes Institut ist oder § 49c Absatz 5 oder 6 unterliegt, zu den 20 Prozent der Institute mit dem höchsten Risiko gehört, für die die Abwicklungsbehörde die Anforderung nach § 49 Absatz 1 festlegt.“</p>	
14. § 49c wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:	
<p>„1. für die Zwecke der Berechnung der Anforderung nach § 49 Absatz 1 nach Maßgabe von § 49 Absatz 2 Nummer 1 der Summe aus</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>a) den bei der Abwicklung zu absorbierenden Verlusten, die den Anforderungen des Artikels 92 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und des § 6c Absatz 1 des Kreditwesengesetzes an die Abwicklungseinheit auf konsolidierter Basis auf Ebene der Abwicklungsgruppe entsprechen,</p>	
<p>b) einem Rekapitalisierungsbetrag, der es der aus der Abwicklung hervorgehenden Abwicklungsgruppe ermöglicht, die für sie geltende Anforderung an die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und die für sie nach § 6c Absatz 1 des Kreditwesengesetzes geltende Anforderung auf konsolidierter Basis auf Ebene der Abwicklungsgruppe nach Durchführung der bevorzugten Abwicklungsstrategie wieder zu erfüllen, und“.</p>	
<p>b) In Absatz 4 Nummer 2 werden die Wörter „, vorbehaltlich des § 49 Absatz 3,“ gestrichen.</p>	
<p>c) Absatz 4a Satz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:</p>	
<p>„Die Abwicklungsbehörde kann die Anforderung nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b um einen Beitrag erhöhen, der notwendig ist, um sicherzustellen, dass das Unternehmen nach der Abwicklung für einen angemessenen Zeitraum, der maximal ein Jahr beträgt, in der Lage ist, ausreichendes Marktvertrauen in das Unternehmen aufrechtzuerhalten. Erhöht die Abwicklungsbehörde die Anforderung nach Absatz 4, so wird dieser Betrag der nach Anwendung der Abwicklungsinstrumente anzuwendenden kombinierten Kapitalpufferanforderung abzüglich der Anforderung nach § 10i Absatz 1 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes gleichgesetzt.“</p>	
<p>d) In Absatz 7 Satz 1 werden die Wörter „und vorbehaltlich abweichender Regelungen gemäß § 49 Absatz 3“ gestrichen.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
e) In Absatz 8 Nummer 2 werden die Wörter „, vorbehaltlich des § 49 Absatz 3,“ gestrichen.	
f) Absatz 9 Satz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:	
<p>„Die Abwicklungsbehörde kann die Anforderung nach Absatz 7 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b um einen Betrag erhöhen, der notwendig ist, um sicherzustellen, dass das Unternehmen nach Ausübung der Befugnis zur Herabschreibung oder Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten nach § 65 Absatz 4 für einen angemessenen Zeitraum, der nicht länger als ein Jahr ist, in der Lage ist, ausreichendes Marktvertrauen aufrechtzuerhalten. Erhöht die Abwicklungsbehörde die Anforderung nach Satz 1, so wird dieser Betrag der nach Ausübung der Befugnis nach den §§ 65, 77 und 89 oder nach Abwicklung der Abwicklungsgruppe anzuwendenden kombinierten Kapitalpufferanforderung abzüglich der Anforderung nach § 10i Absatz 1 Nummer 2 des Kreditwesengesetzes gleichgesetzt.“</p>	
15. § 49d Absatz 4 wird wie folgt gefasst:	
<p>„(4) Sofern mehr als ein Unternehmen Teil desselben global systemrelevanten Instituts und Abwicklungseinheiten oder Drittstaatseinheiten sind, die, wären sie in der Union niedergelassen, Abwicklungseinheiten wären, so berechnet die Abwicklungsbehörde den in Absatz 3 genannten Betrag für die Zwecke des § 50 Absatz 2</p>	
1. für jede Abwicklungseinheit oder für jede Drittstaatseinheit, die, wäre sie in der Union niedergelassen, eine Abwicklungseinheit wäre;	
2. für das Unionsmutterunternehmen, als wäre es die einzige Abwicklungseinheit des global systemrelevanten Instituts.“	
16. § 50 Absatz 2 Satz 1 bis 4 wird wie folgt gefasst:	
<p>„Sofern mehr als ein Unternehmen Teil desselben global systemrelevanten Instituts und Abwicklungseinheiten oder Drittstaatseinheiten sind, die, wären sie in der Union niedergelassen, Abwicklungseinheiten wären, so erörtern und vereinbaren die in Absatz 1 genannten Abwicklungsbehörden,</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
soweit angemessen und mit der Abwicklungsstrategie des global systemrelevanten Instituts vereinbar,	
1. die Anwendung des Artikels 72e der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 sowie	
2. eine eventuelle Anpassung zur weitestmöglichen Verringerung oder Beseitigung der Differenz zwischen der Summe der in § 49d Absatz 4 Nummer 1 sowie der in Artikel 12a Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten Beträge für einzelne Abwicklungseinheiten oder Drittstaatseinheiten und der Summe der in § 49d Absatz 4 Nummer 2 sowie der in Artikel 12a Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten Beträge.	
Eine Anpassung der Höhe der Anforderung kann mit Rücksicht auf Unterschiede bei der Berechnung der Gesamtrisikobeträge in den betreffenden Mitgliedstaaten oder Drittstaaten erfolgen. Eine Anpassung darf nicht erfolgen, um Unterschiede auszugleichen, die sich aus Risikopositionen zwischen Abwicklungsgruppen ergeben. Die Summe der in § 49d Absatz 4 Nummer 1 und der in Artikel 12a Buchstabe a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 für einzelne Abwicklungseinheiten oder Drittstaatseinheiten, die, wären sie in der Union niedergelassen, Abwicklungseinheiten wären, genannten Beträge darf nicht geringer sein als die Summe der in § 49d Absatz 4 Nummer 2 und der in Artikel 12a Buchstabe b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 genannten Beträge.“	
17. In § 56 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, wenn diese Aufsichtsbehörde ist,“ durch das Wort „Aufsichtsbehörde“ ersetzt.	
18. § 58a wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:	
„Die für das Unternehmen zuständige Abwicklungsbehörde entscheidet nach Anhörung der zuständigen Aufsichtsbehörden unter Beachtung insbesondere der folgenden Kriterien unverzüglich, ob sie von der Befugnis nach Absatz 1 Satz 1 Gebrauch macht, sobald die dort genannten Voraussetzungen der Untersagung vorliegen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) In Absatz 6 werden das Komma und die Wörter „vorbehaltlich des § 49 Absatz 3,“ gestrichen.	
19. § 59 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 6 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 8 wird jeweils das Wort „EU-Mutterfinanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „EU-Mutterfinanzholdinggesellschaft“ und das Wort „EU-Finanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „EU-Finanzholdinggesellschaft“ ersetzt.	
bb) In Nummer 8a werden die Wörter „, unter Beachtung der Vorgaben des § 49 Absatz 3,“ gestrichen.	
cc) In Nummer 10 wird das Wort „Finanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „Finanzholdinggesellschaft“ ersetzt.	
b) In Absatz 11 Satz 1 wird jeweils das Wort „EU-Mutterfinanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „EU-Mutterfinanzholdinggesellschaft“, das Wort „EU-Finanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „EU-Finanzholdinggesellschaft“ und das Wort „Finanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „Finanzholdinggesellschaft“ ersetzt.	
20. § 60 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 4 Satz 2 werden jeweils die Wörter „unter Beachtung der Vorgaben des § 49 Absatz 3“ gestrichen.	
b) In Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ ersetzt.	
c) In Absatz 7 Satz 4, Absatz 8 Satz 4 und Absatz 9 Satz 4 werden jeweils die Wörter „nach Ablauf“ durch die Wörter „bis zum Ablauf“ ersetzt.	
21. In § 60a Absatz 2 Satz 4 wird jeweils das Wort „Wertpapierfirmen“ durch das Wort „Wertpapierinstitute“ ersetzt.	
22. In § 62 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a wird das Wort „Institutssicherungssystem“ durch die Wörter „institutsbezogenen Sicherungssystem“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
23. § 64 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 2 wird jeweils das Wort „Finanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „Finanzholdinggesellschaft“ ersetzt.	
b) In Absatz 4 wird jeweils das Wort „Zwischen-Finanzholding-Gesellschaft“ durch das Wort „Zwischen-Finanzholdinggesellschaft“ ersetzt.	
24. In § 84 Absatz 2 werden die Wörter „die von der Aussetzung betroffene Vertragspartei, ihren“ durch die Wörter „das gruppenangehörige Unternehmen, mit dem der betreffende Vertrag besteht, seinen“ ersetzt.	
25. In § 85 Absatz 2 wird die Angabe „Satz 4“ durch die Angabe „Satz 3“ ersetzt.	
26. § 126 Absatz 2 Satz 4 wird aufgehoben.	
27. In § 136 Absatz 3 Nummer 3 und 4 wird jeweils das Wort „berücksichtigungsfähigen“ durch das Wort „bail-in-fähigen“ ersetzt.	
28. § 138 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 1 werden die Wörter „oder einer drohenden Bestandsgefährdung“ durch die Wörter „im Sinne des § 63“ ersetzt.	
b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Behörde“ die Wörter „sowie das Bundesministerium der Finanzen“ eingefügt.	
bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:	
aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „Darüber hinaus“ durch die Wörter „Sind neben der Bestandsgefährdung auch die Voraussetzungen des § 62 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 erfüllt,“ ersetzt.	
bbb) Die Nummern 1 und 3 werden aufgehoben.	
29. In § 140 Absatz 2 Nummer 2 werden die Wörter „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ durch das Wort „Aufsichtsbehörde“ ersetzt.	
30. In § 145 Absatz 1 Nummer 1 werden die Wörter „§ 78 Absatz 1 Nummer 1“ durch die Wörter „§ 96 Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
31. In § 152b Absatz 1 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2020 über einen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1095/2010, (EU) Nr. 648/2012, (EU) Nr. 600/2014, (EU) Nr. 806/2014 und (EU) 2015/2365 sowie der Richtlinien 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2007/36/EG, 2014/59/EU und (EU) 2017/1132 (ABl. L 22 vom 22.1.2021, S. 1)“ gestrichen.	
32. Nach § 153 Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:	
„(2a) Gleiches gilt, wenn eine Abwicklungsbehörde in einem anderen Mitgliedstaat die Aussetzung vertraglicher Pflichten, die Aussetzung von Beendigungsrechten oder die Untersagung der Durchsetzung von Sicherungsrechten anordnet oder von einer sonstigen Abwicklungsbefugnis im Sinne der Richtlinie 2014/59/EU Gebrauch macht und die Anordnung dem deutschen Recht unterfallende Rechte, Verbindlichkeiten oder sonstige Pflichten betrifft.“	
33. In § 154 Nummer 5 wird das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ ersetzt.	
34. In § 155 werden jeweils die Wörter „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ durch das Wort „Aufsichtsbehörde“ ersetzt.	
35. § 157 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Nummer 4 wird das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ ersetzt.	
bb) Nummer 12 wird wie folgt gefasst:	
„12. die Behörde, die für das Einlagensicherungssystem eines Mitgliedstaats zuständig ist, wenn die Abwicklungsbehörde dieses Mitgliedstaats Mitglied eines Abwicklungskollegiums ist.“	
b) In Absatz 3 wird das Wort „Zweigstelle“ durch das Wort „Zweigniederlassung“ ersetzt.	
36. In § 167 Absatz 1 wird jeweils das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und das Wort „Zweigstelle“ durch das Wort „Zweigniederlassung“ ersetzt.	
37. In § 168 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 bis 5 wird jeweils das Wort „Zweigstelle“ durch das Wort „Zweigniederlassung“ und das Wort „Zweigstellen“ durch das Wort „Zweigniederlassungen“ ersetzt.	
38. § 172 Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
a) Nach Nummer 7 wird folgende Nummer 8 eingefügt:	
„8. einer vollziehbaren Anordnung nach § 49 Absatz 1 zuwiderhandelt oder“.	
b) Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 9 und das Wort „oder“ am Ende wird durch einen Punkt ersetzt.	
c) Die bisherige Nummer 9 wird aufgehoben.	
39. Die Überschrift zu Teil 8 Kapitel 1 wird wie folgt gefasst:	
„Teil 8	
Weitere Befugnisse	
Kapitel 1	
Maßnahmen des Ausschusses“.	
40. Nach § 178 wird folgendes Kapitel 2 eingefügt:	
„Kapitel 2	
Untersuchungsbefugnisse der Abwicklungsbehörde	
§ 178a	
Auskunfts- und Vorlageverlangen	
(1) Die Abwicklungsbehörde kann von den in § 1 Absatz 1 genannten Unternehmen und zentralen Gegenparteien, von den Mitgliedern der Organe und den Beschäftigten dieser Unternehmen oder zentralen Gegenparteien oder von Dritten, an	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>die Funktionen oder Tätigkeiten dieser Unternehmen oder zentralen Gegenparteien ausgelagert wurden, Auskünfte und die Vorlage von Unterlagen verlangen, die zur Wahrnehmung der Aufgaben der Abwicklungsbehörde nach diesem Gesetz erforderlich sind. Die Abwicklungsbehörde kann auch verlangen, dass die Unterlagen nach Satz 1 in Kopie zur Verfügung gestellt werden.</p>	
<p>(2) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.</p>	
<p>(3) Die Abwicklungsbehörde ist nicht verpflichtet, den betroffenen Personen die infolge der Anwendung dieser Vorschrift entstandenen Kosten und Aufwendungen zu erstatten.</p>	
<p>§ 178b</p>	
<p>Vornahme von Prüfungen und Prüfungen vor Ort</p>	
<p>(1) Die Abwicklungsbehörde kann zum Zweck der Bewertung der Abwicklungsfähigkeit, auch ohne besonderen Anlass, bei den in § 1 Absatz 1 genannten Unternehmen und zentralen Gegenparteien sowie Dritten, an die Funktionen oder Tätigkeiten dieser Unternehmen oder zentralen Gegenparteien ausgelagert wurden, alle erforderlichen Prüfungen vornehmen oder einen Dritten mit der Durchführung dieser Prüfungen beauftragen.</p>	
<p>(2) Die Bediensteten der Abwicklungsbehörde sowie die Personen, derer sich die Abwicklungsbehörde zur Durchführung der Prüfungen bedient, können zur Durchführung der Prüfung nach Absatz 1 die Geschäftsräume der in Absatz 1 genannten Unternehmen und Personen innerhalb der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten betreten und Prüfungshandlungen vor Ort vornehmen, soweit dies zum Zweck der Durchführung einer wirksamen Prüfung erforderlich ist.</p>	
<p>(3) Zum Zweck der Durchführung der Prüfungen kann die Abwicklungsbehörde insbesondere</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
1. gemäß § 178a Auskunft und Vorlage von Unterlagen verlangen, insbesondere auch Organmitglieder und Beschäftigte befragen, oder	
2. die Vorführung technischer Systeme und Programme verlangen.	
(4) Die Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 sind von den Betroffenen zu dulden.	
(5) Die von der Prüfung betroffenen Unternehmen oder zentralen Gegenparteien tragen die Kosten der Prüfung. Die Kosten, die der Abwicklungsbehörde durch die Prüfungen entstehen, sind von den betroffenen Unternehmen oder zentralen Gegenparteien zu erstatten.“	
41. Nach § 179 wird folgender § 179a eingefügt:	
„§ 179a	
Besondere Vorschriften für das Verwaltungsverfahren	
Vor dem Erlass einer Maßnahme nach den §§ 66a, 77 bis 90, 101, 107, 153 oder nach § 169 ist die Abwicklungsbehörde zur Durchführung einer Anhörung nach § 28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes nicht verpflichtet.“	
Artikel 11	Artikel 11
Änderung des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 3 Absatz 4 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2446; 2019 I S. 1113), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Satz 4 wird das Wort „Zahlungsinstitut“ durch das Wort „Institut“ ersetzt.	
2. Folgender Satz wird angefügt:	
„Das Institut muss insbesondere über angemessene Strategien und Verfahren nach § 18a Absatz 8b des Kreditwesengesetzes verfügen.“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Artikel 12	Artikel 12
Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs	u n v e r ä n d e r t
Das Kapitalanlagegesetzbuch vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 102 wie folgt gefasst:	
„§ 102 Prüfung“.	
2. § 38 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 3 Satz 2 Nummer 4 werden nach der Angabe „Nr. 600/2014“ die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84; L 6 vom 10.1.2015, S. 6; L 270 vom 15.10.2015, S. 4; L 278 vom 27.10.2017, S. 54), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/2554 (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 1) geändert worden ist“ eingefügt.	
b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:	
„(4a) Unbeschadet der besonderen Pflichten des Abschlussprüfers nach den Absätzen 3 und 4 kann die Bundesanstalt auch gegenüber der Kapitalverwaltungsgesellschaft Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.“	
c) In Absatz 5 Satz 1 werden nach den Wörtern „Zeitpunkt der Prüfung“ ein Komma und die Wörter „den Gegenstand der Prüfung nach den Absätzen 3 und 4“ eingefügt.	
3. § 40 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
„(1) In den Fällen des § 39 Absatz 3 kann die Bundesanstalt, statt die Erlaubnis	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
aufzuheben, die Abberufung der verantwortlichen Geschäftsleiter verlangen und diesen auch die Ausübung ihrer Tätigkeit bei Kapitalverwaltungsgesellschaften untersagen.“	
b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:	
„(2a) Die Bundesanstalt kann einen Geschäftsleiter verwarnen, wenn dieser verstoßen hat gegen	
1. dieses Gesetz,	
2. das Kreditwesengesetz,	
3. das Wertpapierhandelsgesetz,	
4. das Wertpapierinstitutsgesetz,	
5. das Geldwäschegesetz,	
6. die Rechtsverordnungen, die aufgrund der in den Nummern 1 bis 5 genannten Gesetze erlassen wurden,	
7. die Verordnung (EU) Nr. 583/2010 der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die wesentlichen Informationen für den Anleger und die Bedingungen, die einzuhalten sind, wenn die wesentlichen Informationen für den Anleger oder der Prospekt auf einem anderen dauerhaften Datenträger als Papier oder auf einer Website zur Verfügung gestellt werden (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 1; L 108 vom 28.4.2011, S. 38),	
8. die Verordnung (EU) Nr. 584/2010,	
9. die Verordnung (EU) Nr. 231/2013,	
10. die Verordnung (EU) Nr. 345/2013,	
11. die Verordnung (EU) Nr. 346/2013,	
12. die Verordnung (EU) Nr. 694/2014,	
13. die Verordnung (EU) Nr. 1286/2014,	
14. die Verordnung (EU) 2015/760,	
15. die Verordnung (EU) 2016/438,	
16. die Verordnung (EU) 2017/1131,	
17. die Verordnung (EU) 2019/2088,	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
18. die Verordnung (EU) 2019/1156 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Vertriebs von Organismen für gemeinsame Anlagen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 345/2013, (EU) Nr. 346/2013 und (EU) Nr. 1286/2014 (ABl. L 188 vom 12.7.2019, S. 55),	
19. die Verordnung (EU) 2019/1238 oder die zu ihrer Durchführung erlassenen Rechtsakte,	
20. die Verordnung (EU) 2020/852,	
21. die Verordnung (EU) Nr. 575/2013,	
22. die Verordnung (EU) Nr. 648/2012,	
23. die Verordnung (EU) Nr. 596/2014,	
24. die Verordnung (EU) Nr. 600/2014,	
25. die Verordnung (EU) 2015/2365,	
26. die Verordnung (EU) 2016/1011,	
27. die Verordnung (EU) 2017/2402,	
28. die zur Durchführung der in den Nummern 21 bis 27 genannten Verordnungen erlassenen Rechtsakte,	
29. die Verordnung (EU) 2019/2033,	
30. die sonstigen zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG erlassenen Rechtsakte,	
31. die sonstigen zur Durchführung der Richtlinie 2011/61/EU erlassenen Rechtsakte,	
32. die zur Durchführung der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338; L 208 vom 2.8.2013, S. 73; L 20 vom 25.1.2017, S. 1; L 203 vom 26.6.2020, S. 95; L 436 vom 28.12.2020, S. 77), die zuletzt durch die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Richtlinie (EU) 2022/2556 (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 153) geändert worden ist, erlassenen Rechtsakte,	
33. die zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1; L 349 vom 21.12.2016, S. 5), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2022/2554 (ABl. L 333 vom 27.12.2022, S. 1) geändert worden ist, erlassenen Rechtsakte oder	
34. Anordnungen der Bundesanstalt.	
Gegenstand der Verwarnung ist die Feststellung des entscheidungserheblichen Sachverhaltes und des hierdurch begründeten Verstoßes. Die Bundesanstalt kann auch die Abberufung eines Geschäftsleiters verlangen und diesem Geschäftsleiter die Ausübung seiner Tätigkeit bei Kapitalverwaltungsgesellschaften untersagen, wenn dieser gegen die in Satz 1 genannten Rechtsakte oder gegen Anordnungen der Bundesanstalt verstoßen hat und trotz Verwarnung nach Satz 1 dieses Verhalten vorsätzlich oder leichtfertig fortsetzt.“	
c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:	
„(3) Die Bundesanstalt kann die Abberufung eines Aufsichtsorganmitglieds verlangen und einer solchen Person auch die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass ihrer Persönlichkeit oder ihrer Sachkunde nach die Wahrung der Interessen der Anleger nicht gewährleistet ist. Die Abberufung von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsorgan erfolgt allein nach den Vorschriften der Mitbestimmungsgesetze.“	
4. § 44 Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„Statt der Aufhebung der Registrierung kann die Bundesanstalt die Abberufung der verantwortlichen Geschäftsleiter verlangen und ihnen auch die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Ausübung ihrer Tätigkeit bei Kapitalverwaltungsgesellschaften untersagen.“	
5. § 45a wird wie folgt geändert:	
a) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:	
„(4a) Unbeschadet der besonderen Pflichten des Abschlussprüfers nach den Absätzen 3 und 4 kann die Bundesanstalt auch gegenüber der Kapitalverwaltungsgesellschaft Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.“	
b) In Absatz 6 Satz 1 werden nach dem Wort „Bestimmungen“ die Wörter „über den Gegenstand der Prüfung nach den Absätzen 3 und 4 und“ eingefügt.	
6. § 47 wird wie folgt geändert:	
a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:	
„(3a) Unbeschadet der besonderen Pflichten des Abschlussprüfers nach den Absätzen 2 und 3 kann die Bundesanstalt auch gegenüber Spezial-AIF im Sinne des § 46 Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.“	
b) In Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort „Bestimmungen“ die Wörter „über den Gegenstand der Prüfung nach den Absätzen 2 und 3 und“ eingefügt.	
7. § 68 wird wie folgt geändert:	
a) In Absatz 2 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338)“ gestrichen.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) In Absatz 7 wird nach Satz 5 folgender Satz eingefügt:	
„In der Regel ist die Bestellung eines anderen Prüfers zur Erreichung des Prüfungszwecks geboten, wenn eine Verwahrstelle, die kein Unternehmen von öffentlichem Interesse nach § 316a Satz 2 Nummer 1 oder 2 des Handelsgesetzbuchs ist, der Bundesanstalt für mindestens elf aufeinanderfolgende Geschäftsjahre denselben Prüfer angezeigt hat.“	
c) Nach Absatz 7a wird folgender Absatz 7b eingefügt:	
„(7b) Unbeschadet der besonderen Pflichten des Abschlussprüfers nach Absatz 7a kann die Bundesanstalt auch gegenüber der Verwahrstelle Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Abschlussprüfer im Rahmen der Prüfung zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.“	
d) In Absatz 8 Satz 1 werden nach dem Wort „Bestimmungen“ die Wörter „über den Gegenstand der Prüfung nach Absatz 7 und“ eingefügt.	
8. In § 97 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1)“ gestrichen.	
9. § 101 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 6 wird das Semikolon am Ende durch einen Punkt ersetzt.	
b) Nummer 7 wird aufgehoben.	
10. § 102 wird wie folgt geändert:	
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 102	
Prüfung“.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
b) Satz 5 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:	
„Bei der Prüfung hat der Prüfer auch festzustellen, ob bei der Verwaltung des Sondervermögens	
1. die Vorschriften dieses Gesetzes,	
2. die Anforderungen nach	
a) Artikel 13 Absatz 2 in Verbindung mit Anhang Abschnitt A zur Verordnung (EU) 2015/2365,	
b) Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/2088 und	
c) den Artikeln 5 bis 7 der Verordnung (EU) 2020/852 sowie	
3. die Bestimmungen der Anlagebedingungen	
beachtet worden sind. Unbeschadet der besonderen Pflichten des Prüfers nach Satz 5 kann die Bundesanstalt auch gegenüber der Kapitalverwaltungsgesellschaft Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Prüfer im Rahmen der Prüfung des Jahresberichts zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.“	
11. In § 106 Satz 1 werden nach dem Wort „Bestimmungen“ die Wörter „über den Gegenstand der Prüfung nach § 102 Satz 5 und“ eingefügt.	
12. § 121 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:	
„(2) Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital sind durch einen Abschlussprüfer nach Maßgabe der Bestimmungen des Dritten Unterabschnitts des Zweiten Abschnitts des Dritten Buches des Handelsgesetzbuchs zu prüfen. Bei einer Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital mit Teilgesellschaftsvermögen darf der Bestätigungsvermerk nur erteilt werden, wenn für jedes einzelne Teilgesellschaftsvermögen eine Bestätigung erteilt werden kann. § 28 des Kreditwesengesetzes gilt entsprechend mit der Maßgabe, dass die	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Anzeige nur gegenüber der Bundesanstalt zu erfolgen hat.“	
b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:	
„(3a) Unbeschadet der besonderen Pflichten des Abschlussprüfers nach Absatz 3 kann die Bundesanstalt auch gegenüber der Investmentaktiengesellschaft mit veränderlichem Kapital Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.“	
c) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Bestimmungen“ die Wörter „über den Gegenstand der Prüfung nach Absatz 3 und“ eingefügt.	
13. § 136 wird wie folgt geändert:	
a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.	
b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Gesellschaftsvertrags“ die Wörter „sowie der Anlagebedingungen“ eingefügt.	
c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:	
„(3a) Unbeschadet der besonderen Pflichten des Abschlussprüfers nach den Absätzen 2 und 3 kann die Bundesanstalt auch gegenüber der offenen Investmentkommanditgesellschaft Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.“	
d) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Bestimmungen“ die Wörter „über den Gegenstand der Prüfung nach den Absätzen 2 und 3 und“ eingefügt.	
14. In § 166 Absatz 4 werden die Wörter „der Kommission vom 1. Juli 2010 zur Durchführung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die wesentlichen Informationen für den Anleger und die Bedingungen, die einzuhalten sind, wenn die wesentlichen Informationen für den Anleger oder der	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
Prospekt auf einem anderen dauerhaften Datenträger als Papier oder auf einer Website zur Verfügung gestellt werden (ABl. L 176 vom 10.7.2010, S. 1; L 108 vom 28.4.2011, S. 38)“ gestrichen.	
Artikel 13	Artikel 13
Änderung des Restrukturierungsfondsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
Das Restrukturierungsfondsgesetz vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1900, 1921), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. März 2022 (BGBl. I S. 571) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. § 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:	
a) In Nummer 1 werden nach der Angabe „(ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338“ ein Semikolon und die Wörter „L 208 vom 2.8.2013, S. 73; L 20 vom 25.1.2017, S. 1; L 203 vom 26.6.2020, S. 95; L 436 vom 28.12.2020, S. 77), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2023/1114 (ABl. L 150 vom 9.6.2023, S. 40) geändert worden ist,“ eingefügt.	
b) Nach den Wörtern „Erlaubnis nach dem Kreditwesengesetz“ werden die Wörter „oder nach dem Wertpapierinstitutsgesetz“ eingefügt.	
2. § 2a Absatz 1 wird wie folgt gefasst:	
„(1) Wertpapierinstitut unter Einzelaufsicht ist ein Wertpapierinstitut im Sinne des § 2 Absatz 1 des Wertpapierinstitutsgesetzes, das	
1. nach § 17 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a des Wertpapierinstitutsgesetzes mit einem Anfangskapital im Gegenwert von mindestens 750 000 Euro auszustatten ist und	
2. nicht nach Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe g der Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (ABl. L 287 vom 29.10.2013, S. 63; L 218 vom 19.8.2015, S. 82) in die Beaufsichtigung ihres Mutterunternehmens auf konsolidierter Basis durch	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
die Europäische Zentralbank einbezogen ist.“	
Artikel 14	Artikel 14
Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes
Das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 31. Mai 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 140) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 35 folgende Angabe eingefügt:	1. u n v e r ä n d e r t
„§ 35a Bestimmung von Prüfungsinhalten“.	
2. Nach § 35 wird folgender § 35a eingefügt:	2. u n v e r ä n d e r t
„§ 35a	
Bestimmung von Prüfungsinhalten	
(1) Unbeschadet der besonderen Pflichten des Prüfers nach § 35 kann die Aufsichtsbehörde gegenüber dem Versicherungsunternehmen Bestimmungen über den Inhalt der Prüfung treffen, die vom Prüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berücksichtigen sind. Sie kann insbesondere Schwerpunkte für die Prüfungen festlegen.	
(2) Die Prüfungsanordnung soll dem Versicherungsunternehmen mit einem Vorlauf von mindestens drei Monaten zum Ende des Wirtschaftsjahres bekannt gegeben werden.“	
3. § 39 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:	3. u n v e r ä n d e r t
a) In Nummer 2 werden nach den Wörtern „die Form“ ein Komma und die Wörter „die Frist“ eingefügt.	
b) In Nummer 3 werden die Wörter „den Inhalt, die Form und die Frist der Prüfungsberichte nach § 35 Absatz 1 und 2 sowie § 341k“ durch die Wörter „den Gegenstand der Prüfung nach § 35 Absatz 1 sowie den Inhalt, die Form und die Frist der Prüfungsberichte nach § 35 Absatz 1 und 2 sowie den Inhalt, die Frist und die Form der Einreichung der Prüfungsberichte bei der Aufsichtsbehörde nach § 341k“ ersetzt.	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
4. <i>In § 211 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 und 3 Buchstabe a und Satz 2 werden jeweils nach den Wörtern „der Richtlinie 2009/138/EG“ die Wörter „in Verbindung mit der jüngsten Veröffentlichung der angepassten Beträge im Amtsblatt der Europäischen Union nach Artikel 300 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2009/138/EG“ eingefügt.</i>	4. entfällt
5. § 240 Satz 1 wird wie folgt geändert:	4. u n v e r ä n d e r t
a) In den Nummern 2 und 3 werden jeweils nach den Wörtern „die Form“ ein Komma und die Wörter „die Frist“ eingefügt.	
b) In Nummer 4 werden die Wörter „den Inhalt des“ durch die Wörter „den Inhalt, die Frist und die Form der Einreichung des bei der Aufsichtsbehörde einzureichenden“ ersetzt.	
c) In Nummer 5 werden die Wörter „den Inhalt“ durch die Wörter „den Gegenstand der Prüfung sowie den Inhalt, die Form und die Frist“ ersetzt.	
6. In § 309 Absatz 5 Nummer 2 werden nach dem Wort „Wertpapierinstituten“ ein Komma und das Wort „Schwarmfinanzierungsdienstleistern“ eingefügt.	5. u n v e r ä n d e r t
Artikel 15	Artikel 15
Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes	entfällt
<i>§ 210 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 des Versicherungsvertragsgesetzes vom 23. November 2007 (BGBl. I S. 2631), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</i>	
1. <i>In Buchstabe a wird die Angabe „6 200 000 Euro“ durch die Angabe „6 600 000 Euro“ ersetzt.</i>	
2. <i>In Buchstabe b wird die Angabe „12 800 000 Euro“ durch die Angabe „13 600 000 Euro“ ersetzt.</i>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<i>Artikel 16</i>	<i>Artikel 15</i>
Änderung des DSL Bank-Umwandlungsgesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 7 des DSL Bank-Umwandlungsgesetzes vom 16. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2441), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 10. Juli 2018 (BGBl. I S. 1102) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„§ 5 Absatz 1 Satz 1, 3 bis 5, Absatz 1a Satz 1, 4 und 5, Absatz 1b und 2 des Pfandbriefgesetzes sowie eine aufgrund des § 5 Absatz 3 des Pfandbriefgesetzes erlassene Rechtsverordnung gelten entsprechend.“	
2. Absatz 5 wird wie folgt geändert:	
a) In Satz 1 werden die Wörter „Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen bestellt bis spätestens 31. März 2000“ durch die Wörter „Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bestellt“ ersetzt.	
b) In Satz 3 wird die Angabe „§ 7 Abs. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 7 Absatz 3 bis 5“ ersetzt.	
c) Die Sätze 4 und 5 werden aufgehoben.	
<i>Artikel 17</i>	<i>Artikel 16</i>
Änderung des DG Bank-Umwandlungsgesetzes	Änderung des DG Bank-Umwandlungsgesetzes
§ 9 des DG Bank-Umwandlungsgesetzes vom 13. August 1998 (BGBl. I S. 2102), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	§ 9 des DG Bank-Umwandlungsgesetzes vom 13. August 1998 (BGBl. I S. 2102), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. <i>In Absatz 2 Satz 2 werden das Komma und die Angabe „§ 19 Abs. 1 Nr. 1 und 4“ gestrichen.</i>	1. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
	a) In Satz 2 werden nach den Wörtern „§§ 12 bis 18“ das Komma und die Wörter „§ 19 Abs. 1 Nr. 1 und 4“ gestrichen.
	b) Folgender Satz wird angefügt:
	„§ 4a des Pfandbriefgesetzes gilt entsprechend.“

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2. In Absatz 3 Satz 1 werden nach den Wörtern „geeigneten Kreditinstituten“ die Wörter „sowie durch Werte nach § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 Buchstabe c des Pfandbriefgesetzes“ eingefügt.	2. Absatz 3 wird wie folgt geändert:
	a) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
	„Die in Absatz 2 vorgeschriebene ordentliche Deckung kann durch Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, bei der Europäischen Zentralbank, bei anderen Zentralbanken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und bei geeigneten Kreditinstituten sowie durch Werte nach § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Nummer 2 Buchstabe c und Nummer 3 Buchstabe d des Pfandbriefgesetzes ersetzt werden (Ersatzdeckung); § 4b des Pfandbriefgesetzes gilt entsprechend.“
	b) In Satz 2 wird nach dem Wort „darf“ das Wort „insgesamt“ eingefügt, nach dem Wort „übersteigen“ der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und die Wörter „für Werte nach § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Pfandbriefgesetzes gilt dabei eine Höchstgrenze von 8 vom Hundert.“ angefügt.
3. Absatz 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	3. un verändert
„§ 5 Absatz 1, 1a Satz 1, 4 und 5, Absatz 1b und 2 des Pfandbriefgesetzes sowie eine aufgrund des § 5 Absatz 3 des Pfandbriefgesetzes erlassene Rechtsverordnung gelten entsprechend.“	
4. In Absatz 5 Satz 3 wird die Angabe „§ 7 Abs. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 7 Absatz 3 bis 5“ ersetzt.	4. un verändert
<i>Artikel 18</i>	Artikel 17
Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	un verändert
§ 13 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4120), das zuletzt durch Artikel 14 Absatz 7 des Gesetzes vom 17. Juli	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
2017 (BGBl. I S. 2446) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 wird die Angabe „§ 1 Absatz 2“ durch die Angabe „§ 1 Absatz 3“ ersetzt.	
2. Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:	
„§ 5 Absatz 1 Satz 1, 3 und 4, Absatz 1a Satz 1, 4 und 5 und Absatz 1b des Pfandbriefgesetzes gilt entsprechend; § 5 Absatz 1 Satz 5 und Absatz 2 des Pfandbriefgesetzes sowie eine aufgrund des § 5 Absatz 3 des Pfandbriefgesetzes erlassene Rechtsverordnung gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Bundesanstalt die in § 11 Absatz 1 genannte Aufsichtsbehörde tritt.“	
3. In Absatz 4 Satz 3 werden die Wörter „§ 7 Absatz 3 und 4“ durch die Wörter „§ 7 Absatz 3 bis 5“ ersetzt.	
<i>Artikel 19</i>	Artikel 18
Änderung der Anzeigenverordnung	u n v e r ä n d e r t
Die Anzeigenverordnung vom 19. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3245), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2645) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	
1. In § 1 Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „§ 24 Absatz 1a Nummer 4 bis 6“ ein Komma und die Wörter „Absatz 1c und 1d“ eingefügt.	
2. § 9a wird wie folgt geändert:	
a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:	
„§ 9a	
Anzeigen nach § 24 Absatz 1a Nummer 5 und 6, Absatz 1c und 1d des Kreditwesengesetzes (Angaben zur Vergütung in CRR-Kreditinstituten)“.	
b) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „30. Juni“ durch die Angabe „15. Juni“, werden die Wörter „Vergleich der Vergütungstrends und -praktiken“ durch die Angabe „R 01.00“, „R 02.00“, „R 03.00“, „R 05.00“, „R 09.00“, „R 10.00“, „R 11.00“, „R 12.00.a“	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
und „R 12.00.b“ und wird die Angabe „13 bis 15“ durch die Angabe „13 bis 21“ ersetzt.	
c) Die Absätze 2 und 3 werden durch die folgenden Absätze 2 bis 5 ersetzt:	
<p>„(2) Anzeigen nach § 24 Absatz 1a Nummer 6 des Kreditwesengesetzes über Geschäftsleiter, Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans und Mitarbeiter mit jeweils einer Gesamtvergütung von jährlich mindestens 1 Million Euro (Einkommensmillionäre) sind von CRR-Kreditinstituten jährlich bis zum 15. Juni nach dem Stand zu dem bis zum 31. Dezember des Vorjahres abgeschlossenen Geschäftsjahres mit den Formularen „R 04.00.a“, „R 04.00.b“, „R 04.00.c“ nach den Anlagen 22 bis 24 einzureichen. CRR-Kreditinstitute, deren übergeordnetes Unternehmen seinen Sitz in einem anderen Staat innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums hat, haben die Anzeige nicht einzureichen. Satz 1 gilt für Institutsgruppen nach § 10a Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes und für nachgeordnete Unternehmen nach § 10a Absatz 1 Satz 3 des Kreditwesengesetzes mit der Maßgabe entsprechend, dass das übergeordnete Unternehmen die Angaben für alle gruppenangehörigen Institute mit Sitz innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums einzureichen hat. Für Finanzholding-Gruppen oder gemischte Finanzholding-Gruppen nach § 10a Absatz 2 Satz 1 des Kreditwesengesetzes gilt Satz 3 entsprechend. Die Anzeige der Informationen über die Einkommensmillionäre erfolgt aggregiert für Vergütungsstufen von jeweils 1 Million Euro separat für jeden Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums, in dem mindestens ein Einkommensmillionär tätig ist. Einkommensmillionäre, die eine berufliche Tätigkeit in unterschiedlichen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums ausüben, sind dem Mitgliedstaat zuzuordnen, in dem sie ihre berufliche Tätigkeit hauptsächlich ausüben. Einkommensmillionäre, die eine berufliche Tätigkeit sowohl innerhalb als auch außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ausüben, sind einem Mitgliedstaat nach Satz 6 zuzuordnen, sofern sie ihre berufliche Tätigkeit hauptsächlich innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums ausüben.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>(3) Anzeigen nach § 24 Absatz 1c des Kreditwesengesetzes sind von CRR-Kreditinstituten, die über einen Beschluss über die Billigung eines höheren Höchstwerts für die variable Vergütung nach § 25a Absatz 5 Satz 5 des Kreditwesengesetzes verfügen, der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Bundesbank zweijährlich bis zum 15. Juni nach dem Stand zu dem bis zum 31. Dezember des Vorjahres abgeschlossenen Geschäftsjahres mit dem Formular „R 07.00“ nach der Anlage 25 einzureichen. Die Anzeige erfolgt auf Einzelinstitutsebene.</p>	
<p>(4) Anzeigen nach § 24 Absatz 1d des Kreditwesengesetzes zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle sind von CRR-Kreditinstituten, die bedeutend im Sinne des § 1 Absatz 3c des Kreditwesengesetzes sind oder die von der Aufsichtsbehörde oder der Deutschen Bundesbank dazu aufgefordert wurden, der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Bundesbank dreijährlich bis zum 15. Juni nach dem Stand zu dem bis zum 31. Dezember des Vorjahres abgeschlossenen Geschäftsjahres mit den Formularen „R 06.00.a“ und „R 06.00.b“ nach den Anlagen 26 und 27 einzureichen. In Institutsgruppen im Sinne des § 10a Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes sind dabei die Angaben zum Lohngefälle des übergeordneten Unternehmens zugrunde zu legen. In Finanzholding-Gruppen oder gemischten Finanzholding-Gruppen im Sinne des § 10a Absatz 2 Satz 1 des Kreditwesengesetzes sind der Anzeige die Angaben zum Lohngefälle des gruppenangehörigen CRR-Kreditinstituts mit der zum Meldestichtag höchsten Anzahl an Mitarbeitern, gemessen als Vollzeitäquivalent, zugrunde zu legen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für CRR-Kreditinstitute mit weniger als 50 Mitarbeitern unter Einbeziehung der Mitglieder der Geschäftsleitung. Die Anzeige erfolgt auf Einzelinstitutsebene für die im Inland tätigen Mitarbeiter und Geschäftsleiter.</p>	
<p>(5) Die Anzeigen nach den Absätzen 1 bis 4 sind im elektronischen Verfahren bei der Deutschen Bundesbank einzureichen. Die Deutsche Bundesbank veröffentlicht im Internet die für die Einreichung zu verwen-</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
<p>denden Datenformate und den Einreichungsweg. Sie leitet die Anzeigen an die Aufsichtsbehörden weiter. Den Angaben nach den Absätzen 1 bis 4 sind die Begriffsbestimmungen und Regelungen des Kreditwesengesetzes und der Institutsvergütungsverordnung zugrunde zu legen. Die Angaben nach den Absätzen 1 bis 3 müssen sich jeweils auf die fixe und die variable Vergütung beziehen, die den Geschäftsleitern, Mitgliedern des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans oder den Mitarbeitern für deren Leistung während des bis zum 31. Dezember des Vorjahres abgeschlossenen Geschäftsjahres vor der Einreichung der Anzeige gewährt worden ist oder nach § 20 Absatz 4 Nummer 2 der Institutsvergütungsverordnung ermittelt worden ist. Die Angaben nach Absatz 4 müssen sich auf die Gesamtjahresvergütung beziehen, die den Geschäftsleitern und Mitarbeitern für deren Leistung während des bis zum 31. Dezember des Vorjahres abgeschlossenen Geschäftsjahres vor der Einreichung der Anzeige gewährt worden ist; dabei sind reguläre Beiträge des Arbeitgebers zur Sozialversicherung und zur Arbeitsförderung, garantierte variable Vergütungen und Abfindungen außen vor zu lassen. Bei Fremdwährungen ist der Umrechnungskurs der Europäischen Kommission für Finanzplanung und Haushalt im Dezember des Jahres zugrunde zu legen, für das die Anzeige erfolgt.“</p>	
<p>3. Die Anlagen 13 bis 18 werden durch die Anlagen 13 bis 27 in der im Anhang zu diesem Gesetz ersichtlichen Fassung ersetzt.</p>	
	<p>Artikel 19</p>
	<p>Änderung des Einkommensteuergesetzes</p>
	<p>Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	1. In der Inhaltsübersicht werden die Überschrift des Abschnittes XVI und die Angaben zu den §§ 123 bis 126 gestrichen.
	2. Die Überschrift des Abschnittes XVI wird gestrichen.
	3. Die §§ 123 bis 126 werden aufgehoben.
	Artikel 20
	Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes
	Das Einkommensteuergesetz, das zuletzt durch Artikel 19 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. § 4h wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
	aa) Satz 3 wird wie folgt gefasst:
	„Soweit das verrechenbare EBITDA die um die Zinserträge geminderten Zinsaufwendungen des Betriebs (Nettozinsaufwendungen) übersteigt, ist es in die folgenden fünf Wirtschaftsjahre vorzutragen (EBITDA-Vortrag); ein EBITDA-Vortrag entsteht nicht in Wirtschaftsjahren, in denen die Zinsaufwendungen die Zinserträge nicht übersteigen oder Absatz 2 die Anwendung von Satz 1 ausschließt.“
	bb) Folgender Satz wird angefügt:
	„Absatz 2 findet keine Anwendung, soweit Zinsaufwendungen aufgrund eines Zinsvortrags erhöht wurden.“
	b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
	aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
	aaa) Die Buchstaben a und b werden wie folgt gefasst:
	„a) die Nettozinsaufwendungen des Betriebs weniger als drei Millionen Euro betragen,

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	<p>b) der Steuerpflichtige keiner Person im Sinne des § 1 Absatz 2 (gegebenenfalls in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 2) des Außensteuergesetzes nahesteht und über keine Betriebsstätte außerhalb des Staates verfügt, in dem sich sein Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder seine Geschäftsleitung befindet, oder“.</p>
	<p>bbb) In Buchstabe c Satz 5 werden die Wörter „und um die Hälfte von Sonderposten mit Rücklagenanteil (§ 273 des Handelsgesetzbuchs)“ gestrichen.</p>
	<p>bb) In Satz 2 wird die Angabe „2 und“ gestrichen.</p>
	<p>cc) Folgender Satz wird angefügt:</p>
	<p>„An die Stelle des Steuerpflichtigen tritt für Zwecke des Satzes 1 Buchstabe b bei Personengesellschaften oder Mitunternehmenschaften die Personengesellschaft oder Mitunternehmenschaft.“</p>
	<p>c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p>
	<p>aa) In Satz 2 werden nach dem Wort „Fremdkapital,“ die Wörter „wirtschaftlich gleichwertige Aufwendungen und sonstige Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Fremdkapital im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 der Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12. Juli 2016 mit Vorschriften zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken mit unmittelbaren Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts (ABl. L 193 vom 19.7.2016, S. 1),“ eingefügt.</p>
	<p>bb) In Satz 3 werden nach dem Wort „Art“ die Wörter „und wirtschaftlich</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	gleichwertige Erträge im Zusammenhang mit Kapitalforderungen“ eingefügt.
	cc) Satz 4 wird aufgehoben.
	dd) In dem bisherigen Satz 5 werden die Wörter „oder werden könnte“ gestrichen.
	ee) Der bisherige Satz 6 wird aufgehoben.
	d) Dem Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:
	„Bei Aufgabe oder Übertragung eines Teilbetriebs gehen ein nicht verbrauchter EBITDA-Vortrag und ein nicht verbrauchter Zinsvortrag anteilig unter; § 15 Absatz 3 des Umwandlungssteuergesetzes gilt entsprechend.“
	e) Folgender Absatz 6 wird angefügt:
	<p>„(6) Zinsaufwendungen oder Zinserträge aus Darlehen, die zur Finanzierung langfristiger öffentlicher Infrastrukturprojekte verwendet und auf Grund von allgemeinen Förderbedingungen vergeben werden, stellen keine Zinsaufwendungen oder Zinserträge im Sinne des Absatzes 3 Satz 2 und 3 dar, sofern es sich um mittelbar oder unmittelbar aus öffentlichen Haushalten gewährte Mittel der Europäischen Union, von Bund, Ländern, Gemeinden oder Mittel anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften oder einer nach § 5 Absatz 1 Nummer 2, 17 oder 18 des Körperschaftsteuergesetzes steuerbefreiten Einrichtung handelt. Satz 1 gilt nur, sofern sämtliche geschaffenen Vermögenswerte in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union belegen sind, der Projektbetreiber in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässig ist und die Einkünfte aus dem Infrastrukturprojekt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union der Besteuerung unterliegen. Bei der Ermittlung des verrechenbaren EBITDA im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 bleiben Aufwendungen und Erträge, die auf das Infrastrukturprojekt im Sinne des Satzes 1 entfallen, außer Ansatz.“</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	2. In § 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 Buchstabe c werden nach den Wörtern „erhöht um den Beitragszuschlag“ die Wörter „und vermindert um die Abschläge“ eingefügt.
	3. § 52 wird wie folgt geändert:
	a) Nach Absatz 8a wird folgender Absatz 8b eingefügt:
	„(8b) § 4h in der Fassung des Artikels 20 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [einsetzen: <i>Ausfertigungsdatum und Seitenzahl der Verkündung des vorliegenden Änderungsgesetzes</i>] ist erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem ... [einsetzen: <i>Tag des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestags</i>] beginnen und nicht vor dem 1. Januar 2024 enden.“
	b) Die bisherigen Absätze 8b und 8c werden die Absätze 8c und 8d.
	c) Absatz 36 Satz 3 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:
	„§ 39 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294), § 39a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1a, Absatz 2 Satz 4, Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 Satz 1 Nummer 1a in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294), § 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3, § 41b Absatz 1 Satz 2, § 41c Absatz 1 Satz 2, § 42b Absatz 1 Satz 3 Nummer 5 in der Fassung des Artikels 5 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096) und § 46 Absatz 2 Nummer 3 in der Fassung des Artikels 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2230) sind erstmals ab dem 1. Januar 2026 anzuwenden. § 39 in der Fassung des Artikels 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3096), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294), kann im Rahmen eines Pilotprojekts mit Echtdaten bereits ab dem 1. Januar 2023 angewendet werden.“

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Artikel 21
	Änderung des Körperschaftsteuergesetzes
	Das Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4144), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 3 wie folgt gefasst:
	„§ 3 Abgrenzung der Steuerpflicht bei Personenvereinigungen und nicht rechtsfähigen Vermögensmassen sowie bei Realgemeinden“.
	2. § 1 Absatz 1 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:
	„5. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit, nicht rechtsfähige Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts;“.
	3. § 3 wird wie folgt geändert:
	a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
	„§ 3
	Abgrenzung der Steuerpflicht bei Personenvereinigungen und nicht rechtsfähigen Vermögensmassen sowie bei Realgemeinden“.
	b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
	„(1) Personenvereinigungen, nicht rechtsfähige Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen sind körperschaftsteuerpflichtig, wenn ihr Einkommen weder nach diesem Gesetz noch nach dem Einkommensteuergesetz unmittelbar bei einem anderen Steuerpflichtigen zu versteuern ist.“
	4. § 8 Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
	„(5) Bei Körperschaften und Personenvereinigungen bleiben für die Ermittlung des Einkommens Beiträge, die auf Grund der Sat-

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	zung von den Mitgliedern lediglich in ihrer Eigenschaft als Mitglieder erhoben werden, außer Ansatz.“
	5. § 8a wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 Satz 4 wird wie folgt gefasst:
	„Bei Steuerpflichtigen im Sinne dieses Gesetzes gelten alle Einkünfte als in einem Betrieb im Sinne des § 4h Absatz 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes erzielt.“
	b) Absatz 2 wird aufgehoben.
	c) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
	„§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe c des Einkommensteuergesetzes ist nur anzuwenden, wenn die Vergütungen für Fremdkapital der Körperschaft oder eines anderen demselben Konzern zugehörenden Rechtsträgers an zu mindestens einem Viertel unmittelbar oder mittelbar am Kapital beteiligte Gesellschafter einer konzernzugehörigen Gesellschaft, diesen nahestehende Personen (§ 1 Absatz 2 des Außensteuergesetzes) oder Dritte, die auf zu mindestens einem Viertel am Kapital beteiligte Gesellschafter oder diesen nahestehende Personen zurückgreifen können, bezogen auf den jeweiligen Rechtsträger insgesamt nicht mehr als 10 Prozent der die Zinserträge übersteigenden Zinsaufwendungen des Rechtsträgers im Sinne des § 4h Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes betragen und die Körperschaft dies nachweist.“
	6. § 34 wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 1 wird die Angabe „Veranlagungszeitraum 2022“ durch die Angabe „Veranlagungszeitraum 2024“ ersetzt.
	b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
	„§ 8a in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung ist weiter anzuwenden, soweit dieser auf § 4h des Einkommensteuergesetzes in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung Bezug nimmt.“

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Artikel 22
	Änderung des Gewerbesteuergesetzes
	<p>In § 2 Absatz 3 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4167), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294) geändert worden ist, werden die Wörter „nichtrechtsfähigen Vereine“ durch die Wörter „Vereine ohne Rechtspersönlichkeit“ ersetzt.</p>
	Artikel 23
	Änderung der Abgabenordnung
	<p>Die Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
	<p>1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:</p>
	<p>a) Nach der Angabe zu § 14 werden die folgenden Angaben eingefügt:</p>
	„§ 14a Personenvereinigungen
	§ 14b Körperschaften mit Sitz im Ausland“.
	<p>b) Die Angabe zu § 183 wird wie folgt gefasst:</p>
	„§ 183 Bekanntgabe bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung gegenüber rechtsfähigen Personenvereinigungen“.
	<p>c) Nach der Angabe zu § 183 wird folgende Angabe eingefügt:</p>
	„§ 183a Empfangsbevollmächtigte bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und in sonstigen Fällen“.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	d) Die Angabe zu § 267 wird wie folgt gefasst:
	„§ 267 Vollstreckungsverfahren gegen Personenvereinigungen“.
	2. § 2a wird wie folgt geändert:
	a) In Absatz 3 wird nach der Angabe „L 127 vom 23.5.2018, S. 2“ die Angabe „; L 47 vom 4.3.2021, S. 35“ eingefügt.
	b) In Absatz 5 Nummer 2 werden die Wörter „rechtsfähige oder nicht rechtsfähige Personenvereinigungen“ durch das Wort „Personenvereinigungen (§ 14a)“ ersetzt.
	3. Nach § 14 werden die folgenden §§ 14a und 14b eingefügt:
	„§ 14a
	Personenvereinigungen
	(1) Personenvereinigungen im Sinne dieses Gesetzes und der Steuergesetze sind Personenzusammenschlüsse ohne Rechtspersönlichkeit zur Verfolgung eines gesetzlich zulässigen Zwecks.
	(2) Rechtsfähige Personenvereinigungen sind insbesondere
	1. Vereine ohne Rechtspersönlichkeit (§ 54 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),
	2. rechtsfähige Personengesellschaften einschließlich Gesellschaften (§ 705 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), Personenhandels-gesellschaften, Partnerschaftsgesellschaften, Partenreedereien und Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen und
	3. Gemeinschaften der Wohnungseigentümer (§ 9a des Wohnungseigentumsgesetzes).
	(3) Nicht rechtsfähige Personenvereinigungen sind insbesondere
	1. Bruchteilsgemeinschaften (§ 741 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),
	2. Gütergemeinschaften (§ 1415 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) und

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	3. Erbgemeinschaften (§ 2032 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).
	(4) Auf nicht rechtsfähige Gesellschaften (§ 740 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) sind die für nicht rechtsfähige Personenvereinigungen geltenden Vorschriften mit Ausnahme des § 267 Absatz 1 Satz 1 sinngemäß anzuwenden.
	§ 14b
	Körperschaften mit Sitz im Ausland
	(1) Ist eine Körperschaft mit Sitz (§ 11) im Ausland und Ort der Geschäftsleitung (§ 10) im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach dem Recht des Staates, in dem sie ihren Sitz hat, rechtsfähig, sind Verwaltungsakte an sie zu richten, soweit sie nach den Steuergesetzen Steuerschuldner ist. Dies gilt auch dann, wenn sie nach inländischem Gesellschaftsrecht mangels Rechtsfähigkeit nicht als juristische Person zu behandeln ist.
	(2) Auf Körperschaften im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 sind die für juristische Personen geltenden Regelungen der §§ 34 und 79 entsprechend anzuwenden.
	(3) Für die Vollstreckung in das Vermögen einer Körperschaft im Sinne des Absatzes 1 genügt ein an sie gerichteter vollstreckbarer Verwaltungsakt.
	(4) Die Anteilseigner einer Körperschaft im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 haften für die von der Körperschaft geschuldeten Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis unbeschränkt.“
	4. In § 31a Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „des Absatzes 1 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2“ durch die Wörter „des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe b und Nummer 2“ ersetzt.
	5. § 34 wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
	„Die gesetzlichen Vertreter natürlicher und juristischer Personen sowie rechtsfähiger Personenvereinigungen und die Geschäftsführer von Vermögensmassen haben deren steuerliche Pflichten zu erfüllen.“

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
	„Bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen haben die Mitglieder, Gesellschafter oder Gemeinschaftler die Pflichten im Sinne des Absatzes 1 zu erfüllen.“
	6. § 39 Absatz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
	„2. Wirtschaftsgüter, die mehreren zur gesamten Hand oder einer rechtsfähigen Personengesellschaft zustehen, werden den Beteiligten oder Gesellschaftern anteilig zugerechnet, soweit eine getrennte Zurechnung für die Besteuerung erforderlich ist. Rechtsfähige Personengesellschaften gelten für Zwecke der Ertragsbesteuerung als Gesamthand und deren Vermögen als Gesamthandsvermögen.“
	7. § 79 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
	„3. juristische Personen sowie Personenvereinigungen oder Vermögensmassen durch die in § 34 bezeichneten Personen oder durch besonders Beauftragte,“.
	8. In § 93 Absatz 7 Satz 1 Nummer 4a werden die Wörter „Personengesellschaft, Körperschaft, Personenvereinigung“ durch die Wörter „Körperschaft, Personenvereinigung“ ersetzt.
	9. In § 138 Absatz 3 werden die Wörter „Personengesellschaft, Körperschaft, Personenvereinigung“ durch die Wörter „Körperschaft, Personenvereinigung“ ersetzt.
	10. In § 138d Absatz 5 werden die Wörter „Personengesellschaft, Gemeinschaft“ durch das Wort „Personenvereinigung“ ersetzt.
	11. § 139c wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 5 Nummer 11 wird wie folgt gefasst:
	„11. Eintrag im Handels-, Partnerschafts- oder Gesellschaftsregister (Registergericht, Datum und Nummer der Eintragung),“.
	b) In Absatz 6a wird das Wort „Personengesellschaft“ durch die Wörter „rechtsfähigen Personengesellschaft“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	12. § 152 Absatz 4 Satz 3 wird wie folgt gefasst:
	„In Fällen des § 180 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a ist der Verspätungszuschlag festzusetzen
	1. bei rechtsfähigen Personenvereinigungen vorrangig gegen die Personenvereinigung und
	2. bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen vorrangig gegen die nach § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 erklärungs-pflichtigen Personen.“
	13. § 181 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:
	a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
	„1. in den Fällen des § 180 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a
	a) bei rechtsfähigen Personenvereinigungen vorrangig die Personenvereinigung und nachrangig jeder Feststellungsbeteiligte, dem ein Anteil an den einkommensteuerpflichtigen oder Körperschaftsteuerpflichtigen Einkünften zuzurechnen ist,
	b) bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und in sonstigen Fällen jeder Feststellungsbeteiligte, dem ein Anteil an den einkommensteuerpflichtigen oder Körperschaftsteuerpflichtigen Einkünften zuzurechnen ist;“.
	b) In Nummer 4 werden nach der Angabe „Nummer 3“ die Wörter „bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen“ eingefügt.
	14. § 183 wird wie folgt gefasst:
	„§ 183
	Bekanntgabe bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung gegenüber rechtsfähigen Personenvereinigungen
	(1) Sind mehrere Personen am Gegenstand der gesonderten und einheitlichen Fest-

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	<p>stellung als Gesellschafter oder Gemeinschaftsbeteiligter (Feststellungsbeteiligte) und bilden sie eine rechtsfähige Personenvereinigung, sind alle Verwaltungsakte und Mitteilungen, die nach diesem Gesetz und den Steuergesetzen mit der gesonderten und einheitlichen Feststellung zusammenhängen, der Personenvereinigung in Vertretung der Feststellungsbeteiligten bekannt zu geben. Bei der Bekanntgabe ist darauf hinzuweisen, dass die Bekanntgabe mit Wirkung für und gegen alle Feststellungsbeteiligten erfolgt.</p>
	<p>(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden,</p>
	<p>1. wenn die Personenvereinigung vollendet ist oder der Finanzbehörde bekannt ist, dass die Personenvereinigung nicht mehr rechtsfähig ist, oder</p>
	<p>2. soweit ein Feststellungsbeteiligter aus der Personenvereinigung ausgeschieden ist oder zwischen den Feststellungsbeteiligten ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.</p>
	<p>In den Fällen von Satz 1 Nummer 2 können die in Absatz 1 Satz 1 genannten Verwaltungsakte und Mitteilungen der Personenvereinigung auch mit Wirkung für und gegen einen in Satz 1 Nummer 2 genannten Feststellungsbeteiligten bekannt gegeben werden, soweit und solange dieser Feststellungsbeteiligte dem nicht widersprochen hat. Ein Widerspruch nach Satz 2 wird der Finanzbehörde gegenüber erst wirksam, wenn er ihr zugeht.</p>
	<p>(3) Ist nach Absatz 2 Satz 1 Einzelbekanntgabe erforderlich, so sind dem Feststellungsbeteiligten</p>
	<p>1. der Gegenstand der gesonderten und einheitlichen Feststellung,</p>
	<p>2. die alle Feststellungsbeteiligten betreffenden Besteuerungsgrundlagen,</p>
	<p>3. sein Anteil,</p>
	<p>4. die Zahl der Feststellungsbeteiligten und</p>
	<p>5. die ihn persönlich betreffenden Besteuerungsgrundlagen</p>
	<p>bekannt zu geben. Bei berechtigtem Interesse ist dem Feststellungsbeteiligten der gesamte Inhalt des Feststellungsbescheids mitzuteilen.“</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	15. Nach § 183 wird folgender § 183a eingefügt:
	„§ 183a
	Empfangsbevollmächtigte bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und in sonstigen Fällen
	<p>(1) Bilden die Feststellungsbeteiligten keine rechtsfähige Personenvereinigung, so sollen sie einen gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bestellen, der ermächtigt ist, für sie alle Verwaltungsakte und Mitteilungen in Empfang zu nehmen, die nach diesem Gesetz und den Steuergesetzen mit der gesonderten und einheitlichen Feststellung zusammenhängen. Ist kein gemeinsamer Empfangsbevollmächtigter nach Satz 1 vorhanden, kann die Finanzbehörde die Feststellungsbeteiligten auffordern, innerhalb einer bestimmten angemessenen Frist einen Empfangsbevollmächtigten zu benennen. Hierbei ist ein Feststellungsbeteiligter vorzuschlagen und darauf hinzuweisen, dass diesem die in Satz 1 genannten Verwaltungsakte und Mitteilungen mit Wirkung für und gegen alle Feststellungsbeteiligten bekannt gegeben werden, soweit nicht ein anderer Empfangsbevollmächtigter benannt wird. Bei der Bekanntgabe an den Empfangsbevollmächtigten ist darauf hinzuweisen, dass die Bekanntgabe mit Wirkung für und gegen alle Feststellungsbeteiligten erfolgt.</p>
	(2) Absatz 1 ist insoweit nicht anzuwenden, als der Finanzbehörde bekannt ist, dass
	1. die Personenvereinigung nicht mehr besteht oder rechtsfähig geworden ist,
	2. ein Feststellungsbeteiligter aus der Personenvereinigung ausgeschieden ist oder zwischen den Feststellungsbeteiligten ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestehen.
	Ist ein Empfangsbevollmächtigter nach Absatz 1 Satz 1 vorhanden, können die in Absatz 1 Satz 1 genannten Verwaltungsakte und Mitteilungen ihm auch mit Wirkung für einen in Satz 1 Nummer 2 genannten Feststellungsbeteiligten bekannt gegeben werden, soweit und solange dieser Feststellungsbeteiligte oder

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	der Empfangsbevollmächtigte nicht widersprochen hat. Ein Widerruf der Empfangsvollmacht nach Absatz 1 Satz 1 und ein Widerspruch nach Satz 2 werden der Finanzbehörde gegenüber erst wirksam, wenn sie ihr zugehen.
	(3) Ist nach Absatz 2 Einzelbekanntgabe erforderlich, gilt § 183 Absatz 3 entsprechend.
	(4) Wird eine wirtschaftliche Einheit
	1. Ehegatten oder Lebenspartnern oder
	2. Ehegatten mit ihren Kindern, Lebenspartnern mit ihren Kindern oder Alleinstehenden mit ihren Kindern
	zugerechnet und haben die Feststellungsbeteiligten keinen gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bestellt, so gelten für die Bekanntgabe von Feststellungsbescheiden über den Einheitswert oder den Grundsteuerwert die Regelungen über zusammengefasste Bescheide in § 122 Absatz 7 entsprechend.“
	16. § 267 wird wie folgt gefasst:
	„§ 267
	Vollstreckungsverfahren gegen Personenvereinigungen
	(1) Bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen, die als solche steuerpflichtig sind, genügt für die Vollstreckung in deren Vermögen ein vollstreckbarer Verwaltungsakt gegen die Personenvereinigung. Dies gilt entsprechend für Zweckvermögen und sonstige einer juristischen Person ähnliche steuerpflichtige Gebilde.
	(2) Hat eine nicht rechtsfähige Personenvereinigung nachträglich Rechtsfähigkeit erlangt, so kann auch aus einem Verwaltungsakt vollstreckt werden, der vor diesem Zeitpunkt wirksam geworden ist.“
	17. § 284 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:
	„Handelt es sich bei dem Vollstreckungsschuldner um eine juristische Person oder um eine rechtsfähige Personenvereinigung, so hat er seine Firma oder den Namen, die Nummer des Registerblatts im Handels-, Genossenschafts-, Gesellschafts-, Partnerschafts- oder Vereinsregister und seinen Sitz anzugeben.“

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	18. § 352 wird wie folgt gefasst:
	„§ 352
	Einspruchsbefugnis bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung
	(1) Gegen Bescheide über die gesonderte und einheitliche Feststellung von Besteuerungsgrundlagen können Einspruch einlegen:
	1. bei rechtsfähigen Personenvereinigungen:
	a) die Personenvereinigung,
	b) wenn die rechtsfähige Personenvereinigung nicht mehr besteht, jeder Gesellschafter oder Gemeinschaftler, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte;
	2. bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und in sonstigen Fällen:
	a) der Einspruchsbefugte im Sinne des Absatzes 2,
	b) wenn Personen nach Buchstabe a nicht vorhanden sind, jeder Gesellschafter, Gemeinschaftler oder Mitberechtigter, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte;
	3. in den Fällen des § 183 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 oder des § 183a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 jeder Gesellschafter, Gemeinschaftler oder Mitberechtigter, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte;
	4. soweit es sich darum handelt, wer an dem festgestellten Betrag beteiligt ist und wie dieser sich auf die einzelnen Beteiligten verteilt, jeder, der durch die Feststellungen hierzu berührt wird;
	5. soweit es sich um eine Frage handelt, die einen Beteiligten persönlich angeht, jeder, der durch die Feststellungen über die Frage berührt wird.
	(2) Einspruchsbefugter im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe a ist der gemeinsame Empfangsbevollmächtigte im Sinne des § 183a Absatz 1 Satz 1 oder des § 6 Absatz 1

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	<p>Satz 1 der Verordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 2 der Abgabenordnung. Haben die Feststellungsbeteiligten keinen gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bestellt, ist einspruchsbefugt im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe a der nach § 183a Absatz 1 Satz 2 und 3 oder nach § 6 Absatz 1 Satz 3 und 4 der Verordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 2 der Abgabenordnung von der Finanzbehörde bestimmte Empfangsbevollmächtigte; Absatz 1 Nummer 3 bleibt unberührt. Die Sätze 1 und 2 sind nur anwendbar, wenn die Beteiligten in der Feststellungserklärung oder in der Aufforderung zur Benennung eines Empfangsbevollmächtigten über die Einspruchsbefugnis des Empfangsbevollmächtigten belehrt worden sind.“</p>
	<p style="text-align: center;">Artikel 24</p>
	<p style="text-align: center;">Weitere Änderung der Abgabenordnung</p>
	<p>In § 183a Absatz 4 der Abgabenordnung, die zuletzt durch Artikel 23 dieses Gesetzes geändert worden ist, werden die Wörter „den Einheitswert oder“ gestrichen.</p>
	<p style="text-align: center;">Artikel 25</p>
	<p style="text-align: center;">Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung</p>
	<p>In Artikel 97 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341; 1977 I S. 667), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2730) geändert worden ist, wird folgender § 39 angefügt:</p>
	<p style="text-align: center;">„§ 39</p>
	<p>Übergangs- und Anwendungsbestimmungen anlässlich der steuerverfahrensrechtlichen Umsetzung der Reform des Personengesellschaftsrechts</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	<p>(1) § 152 Absatz 4 Satz 3 und § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und 4 der Abgabenordnung in der am 1. Januar 2024 geltenden Fassung sind erstmals auf Feststellungserklärungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 2023 einzureichen sind; eine Verlängerung der Feststellungserklärungsfrist nach § 109 der Abgabenordnung ist hierbei nicht zu berücksichtigen.</p>
	<p>(2) Wird die Feststellungserklärung für eine rechtsfähige Personenvereinigung nach dem 31. Dezember 2023 und vor dem 1. Januar 2026 durch eine Person im Sinne des § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 oder 4 der Abgabenordnung in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung abgegeben, ist die rechtsfähige Personenvereinigung von ihrer Erklärungspflicht nach § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 der Abgabenordnung in der am 1. Januar 2024 geltenden Fassung befreit.</p>
	<p>(3) Bei einer rechtsfähigen Personenvereinigung können Verwaltungsakte und Mitteilungen, die nach der Abgabenordnung und den Steuergesetzen mit der gesonderten und einheitlichen Feststellung zusammenhängen, nach dem 31. Dezember 2023 und vor dem 1. Januar 2026 abweichend von § 183 Absatz 1 bis 3 der Abgabenordnung in der am 1. Januar 2024 geltenden Fassung auch nach Maßgabe des § 183 der Abgabenordnung in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung dem Empfangsbevollmächtigten wirksam bekannt gegeben werden.</p>
	<p>(4) Wird gegen einen vor dem 1. Januar 2024 wirksam gewordenen Bescheid über die gesonderte und einheitliche Feststellung von Besteuerungsgrundlagen Einspruch eingelegt, bestimmt sich die Einspruchsbefugnis nach § 352 der Abgabenordnung in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung. Das Gleiche gilt, wenn der eine rechtsfähige Personenvereinigung betreffende Feststellungsbescheid nach dem 31. Dezember 2023 und vor dem 1. Januar 2026 nach Maßgabe von Absatz 3 dem Empfangsbevollmächtigten nach § 183 der Abgabenordnung in der bis zum 31. Dezember 2023 geltenden Fassung bekannt gegeben worden ist. Ist über den Einspruch gegen einen vor dem 1. Januar 2024 wirksam gewordenen Bescheid nach dem 31. Dezember 2023 zu entscheiden, richtet sich das weitere Verfahren nach den ab dem 1. Januar 2024 geltenden Vorschriften der Abgabenordnung.</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	(5) Wurde über das Vermögen einer Personenvereinigung vor dem 1. Januar 2024 das Insolvenzverfahren eröffnet, sind für Feststellungszeiträume und Feststellungszeitpunkte vor dem 1. Januar 2024 § 152 Absatz 4 Satz 3, § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1, die §§ 183 und 352 der Abgabenordnung in der am 31. Dezember 2023 geltenden Fassung weiterhin anzuwenden.“
	Artikel 26
	Weitere Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung
	Artikel 97 § 10b Satz 3 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung, das zuletzt durch Artikel 25 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
	„§ 180 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, § 181 Absatz 3 Satz 1 und 2 und Absatz 4, § 182 Absatz 2 Satz 1 und § 183a Absatz 4 der Abgabenordnung in der am 1. Januar 2025 geltenden Fassung sind erstmals auf Feststellungszeitpunkte nach dem 31. Dezember 2024 anzuwenden.“
	Artikel 27
	Änderung der Finanzgerichtsordnung
	§ 48 der Finanzgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442, 2262; 2002 I S. 679), die zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:
	„§ 48
	(1) Gegen Bescheide über die gesonderte und einheitliche Feststellung von Besteuerungsgrundlagen können Klage erheben:
	1. bei rechtsfähigen Personenvereinigungen:
	a) die Personenvereinigung,

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	b) wenn die rechtsfähige Personenvereinigung nicht mehr besteht, jeder Gesellschafter oder Gemeinschaftler, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte;
	2. bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und in sonstigen Fällen:
	a) der Klagebefugte im Sinne des Absatzes 2,
	b) wenn Personen nach Buchstabe a nicht vorhanden sind, jeder Gesellschafter, Gemeinschaftler oder Mitberechtigte, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte;
	3. in den Fällen des § 183 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 oder des § 183a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 der Abgabenordnung jeder Gesellschafter, Gemeinschaftler oder Mitberechtigte, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte;
	4. soweit es sich darum handelt, wer an dem festgestellten Betrag beteiligt ist und wie dieser sich auf die einzelnen Beteiligten verteilt, jeder, der durch die Feststellungen hierzu berührt wird;
	5. soweit es sich um eine Frage handelt, die einen Beteiligten persönlich angeht, jeder, der durch die Feststellungen über die Frage berührt wird.
	(2) Klagebefugt im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe a ist der gemeinsame Empfangsbevollmächtigte im Sinne des § 183a Absatz 1 Satz 1 der Abgabenordnung oder des § 6 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 2 der Abgabenordnung. Haben die Feststellungsbeteiligten keinen gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bestellt, ist klagebefugt im Sinne des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe a der von der Finanzbehörde nach § 183a Absatz 1 Satz 2 und 3 der Abgabenordnung oder nach § 6 Absatz 1 Satz 3 und 4 der Verordnung über die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Abs. 2 der Abgabenordnung bestimmte Empfangsbevollmächtigte; Absatz 1 Nummer 3 bleibt unberührt. Die Sätze 1 und 2 sind nur anwendbar, wenn die Beteiligten spätestens bei Erlass der Einspruchsentscheidung über die Klagebefugnis des Empfangsbevollmächtigten belehrt worden sind.“

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Artikel 28
	Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes
	Das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1997 (BGBl. I S. 378), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2947) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 2 folgende Angabe eingefügt:
	„§ 2a Rechtsfähige Personengesellschaft“.
	2. Nach § 2 wird folgender § 2a eingefügt:
	„§ 2a
	Rechtsfähige Personengesellschaft
	Rechtsfähige Personengesellschaften (§ 14a Absatz 2 Nummer 2 der Abgabenordnung) gelten für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer als Gesamthand und deren Vermögen als Gesamthandsvermögen. Bei einem Erwerb nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 durch eine rechtsfähige Personengesellschaft gelten deren Gesellschafter als Erwerber. Bei einer Zuwendung durch eine rechtsfähige Personengesellschaft gelten deren Gesellschafter als Zuwendende.“
	3. In § 10 Absatz 1 Satz 4 werden die Wörter „Personengesellschaft oder einer anderen Gesamthandsgemeinschaft“ durch das Wort „Personenvereinigung“ ersetzt.
	4. In § 13b Absatz 4 Nummer 1 Satz 2 Buchstabe d werden die Wörter „zum gesamthänderisch gebundenen Betriebsvermögen einer Personengesellschaft“ durch die Wörter „zum Betriebsvermögen im Sinne des § 97 Absatz 1a Nummer 1 des Bewertungsgesetzes einer Personengesellschaft“ ersetzt.
	5. In § 18 Satz 1 werden nach dem Wort „Personenvereinigungen“ die Wörter „und rechtsfähige Vereine“ eingefügt.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Artikel 29
	Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes
	Nach § 23 des Grunderwerbsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Februar 1997 (BGBl. I S. 418, 1804), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294) geändert worden ist, wird folgender § 24 eingefügt:
	„§ 24
	Rechtsfähige Personengesellschaften
	Rechtsfähige Personengesellschaften (§ 14a Absatz 2 Nummer 2 der Abgabenordnung) gelten für Zwecke der Grunderwerbsteuer als Gesamthand und deren Vermögen als Gesamthandsvermögen.“
	Artikel 30
	Weitere Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes
	§ 24 des Grunderwerbsteuergesetzes, das zuletzt durch Artikel 29 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird aufgehoben.
	Artikel 31
	Änderung des Bewertungsgesetzes
	Das Bewertungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 1991 (BGBl. I S. 230), das zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 97 Absatz 2 werden die Wörter „nicht-rechtsfähigen Vereinen,“ durch die Wörter „Vereinen ohne Rechtspersönlichkeit, den nicht rechtsfähigen“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	2. Nach § 153 Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
	„In den Fällen, in denen der Gegenstand der Feststellung einer Personengesellschaft im Sinne des § 97 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 zuzurechnen ist, ist die Feststellungserklärung vorrangig von der Gesellschaft anzufordern.“
	3. In § 154 Absatz 3 werden die Wörter „§ 183 der Abgabenordnung“ durch die Wörter „§ 183a der Abgabenordnung“ ersetzt.
	Artikel 32
	Änderung des Bodenschätzungsgesetzes
	Das Bodenschätzungsgesetz vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3150, 3176), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 12 Satz 2 werden nach dem Wort „Einheitswerten“ die Wörter „oder Grundsteuerwerten“ eingefügt und werden die Wörter „§§ 180 bis 183 der Abgabenordnung“ durch die Wörter „§§ 180 bis 183a der Abgabenordnung“ ersetzt.
	2. § 13 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
	„(4) Die Offenlegung der Ergebnisse der Bodenschätzung soll zu den üblichen Dienstzeiten in den Räumen des Finanzamts stattfinden. Sie kann auch durch Veröffentlichung auf der Internetseite des Finanzamts oder der obersten Finanzbehörde des Landes erfolgen. § 122 Absatz 5 Satz 4 der Abgabenordnung gilt dabei entsprechend.“
	Artikel 33
	Weitere Änderung des Bodenschätzungsgesetzes
	In § 12 Satz 2 des Bodenschätzungsgesetzes, das zuletzt durch Artikel 32 dieses Gesetzes geändert worden ist, werden die Wörter „Einheitswerten oder“ gestrichen.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Artikel 34
	Folgeänderungen
	<p>(1) In § 8b Absatz 2 Nummer 12 des Handelsgesetzbuchs in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 154) geändert worden ist, werden nach dem Wort „Genossenschafts-“ ein Komma und das Wort „Gesellschafts-“ eingefügt.</p>
	<p>(2) Das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), das zuletzt durch Artikel 9a des Gesetzes vom 19. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 155) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
	<p>1. In § 14a Satz 1, § 259 Absatz 1 Satz 1, § 378 Absatz 4 Satz 1 und § 387 Absatz 2 Satz 1 werden jeweils die Wörter „und für Verbraucherschutz“ gestrichen.</p>
	<p>2. In § 388 Absatz 1 wird die Angabe „§ 125a“ durch die Angabe „§ 125“ ersetzt.</p>
	<p>(3) Das Bürgerliche Gesetzbuch, das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p>
	<p>1. In § 707d Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „und für Verbraucherschutz“ gestrichen.</p>
	<p>2. In § 715a Satz 1 wird die Angabe „Satz 3“ gestrichen.</p>
	<p>(4) Artikel 38 Nummer 1, Artikel 60 Nummer 14, Artikel 77 Nummer 4 Buchstabe b, Artikel 81 Nummer 1 Buchstabe e und f, Artikel 91 Nummer 3 Buchstabe b und Nummer 6 Buchstabe b und Artikel 92 Nummer 4 des Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) werden aufgehoben.</p>
	<p>(5) In § 7 Absatz 3 des Verwaltungszustellungs-gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	worden ist, werden die Wörter „§ 183 der Abgabenordnung“ durch die Wörter „die §§ 183 und 183a der Abgabenordnung“ ersetzt.
	(6) Artikel 5 Nummer 5 des Grundsteuer-Reformgesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794) wird gestrichen.
	(7) Die Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4180), die zuletzt durch Artikel 7 Absatz 8 des Gesetzes vom 12. Mai 2021 (BGBl. I S. 990) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 8 werden die Wörter „nichtrechtsfähigen Verein“ durch die Wörter „Verein ohne Rechtspersönlichkeit“ ersetzt.
	2. In § 25 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2 werden die Wörter „nichtrechtsfähige Vereine“ durch die Wörter „Vereine ohne Rechtspersönlichkeit“ ersetzt.
	(8) In § 1 Absatz 3 Nummer 1 des Umwandlungssteuergesetzes vom 7. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2782, 2791), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294) geändert worden ist, werden die Wörter „Personenhandelsgesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften“ durch das Wort „Personengesellschaften“ ersetzt.
	(9) In Nummer 8 der Anlage der Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Eisenbahnverkehr vom 2. August 1977 (BGBl. I S. 1465), die zuletzt durch Artikel 5 Nummer 2 des Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931) geändert worden ist, wird das Wort „Personengesellschaften“ durch die Wörter „rechtsfähigen Personengesellschaften“ ersetzt.
	(10) In § 15 Absatz 1 Satz 1 des Verkehrssicherstellungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1968 (BGBl. I S. 1082), das zuletzt durch Artikel 38 des Gesetzes vom 2. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56) geändert worden ist, werden die Wörter „nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen“ durch die Wörter „sonstigen Personenvereinigungen“ ersetzt.
	(11) In § 6 Absatz 2 sowie § 8 Absatz 5 Satz 2 des Entschädigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2004 (BGBl. I S. 1658), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	Mai 2011 (BGBl. I S. 920) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter „Personengesellschaft des Handelsrechts“ durch die Wörter „rechtsfähige Personengesellschaft“ ersetzt.
	(12) In § 3 Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 Satz 2 und Absatz 8 Satz 1 des Ausgleichsleistungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2004 (BGBl. I S. 1665), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist, wird jeweils das Wort „Personengesellschaft“ durch die Wörter „rechtsfähigen Personengesellschaft“ ersetzt.
	(13) Die Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), die zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1166) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 11 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „nicht rechtsfähige Verein“ durch die Wörter „Verein ohne Rechtspersönlichkeit“ ersetzt.
	2. In § 230 Absatz 2 werden die Wörter „nicht rechtsfähigen Verein“ durch die Wörter „Verein ohne Rechtspersönlichkeit“ ersetzt.
	(14) Das Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetz vom 22. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3256), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1166) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 1 Absatz 2 werden die Wörter „Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit“ durch die Wörter „rechtsfähigen Personengesellschaften“ ersetzt.
	2. In § 15 Absatz 2 werden die Wörter „nicht rechtsfähigen Verein“ durch die Wörter „Verein ohne Rechtspersönlichkeit“ ersetzt.
	(15) In § 9a Absatz 4 Satz 1 des Wohnungseigentumsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 34), das durch Artikel 7 des Gesetzes vom 7. November 2022 (BGBl. I S. 1982) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 160 des Handelsgesetzbuchs“ durch die Wörter „§ 728b des Bürgerlichen Gesetzbuchs“ ersetzt.
	(16) Das Umwandlungsgesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3210; 1995 I S. 428), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. I Nr. 51) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	1. In § 305 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „Ersten Unterabschnitts“ durch die Angabe „Zweiten Unterabschnitts“ ersetzt.
	2. In § 311 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§§ 44“ durch die Angabe „§§ 39e“ ersetzt.
	(17) In § 349 Absatz 3 Satz 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 845; 1995 I S. 248), das zuletzt durch Artikel 211 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, werden die Wörter „Personengesellschaft des Handelsrechts“ durch die Wörter „rechtsfähigen Personengesellschaft“ ersetzt.
	(18) In § 43a Absatz 1 Nummer 9 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa der Wirtschaftsprüferordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 19. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 154) geändert worden ist, wird das Wort „Personengesellschaften“ durch die Wörter „rechtsfähige Personengesellschaften“ ersetzt.
	(19) Das Außenwirtschaftsgesetz vom 6. Juni 2013 (BGBl. I S. 1482), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 11 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2752) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
	1. In § 2 Absatz 18 Nummer 2 und Absatz 19 wird jeweils das Wort „Personengesellschaften“ durch die Wörter „rechtsfähige Personengesellschaften“ ersetzt.
	2. § 5a wird wie folgt geändert:
	a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
	aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „gegen natürliche oder juristische Personen oder Personengesellschaften“ durch die Wörter „gegen natürliche oder juristische Personen oder rechtsfähige Personengesellschaften“ und werden die Wörter „dieser natürlichen oder juristischen Personen oder Personengesellschaften“ durch die Wörter „dieser natürlichen oder juristischen Personen oder rechtsfähigen Personengesellschaften“ ersetzt.

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	bb) In den Nummern 1 und 2 wird jeweils das Wort „Personengesellschaften“ durch die Wörter „rechtsfähigen Personengesellschaften“ ersetzt.
	b) In Absatz 2 wird das Wort „Personengesellschaften“ durch die Wörter „rechtsfähigen Personengesellschaften“ ersetzt.
	3. In § 13 Absatz 2a Satz 1 wird das Wort „Personengesellschaften“ durch die Wörter „rechtsfähiger Personengesellschaften“ ersetzt.
	(20) In § 138 Absatz 1 Satz 2 und § 161 Absatz 2 Satz 2 des Kapitalanlagegesetzbuchs vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 22. Februar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 51) geändert worden ist, werden jeweils die Wörter „§ 133 Absatz 2 und 3“ durch die Wörter „§ 132 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 6“ ersetzt.
	(21) In § 20 Absatz 2 in dem Satzteil vor Nummer 1 des Geldwäschegesetzes vom 23. Juni 2017 (BGBl. I S. 1822), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. November 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 311) geändert worden ist, wird nach dem Wort „Genossenschaftsregister,“ das Wort „Gesellschaftsregister,“ eingefügt.
	Artikel 35
	Neubekanntmachung der Abgabenordnung
	Das Bundesministerium der Finanzen kann den Wortlaut der Abgabenordnung in der vom 1. Januar 2024 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.
<i>Artikel 20</i>	Artikel 36
Inkrafttreten	Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.	(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 5 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
	(2) Artikel 19 tritt mit Wirkung vom 21. Dezember 2022 in Kraft.
	(3) Die Artikel 20, 21, 22, 23, 25, 27, 28, 29, 31, 32, 34 Absatz 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14,

Entwurf	Beschlüsse des 7. Ausschusses
	15, 16, 17, 18, 19, 20, 21 und Artikel 35 treten am 1. Januar 2024 in Kraft.
	(4) Die Artikel 24, 26 und 33 treten am 1. Januar 2025 in Kraft.
	(5) Artikel 30 tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.

Anlage	Anlage
Anhang zu Artikel 19 Nummer 3	Anhang zu Artikel 18 Nummer 3

Anlage 13

Allgemeine Informationen und Informationen über die Vergütung aller Mitarbeiter												
R 01.00	ID (Z)	ID (S)	010	020	030	040	050	060	070	071	080	080
			Vertrags- oder Ausschüssen	Gesetzgebung	Investmentbanking	Privatundgesellschaft	Vermögensverwaltung	Unternehmensfunktionen	Unabhängige Kontrollfunktionen	Alle Mitarbeiter von Tochterunternehmen, die spezifischen Vergütungsanforderungen unterliegen ¹⁾	Alle sonstigen Mitarbeiter	Gesamt
005	Nimmt das Institut die Ausnahme nach Artikel 64 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2013/36/EU auf institutioneller Ebene in Anspruch?											
010	Anzahl der Mitglieder (nach Kopien)											
020	Gesamtanzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitäquivalent)											
030	Jahresüberschuss nach Steuern im Jahr (1) (vollständiger Betrag in EUR)?											
001	Gesamtertrag der Dividenden (oder ähnlicher Ausschüttungen), die für das Jahr (1) bezahlt wurden (vollständiger Betrag in EUR)											
040	Gesamtvergütung (in EUR)											
050	hier von: variable Vergütung (in EUR)											
060	hier von: fixe Vergütung (in EUR)											

¹⁾ Mitarbeiter in Unternehmen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinie (EU) 2010/2014, der Richtlinie 65/611/EWG oder der Richtlinie 2011/61/EU fallen, die spezifischen Vergütungsanforderungen gemäß Rechtsakten der Union unterliegen.
²⁾ Die Anzahl der Mitarbeiter sollte als Vollzeitäquivalente (VZA) angegeben werden und auf der Anzahl der Mitarbeiter zum Jahresende in Einklang mit ihrer jeweiligen Arbeitszeiteinzelungen beruhen.
³⁾ Die Jahresüberschüsse nach Steuern sollten auf dem Rechnungslegungsstandard basieren, der für das absichtliche Meldeverfahren verwendet wird. Bei Gruppen handelt es sich um den im konsolidierten Abschluss ausgewiesenen Jahresüberschuss (oder -fehlbetrag).

Anlage 14

R 02.00		Zusätzliche Informationen zur Vergütung von Risikoträgern			
ID (Z)	ID (S)	0010	0020	0090	0100
		Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan	Geschäftsleitung	Mitglieder der unmittelbar der Geschäftsleitung nachgeordneten Führungsebene	Sonstige Risikoträger
0240		Anzahl der Begünstigten von Beiträgen zu freiwilligen Altersversorgungsleistungen ¹ im Jahr N (Spalte 0010 und 0020; nach Kopfen, Spalte 0030 und 0040; Volzelsäquivalent)			
0250		Gesamtbetrag der Beiträge zu freiwilligen Altersversorgungsleistungen im Jahr N (in EUR) (in anderen Formen der variablen Vergütung enthalten)			
0260		Gesamtbetrag der variablen Vergütung für Mehrjahreszeiträume im Rahmen von Programmen, die nicht jährlich revidieren (in EUR)			
0270		Für Institute, die nicht die Ausnahme nach Artikel 94 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2013/36/EU ² auf institutioneller Ebene in Anspruch nehmen: Gesamtbetrag der variablen Vergütung der Risikoträger, die auf der Grundlage einer niedrigen variablen Vergütung mindestens eine der Ausnahmen nach Artikel 94 Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 2013/36/EU ² in Anspruch nehmen (in EUR)			
0280		Für Institute, die nicht die Ausnahme nach Artikel 94 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2013/36/EU ² auf institutioneller Ebene in Anspruch nehmen: Gesamtbetrag der (frei) Vergütung der Risikoträger, die auf der Grundlage einer niedrigen variablen Vergütung mindestens eine der Ausnahmen nach Artikel 94 Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 2013/36/EU ² in Anspruch nehmen (in EUR)			

¹ Dies entspricht „zusätzlichen Leistungen zur Altersversorgung“ im Sinne des § 2 Absatz 4 der Institutungsvergütungsverordnung.

² In Deutschland umgesetzt in § 1 Absatz 2 Institutungsvergütungsverordnung.

³ In Deutschland umgesetzt in § 10 Absatz 1 Satz 3 Institutungsvergütungsverordnung.

Anlage 15

R 03.00		Informationen über Risikoträger mit Vergütungen von 1 Mio. EUR oder mehr pro Jahr	
ID (Z)	ID (S)	0010	0020
999		<p>Gesamivergütung: Vergütungsstufen (in EUR)</p> <p>Vergütungsstufe 1 - 1.000.000 bis unter 1.500.000</p> <p>Vergütungsstufe 2 - 1.500.000 bis unter 2.000.000</p> <p>Liegen höhere Vergütungsstufen vor, ist diese Aufstellung um entsprechende Vergütungsstufen zu ergänzen.</p>	<p>Anzahl der Risikoträger, deren Vergütung sich auf 1 Mio. EUR oder mehr für das Bezugsjahr belief (nach Kopfen)</p>

Anlage 16

R 05.00		Ausnahmen von der Anwendung der Anforderungen zur Auszahlung von Teilen der variablen Vergütung im Rahmen von Zurückbehaltungsregelungen und in Instrumenten nach der Richtlinie 2013/36/EU (CRD)	
ID (Z)	ID (S)	0010	0020
		Ausnahmen auf unternehmensweiter Basis nach Artikel 94, Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2013/36/EU	
		Ausnahmen für Risikoträger nach Artikel 94, Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 2013/36/EU	
0010		Wendet das Institut Ausnahmen auf unternehmensweiter Basis nach Artikel 94, Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2013/36/EU von der Anforderung zur Auszahlung von Teilen der variablen Vergütung im Rahmen von Zurückbehaltungsregelungen und in Instrumenten für alle Risikoträger an? (Ja/Nein) Wird diese Frage mit „Ja“ beantwortet, müssen die nachfolgenden Angaben nicht gemacht werden.	
0020		Wendet das Institut die Ausnahmen hinsichtlich der Anforderungen nach Artikel 94, Absatz 1 Buchstabe l der Richtlinie 2013/36/EU (Anteilige Gewährung in Instrumenten) an? (Ja/Nein)	
0030		Wenn das Institut die vorstehend genannte Ausnahme anwendet, aber einen niedrigeren Schwellenwert als im nationalen Recht vorgesehen zugrunde legt, ist der angewandte Schwellenwert in EUR anzugeben.	
0040		Anzahl der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (nach Köpfen)	
0060		Prozentsatz der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (in Prozent)	
0070		Gesamtvergütung der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (in EUR)	
0080		hiervon: variable Vergütung (in EUR)	
0090		hiervon: fixe Vergütung (in EUR)	
0100		Wendet das Institut die Ausnahmen hinsichtlich der Anforderungen nach Artikel 94, Absatz 1 Buchstabe m der Richtlinie 2013/36/EU (Auszahlung im Rahmen von Zurückbehaltungsregelungen) an? (Ja/Nein)	
0110		Wenn das Institut die vorstehend genannte Ausnahme anwendet, aber einen niedrigeren Schwellenwert als im nationalen Recht vorgesehen zugrunde legt, ist der angewandte Schwellenwert in EUR anzugeben.	
0120		Anzahl der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (nach Köpfen)	
0130		Prozentsatz der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (in Prozent)	
0140		Gesamtvergütung der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (in EUR)	
0150		hiervon: variable Vergütung (in EUR)	
0160		hiervon: fixe Vergütung (in EUR)	
0170		Wendet das Institut die Ausnahmen hinsichtlich der Anforderungen nach Artikel 94, Absatz 1 Buchstabe o Unterabsatz 2 der Richtlinie 2013/36/EU (Gewährung von freiwilligen Altersversorgungsleistungen in Instrumenten) an? (Ja/Nein)	
0180		Anzahl der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (nach Köpfen)	
0190		Gesamtvergütung der Risikoträger, die die vorstehend genannten Ausnahmen in Anspruch nehmen (in EUR)	
0200		hiervon: variable Vergütung (in EUR)	
0210		hiervon: fixe Vergütung (in EUR)	

Anlage 17

R 09.00		Für das Geschäftsjahr gewährte Vergütung			
ID (Z)	ID (S)	0010	0020	0030	0040
		Verwaltungs- oder Aufsichtsgorgan	Geschäftsleitung	Mitarbeiter der unmittelbar der Geschäftsleitung nachgeordneten Führungsebene	Sonstige Risikoträger
0005					
0010					
0020					
0030					
0040					
0050					
0060					
0070					
0075					
0080					
0090					
0100					
0110					
0120					
0130					
0140					
0150					
0160					
0170					
0180					
0190					
0200					

Anlage 21

R 12.00.b		Angaben zur Vergütung der Risikoträger (I)						
ID (Z)	ID (S)	0040	0050	0060	0070	0080	0090	0100
		Investment Banking	Privatkundengeschäft	Vermögensverwaltung	Unternehmerfunktionen	Unabhängige Kontrollfunktionen	Alle sonstigen	Gesamt
		Geschäftsbereiche						
0010								
0030								
0040								
		Gesamtanzahl Risikoträger (Summe der Mitglieder in Leitungsorganen nach Kriterien + Summe der anderen Risikoträger in Vollzeitäquivalent) hiervon: Mitarbeiter der unmittelbaren Geschäftsführung nachgegebenden Führungsebene (in Vollzeitäquivalent) hiervon: sonstige Risikoträger (in Vollzeitäquivalent)						

Anlage 22

R 04.00.a		Information über die Vergütung der Einkommensmilliönäre (I)									
ID	ID (B)	0010	0020	0030	0040	0050	0060	0070	0080	0090	
		Vergütungsstufe	Geschäftsführung	Investment Banking	Privatkundengeschäft	Vermögensverwaltung	Unternehmensfunktionen	Unabhängiges Kontrollfunktionen	Sonstige	Alle Einkommensmilliönäre in Wertpapierinstanzen, die den Kriterien 25 und 34 der Richtlinie 2013/36/EU unterliegen	
		Versuchungs- oder Aufsichtsbüro			Wichtigkeit des Funktionärs Wirtschaftsprüfung, auf den sich die Daten beziehen						
0020		Anzahl Einkommensmilliönäre in Kontrollfunktionen (nach Köpfen)									
0030		Anzahl variabler Einkommensmilliönäre (nach Köpfen)									
0040		Gesamte Anzahl an Einkommensmilliönären (nach Köpfen)									
0041		hier von: Anzahl der männlichen Einkommensmilliönäre (nach Köpfen)									
0042		hier von: Anzahl der weiblichen Einkommensmilliönäre (nach Köpfen)									
0043		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0050		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0060		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0070		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0080		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0090		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0100		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0110		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0120		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0130		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0140		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0150		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0160		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0170		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0180		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0190		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0200		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0210		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0220		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0230		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0240		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0250		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0260		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									
0270		hier von: Anzahl der Einkommensmilliönäre mit einem anderen Geschlecht als männlich oder weiblich (nach Köpfen)									

¹ In Deutschland umgesetzt in § 1 Absatz 3 Institutverhaltensverordnung.

Anlage 23

R 04.00.b		Information über die Vergütung der Einkommensmillionäre (II)									
ID (Z)	ID (S)	0010	0020	0030	0040	0050	0060	0070	0080	0090	
		Vergütungsstufe			Mitgliedstaat des Europäischen Wirtschaftsraums, auf den sich die Daten beziehen						
		Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan	Geschäftsteilung	Investment Banking	Privatkundengeschäft	Vermögensverwaltung	Unternehmensfunktionen	Unabhängige Kontrollfunktionen	Sonstige	Alle Einkommensmillionäre in Wertpapieren, die den Aktien des Emittenten unterliegen (Richtlinie (EU) 2019/2034 unterliegen)	
0010		Anzahl Einkommensmillionäre, die Mitglieder der Geschäftsteilung oder Mitarbeiter der unmittelbaren Geschäftsteilung nachgelagerten Führungsebene sind (nach Köpfen)									

Anlage 25

R 07.00		Gebilligte höhere Höchstwerte für das Verhältnis zwischen variabler und fester Vergütung – Institute	
ID (Z)	ID (S)	0010	
		Werte	
0010		Gesamtanzahl der Mitarbeiter, der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungs- oder Aufsichtsgans (Einde des Geschäftsjahres) (nach Köpfen)	
0020		Gesamtanzahl der Risikoträger (Ergebnis des jährlichen Verfahrens zur Ermittlung der betreffenden Mitarbeiter, der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungs- oder Aufsichtsgans) (nach Köpfen)	
0030		Bilanzsumme (Einde des Geschäftsjahres) (in EUR)	
0040		Gebilligter höherer Höchstwert für das Verhältnis (d. h. ein Verhältnis zwischen der variablen und der festen Vergütung von über 100 %) (in Prozent)	
0050		Datum der letzten Billigung eines höheren Höchstwertes für das Verhältnis durch die Hauptversammlung (TTMMJJJJ)	
0060		Gesamtanzahl der Risikoträger, denen möglicherweise ein gebilligter Höchstwert für das Verhältnis von über 100 % zugutekommt (nach Köpfen)	
0070		Gesamtanzahl der Risikoträger, denen tatsächlich eine Vergütung gewährt wurde, die zu einem Verhältnis zwischen der variablen und der festen Vergütung von über 100 % für das Geschäftsjahr führt (nach Köpfen)	

Anlage 26

R 06.00.a		Informationen zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle (I)	
ID (Z)	ID (S)		
	0010	Anzahl (nach Köpfen)	
0010		Gesamtanzahl der Mitarbeiter und Mitglieder der Geschäftsleitung	
0020		Gesamtanzahl der Risikoträger	

Anlage 27

R 06.00.b		Informationen zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle (II)									
ID (Z)	ID (S)	0020	0030	0040	0050	0060	0070	0080	0090		
		Geschlechterverhältnis der Mitarbeiter nach Quartil der Vergütungshöhe				Geschlechtsspezifisches Lohngefälle auf der Grundlage der Bruttogesamvergütung					
		Anteil männlicher Mitarbeiter ¹ in Prozent aller Mitarbeiter	Anteil weiblicher Mitarbeiter ¹ in Prozent aller Mitarbeiter	Anteil männlicher Risikoträger in Prozent aller Risikoträger	Anteil weiblicher Risikoträger in Prozent aller Risikoträger	Geschlechtsspezifisches Lohngefälle für alle Mitarbeiter ¹ auf der Grundlage des Medians	Geschlechtsspezifisches Lohngefälle für alle Mitarbeiter ¹ auf der Grundlage des Mittelwerts	Geschlechtsspezifisches Lohngefälle für Risikoträger ¹ auf der Grundlage des Medians	Geschlechtsspezifisches Lohngefälle für Risikoträger ¹ auf der Grundlage des Mittelwerts		
0010											
0020											
0030											
0040											
0050											

¹ Dem Mitarbeiterbegriff dieses Formulars liegt der Mitarbeiterbegriff des § 2 Absatz 7 der Institutverordnungsverordnung zugrunde, das heißt, er umfasst auch die Mitglieder der Geschäftsleitung.

Bericht der Abgeordneten Lennard Oehl und Antje Tillmann

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf **Drucksachen 20/9093, 20/9647** in seiner 134. Sitzung am 9. November 2023 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Rechtsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In der Begründung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 20/9093 wird zum wesentlichen Inhalt des Entwurfs das Nachstehende ausgeführt:

Die Kreditweitmarktrichtlinie lässt bestehende Beschränkungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Übertragung von Ansprüchen eines Kreditgebers aus einem notleidenden Kreditvertrag oder des notleidenden Kreditvertrags selbst unberührt. Die Umsetzung durch dieses Gesetz erfolgt daher in Abgrenzung zu den Anforderungen an das Kreditgeschäft nach § 1 Absatz 1 Nummer 2 KWG nur für solche Kredite, die mehr als 90 Tage überfällig sind und zivilrechtlich vom Kreditinstitut gekündigt wurden.

Für bereits bei Inkrafttreten des Gesetzes tätige Unternehmen ist eine Übergangsregelung von sechs Monaten vorgesehen, in der die Kreditdienstleister ihre Tätigkeit nach derzeitigem Recht weiter ausüben können.

Ein wichtiges Ziel des europäischen Gesetzgebers war die Schaffung eines einheitlichen Rahmens für Kreditkäufer und Kreditdienstleister. Die Kreditweitmarktrichtlinie sieht zu diesem Zweck eine qualitativ orientierte Aufsicht ohne quantitative Anforderungen über Kreditdienstleistungsinstitute vor. Hierzu dient insbesondere die Vereinheitlichung der Kriterien für die Zulassung von Kreditdienstleistungsinstituten. Unter anderem wurden Anforderungen an die fachliche Eignung und persönliche Zuverlässigkeit von Leitungs- und Verwaltungsorganen formuliert. Zudem haben Kreditdienstleistungsinstitute über solide Regelungen für die Unternehmensführung und angemessene Verfahren der internen Kontrolle zu verfügen, mit denen die Einhaltung der Vorschriften nach dem KrZwMG sichergestellt wird. Zu diesen Verfahren gehören insbesondere das Risikomanagement- und die Rechnungslegungsverfahren sowie solche Grundsätze, die dem Schutz und der fairen und umsichtigen Behandlung der Kreditnehmer dienen. Darüber hinaus müssen Kreditdienstleister über spezifische interne Verfahren verfügen, mit denen die Erfassung und Bearbeitung etwaiger Beschwerden von Kreditnehmern sichergestellt wird. Da die Kreditkäufer keine neuen Kredite vergeben, sondern lediglich bestehende notleidende Kreditverträge auf eigenes Risiko kaufen, sieht die Kreditweitmarktrichtlinie für diese Personen und Unternehmen auch keine Erlaubnispflicht vor. Kreditkäufer innerhalb der EU sind jedoch verpflichtet, einen Kreditdienstleister oder ein Unternehmen, das nach der Richtlinie 2008/48/EG oder der Richtlinie 2014/17/EU beaufsichtigt wird, zu bestellen, wenn sie Kreditverträge erwerben, die mit Verbrauchern geschlossen wurden. Kreditkäufer aus Drittstaaten sind dazu verpflichtet, einen Vertreter innerhalb der EU zu bestellen, um die Durchsetzung der Rechte der Kunden sowie der Aufsichtsbehörden zu gewährleisten und einen Reputationsschaden für den Veräußerer zu vermeiden. Sie sind außerdem verpflichtet, beim Erwerb von Krediten von natürlichen Personen oder KMU einen Kreditdienstleister zu beauftragen. Die Bestellung oder der Wechsel des Kreditdienstleisters ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Die Beziehung zwischen Kreditkäufer und Kreditdienstleister ist in einer schriftlichen Kreditdienstleistungsvereinbarung eindeutig festzulegen, damit die zuständigen Behörden die genaue Art der Beziehung zwischen beiden überprüfen können. Eine wichtige Vorbedingung für die Übernahme der Funktionen von Kreditkäufern und Kreditdienstleistern ist die Möglichkeit, Zugang zu allen relevanten Informationen zu erhalten. Das KrZwMG schafft die Voraussetzungen für einen Informationsaustausch unter Einhaltung der Datenschutzvorschriften. Zudem muss

die Aufsichtsbehörde halbjährlich über den aggregierten offenen Betrag der übertragenen Kreditportfolios, die Anzahl und den Umfang der zugehörigen Kredite informiert werden sowie darüber, ob die Übertragung Kreditverträge umfasst, die mit Verbrauchern geschlossen wurden.

Kreditdienstleistern ist es auch gestattet, Tätigkeiten auf andere Unternehmen auszulagern. Die vertragliche Beziehung zwischen dem Kreditdienstleister und dem Kreditkäufer sowie die Pflichten des Kreditdienstleisters gegenüber dem Kreditkäufer werden durch die Auslagerung von Kreditdienstleistungen nicht berührt.

Die Kreditzweitmarkttrichtlinie ermöglicht es den Mitgliedstaaten, zuzulassen, dass Kreditdienstleistungsinstitute Mittel von Kreditnehmern entgegennehmen und halten. Von dieser Möglichkeit wird im KrZwMG Gebrauch gemacht. Hieran ist jedoch die Anforderung gekoppelt, zusätzliche Anforderungen in Bezug auf die Trennung von Konten und Mitteln einzuhalten, damit im Falle einer Insolvenz des Kreditdienstleistungsinstituts die vereinbarten Vermögenswerte geschützt sind.

Ein wichtiges Anliegen des europäischen Gesetzgebers war es, durch die Nutzung des Europäischen Passes für Kreditdienstleistungsinstitute die Compliance-Kosten der Unternehmen zu reduzieren. In der Vergangenheit waren aufgrund dieser Kosten Kreditkäufer und -dienstleister nur in einer begrenzten Zahl von Mitgliedstaaten tätig, sodass der Wettbewerb im Binnenmarkt wegen der nach wie vor geringen Zahl interessierter Kreditkäufer nur schwach entwickelt ist. Zur Sicherstellung einer wirksamen und effizienten Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger Kreditdienstleister wird ein besonderer Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden des Herkunfts- und des Aufnahmemitgliedstaats und, falls zutreffend, den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem der Kredit gewährt wurde, geschaffen. Dies gilt insbesondere auch für den Austausch von Informationen über die Übertragung von Kreditportfolios.

In der Bundesrepublik Deutschland zählt es traditionell zum Verbraucherschützenden Kernbestand, dass der Kreditnehmer fair behandelt und seine Privatsphäre geachtet wird. Aufgrund der Kreditzweitmarkttrichtlinie müssen dem Kreditnehmer vor der Schuldenbeitreibung und auf Verlangen unter anderem Informationen über die erfolgte Übertragung sowie Angaben zum Kreditkäufer und Kreditdienstleister, sofern ein solcher bestellt wurde, sowie deren Kontaktdaten und Informationen über die vom Kreditnehmer geschuldeten Beträge übermittelt werden.

Um die Einhaltung der Vorschriften für den Schuldnerschutz und den Schutz personenbezogener Daten sicherzustellen, müssen darüber hinaus angemessene Regelungen für die Unternehmensführung und Verfahren der internen Kontrolle sowie angemessene Verfahren für die Registrierung und Bearbeitung von Beschwerden vorhanden sein. Die Funktionsfähigkeit der Sekundärmärkte für Kredite ist eng verknüpft mit der Reputation der beteiligten Unternehmen, daher kommt einem effizienten Mechanismus zur Bearbeitung der Beschwerden von Kreditnehmern besondere Bedeutung zu.

Die Kreditzweitmarkttrichtlinie ändert auch die Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG und die Wohnimmobilienkreditrichtlinie 2014/17/EU. Die Änderungen verlangen, dass die Kreditdienstleister ihr Geschäft so organisieren, dass sie sich bemühen, sofern angebracht, angemessene Nachsicht vor der Ergreifung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen zu üben. So soll bei der Entscheidung, welche Nachsichtsmaßnahmen ergriffen werden sollen, die individuellen Umstände des Verbrauchers, die Interessen und Rechte des Verbrauchers sowie seine Fähigkeit zur Rückzahlung des Kredits berücksichtigt werden. Dies schließt insbesondere die Frage ein, ob der Kreditvertrag durch eine Wohnimmobilie besichert ist, bei der es sich um den Hauptwohnsitz des Verbrauchers handelt.

Die Nachsichtsmaßnahmen sollten bestimmte Zugeständnisse an den Verbraucher umfassen können, etwa eine vollständige oder anteilige Refinanzierung eines Kreditvertrags und eine Änderung der geltenden Bedingungen, beispielsweise eine Verlängerung der Laufzeit, einen Wechsel der Art des Kreditvertrags, einen Zahlungsaufschub für die gesamte oder einen Teil der Ratenzahlung während eines bestimmten Zeitraums, eine Änderung des Zinssatzes, ein Angebot einer Zahlungsunterbrechung, Teilrückzahlungen, Währungsumrechnungen, einen Teilschuldenerlass und eine Umschuldung. Kreditdienstleister sollen Kreditnehmer zur Erleichterung der Schuldenerückzahlung Informationen über Schuldberatungsdienste zur Verfügung stellen.

Zudem werden mit dem vorliegenden Gesetzentwurf Inkonsistenzen und redaktionelle Fehler in Finanzaufsichtsgesetzen beseitigt und weitere Folgeänderungen vorgenommen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 80. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Annahme in geänderter Fassung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 65. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Annahme in geänderter Fassung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Gesetzentwurf in seiner 59. Sitzung am 13. Dezember 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Annahme in geänderter Fassung.

Der **Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung** hat sich in seiner 51. Sitzung am 8. November 2023 mit dem Gesetzentwurf befasst. Eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfs sei gegeben. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat beim federführenden Bundesministerium der Finanzen nachgefragt, warum der Bezug zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie nicht hergestellt worden sei und welche konkreten Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich zu erwarten seien.

Daraufhin hat das Bundesministerium der Finanzen mit Schreiben vom 27. November 2023 (verteilt als Ausschussdrucksache 20(7)475) die folgende Antwort erteilt:

„1.

SDG 8 – Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

SDG 9 – Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer (im Folgenden „Richtlinie“) und der Entwurf des Kreditzweitmarktgesetzes (im Folgenden „Gesetzentwurf“) verfolgen das Ziel, Bestände von notleidenden Krediten in der EU weiter zu verringern und ihren möglichen künftigen Anstieg zu verhindern, indem ein leistungsfähiger und reibungslos funktionierender Zweitmarkt für notleidende Bankkredite in der EU geschaffen und gefördert wird.

Hohe Bestände notleidender Kredite in den Bilanzen verursachen eine Belastung des Eigenkapitals von Banken und stellen ein Hindernis für die Vergabe neuer Kredite dar. Betroffen sind dabei sowohl Darlehen an Unternehmen jeder Größenordnung als auch an Privatpersonen. Damit fehlen den Unternehmen die notwendigen Mittel für Wachstum und Investitionen, und erforderlichenfalls zur temporären Überbrückung von Krisen. Die Fremdfinanzierung durch Bankdarlehen in Form von Kreditlinien oder längerfristiger syndizierter Kredite stellt für Unternehmen in Europa die wesentliche Quelle der Finanzierung, unter anderem für Investitionen in nachhaltige Produktion und innovative Entwicklungen, dar. Gleichzeitig wird durch die Verminderung des Kreditangebots für Privatpersonen deren Möglichkeit gemindert, Wirtschaftsgüter nachzufragen, und die geringere Nachfrage beeinträchtigt die Ergebnisse und Aussichten der Realwirtschaft beispielsweise bei der Produktion von Konsumgütern und der Neuherstellung und Sanierung von Wohnraum.

Ein effizienter, transparenter und umfassender Sekundärmarkt, auf dem institutionelle Investoren von außerhalb des Kreditbankensektors notleidende Kredite von den Banken erwerben können, kann die Bankbilanzen frühzeitig entlasten und auf Darlehensgeberseite für eine stärkere Risikosteuerung sorgen. Richtlinie und Gesetzentwurf gehen davon aus, dass Voraussetzung für die Möglichkeit, dass institutionelle Investoren, die nicht selbst die regulatorische Zulassung oder die Kompetenz haben, selbst Kredite zu vergeben oder zu verwalten, diese im Sekundärmarkt erwerben können, ist, dass sie ein ausreichendes Angebot von Dienstleistungsunternehmen vorfinden, die das Einziehen und die Verwaltung von Krediten übernehmen können. Essentiell für den rechtlichen Rahmen ist dabei die Gewährleistung eines hohen Niveaus des Verbraucher- und Kreditnehmerschutzes.

Die oben dargestellten Zusammenhänge werden belegt durch die Beobachtungen im Anschluss an die globale Finanzkrise, wo aufgrund des dadurch verursachten Rückgangs der Wirtschaftsleistung erhebliche Bestände an notleidenden Krediten entstanden und diese ein zentrales Hindernis für eine schnelle Erholung von Finanz- und Realwirtschaft darstellten. Dies schränkte, neben dem damit zusammenhängenden fehlenden Vertrauen privater Geldgeber in eine schnelle Rückkehr der Banken zur Profitabilität die volkswirtschaftliche Funktion der Banken und ihre Fähigkeit zur Vergabe neuer Kredite wesentlich ein.

Die Fähigkeit des Bankensektors zur Kreditvergabe und – falls erforderlich – zu einer Neuausrichtung der Kreditvergabe-Kriterien ist damit eine fundamentale Voraussetzung, damit dieser der ihm innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie zugeordneten Ziel der Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung und Transformation der Realwirtschaft nachkommen kann. Hierunter versteht die Strategie, dass Finanzmarktakteure Risiken und Chancen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten – darunter Umwelt- und Klimawandelrisiken, aber auch soziale Belange – besser identifizieren, berücksichtigen und organisieren, öffentliche Kapitalflüsse in Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen gebracht und die Stabilität des Finanzmarktes gegenüber langfristigen Veränderungsprozessen und den Risiken beispielsweise des Klimawandels gestärkt werden. Das gilt in gleicher Weise auch für den Beitrag, den Banken bei der Finanzierung einer widerstandsfähigen Infrastruktur und von Innovationen in der Realwirtschaft leisten.

Es ist damit ein unmittelbarer Zusammenhang gegeben mit den Unterzielen Wirtschaftswachstum (8.1), wirtschaftliche Produktivität (8.2), Unternehmertum (8.3) und Zugang zu Finanzdienstleistungen (8.10 bzw. für kleine Industrie- und andere Unternehmen 9.3) und mindestens ein indirekter mit den Zielen Ressourceneffizienz (8.4), sowie Vollbeschäftigung (8.5) und breitenwirksame Industrialisierung.

2.

Indikatorenbereich 8.2 – Staatsverschuldung

Die staatlichen Stützungsmaßnahmen für den Bankensektor in der Folge der globalen Finanzkrise führten in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten zu einem erheblichen Anstieg der Staatsverschuldung, der unmittelbar in die Staatsschuldenkrise mündete. Trotz umfassender Maßnahmen, die darauf abzielen, die Gefahr, dass eine staatliche Stützung im Fall einer Bankenkrise nötig werden könnte, zu minimieren, kann diese nicht vollständig ausgeschlossen werden. Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz des Bankensektors reduzieren damit zumindest indirekt auch die Gefahr einer Belastung der Staatsfinanzen und eines Anstiegs des staatlichen Defizits durch direkte oder indirekte staatliche Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor. Die Möglichkeit, dem Entstehen hoher Bestände notleidender Kredite innerhalb des Bankensektors vorzubeugen oder diese schnell abzubauen sowie Risiken innerhalb des Finanzsektors zu streuen und zu diversifizieren, beugt der Gefahr vor, dass Schocks innerhalb des Finanzsektors staatliche Stützungsmaßnahmen notwendig machen. Ein leistungsfähiger Zweitmarkt für notleidende Kredite wirkt sich daher auch positiv auf das Ziel der Vermeidung übermäßiger staatlicher Defizite aus.“

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf auf Drucksachen 20/9093, 20/9647 in seiner 67. Sitzung am 8. November 2023 erstmalig beraten und die Beratung in seiner 74. Sitzung am 13. Dezember 2023 abgeschlossen.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Annahme des Gesetzentwurfs auf Drucksachen 20/9093, 20/9647 in geänderter Fassung.

Der Finanzausschuss stellte mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD fest, dass die von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungsanträge 5 bis 9 im Sachzusammenhang mit dem Gesetzentwurf stehen.

Die **Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP** begrüßten den Gesetzentwurf, mit dem die Richtlinie (EU) 2021/2167 über Kreditdienstleister und Kreditkäufer umgesetzt werde. Die EU-Richtlinie schaffe einen gemeinsamen Rechtsrahmen in der EU für den Sekundärmarkt notleidender Kredite. Sie enthalte aufsichtsrechtliche Regelungen wie den Europäischen Pass, mit dem Kreditdienstleister europaweit tätig werden könnten.

Der Sekundärmarkt für notleidende Kredite sei auf EU-Ebene aufgrund von stark abweichender Regulatorik stark fragmentiert. Mit einer Harmonisierung der Regulatorik und einer Steigerung der Transparenz mache man den Sekundärmarkt attraktiver. Vor dem Hintergrund, dass es in manchen EU-Staaten kaum aufsichtsrechtliche Vorschriften gebe, sei dies ein Schritt hin zu einer strengeren Regulierung, sowohl gesamteuropäisch als auch für Deutschland.

Mit den Änderungsanträgen Nr. 1 bis 4 der Koalitionsfraktionen habe man den Gesetzentwurf weiter verbessern können. Den Koalitionsfraktionen sei in den parlamentarischen Beratungen wichtig gewesen, die Balance zwischen dem notwendigen Informationsbedarf der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für ihre Aufsichtstätigkeit und dem bürokratischen Aufwand insbesondere bei kleineren Kreditdienstleistern zu wahren. Beispielsweise habe man mehr Rechtssicherheit für die Pfandbriefbanken geschaffen. Der gängigen Praxis, das abstrakte Schuldversprechen neben der Grundschuld als Deckungswert einzubeziehen, werde nun auch im Gesetztext Rechnung getragen. Staatlich besicherte Exportkredite könnten nun auch ohne Einschränkung als Deckungswerte aufgenommen werden. Je nach Konstruktion der Rückbürgschaft sei das zuvor nur eingeschränkt möglich gewesen. Zudem würden kleine Angleichungen bei den DZ-Bank-Briefen vorgenommen. Zuvor sei es beispielsweise nicht möglich gewesen, dass Guthaben bei der Europäischen Zentralbank bzw. den nationalen EU-Zentralbanken als Deckungsmasse dienen durften. Bei der Frage der Aufsichtstiefe habe man sich mit der Streichung der unterjährigen Meldepflicht für eine bürokratiearme Lösung für die Kreditdienstleister entschieden. Darüber hinaus habe man sich darauf geeinigt, den Inkassounternehmen bei der Antragsstellung etwas mehr Zeit zu gewähren.

Die Koalitionsfraktionen wiesen darauf hin, dass zur Vermeidung bürokratischer Belastungen der betroffenen Unternehmen auf die im Regierungsentwurf vorgesehene Verpflichtung zur Vorlage unterjähriger Meldungen zur Geschäftsentwicklung (Art. 1 § 35 des Regierungsentwurfs) verzichtet werden solle, da im Hinblick darauf, dass durch das Kreditzweitmarktgesetz ein vollständig neues Aufsichtsregime für Kreditdienstleistungsinstitute geschaffen werde, nicht klar ersichtlich sei, ob diese Meldungen – zusätzlich zur Vorlage der Jahresabschlüsse nach § 32 und der Auskunftsbefugnis der BaFin nach § 31 des Regierungsentwurfs – zu einer wirksamen Aufsicht erforderlich seien. Die Koalitionsfraktionen bitten die Bundesregierung, auf Grundlage der künftigen Erfahrungen mit der Aufsicht über Kreditdienstleistungsinstitute durch die BaFin zu evaluieren, ob die Häufigkeit der Meldungen den Interessen an einer bürokratiearmen, aber wirksamen Beaufsichtigung gerecht werde.

Die Koalitionsfraktionen betonten, dass die Pflicht zur wertdeckenden Versicherung ein zentrales Instrument des Pfandbriefrechts sei, um die Werthaltigkeit der Deckungsmasse sicherzustellen. Daher seien grundsätzlich auch in den Versicherungen vereinbarte Selbstbehalte zu berücksichtigen. Gleichzeitig könne die Erfassung der Selbstbehalte für die Pfandbriefbanken insbesondere im Massengeschäft einen erheblichen operativen Aufwand verursachen. Die Koalitionsfraktionen bitten daher die Bundesregierung, für ein späteres Gesetzgebungsverfahren auf empirischer Grundlage zu prüfen, ob durch Pauschalabzüge oder andere Maßnahmen der operative Aufwand der Pfandbriefbanken angemessen begrenzt werden könne, ohne hierdurch das vorrangige Interesse an einer hinreichenden Gewährleistung der Werthaltigkeit der Deckungsmassen aufzugeben. Die empirische Grundlage sollte auch die von den Pfandbriefbanken vorgetragene Uneinheitlichkeit diesbezüglicher Versicherungsbedingungen berücksichtigen.

Die Koalitionsfraktionen betonten, dass die Änderungsanträge Nr. 5 bis 9 Regelungen aus dem bereits verabschiedeten Wachstumschancengesetz beinhalteten. Da der Bundesrat beim Wachstumschancengesetz zwischenzeitlich den Vermittlungsausschuss angerufen habe und eine Einigung in der vorbereitenden Arbeitsgruppe nicht möglich gewesen sei, müssten zeitkritische Regelungen aus dem Wachstumschancengesetz an diesen Gesetzentwurf angehängt werden, damit sie noch rechtzeitig in Kraft treten könnten. Mit den Änderungsanträgen wolle man verhindern, dass Rechtsunsicherheiten entstünden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begrüßte die Maßnahmen zur Stärkung des Sekundärmarktes für notleidende Kredite. Mit dem Gesetzentwurf werde die EU-Kreditzweitmarkttrichtlinie auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Finanzkrise 2008/2009 umgesetzt. Auch in Zukunft werde es notwendig sein, notleidende Kredite weiterveräußern zu können, um die Kreditinstitute von Risiken zu entlasten und ihnen neue Möglichkeiten zu eröffnen, Kredite zu vergeben. Daher sei es sinnvoll, einen einheitlichen Rahmen für Kreditkäufer und Kreditdienstleister zu schaffen, die Möglichkeit zu eröffnen, mit dem Europäischen Pass grenzüberschreitend tätig werden zu können, und die Kreditnehmerrechte zu regeln.

Die Fraktion der CDU/CSU begrüßte die Änderungsanträge Nr. 1 bis 4 der Koalitionsfraktionen.

Darüber hinaus machte sie auf drei Punkte zum Gesetzentwurf aufmerksam:

1. Man habe im Rahmen der parlamentarischen Beratungen erfahren, dass es eine intensive Diskussion zwischen dem Bundesministerium der Justiz (BMJ) und dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) zu der Frage gegeben habe, ob es sinnvoll sei, der BaFin diese neuen Aufsichtsbefugnisse zu eröffnen, weil Überschneidungen und Abgrenzungsprobleme zu erwarten seien. Letztlich habe sich die Bundesregierung nach reiflicher Überlegung dazu entschlossen, die Aufsicht bei der BaFin einzurichten. Vor diesem Hintergrund bitte die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung um eine Evaluierung zu der Frage, ob sich diese Aufgabenteilung bewährt habe oder ob nachgesteuert werden müsse.
2. Die Fraktion der CDU/CSU begrüße, dass hinsichtlich der Melde- und Berichtspflichten im Laufe der parlamentarischen Beratungen noch einige Verbesserungen hätten erreicht werden können. Dennoch gebe es große Vorbehalte in der Branche. So erhalte man von einigen Dienstleistern die Rückmeldung, dass sie die Auflagen nicht erfüllen könnten bzw. wollten und deswegen möglicherweise den Markt verließen. Vor dem Hintergrund, dass man den Markt eigentlich stärken wolle, wäre eine solche Entwicklung kontraproduktiv. Daher bitte man die Bundesregierung um eine Evaluation, wie sich der Markt auch für Inkassodienstleister entwickelt habe, nachdem die Regelungen in diesem Gesetzentwurf in Kraft getreten seien.
3. Das BMJ prüfe derzeit das Inkassogesetz. Ein möglicher Änderungsbedarf beim Inkassogesetz könne auch zu einem Anpassungsbedarf bei den Regelungen in diesem Gesetz führen, weshalb man die Bundesregierung bitte, den Finanzausschuss laufend über einen möglichen Anpassungsbedarf zu informieren.

Die Fraktion der CDU/CSU betonte, dass die Koalitionsfraktionen mit den Änderungsanträgen Nr. 5 bis 9 Regelungen reparierten, die im damaligen Gesetzentwurf für ein Wachstumschancengesetz falsch auf den Weg gebracht worden seien. Diese Änderungsanträge würde man jetzt nicht brauchen, wenn damals ein vernünftiger Gesetzentwurf vorgelegt worden wäre. Mit der Einbringung eigener Änderungsanträge habe man die Koalitionsfraktionen unter Druck gesetzt und offenbar erfolgreich zum Handeln bewegt.

Die **Fraktion der AfD** lehnte den Gesetzentwurf ab. Sie kritisierte vor allem, dass Inkassounternehmen nun als Kreditdienstleister berücksichtigt werden könnten, was in der Praxis dazu führen werde, dass sich große Inkassounternehmen bei der BaFin registrieren könnten und sich auf diese Weise der Aufsicht nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz entzögen. Kleinere Inkassounternehmen, die diese Möglichkeit nicht hätten, stünden weiterhin unter der Aufsicht nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz. Dies sei nicht im Sinne des Verbraucherschutzes. Darüber hinaus lehne man die Änderungsanträge Nr. 1, 2 und 4 der Koalitionsfraktionen ab.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Nr. 5 bis 9 merkte die Fraktion der AfD an, dass die Koalitionsfraktionen in einem überstürzten ad-hoc-Verfahren versuchten, einige vernünftige Maßnahmen aus dem Wachstumschancengesetz zu retten.

Vom Ausschuss angenommene Änderungsanträge

Die vom Ausschuss angenommenen Änderungen am Gesetzentwurf auf Drucksachen 20/9093, 20/9647 sind aus der Zusammenstellung in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ersichtlich. Die Begründungen der Änderungen finden sich in diesem Bericht unter „B. Besonderer Teil“. Die Koalitionsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP brachten insgesamt neun Änderungsanträge ein, die auf Ausschussdrucksachen 20(7)491 bis 20(7)499 verteilt worden sind.

Die Fraktion der CDU/CSU brachte einen Änderungsantrag ein, der auf Ausschussdrucksache 20(7)482 verteilt worden ist. Vier weitere Änderungsanträge, die auf Ausschussdrucksachen 20(7)483(neu) bis 20(7)486 verteilt worden sind, erklärte sie wegen Inhaltsgleichheit mit den angenommenen Koalitionsanträgen für erledigt.

Voten der Fraktionen:Änderungsantrag 1 der Koalitionsfraktionen (Änderung des Pfandbriefgesetzes)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Änderungsantrag 2 der Koalitionsfraktionen (Änderung des DG Bank-Umwandlungsgesetzes)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Änderungsantrag 3 der Koalitionsfraktionen (Änderungen des Kreditzweitmarktgesetzes)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

Änderungsantrag 4 der Koalitionsfraktionen (Versicherungsrecht)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Änderungsantrag 5 (neu) der Koalitionsfraktionen (Anpassung der Abgabenordnung und anderer Gesetze an das MoPeG)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Änderungsantrag 6 der Koalitionsfraktionen (Zinsschranke (ATAD-Umsetzung))

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Änderungsantrag 7 der Koalitionsfraktionen (Datenaustausch zwischen den Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Änderungsantrag 8 der Koalitionsfraktionen (Streichung der Besteuerung der Dezemberhilfe 2022)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Änderungsantrag 9 der Koalitionsfraktionen (Folgeänderungen im Lohnsteuerabzugsverfahren)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: AfD

Änderungsantrag 1 der Fraktion der CDU/CSU (Änderung Eingangsformel)

Zustimmung: SPD, CDU/CSU, B90/GR, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

B. Besonderer Teil

Zur Inhaltsübersicht

Die Inhaltsübersicht wird redaktionell an die neu eingefügten Artikel 19 bis 35 angepasst.

Zu Artikel 1 (Gesetz über den Zweitmarkt für notleidende Kredite und über Kreditdienstleistungsinstitute (Kreditweitmarktgesetz – KrZwMG))

Die Änderungen dienen der Verringerung des Erfüllungsaufwands für die betroffenen Unternehmen und der Verwaltungserleichterung. Dazu werden die Anforderung unterjähriger Berichte zur Geschäftsentwicklung sowie bestimmte laufende Anzeigepflichten gestrichen. Die Frist zur Beantragung einer Erlaubnis als Kreditdienstleistungsinstitut für bestehende Unternehmen wird verlängert.

In der Abwägung überwiegen hier jeweils die Interessen an der Verminderung bürokratischer Belastungen einerseits die Erfordernisse einer effektiven Aufsicht andererseits. Bei der Anforderung von unterjährigen Berichten über die Geschäftsentwicklung ist zu berücksichtigen, dass die Belastungen für die Unternehmen durch diese eigens zu erstellenden Unterlagen höher ist als wenn bereits vorhandene Unterlagen wie Jahresabschlüsse übersandt werden. Gleichzeitig ist der Erkenntnisgewinn für die Aufsicht geringer als bei den Jahresabschlüssen. Bei der Abwägung der Kosten und des Nutzens der aufsichtlichen Anforderungen an Kreditdienstleister können als Vergleichsmaßstab auch die Regelungen zu Factoring- Unternehmen und zu den Anbietern von Zahlungsdiensten herangezogen werden. Es ist davon auszugehen, dass die Kreditdienstleister im Vergleich zu diesen Finanzdienstleistern ein erheblich geringeres finanzielles Risiko aufweisen, weil für Kreditkäufer entgegengenommene Mittel regelmäßig an die Kreditkäufer ausgekehrt und nicht lange für diese gehalten werden. Auch unter diesem Aspekt sind die – für diese Finanzdienstleister vorgesehenen – unterjährigen Berichte bei den Kreditdienstleistern entbehrlich.

Bei den laufenden Anzeigepflichten werden diejenigen gestrichen, die nur einen sehr indirekten Bezug zu materiellen Aufsichtsanforderungen aufweisen und durch deren Streichung die Effizienz der Aufsicht nur geringfügig beeinträchtigt wird.

Die Frist, die für bestehende Unternehmen gilt, um die Erlaubnis als Kreditdienstleistungsinstitut zu beantragen, muss für die Erstellung eines ordnungsgemäßen Erlaubnisanspruchs ausreichend bemessen sein. Der Regierungsentwurf sieht vor, dass die Unternehmen, die bereits jetzt Inkassodienstleistungen erbringen, zwei Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes anzeigen müssten, ob sie Kreditdienstleistungen erbringen wollen und nach weiteren sechs Wochen die Erlaubnis beantragen. Eine Verlängerung der erstgenannten Frist von zwei auf drei Wochen und der letztgenannten Frist um zwei auf acht Wochen verkürzt zwar die Zeit, die die BaFin zur Bearbeitung der Erlaubnisansprüche hat, erscheint aber im Hinblick auf die sechsmonatige Übergangsfrist nach Inkrafttreten des Gesetzes sowie die begrenzte Anzahl von Unternehmen noch praktikabel und ist vergleichbar mit Regelungen in anderen Mitgliedstaaten der EU.

Zu Artikel 9 (Änderung des Pfandbriefgesetzes)

Zu Nummer 1 Buchstabe b (§ 4 Absatz 4 Satz 2 PfandBG)

Redaktionelle Folgeänderung der Einfügung eines neuen Satzes 3 in § 20 Absatz 1 Nummer 2 PfandBG-E durch Nummer 1 Buchstabe b (neuer Artikel 9 Nummer 8 KrZwMFG-E).

Zu Nummer 4 Buchstabe a (§ 12 Absatz 3 Satz 1 PfandBG)

Durch die Änderung wird geregelt, dass sich der Begriff des Deckungswerts für den Hypothekendarlehenpfandbrief bei den typischen weiteren Kreditsicherheiten im Rahmen von Immobilienfinanzierungen insbesondere auf das selbständige Schuldversprechen erstreckt. Dabei fungiert das selbständige Schuldversprechen anders als etwa bei Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen nicht als durch das Grundpfandrecht gesicherter Anspruch, sondern als zusätzliche Kreditsicherheit, die – zusammen mit der typischerweise erklärten Unterwerfung des Darlehensnehmers unter die sofortige Zwangsvollstreckung – zu einer beschleunigten Erholung im Leistungsstörungsfall führen soll. Die Regelung stellt sicher, dass Kreditsicherheiten auch im Fall der Vermögenstrennung nach Insolvenz der Pfandbriefbank für die Forderungen zur Verfügung stehen, für die sie begründet wurden. Hierdurch werden der Deckungsmasse keine neuen oder weiteren Forderungen der Pfandbriefbank zugewiesen; zu einer Ausweitung der Grundlage für die Pfandbriefemission kommt es somit nicht.

Im Hinblick auf die „insbesondere“-Regelung des § 12 Absatz 3 Satz 2 PfandBG soll durch die auf den deutschen Praxisfall bezogene Formulierung der Änderung nicht ausgeschlossen werden, dass Ansprüche aus gleichartigen Erklärungen, die zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen in Staaten ohne vergleichbare Beurkundungspraxis abgegeben werden, nicht vom Begriff des Deckungswerts einer solchen Finanzierung erfasst sind, solange das entsprechende selbständige Schuldversprechen in objektiver Weise rechtlich mit der den Deckungswert umfassenden Finanzierung, bspw. durch explizite Erklärung des selbständigen Schuldversprechens im Hinblick auf den spezifisch benannten Darlehensvertrag, der dem Deckungswert zugrunde liegt, verknüpft ist.

Die zur Ermöglichung des industrieseitig vorgebrachten Petitums zunächst vorgesehene Lösung, vgl. Artikel 9 Nummer 6 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc KrZwMFG-E, wird damit hinfällig und entsprechend gestrichen, vgl. Nummer 1 Buchstabe c.

Zu Nummer 8 (§ 20 Absatz 1, 3 PfandBG)

Der durch Nummer 1 Buchstabe d/Nummer 8 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa KrZwMFG-E in § 20 Absatz 1 Nummer 2 PfandBG eingefügte Satz 3 regelt gestaffelte Gewährleistungskonstruktionen, insbesondere Mischformen von Nach- und Rückbürgschaft. Bei dieser Mischform entspricht der Leistungsweg demjenigen einer Rückbürgschaft (kommunalkreditfähige Adresse stattet den im Rechtssinne Gewährleistenden mit den zur Erfüllung der übernommenen Gewährleistungsverpflichtung notwendigen Mitteln aus, der im Rechtssinne Gewährleistende erfüllt damit seine Gewährleistungsverpflichtung gegenüber dem Forderungsinhaber/der Pfandbriefbank), der Weg der Anspruchserhebung entspricht hingegen dem einer Nachbürgschaft (Forderungsinhaber/Pfandbriefbank beansprucht Zahlung aus der Gewährleistung zunächst bei im Rechtssinne Gewährleistenden und hat bei dessen Nichtzahlung den Ausstattungsanspruch direkt gegen die kommunalkreditfähige Adresse). Letztlich unterscheidet sich diese Mischform von einer im Wege einer Nachbürgschaft bewirkten direkten Gewährleistung der kommunalkreditfähigen Adresse also im Wesentlichen durch den – einer Rückbürgschaft – entsprechenden indirekten Leistungsweg.

Mit der gestaffelten Gewährleistung gehen Besonderheiten in Bezug auf die Wirksamkeit der Besicherung einher: so führt die sequenzielle Geltendmachung und Durchsetzung des Anspruchs zu einer zeitlichen Verzögerung bei der Verfügbarkeit der Zahlung aus der Gewährleistung; dies unterscheidet sich aber nicht von der Nachbürgschaft. Zudem könnte der indirekte Leistungsweg bei im Rechtssinne Gewährleistenden, die aus ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit einem potenziellen Insolvenzrisiko ausgesetzt sein können, dazu führen, dass die Ausstattungsleistung der kommunalkreditfähigen Adresse beim dann (insolventen) im Rechtssinne Gewährleistenden dem Zugriff anderer Gläubiger ausgesetzt ist, die Pfandbriefbank dann letztlich nur in Höhe der Insolvenzquote eine Zahlung aus der Gewährleistung erhält. Diesem eben gerade bei der ansonsten wie eine direkte Gewährleistung nach der EU-Eigenkapitalverordnung (CRR) privilegierten Rückbürgschaft vorhandenen Umstand trägt die CRR durch die Anforderung in Artikel 214 Absatz 1 Buchstabe c CRR Rechnung, weshalb Artikel 214 Absatz 1 CRR für die hiesige Deckungsfähigkeitsvariante für entsprechend anzuwenden erklärt wird.

Der weiteren vorstellbaren Besonderheit, dass sich aus dem Verhältnis zwischen dem im Rechtssinne Gewährleistenden und der ausstattungsverpflichteten kommunalkreditfähigen Adresse Einreden gegen den Gewährleistungsanspruch oder den Ausstattungsanspruch ergeben, wird durch die Ergänzung des neuen Satzes 4 in § 20 Absatz 1 Nummer 2 PfandBG Rechnung getragen.

Europarechtlich liegt letztlich eine „bessere“ Rückbürgschaft vor, da im Falle der Mischform eben der Forderungsinhaber/die Pfandbriefbank selbst den Ausstattungsanspruch gegen die kommunalkreditfähige Adresse geltend machen kann und sich nicht darauf verlassen muss, dass dies – wie bei der europarechtlich privilegierten Rückbürgschaft – der im Rechtssinne Gewährleistende tut. Wenn also eine europarechtliche Rückbürgschaft dazu führt, dass die Forderung als vom Rückbürgen auch im Sinne von Artikel 129 Absatz 1 CRR garantiert verstanden werden darf, dann muss dies erst recht für die rechtlich vorteilhaftere Mischform gelten.

Mit diesem europarechtlichen Verständnis bleibt auch das allgemeine gesetzgeberische Bedürfnis gewahrt, dass, der Wertung in § 41a Absatz 2 Nummer 1 PfandBG entsprechend, ein ordnungsgemäß gedeckter Öffentlicher Pfandbrief die Privilegierungsvoraussetzungen des Artikel 129 CRR erfüllt und daher auch die „Premium“-Bezeichnung führen darf, sowie das spezifische gesetzgeberische Bedürfnis, durch die Regelung der für den Öffentlichen Pfandbrief deckungsfähigen Sachverhalte keine Privilegierungen zuzulassen, die dem Grunde nach nicht auch im Solvenzregime nach der CRR bestehen.

Die Änderung von § 20 Absatz 3 Satz 2 PfandBG durch Artikel 9 Nummer 8 Buchstabe b KrZwMFG-E (vgl. Nummer 1 Buchstabe d) ist notwendige Folgeänderung zur Einführung des zusätzlichen Akteurs eines Ausstattungsverpflichteten durch den eingefügten neuen Satz 3 in § 20 Absatz 1 Nummer 2 PfandBG.

Zu Artikel 14 (Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes) und Artikel 15 – -Entwurf – (Änderung des Versicherungsvertragsgesetzes)

Es fallen Änderungen im Versicherungsaufsichtsgesetz und im Versicherungsvertragsgesetz weg, weil diese Änderungen in den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2118 im Hinblick auf die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht (BT-Drucksache 20/8094) aufgenommen werden. Die Änderungen passen die Schwellenwerte an europäische Vorgaben an.

Zu Artikel 16 (Änderung des DG Bank-Umwandlungsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 9 Absatz 2 DG Bank-UmwG)

Der neugefasste Art. 16 Nummer 1 übernimmt inhaltlich in Buchstabe a den bisherigen Änderungsbefehl. Durch Buchstabe b wird die Deckung von gedeckten Schuldverschreibungen nach dem DG Bank-Umwandlungsgesetz auch durch solche Staatsanleihen zugelassen, die nach § 4a PfandBG für den Pfandbrief als unschädlich behandelte Umschuldungsklauseln, wie sie bspw. durch § 4a ff. BSchuWG in Reaktion auf die Euro-Staatsschuldenkrise vorgesehen wurden, enthalten.

Zu Nummer 2 Buchstabe a (§ 9 Absatz 3 Satz 1 DG Bank-UmwG)

Die Neufassung von Art. 16 Nummer 2 erweitert den bisherigen Änderungsbefehl in Buchstabe a um die Möglichkeit, auch Guthaben bei anderen Zentralbanken in der Europäischen Union und dem Europäischen Wirtschaftsraum als Ersatzdeckung zu verwenden, berichtigt den Verweis auf die nunmehr als Ersatzdeckung behandelten Derivategeschäfte durch den Einschluss auch solcher mit geeigneten Kreditinstituten der (besten) Bonitätsstufe 1 und stellt klar, dass für die Ersatzdeckung durch Ansprüche aus Derivategeschäften die entsprechenden pfandbriefrechtlichen Anforderungen in § 4b PfandBG entsprechend gelten. Durch die Änderung nach Buchstaben b wird die im Pfandbriefgesetz strengere Obergrenze von 8 Prozent für die Deckung durch Ansprüche aus Derivategeschäften mit geeigneten Kreditinstituten der (schlechtesten potenziell deckungszulässigen) Bonitätsstufe 3 auf die Begrenzung der Ersatzdeckung nach dem DG Bank-UmwG übertragen und sprachlich verdeutlicht, dass die Auslastung der auf 8 Prozent begrenzten Werte auf die Gesamtobergrenze der Ersatzdeckung von 10 Prozent anzurechnen ist.

Zu Artikel 19 – neu – (Änderung des Einkommensteuergesetzes)**Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)**

Die Inhaltsübersicht wird redaktionell an die Aufhebung des Abschnitts XVI. Besteuerung der Gas-/Wärmepreisbremse einschließlich der §§ 123 bis 126 EStG angepasst.

Zu Nummer 2 (Abschnitt XVI – Überschrift)

Als Folgeänderung zur Aufhebung der §§ 123 bis 126 EStG wird auch die Überschrift zu Abschnitt XVI gestrichen.

Zu Nummer 3 (§§ 123 bis 126 – aufgehoben –)

Auf die Besteuerung der Dezemberhilfe wird angesichts der Vollzugsaufwände der Finanzverwaltung und der zu erwartenden Steuermehreinnahmen verzichtet. Die Regelungen werden daher ersatzlos gestrichen.

Die Entlastungen der sogenannten „Dezemberhilfe 2022“ sind für bestimmte Einkommensgruppen für den Veranlagungszeitraum der Erteilung der konkreten Abrechnung als sonstige Einkünfte in der Einkommensteuererklärung anzugeben. Eine Einstiegs- und Milderungszone vermeidet Belastungssprünge. Automatisierte Kontrollmitteilungsverfahren waren wegen der dafür erforderlichen umfangreichen rechtlichen und technischen Vorbereitungen bei den Verpflichteten nicht zeitnah verfügbar. Der dann für den Steuervollzug erforderliche personelle Aufwand für die Sicherstellung des „sozialen Ausgleichs“ ginge zu Lasten anderer höher priorisierter Aufgaben.

Zu Artikel 20 – neu – (Weitere Änderung des Einkommensteuergesetzes)**Zu Nummer 1****§ 4h**

Aufgrund von Artikel 4 i. V. m. Artikel 11 Absatz 6 der Richtlinie (EU) 2016/1164 (Anti-Tax-Avoidance-Directive – ATAD) ist die Zinsabzugsbeschränkung nach § 4h EStG und § 8a KStG (Zinsschranke) bis spätestens 31. Dezember 2023 an die Vorgaben der ATAD anzupassen.

Nach der Zinsschranke sind die Nettozinsaufwendungen eines Betriebs (Zinsaufwendungen abzüglich Zinserträge) grundsätzlich nur bis zur Höhe von 30 Prozent des um die Zinsen und Abschreibungen bereinigten maßgeblichen Gewinns („verrechenbares EBITDA“) abziehbar; nicht abzehbare Nettozinsaufwendungen werden in nachfolgende Wirtschaftsjahre vorgetragen (Zinsvortrag). Nicht genutztes EBITDA-Volumen wird in die folgenden fünf Wirtschaftsjahre vorgetragen (EBITDA-Vortrag). Die Zinsschranke kommt bislang nur bei konzernzugehörigen Betrieben zur Anwendung (Stand-alone-Klausel), deren Nettozinsaufwendungen im Wirtschaftsjahr 3 Mio. Euro oder mehr betragen (Freigrenze). Zudem sieht die Regelung den sog. Eigenkapital-Escape (EK-Escape) für konzernzugehörige Betriebe vor. Danach kommt die Zinsschranke nicht zur Anwendung, wenn die Eigenkapitalquote des Betriebs am Ende des vorangegangenen Abschlussstichtages nicht niedriger als die des Konzerns ist (wobei ein unwesentliches Unterschreiten um bis zu zwei Prozentpunkte toleriert wird).

Neben den aufgrund der ATAD erforderlichen Änderungen werden drei systematisch erforderliche Korrekturen hinsichtlich des Zinsvortrags und des EBITDA-Vortrags vorgenommen.

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

§ 4h Absatz 1 Satz 3

Da der Begriff „Nettozinsaufwendungen“ bislang nicht definiert wird, wird in § 4h Absatz 1 Satz 3 EStG hinter „die um die Zinserträge geminderten Zinsaufwendungen“ der Klammerzusatz „(Nettozinsaufwendungen)“ eingefügt. Zudem wird klargestellt, dass ein EBITDA-Vortrag nicht in Wirtschaftsjahren entsteht, in denen die Zinsaufwendungen die Zinserträge nicht übersteigen. Rein redaktionell wird zudem der Verweis am Ende von „Absatz 1 Satz 1“ in „Satz 1“ geändert.

Zu Doppelbuchstabe bb

§ 4h Absatz 1 Satz 7 – neu –

§ 4h Absatz 1 Satz 7 EStG regelt, dass Absatz 2 keine Anwendung findet, soweit Zinsaufwendungen aufgrund eines Zinsvortrags erhöht wurden. Dadurch wird sichergestellt, dass Zinsvorträge nicht allein deshalb uneingeschränkt verrechnet werden können, weil in einem späteren Wirtschaftsjahr eine der drei Ausnahmen (Freigrenze/De-minimis, Stand-alone und EK-Escape) erfüllt ist, sondern ein Abzug von Zinsvorträgen nur möglich ist, soweit ausreichend verrechenbares EBITDA (§ 4h Absatz 1 Satz 2 EStG) vorhanden ist.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe aa

Zu Dreifachbuchstabe aaa

§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a und b

§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a

§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe a wurde redaktionell angepasst.

§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b

Die Stand-alone-Klausel wird an die Vorgaben der ATAD angepasst. Künftig kann die Stand-alone-Klausel nur noch in Anspruch genommen werden, wenn der Steuerpflichtige keiner Person im Sinne des § 1 Absatz 2 (bei Personengesellschaften in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 2) des Außensteuergesetzes nahesteht und über keine Betriebsstätte außerhalb des Staates verfügt, in dem sich sein Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder seine Geschäftsleitung befindet. § 4h Absatz 2 Satz 3 EStG stellt insoweit klar, dass bei Betrieben von Personengesellschaften oder Mitunternehmerschaften für Zwecke der Stand-alone-Klausel an die Stelle des Steuerpflichtigen die Personengesellschaft oder Mitunternehmerschaft tritt.

Zu Dreifachbuchstabe bbb

§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 5

In § 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe c Satz 5 EStG wird die Passage „und um die Hälfte von Sonderposten mit Rücklagenanteil (§ 273 des Handelsgesetzbuchs)“ gestrichen, da § 273 HGB bereits im Jahr 2009 durch das BilMoG aufgehoben wurde. Zwar enthält Artikel 67 Absatz 3 EGHGB i. d. F. des BilMoG eine Übergangsregelung, nach der Sonderposten mit Rücklageanteil nach § 247 Abs. 3, § 273 HGB, die im Jahresabschluss für das letzte vor dem 1. Januar 2010 beginnende Geschäftsjahr enthalten waren, beibehalten werden können. Praktische Relevanz, allein deshalb die Passage beizubehalten, wird jedoch nicht gesehen.

Infolge des für die Zinsschranke maßgeblichen Konzernbegriffs ändert sich zudem der Anwendungsbereich des EK-Escapes.

Zu Doppelbuchstabe bb§ 4h Absatz 2 Satz 2

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeanpassung an die Streichung des § 8a Absatz 2 KStG.

Zu Doppelbuchstabe cc§ 4h Absatz 2 Satz 3 – neu –

§ 4h Absatz 2 Satz 3 EStG ergänzt die Stand-alone-Klausel (§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b EStG) und stellt insoweit klar, dass bei Betrieben von Personengesellschaften oder Mitunternehmerschaften für Zwecke der Stand-alone-Klausel an die Stelle des Steuerpflichtigen die Personengesellschaft oder Mitunternehmerschaft tritt.

Zu Buchstabe c**Zu Doppelbuchstabe aa**§ 4h Absatz 3 Satz 2

Der bisherige Begriff der Zinsaufwendungen in § 4h Absatz 3 Satz 2 EStG bleibt insoweit hinter den Vorgaben der ATAD zurück, als von der Zinsschranke bislang ausschließlich Vergütungen für (die Überlassung von) Fremdkapital erfasst werden, wohingegen nach der ATAD neben Zinsaufwendungen für alle Arten von Forderungen („interest expenses on all forms of debt“) auch andere wirtschaftlich mit Zinsen vergleichbare Aufwendungen („other costs economically equivalent to interest“) sowie – anhand eines nicht als abschließend zu verstehenden Katalogs näher beschriebene – Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von (Fremd-)Kapital („expenses incurred in connection with the raising of finance“) dem Abzugsverbot zu unterwerfen sind.

Zu beachten ist dabei, dass die deutsche Fassung der ATAD leicht sinnverändernd von der englischen und französischen Fassung der ATAD abweicht. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird daher neben der (an der englischen und französischen Sprachfassung angelehnten) ausdrücklichen Erweiterung des Zinsbegriffs auf wirtschaftlich gleichwertige Aufwendungen und sonstige Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Fremdkapital ein Verweis auf Artikel 2 ATAD aufgenommen, sodass auch die Erfassung sämtlicher dort aufgeführter Regelbeispiele sichergestellt ist.

Zu Doppelbuchstabe bb§ 4h Absatz 3 Satz 3

Entsprechend den Vorgaben der ATAD wird auch der Begriff der Zinserträge erweitert und erfasst nunmehr ausdrücklich auch wirtschaftlich gleichwertige Erträge im Zusammenhang mit Kapitalforderungen.

Zu Doppelbuchstabe cc bis Doppelbuchstabe ee§ 4h Absatz 3 Satz 4 – bisher Satz 4 bis 6

Da die Auf- und Abzinsung vom weiten Zinsbegriff des Artikels 2 Absatz 1 ATAD erfasst ist, ist infolge der Erweiterung des Zinsbegriffs in § 4h Absatz 3 Satz 2 EStG die bisherige Sonderregelung für die Auf- und Abzinsung in § 4h Absatz 3 Satz 4 EStG entbehrlich geworden. Der bisherige Satz 4 wird daher aufgehoben.

Nach dem neuen § 4h Absatz 3 Satz 4 EStG (ehemals Satz 5) gehört ein Betrieb nur noch dann zu einem Konzern, wenn er nach dem für die Anwendung des Absatzes 2 Satz 1 Buchstabe c zugrunde gelegten Rechnungslegungsstandard mit einem oder mehreren anderen Betrieben konsolidiert wird. Die bisherige Einbeziehung auch solcher Betriebe, die mit einem oder mehreren anderen Betrieben konsolidiert werden könnten, entspricht nicht dem ATAD-Mindeststandard und wird daher gestrichen.

Die Einbeziehung eines Betriebs in den für den EK-Escape maßgeblichen Konzernbegriff bereits dann, wenn seine Finanz- und Geschäftspolitik mit einem oder mehreren anderen Betrieben einheitlich bestimmt werden kann, entspricht nicht dem ATAD-Mindeststandard, sodass der bisherige Satz 6 ebenfalls gestrichen wird.

Zu Buchstabe d§ 4h Absatz 5 Satz 4 – neu –

Absatz 5 regelt bislang u. a., dass im Fall der Aufgabe oder Übertragung des Betriebs ein nicht verbrauchter EBITDA-Vortrag und ein nicht verbrauchter Zinsvortrag untergeht. Keine Regelung enthält Absatz 5 bislang zum Fall der Aufgabe oder Übertragung eines Teilbetriebs. Als Teilbetriebsaufgabe gilt auch das Ausscheiden einer Organgesellschaft aus dem Organkreis. Durch die Ergänzung des Satzes 4 wird zum einen klargestellt, dass es im Fall der Aufgabe bzw. der Übertragung eines Teilbetriebs zu einem anteiligen Untergang des Zinsvortrags bzw. EBITDA-Vortrags kommt, und zum anderen (durch Verweis auf § 15 Absatz 3 UmwStG) die Aufteilung anhand des Verhältnisses des gemeinen Wertes der Teilbetriebe angeordnet.

Zu Buchstabe e§ 4h Absatz 6 – neu –

Nach Artikel 4 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe b, Unterabsatz 2 und 3 ATAD können die Mitgliedstaaten überschüssige Fremdkapitalkosten von der Zinsschranke ausnehmen, die zur Finanzierung eines Projekts zur Bereitstellung, zum Ausbau, zum Betrieb und/oder zur Erhaltung eines umfangreichen Vermögenswerts, der von einem Mitgliedstaat als im allgemeinen öffentlichen Interesse stehend betrachtet wird („langfristiges öffentliches Infrastrukturprojekt“) verwendet werden, sofern der Projektbetreiber, die Fremdkapitalkosten, die Vermögenswerte und die Einkünfte alle in der EU ansässig bzw. belegen sind bzw. erzielt werden.

§ 4h EStG enthält bislang keine vergleichbare gesetzliche Ausnahme für Finanzierungen derartiger öffentlicher Infrastrukturprojekte. In dem neu eingefügten Absatz 6 wird von der Ausnahmemöglichkeit Gebrauch gemacht. Dieser berücksichtigt neben den Vorgaben der ATAD auch die in Tz. 94 des BMF-Schreibens vom 4. Juli 2008, BStBl I S. 718 (Zinsschranken-Erlass) aufgestellten Kriterien für die steuerliche Behandlung bestimmter Darlehen, die aufgrund von allgemeinen Förderkriterien vergeben werden.

Konsequenterweise bleiben die auf das Infrastrukturprojekt im Sinne des Satzes 1 entfallenden Aufwendungen und Erträge bei der Ermittlung des verrechenbaren EBITDA im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 außer Ansatz.

Zu Nummer 2§ 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 Buchstabe c

Über die Vorsorgepauschale (§ 39b Absatz 2 Satz 5 EStG) werden im Lohnsteuerabzugsverfahren verschiedene Vorsorgeaufwendungen lohnsteuermindernd berücksichtigt. Damit wirkt sich bei Arbeitnehmern ein möglicher Sonderausgabenabzug von Vorsorgeaufwendungen (§ 10 EStG) bereits unterjährig steuermindernd aus. Bei Arbeitnehmern, die in der inländischen sozialen Pflegeversicherung versichert sind, wird hier auch ein Teilbetrag für die soziale Pflegeversicherung angesetzt (§ 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 Buchstabe c EStG).

Mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG) vom 19. Juni 2023 (BGBl. I Nr. 155) wurde § 55 Absatz 3 SGB XI dahingehend ergänzt, dass sich der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung für jedes zu berücksichtigende Kind ab dem zweiten Kind bis zum fünften Kind um jeweils einen Abschlag in Höhe von 0,25 Beitragssatzpunkten reduziert.

Als Folgeänderung wird mit diesem Änderungsgesetz § 39b Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 Buchstabe c EStG an die Regelungen in § 55 Absatz 3 SGB XI angepasst. Damit wird auch bei der Lohnsteuerberechnung die Reduzierung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung berücksichtigt.

Die Änderungen treten am 1. Januar 2024 in Kraft und sind über § 52 Absatz 1 EStG erstmals anzuwenden auf laufenden Arbeitslohn, der für einen nach dem 31. Dezember 2023 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, und auf sonstige Bezüge, die nach dem 31. Dezember 2023 zufließen. Der Beitragsabschlag für zu berücksichtigende Kinder kann damit bei der Aufstellung des geänderten Programmablaufplans für die maschinelle Lohnsteuerberechnung für 2024 berücksichtigt werden.

Zur Übergangsregelung im Lohnsteuerabzugsverfahren für die Zeit vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2023 siehe BMF-Schreiben vom 19. Juni 2023 (BStBl I S. 1014).

Zu Nummer 3**Zu Buchstabe a**§ 52 Absatz 8b – neu –

Die Änderung des § 4h EStG ist erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem Tag des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestags beginnen und nicht vor dem 1. Januar 2024 enden.

Zu Buchstabe c§ 52 Absatz 36 Satz 3 und 4 – neu –

Die Änderung beruht auf einem Petition des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancen-gesetz); Nummer 22 der Bundesrats-Drs. 433/23 (Beschluss) vom 20. Oktober 2023.

Um bürokratischen Aufwand bei der (lohn)steuerlichen Behandlung der Beiträge zu einer privaten Kranken- und Pflegeversicherung zu mindern, soll ein umfassender elektronischer Datenaustausch zwischen den Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, der Finanzverwaltung und den Arbeitgebern eingeführt werden. Die entsprechenden Regelungen wurden mit dem Jahressteuergesetz 2020 beschlossen und mit dem Jahressteuergesetz 2022 punktuell konkretisiert. Der gesetzlich vorgesehene Starttermin der Einführung des Datenaustauschs ist der 1. Januar 2024 (siehe Artikel 5 des Jahressteuergesetzes 2020 vom 21. Dezember 2020, BGBl. I S. 3096).

Dieser Termin verschiebt sich jetzt um zwei Jahre und umfasst damit den Zeitraum bis zum 1. Januar 2026. Dies wird über entsprechende Anwendungsregelungen in § 52 Absatz 36 Satz 3 und 4 – neu – EStG sichergestellt.

Die bisher geltenden Regelungen sind bis zur Einführung des Datenaustauschs weiterhin anzuwenden. Gründe für die Verschiebung sind die Komplexität des technischen Verfahrens und die inzwischen sichere Erkenntnis, dem berechtigten Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an einem korrekten Lohnsteuerabzug vorher leider nicht vollumfänglich gerecht werden zu können.

Das Bundesministerium der Finanzen hat die Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung bereits im Mai 2023 über die vorgesehene Verschiebung der Einführung des neuen Verfahrens unterrichtet.

Zu Artikel 21 – neu – (Änderung des Körperschaftsteuergesetzes)**Zu Nummer 1**Inhaltsübersicht

Die Inhaltsübersicht wird an die Änderung der Überschrift des § 3 KStG angepasst.

Zu Nummer 2§ 1 Absatz 1 Nummer 5

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Änderung vollzieht die Einfügung des § 14a AO nach.

Ab 2024 sind nicht eingetragene Vereine und Vereine, die nicht durch staatliche Verleihung Rechtspersönlichkeit erlangt haben, rechtsfähige Personenzusammenschlüsse ohne Rechtspersönlichkeit (§ 54 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung). Daher ist der Begriff des nicht rechtsfähigen Vereins in § 1 Absatz 1 Nummer 5 KStG anzupassen und lautet zukünftig „Vereine ohne Rechtspersönlichkeit“.

Die ebenfalls in § 1 Absatz 1 Nummer 5 genannten nicht rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen sind keine Personenvereinigungen, sondern nicht rechtsfähige Zweckvermögen des privaten Rechts. Der Zusatz „nicht rechtsfähig“ wird vor Anstalten eingefügt, um für Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts den bestehenden Rechtszustand fortzuführen.

Zu Nummer 3§ 3 Überschrift und Absatz 1

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Änderungen vollziehen die Einfügung des § 14a AO nach.

In Ergänzung zu § 1 Absatz 1 Nummer 5 KStG unterliegen bislang „nichtrechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts“ nach § 3 Absatz 1 KStG der Körperschaftsteuer, wenn ihr Einkommen weder nach dem KStG noch nach dem EStG unmittelbar bei einem anderen Steuerpflichtigen zu versteuern ist. § 3 Absatz 1 KStG stellt insoweit eine Auffangvorschrift dar, um eine Einmalbesteuerung sicherzustellen.

§ 14a Absatz 2 und 3 AO – neu – zählt rechtsfähige und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen auf. Der Begriff der Personenvereinigung in § 3 Absatz 1 KStG wird beibehalten, die Einschränkung „nicht rechtsfähige“ ist nach dem MoPeG in Bezug auf Personenvereinigungen aber zu eng und wird gestrichen, um auch die rechtsfähigen Personenvereinigungen i. S. des § 14a Absatz 2 AO – neu – zu erfassen. Der Zusatz „nicht rechtsfähige“ wird vor „Anstalten“ eingefügt, um für Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts den bestehenden Rechtszustand fortzuführen.

Zu Nummer 4§ 8 Absatz 5

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Änderung vollzieht die Einfügung des § 14a AO nach.

Nach § 8 Absatz 5 KStG bleiben bei Personenvereinigungen für die Ermittlung des Einkommens Beiträge, die auf Grund der Satzung von den Mitgliedern lediglich in ihrer Eigenschaft als Mitglieder erhoben werden, außer Ansatz. Der Begriff der Personenvereinigung ist im KStG derzeit nicht definiert.

Unter die Vorschrift fallen diejenigen Steuersubjekte im Sinne des § 1 KStG, die Mitglieder haben, z. B. nicht-rechtsfähige und rechtsfähige Vereine, Genossenschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG). Zwar fallen nach herrschender Meinung auch Kapitalgesellschaften dem Grunde nach unter die Vorschrift, allerdings werden bei diesen regelmäßig keine Mitgliedsbeiträge erhoben.

Nicht unter den persönlichen Anwendungsbereich der Vorschrift fallen Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen des privaten Rechts und Betriebe gewerblicher Art, da diese Steuersubjekte keine Mitglieder haben.

Nach der Definition von Personenvereinigungen in § 14a Absatz 1 AO sind Personenvereinigungen im Sinne der Abgabenordnung und der Steuergesetze Personenzusammenschlüsse ohne Rechtspersönlichkeit zur Verfolgung eines gesetzlich zulässigen Zwecks.

Von den in § 1 KStG genannten Steuersubjekten fallen unter Personenzusammenschlüsse ohne Rechtspersönlichkeit nichtrechtsfähige Vereine (zukünftig „Vereine ohne Rechtspersönlichkeit“). Dagegen besitzen rechtsfähige Vereine, Genossenschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG) eine eigene Rechtspersönlichkeit.

Dies macht eine Anpassung des § 8 Absatz 5 KStG hinsichtlich des persönlichen Anwendungsbereichs erforderlich. Zukünftig wird auf Körperschaften und Personenvereinigungen im Sinne des § 1 Absatz 1 KStG Bezug genommen werden. Da diese zugleich Mitglieder haben müssen, die aufgrund der Satzung Mitgliedsbeiträge leisten, bleibt der Anwendungsbereich des § 8 Absatz 5 KStG unverändert.

Zu Nummer 5**Zu Buchstabe a**§ 8a Absatz 1 Satz 4

Nach Artikel 4 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe 1 i. V. m. Artikel 1 ATAD kann der Freibetrag pro Steuerpflichtigen nur einmal gewährt werden. Da unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften nur über einen Betrieb im Sinne der Zinsschranke verfügen, besteht insoweit kein Anpassungsbedarf an die ATAD. Da beschränkt steuerpflichtige Körperschaften und unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaften i. S. d. § 1 Absatz 1

Nummer 4 und 5 jedoch mehrere Betriebe haben können, wird der Anwendungsbereich des § 8a Absatz 1 Satz 4 auf sämtliche Körperschaften erweitert.

Zu Buchstabe b

§ 8a Absatz 2 – aufgehoben –

Absatz 2 ist wegen der Modifikation der Stand-alone-Klausel (§ 4h Absatz 2 Satz 1 Buchstabe b EStG) entbehrlich geworden und wird gestrichen.

Zu Buchstabe c

§ 8a Absatz 3 Satz 1

Im Urteil vom 11. November 2015, BStBl II 2017 S. 319, hat der Bundesfinanzhof entschieden, dass die Vergütungen für Fremdkapital der einzelnen qualifiziert beteiligten Gesellschafter bei Prüfung der 10-Prozent-Grenze zur schädlichen Gesellschafterfremdfinanzierung nach § 8a Absatz 3 Satz 1 KStG nicht zusammenzurechnen sind. Dies erscheint nicht sachgerecht und eröffnet Gestaltungsspielräume. Mit der Änderung wird die bisherige Verwaltungsauffassung (BMF-Schreiben vom 4. Juli 2008, BStBl I S. 718, Tz. 82) wiederhergestellt, wonach die Vergütungen für Fremdkapital der einzelnen qualifiziert beteiligten Gesellschafter bei Prüfung der 10-Prozent-Grenze zur schädlichen Gesellschafterfremdfinanzierung zusammenzurechnen sind. Zudem wird die maßgebliche Beteiligungsgrenze an die des § 1 Absatz 2 AStG sowie des Artikels 2 Absatz 4 der ATAD („mindestens“ statt „mehr als“ 25 Prozent) angeglichen.

Zu Nummer 6

Zu Buchstabe a

§ 34 Absatz 1

Mit der Änderung wird die allgemeine Anwendungsregelung in § 34 Absatz 1 KStG auf den Veranlagungszeitraum 2024 fortgeschrieben.

Zu Buchstabe b

§ 34 Absatz 4 Satz 2 – neu –

Nach § 52 Absatz 8b – neu – EStG ist § 4h EStG (Zinsschranke) in der Fassung dieses Gesetzes erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem Tag des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestags beginnen und nicht vor dem 1. Januar 2024 enden. § 8a KStG enthält körperschaftsteuerliche Sonderregelungen zur Zinsschranke, auf die Bezug genommen wird. Durch die Änderung wird die zeitliche Anwendung des § 4h EStG im KStG entsprechend nachvollzogen. § 8a – neu – KStG ist somit ebenfalls erstmals für Wirtschaftsjahre anzuwenden, die nach dem Tag des Gesetzesbeschlusses des Deutschen Bundestags beginnen und nicht vor dem 1. Januar 2024 enden.

Zu Artikel 22 (Änderung des Gewerbesteuergesetzes)

§ 2 Absatz 3

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Änderung vollzieht die Einfügung des § 14a AO nach.

Das geltende Gewerbesteuergesetz knüpft beim Steuergegenstand in § 2 Absatz 3 GewStG u. a. an nicht rechtsfähige Vereine und deren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb an.

Mit der Änderung wird der Begriff des nicht rechtsfähigen Vereins in Verein ohne Rechtspersönlichkeit geändert.

Zu Artikel 23 (Änderung der Abgabenordnung)**Zu Nummer 1**Inhaltsübersicht

Die Inhaltsübersicht wird aufgrund der Einfügung der neuen §§ 14a, 14b und 183a AO und der Umbenennung der §§ 183 und 267 AO angepasst.

Zu Nummer 2**Zu Buchstabe a**§ 2a Absatz 3

Bei Benennung der Fundstelle der Datenschutz-Grundverordnung in Absatz 3 ist eine weitere amtliche Berichtigung anzugeben.

Zu Buchstabe b§ 2a Absatz 5 Nummer 2

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz (MoPeG) eintretenden Rechtsänderungen. Die Wörter „rechtsfähige oder nicht rechtsfähige Personenvereinigungen“ werden in Absatz 5 Nummer 2 – ohne inhaltliche Änderung – durch das Wort „Personenvereinigungen“ ersetzt. Auf die Begründung des neuen § 14a AO wird verwiesen.

Zu Nummer 3§ 14a – neu –

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Der neue § 14a enthält in Absatz 1 eine Legaldefinition des in der AO und den Steuergesetzen vielfach verwendeten Begriffs „Personenvereinigung“.

Personenvereinigungen sind im Zivilrecht alle Personenzusammenschlüsse zur Verfolgung eines gesetzlich zulässigen Zwecks. Einige Personenvereinigungen haben als juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts Rechtspersönlichkeit, z. B. Körperschaften des öffentlichen Rechts, Kapitalgesellschaften (ausgenommen Ein-Personen-Kapitalgesellschaften), Genossenschaften und eingetragene Vereine.

Soweit in der AO und den Steuergesetzen „Personenvereinigungen“ genannt werden, soll es sich abweichend vom Zivilrecht wie bisher nur um Personenzusammenschlüsse ohne Rechtspersönlichkeit handeln.

Personenvereinigungen im Sinne des neuen § 14a AO sind teilweise rechtsfähig, zum Beispiel wirtschaftliche Vereine ohne Rechtspersönlichkeit, Gemeinschaften der Wohnungseigentümer sowie rechtsfähige Personengesellschaften. Absatz 2 enthält hierzu eine nicht abschließende Aufzählung. Soweit in der AO oder den Steuergesetzen „rechtsfähige Personengesellschaften“ genannt werden, sind damit neben den rechtsfähigen Personengesellschaften im Sinne des § 705 BGB (unabhängig von einer Eintragung in das Gesellschaftsregister nach § 707 BGB) Personenhandelsgesellschaften, Partnerschaftsgesellschaften, Partenreedereien und Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigungen gemeint.

Soweit in der AO oder den Steuergesetzen „rechtsfähige Personenvereinigungen“ genannt werden, sind damit neben den vorgenannten wirtschaftlichen Vereinen ohne Rechtspersönlichkeit die rechtsfähigen Personengesellschaften und Gemeinschaften der Wohnungseigentümer gemeint.

Daneben existieren auch nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, wie zum Beispiel Bruchteilsgemeinschaften, Gütergemeinschaften und Erbengemeinschaften. Absatz 3 enthält hierzu eine nicht abschließende Aufzählung. Auch sie sind Personenvereinigungen im Sinne des neuen § 14a AO.

Nicht rechtsfähige Personengesellschaften (§ 740 BGB) wie zum Beispiel Innengesellschaften oder stille Gesellschaften sind zivilrechtlich keine Personenvereinigung, sondern nur ein Schuldverhältnis. Auf nicht rechtsfähige

Personengesellschaften (§ 740 BGB) sind nach Absatz 4 im Besteuerungsverfahren die für nicht rechtsfähige Personenvereinigungen geltenden Vorschriften (mit Ausnahme von § 267 Absatz 1 Satz 1 AO) sinngemäß anzuwenden.

§ 14b – neu –

Soweit eine Körperschaft mit Sitz im Ausland und Ort der Geschäftsleitung im Inland nach den Steuergesetzen selbst Steuerschuldner ist (z. B. bei der Körperschaftsteuer, der Gewerbesteuer und der Umsatzsteuer), soll sie nach Absatz 1 ungeachtet ihrer zivilrechtlichen Einordnung in Deutschland (sogenannte Sitzstaatstheorie) selbst Inhaltsadressat von diesbezüglichen Verwaltungsakten sein. Die Regelung ist an § 8 Absatz 1 Satz 4 KStG angelehnt.

Nach Absatz 2 soll eine Körperschaft im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 hinsichtlich der gesetzlichen Vertretung und Handlungsfähigkeit im Besteuerungsverfahren wie eine vergleichbare inländische Körperschaft behandelt werden.

Für die Vollstreckung der von einer Körperschaft im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 geschuldeten Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis soll nach Absatz 3 ein an sie gerichteter Verwaltungsakt genügen. Diese Regelung ist an § 267 AO angelehnt.

Die Haftung der Anteilseigner einer Körperschaft im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 für von dieser Körperschaft geschuldete Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis soll sich nach Absatz 4 nicht nach dem Recht des Sitzstaates der Körperschaft richten, sondern wie bei einer Offenen Handelsgesellschaft (vgl. § 105 Absatz 1 HGB) unbeschränkt sein. Diese Regelung ist an die zivilrechtliche Sitztheorie angelehnt.

Zu Nummer 4

§ 31a Absatz 2 Satz 2

Durch Artikel 25 des Jahressteuergesetzes 2022 vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294) war in § 31a Absatz 1 AO ein neuer Satz 2 angefügt worden. Durch die Änderung von § 31a Absatz 2 Satz 2 AO wird die dortige Verweisung hieran redaktionell angepasst.

Zu Nummer 5

Zu Buchstabe a

§ 34 Absatz 1 Satz 1

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Die Vorschrift bestimmt bislang, dass die gesetzlichen Vertreter natürlicher und juristischer Personen und die Geschäftsführer von nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und Vermögensmassen deren steuerliche Pflichten zu erfüllen haben. Der ab dem 1. Januar 2024 geltende § 720 BGB trennt die Befugnis zur Vertretung der – dann rechtsfähigen – Personengesellschaft von der Befugnis zu ihrer Geschäftsführung (vgl. § 715 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung). Die gesetzliche Vertretung der rechtsfähigen Personengesellschaft bestimmt sich dann nach § 720 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung.

Die Neufassung der Vorschrift trägt diesen Rechtsänderungen Rechnung. Künftig haben die gesetzlichen Vertreter rechtsfähiger Personenvereinigungen deren steuerliche Pflichten zu erfüllen, nicht mehr deren Geschäftsführer. Die steuerlichen Pflichten von Vermögensmassen haben weiterhin deren Geschäftsführer zu erfüllen.

Zu Buchstabe b

§ 34 Absatz 2 Satz 1

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem Personengesellschaftsrechtsmodernisierungsgesetz (MoPeG) eintretenden Rechtsänderungen.

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Neufassung von Absatz 1 Satz 1. Die Regelung gilt nun ausnahmslos für alle nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen (vgl. § 14a Absatz 3 AO – neu –).

Zu Nummer 6§ 39 Absatz 2 Nummer 2

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Für die rechtsfähige Personengesellschaft wurde durch das MoPeG klargestellt, dass die für die Personengesellschaft erworbenen Rechte und die gegen sie begründeten Verbindlichkeiten zum Vermögen der Personengesellschaft gehören (§ 713 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung), womit zum Ausdruck gebracht wurde, dass Träger des Vermögens die Personengesellschaft selbst ist, nicht mehr ihre Gesellschafter in gesamthänderischer Verbundenheit. Bei der nicht rechtsfähigen Personengesellschaft wurde zugleich klargestellt, dass sie über kein Vermögen verfügt (§ 740 Absatz 1 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung), was auch ein gesamthänderisch gebundenes Vermögen der Gesellschafter ausschließt. Das Gesamthandsprinzip mit seiner Aufgabe, das Gesellschaftsvermögen dauerhaft für den vereinbarten Gesellschaftszweck zu sichern und gegen den Zugriff von Privatgläubigern abzuschotten, hat damit auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts ausgedient.

Bei der Besteuerung nach dem Einkommen ist das Gesamthandsprinzip weiterhin zu beachten. Nach Satz 1 der neuen Fassung von § 39 Absatz 2 Nummer 2 AO werden Wirtschaftsgüter, die einer rechtsfähigen Personengesellschaft zustehen, ungeachtet der neuen Zivilrechtslage den Beteiligten oder Gesellschaftern (wie bisher) anteilig zugerechnet, soweit eine getrennte Zurechnung für die Besteuerung erforderlich ist.

Satz 2 der neuen Fassung von § 39 Absatz 2 Nummer 2 AO bestimmt ergänzend, dass rechtsfähige Personengesellschaften für Zwecke der Ertragsbesteuerung als Gesamthand und deren Vermögen als Gesamthandsvermögen gelten.

Zu Nummer 7§ 79 Absatz 1 Nummer 3

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Die Vorschrift wird an die Rechtsänderungen durch das MoPeG und die damit verbundene Neufassung von § 34 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1 AO angepasst. Personenvereinigungen (vgl. den neuen § 14a AO) und Vermögensmassen sind – seien sie rechtsfähig oder nicht – nicht selbst handlungsfähig. § 79 Absatz 1 Nummer 3 AO bestimmt für diese Fälle nun, dass sie durch die in § 34 AO bezeichneten Personen (gesetzliche Vertreter, Geschäftsführer, Vermögensverwalter, Mitglieder, Gesellschafter oder Gemeinschaftler) zur aktiven oder passiven Vornahme von Verfahrenshandlungen im Besteuerungsverfahren fähig sind.

Zu Nummer 8§ 93 Absatz 7 Satz 1 Nummer 4a

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Durch die Ersetzung der Wörter „Personengesellschaft, Körperschaft, Personenvereinigung“ durch die Wörter „Körperschaft, Personenvereinigung“ wird die Vorschrift an die neue Legaldefinition des Begriffs „Personenvereinigung“ (vgl. § 14a AO – neu –) angepasst.

Zu Nummer 9§ 138 Absatz 3

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Durch die Ersetzung der Wörter „Personengesellschaft, Körperschaft, Personenvereinigung“ durch die Wörter „Körperschaft, Personenvereinigung“ wird die Vorschrift an die neue Legaldefinition des Begriffs „Personenvereinigung“ (vgl. § 14a AO – neu –) angepasst.

Zu Nummer 10§ 138d Absatz 5

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Durch die Ersetzung der Wörter „Personengesellschaft, Gemeinschaft“ durch das Wort „Personenvereinigung“ wird die Vorschrift an die neue Legaldefinition des Begriffs „Personenvereinigung“ (vgl. § 14a AO – neu –) angepasst.

Zu Nummer 11

Zu Buchstabe a

§ 139c Absatz 5 Nummer 11

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Mit dem MoPeG wurde die Möglichkeit geschaffen, dass sich rechtsfähige Personengesellschaften in das neue Gesellschaftsregister eintragen lassen können (vgl. §§ 706 bis 707d BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung). Dem trägt die Neufassung der Regelung Rechnung.

Zu Buchstabe b

§ 139c Absatz 6a

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Nach § 2 Absatz 5 Satz 4 des Onlinezugangsgesetzes (OZG) können juristische Personen, Vereinigungen, denen ein Recht zustehen kann, natürliche Personen, die gewerblich oder beruflich tätig sind, oder Behörden sich ein Organisationskonto einrichten lassen. § 139c Absatz 6a AO erfasste bislang alle Personengesellschaften. Aufgrund der Neuregelungen des Rechts der Personengesellschaften ab dem 1. Januar 2024 wird die Regelung auf „rechtsfähige Personengesellschaften“ beschränkt, da nicht rechtsfähigen Personengesellschaften selbst kein Recht zustehen kann.

Zu Nummer 12

§ 152 Absatz 4 Satz 3

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Die Vorschrift bestimmt derzeit, dass der Verspätungszuschlag in Fällen des § 180 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a AO vorrangig gegen die nach § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4 AO erklärungspflichtigen Personen festzusetzen ist.

Im Interesse der Verfahrensvereinfachung soll die Erklärungspflicht bei rechtsfähigen Personenvereinigungen dieser Vereinigung selbst obliegen. Folgerichtig soll die erklärungspflichtige rechtsfähige Personenvereinigung auch vorrangig für den Verspätungszuschlag in Anspruch genommen werden. Bei rechtsfähige Personenvereinigungen ergibt sich damit im Hinblick auf die Erklärungspflicht und die an die Verletzung dieser Pflicht anknüpfende Festsetzung von Verspätungszuschlägen eine Gleichbehandlung zwischen Steuern, die die Personenvereinigung selbst schuldet (z. B. Umsatzsteuer und Gewerbesteuer), und den gesondert und einheitlich festzustellenden Einkünften und damit zusammenhängenden Besteuerungsgrundlagen.

Zu Nummer 13

Zu Buchstabe a

§ 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Nummer 1 bestimmt derzeit, dass in den Fällen des § 180 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a AO jeder Feststellungsbeteiligte erklärungspflichtig ist, dem ein Anteil an den einkommensteuerpflichtigen oder körperschaftsteuerpflichtigen Einkünften zuzurechnen ist. Nach § 181 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 AO sind in diesen Fällen auch die in § 34 AO bezeichneten Personen erklärungspflichtig.

Im Interesse der Verfahrensvereinfachung soll die Erklärungspflicht bei rechtsfähigen Personenvereinigungen vorrangig dieser Vereinigung und nur nachrangig jedem Feststellungsbeteiligten obliegen, dem ein Anteil an den einkommensteuerpflichtigen oder körperschaftsteuerpflichtigen Einkünften zuzurechnen ist. Im Ergebnis ergibt sich damit bei der Erklärungspflicht und bei der daran anknüpfenden Festsetzung von Verspätungszuschlägen

(§ 152 AO) im Fall rechtsfähiger Personenvereinigungen eine Gleichbehandlung zwischen den Steuern, die die Personenvereinigung selbst schuldet (z. B. Umsatzsteuer und Gewerbesteuer), und den gesondert und einheitlich festzustellenden Einkünfte und damit zusammenhängenden Besteuerungsgrundlagen.

Zu Buchstabe b

§ 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 4

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Da die gesetzlichen Vertreter rechtsfähiger Personenvereinigungen deren steuerliche Pflichten, also auch die Feststellungserklärungspflicht nach Nummer 1, zu erfüllen haben, wird der Anwendungsbereich von Nummer 4 auf nicht rechtsfähige Personenvereinigungen begrenzt.

Zu Nummer 14

§ 183

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Nach § 179 Absatz 2 Satz 2 AO wird eine gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen gegenüber mehreren Beteiligten einheitlich vorgenommen, wenn dies gesetzlich bestimmt ist oder der Gegenstand der Feststellung mehreren Personen zuzurechnen ist. Zur Vermeidung unnötigen Verwaltungsaufwands sollen Verwaltungsakte und Mitteilungen, die nach der AO oder den Steuergesetzen mit der einheitlichen Feststellung zusammenhängen, grundsätzlich nicht allen Feststellungsbeteiligten, sondern regelmäßig nur einem Empfangsbevollmächtigten – allerdings mit Wirkung für und gegen die Feststellungsbeteiligten – bekannt gegeben werden. Dies erfasst neben der Bekanntgabe von Feststellungsbescheiden auch alle anderen mit der Feststellung zusammenhängenden Verwaltungsakte und Mitteilungen, wie z. B. bei der Entscheidung über einen Einspruch gegen den Feststellungsbescheid oder der Entscheidung über eine Änderung des Feststellungsbescheids außerhalb des Einspruchsverfahrens.

Nach § 183 Absatz 1 Satz 1 AO in der bislang geltenden Fassung (zur Änderung mit Wirkung ab 1. Januar 2024 siehe Nummer 15) sollen die Feststellungsbeteiligten hierzu einen gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bestellen. Sofern von den Feststellungsbeteiligten kein gemeinsamer Empfangsbevollmächtigter bestellt wurde, gilt nach § 183 Absatz 1 Satz 2 AO in der bislang geltenden Fassung kraft Gesetzes ein zur Vertretung der Gesellschaft oder der Feststellungsbeteiligten oder ein zur Verwaltung des Feststellungsgegenstands Berechtigter als Empfangsbevollmächtigter. Wenn die Feststellungsbeteiligten von sich aus keinen Empfangsbevollmächtigten bestellt haben und auch kein gesetzlich fingierter Empfangsbevollmächtigter existiert, soll das für die Feststellung zuständige Finanzamt die Beteiligten zur Benennung eines gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten auffordern (§ 183 Absatz 1 Satz 3 AO in der bislang geltenden Fassung).

Aufgrund der Neuregelungen des Rechts der Personengesellschaften durch das MoPeG soll im neugefassten § 183 Absatz 1 Satz 1 AO bei rechtsfähigen Personenvereinigungen abweichend vom bisherigen Recht bestimmt werden, dass alle Verwaltungsakte und Mitteilungen, die mit dem Feststellungsverfahren als solches und mit einem sich möglicherweise anschließenden Verfahren über einen Einspruch zusammenhängen, der rechtsfähigen Personenvereinigung in Vertretung der Feststellungsbeteiligten bekannt zu geben sind. Der Bestimmung eines gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten bedarf es in diesen Fällen nicht mehr. Diese Neuregelung ergänzt die Rechtsänderungen zur Feststellungserklärungspflicht (vgl. Nummer 13: Änderung des § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 AO) und zum Verspätungszuschlag bei gesonderten und einheitlichen Feststellungen (vgl. Nummer 12: Änderung des § 152 Absatz 4 Satz 3 AO). Durch die Neuregelung ergibt sich damit für rechtsfähige Personenvereinigungen eine verfahrensrechtlich weitgehende Gleichbehandlung bei den Steuern, die die Personenvereinigung selbst schuldet (z. B. Umsatzsteuer und Gewerbesteuer), und bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung der Einkünfte und damit zusammenhängender Besteuerungsgrundlagen.

§ 183 Absatz 1 Satz 2 AO – neu – entspricht dem geltenden Recht (§ 183 Absatz 1 Satz 5 AO in der bislang geltenden Fassung).

§ 183 Absatz 2 AO – neu – regelt in Anlehnung an das bislang geltende Recht (§ 183 Absatz 2 Satz 1 AO in der bislang geltenden Fassung), in welchen Fällen die Bekanntgabe der Verwaltungsakte und Mitteilungen, die mit dem Feststellungsverfahren und dem anschließenden Verfahren über einen Einspruch zusammenhängen, ausschließlich an die rechtsfähige Personenvereinigung nicht zulässig ist:

- Nach Satz 1 Nummer 1 ist die Bekanntgabe an die Personenvereinigung unzulässig, wenn die Personenvereinigung vollbeendet ist (dann wäre die Bekanntgabe unwirksam) oder der Finanzbehörde bekannt ist, dass die Personenvereinigung ihre zivilrechtliche Rechtsfähigkeit verloren hat (dann ist § 183a AO anzuwenden).
- Nach Satz 1 Nummer 2 ist die Bekanntgabe an die Personenvereinigung unzulässig, soweit ein Feststellungsbeteiligter der Bekanntgabe an die Personenvereinigung mit Wirkung für und gegen ihn widersprochen hat, weil er aus dieser Personenvereinigung ausgeschieden ist oder weil zwischen den Feststellungsbeteiligten ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ein solcher Widerspruch wird der Finanzbehörde gegenüber nach Satz 2 aber erst wirksam, wenn er ihr zugeht.

§ 183 Absatz 3 AO – neu – regelt in Anlehnung an das bislang geltende Recht (§ 183 Absatz 2 Satz 2 und 3 AO in der bislang geltenden Fassung), welche Besteuerungsgrundlagen einem Feststellungsbeteiligten im Fall der Einzelbekanntgabe nach Absatz 2 Satz 1 bekanntzugeben sind.

Zu Nummer 15

§ 183a – neu –

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Weil der neugefasste § 183 AO nur die Bekanntgabe von Verwaltungsakten und Mitteilungen im einheitlichen Feststellungsverfahren für rechtsfähige Personenvereinigungen – und dabei auch abweichend vom bisherigen Recht – regelt, wird der Anwendungsbereich des bisherigen § 183 AO im neuen § 183a AO auf die übrigen Fälle der gesonderten und einheitlichen Feststellung beschränkt.

Abweichend von der bis 31. Dezember 2023 geltenden Fassung des § 183 Absatz 1 AO wird in § 183a AO – neu – allerdings auf die gesetzliche Fiktion eines zur Vertretung der Gesellschaft oder der Feststellungsbeteiligten oder eines zur Verwaltung des Gegenstands der Feststellung Berechtigter als Empfangsbevollmächtigter (bisheriger Satz 2) verzichtet. Für die hier bislang geregelten Fälle greift künftig im Wesentlichen § 183 AO – neu –.

§ 183a Absatz 2 Satz 1 AO – neu – entspricht weitgehend dem § 183 Absatz 2 Satz 1 AO in der bislang geltenden Fassung, hinzu kommt lediglich der Fall, dass die Personenvereinigung rechtsfähig (und damit § 183 AO – neu – einschlägig) geworden ist.

Die Sätze 2 und 3 des § 183a Absatz 2 AO – neu – entsprechen weitestgehend § 183 Absatz 3 AO in der bislang geltenden Fassung. Neu ist in Satz 3, dass zur Klarstellung auch der Widerspruch gegen die Bekanntgabe an den gemeinsamen Empfangsbevollmächtigten nach Satz 2 erfasst wird. Eine materielle Änderung ist damit nicht verbunden.

§ 183a Absatz 3 AO – neu – verweist zur Rechtsverschlinkung inhaltlich auf § 183 Absatz 3 AO – neu – und enthält materiell keine Änderungen gegenüber § 183 Absatz 2 Satz 2 und 3 AO in der bislang geltenden Fassung.

Die Regelung des § 183 Absatz 4 AO in der bislang geltenden Fassung ist nun ohne Änderungen in § 183a Absatz 4 AO – neu – enthalten.

Zu Nummer 16

§ 267

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Die Überschrift wird an den erweiterten Umfang der Vorschrift angepasst.

Die Vorschrift regelt bislang die Vollstreckung steuerlicher Forderungen bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen (ausgenommen Innengesellschaften wie insbesondere typische oder atypische stille Gesellschaften). Diese Regelung ist mit unverändertem Inhalt nunmehr Absatz 1. Für nicht rechtsfähige Gesellschaften (§ 740 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) gilt die Regelung auch künftig nicht, auch nicht entsprechend (vgl. § 14a Absatz 4 AO – neu –).

Der neue Absatz 2 bestimmt, dass die Vollstreckung in das Vermögen einer rechtsfähigen Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Sinne von § 705 Absatz 2 BGB zulässig ist, wenn bereits ein vollstreckungsfähiger Verwaltungsakt gegen die Personenvereinigung vor der Erlangung ihrer Rechtsfähigkeit ergangen ist. Dies betrifft die Fälle, in denen ein vollstreckbarer Verwaltungsakt bis zum 1. Januar 2024 ergangen ist. Von dieser Regelung sollen

auch die Fälle erfasst werden, in denen eine nach den Verhältnissen zum 1. Januar 2024 nicht rechtsfähige Personenvereinigung später durch Teilnahme am Rechtsverkehr Rechtsfähigkeit erlangt.

Zu Nummer 17

§ 284 Absatz 1 Satz 3

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Der Vollstreckungsschuldner muss nach § 284 AO der Vollstreckungsbehörde auf deren Verlangen für die Vollstreckung einer Forderung Auskunft über sein Vermögen erteilen, wenn er die Forderung nicht binnen zwei Wochen begleicht, nachdem ihn die Vollstreckungsbehörde unter Hinweis auf die Verpflichtung zur Abgabe der Vermögensauskunft zur Zahlung aufgefordert hat. Handelt es sich bei dem Vollstreckungsschuldner um eine juristische Person oder um eine rechtsfähige Personenvereinigung, so hat er seine Firma oder seinen Namen, die Nummer des Registerblatts im Handelsregister und seinen Sitz anzugeben (§ 284 Absatz 1 Satz 3 AO).

Mit dem MoPeG wurde die Möglichkeit geschaffen, dass sich rechtsfähige Personengesellschaften in das neue Gesellschaftsregister eintragen lassen können (vgl. §§ 706 bis 707d BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung). Dem trägt die Neufassung der Regelung Rechnung.

Zu Nummer 18

§ 352

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

Die Vorschrift regelt wie bisher im Interesse der Verwaltungsvereinfachung, wer gegen Bescheide über eine gesonderte und einheitliche Feststellung Einspruch einlegen kann. In Abhängigkeit von der Rechtsfähigkeit der Personenvereinigung wird diese Einspruchsbefugnis wie folgt neu geregelt:

Rechtsfähige Personenvereinigungen:

- In diesen Fällen ist nach Nummer 1 Buchstabe a grundsätzlich allein die Personenvereinigung einspruchsbefugt, nicht mehr wie bisher der zur Vertretung berufene Geschäftsführer.
- Besteht die rechtsfähige Personenvereinigung nicht mehr (steuerliche Vollbeendigung), ist nach Nummer 1 Buchstabe b jeder Gesellschafter oder Gemeinschaftler einspruchsbefugt, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte. Dies entspricht im Grundsatz der bislang in § 352 Absatz 1 Nummer 2 AO enthaltenen Regelung.
- Soweit nach § 183 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 AO – neu – eine Einzelbekanntgabe des Feststellungsbescheids erfolgt ist oder zu erfolgen hätte, weil ein Feststellungsbeteiligter aus der Personenvereinigung ausgeschieden ist oder weil zwischen den Feststellungsbeteiligten ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist nach Nummer 3 dieser Gesellschafter, Gemeinschaftler oder Mitberechtigte einspruchsbefugt. Dies gilt auch dann, wenn der Feststellungsbescheid nach § 183 Absatz 2 Satz 2 AO – neu – mangels Widerspruchs der Personenvereinigung mit Wirkung für und gegen diesen Feststellungsbeteiligten bekanntgegeben worden ist.

Sonstige Fälle einheitlicher Feststellungen (insbesondere nicht rechtsfähige Personenvereinigungen sowie Feststellungen nach der Verordnung zu § 180 Abs. 2 AO):

- In diesen Fällen ist nach Nummer 2 Buchstabe a – wie bisher – grundsätzlich allein die in Absatz 2 bezeichnete Person (Einspruchsbevollmächtigter) einspruchsbefugt.
- Nummer 2 Buchstabe b nimmt die Regelung des bisherigen § 352 Absatz 1 Nummer 2 AO auf: ist kein Einspruchsbefugter nach Absatz 2 vorhanden, ist jeder Gesellschafter, Gemeinschaftler oder Mitberechtigte einspruchsbefugt, gegen den der Feststellungsbescheid ergangen ist oder zu ergehen hätte.
- Soweit nach § 183a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 AO eine Einzelbekanntgabe des Feststellungsbescheids erfolgt ist oder zu erfolgen hätte, weil ein Feststellungsbeteiligter aus der Personenvereinigung ausgeschieden ist oder weil zwischen den Feststellungsbeteiligten ernstliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist nach Nummer 3 dieser Gesellschafter, Gemeinschaftler oder Mitberechtigte einspruchsbefugt. Dies gilt auch dann,

wenn der Feststellungsbescheid nach § 183a Absatz 2 Satz 2 AO – neu – mangels Widerspruchs dem Empfangsbevollmächtigten nach § 183a Absatz 1 Satz 1 AO – neu – auch mit Wirkung für und gegen diesen Feststellungsbeteiligten bekanntgegeben worden ist.

Absatz 1 Nummer 4 und 5 entspricht den bisherigen Regelungen in § 352 Absatz 1 Nummer 4 und 5 AO und gelten sowohl bei rechtsfähigen Personenvereinigungen als auch bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und sonstigen Fällen einer gesonderten und einheitlichen Feststellung.

§ 352 Absatz 2 AO – neu – entspricht weitestgehend dem bisher geltenden Recht, er wird lediglich an den neuen § 183a Absatz 1 AO und § 352 Absatz 1 AO angepasst.

Zu Artikel 24 (Weitere Änderung der Abgabenordnung)

§ 183a Absatz 4

Durch Artikel 5 Nummer 5 des Grundsteuer-Reformgesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794) sollen in § 183 Absatz 4 AO mit Wirkung ab 1. Januar 2025 die Wörter „den Einheitswert oder“ gestrichen werden. Da der bisherige § 183 AO durch den neuen § 183a AO (vgl. Artikel 23 Nummer 15) ersetzt wird, ginge der noch nicht in Kraft getretene Änderungsbefehl in Artikel 5 Nummer 5 des Grundsteuer-Reformgesetzes ins Leere. Er wird durch Artikel 24 – ebenfalls mit Inkrafttreten am 1. Januar 2025 – in angepasster Fassung ersetzt. Artikel 5 Nummer 5 des Grundsteuer-Reformgesetzes ist im Interesse der Rechtsklarheit zugleich zu streichen (vgl. Artikel 34 Absatz 6 des vorliegenden Änderungsgesetzes).

Zu Artikel 25 (Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung)

Artikel 97 § 39 – neu –

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG und daran anknüpfend durch Artikel 23 dieses Gesetzes eintretenden Rechtsänderungen.

Artikel 97 § 39 Absatz 1 und 2 EGAO – neu – enthält eine Anwendungs- und Übergangsregelung zu den für rechtsfähige Personenvereinigungen geänderten Regelungen in § 152 Absatz 4 Satz 3 und § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 AO.

Artikel 97 § 39 Absatz 3 EGAO – neu – enthält eine Anwendungs- und Übergangsregelung zur Bekanntgabe von einheitlichen Feststellungsbescheiden. Sie soll es insbesondere ermöglichen, in den Jahren 2024 und 2025 im einheitlichen Feststellungsverfahren Verwaltungsakte oder Mitteilungen übergangsweise noch dem Empfangsbevollmächtigten nach § 183 AO in der bisher geltenden Fassung bekanntzugeben, wenn die Grundinformationsdaten noch nicht oder nicht rechtzeitig angepasst worden sind.

Artikel 97 § 39 Absatz 4 EGAO – neu – enthält eine an Artikel 97 § 18 Absatz 3 EGAO angelehnte Anwendungs- und Übergangsregelung für das Einspruchsverfahren.

Nach Artikel 97 § 39 Absatz 5 EGAO – neu – sind für Feststellungszeiträume und Feststellungszeitpunkte vor dem 1. Januar 2024 § 152 Absatz 4 Satz 3, § 181 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1, § 183 und § 352 AO in der bisher geltenden Fassung weiter anzuwenden, wenn über das Vermögen einer Personenvereinigung vor dem 1. Januar 2024 das Insolvenzverfahren eröffnet wurde.

Zu Artikel 26 (Weitere Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung)

Artikel 97 § 10b Satz 3

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG und daran anknüpfend durch Artikel 23 dieses Gesetzes eintretenden Rechtsänderungen.

Dem Artikel 97 § 10b EGAO wird durch Artikel 7 Nummer 2 Buchstabe b des Grundsteuer-Reformgesetzes mit Wirkung ab 1. Januar 2025 ein neuer Satz 3 angefügt. Diese Regelung ist mit Wirkung ab 1. Januar 2025 an die

Ersetzung des bisherigen § 183 AO durch den neuen § 183a AO (vgl. Artikel 23 Nummer 15) anzupassen. Zugleich wird ein redaktioneller Fehler beseitigt.

Zu Artikel 27 (Änderung der Finanzgerichtsordnung)

§ 48

Es handelt sich um eine Anpassung an die aufgrund des MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Neufassung von § 48 FGO dient der Anpassung an die Änderungen der Klagebefugnis im einheitlichen Feststellungsverfahren (vgl. § 352 AO, Artikel 23 Nummer 18).

Zu Artikel 28 (Änderung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes)

Zu Nummer 1

Inhaltsübersicht

Die Inhaltsübersicht wird aufgrund der Einfügung des neuen § 2a ErbStG angepasst.

Zu Nummer 2

§ 2a – neu –

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen.

An den bisherigen Grundsätzen der Besteuerung von Erwerben von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden wird festgehalten. Durch Einführung dieser Vorschrift wird im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht für die rechtsfähigen Personengesellschaften die Fortführung des Transparenzprinzips und des Gesamthandsprinzips klargestellt.

Diese Klarstellung ergibt sich bereits folgerichtig aus den Änderungen im steuerlichen Verfahrensrecht. Im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht knüpfen die §§ 13a, 13b ErbStG an die Ertragsbesteuerung an. § 39 Absatz 2 Nummer 2 AO – neu – normiert, dass rechtsfähige Personengesellschaften für Zwecke der Ertragsbesteuerung weiterhin als Gesamthand und deren Vermögen als Gesamthandsvermögen gelten. Aufgrund der Verknüpfung mit der Ertragsbesteuerung erfolgt auch im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht eine entsprechende Normierung der bisherigen Grundsätze.

Für die nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen im Sinne des § 14a Absatz 3 AO – neu – haben sich durch das MoPeG keine Änderungen ergeben.

Im Fall eines Erwerbs nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 ErbStG durch eine rechtsfähige Personengesellschaft gelten deren Gesellschafter als Erwerber. Bei einer Zuwendung durch eine rechtsfähige Personengesellschaft gelten deren Gesellschafter als Zuwendende. Damit soll die bisherige Betrachtungsweise im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht, wonach es einer eigenständigen Prüfung bedarf, wer z. B. als Bedachter (Erwerber) durch eine freigebige Zuwendung auf Kosten des Zuwendenden bereichert wurde, fortgeführt werden. Ist künftig eine rechtsfähige Personengesellschaft zivilrechtlich als Bedachte an einem Schenkungsvorgang beteiligt, soll die eigenständige schenkungsteuerrechtliche Prüfung weiterhin ergeben, dass nicht die Gesellschaft, sondern die beteiligten Gesellschafter durch die freigebige Zuwendung schenkungsteuerrechtlich als vermögensmäßig bereichert anzusehen sind.

Zu Nummer 3

§ 10 Absatz 1 Satz 4

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Durch die Ersetzung der Wörter „Personengesellschaft oder einer anderen Gesamthandsgemeinschaft“ durch das Wort „Personenvereinigung“ wird die Vorschrift an die neue Legaldefinition des Begriffs „Personenvereinigung“ (vgl. § 14a AO – neu –) angepasst. Der Begriff umfasst sowohl rechtsfähige als auch nicht rechtsfähige Personenvereinigungen. Im Fall einer nicht rechtsfähigen Personengesellschaft ist die Vorschrift gemäß § 14a Absatz 4 AO – neu – sinngemäß anzuwenden.

Zu Nummer 4§ 13b Absatz 4 Nummer 1 Satz 2 Buchstabe d

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Für die rechtsfähige Personengesellschaft wurde durch das MoPeG klargestellt, dass die für die Personengesellschaft erworbenen Rechte und die gegen sie begründeten Verbindlichkeiten zum Vermögen der Personengesellschaft gehören (§ 713 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung), womit zum Ausdruck gebracht wurde, dass Träger des Vermögens die Personengesellschaft selbst ist, nicht mehr ihre Gesellschafter in gesamthänderischer Verbundenheit. Klarstellend wird hier der Wortlaut „gesamthänderisch gebundenen Betriebsvermögen“ durch einen Verweis auf Betriebsvermögen im Sinne des § 97 Absatz 1a Nummer 1 des Bewertungsgesetzes einer Personengesellschaft ersetzt. Der bisherige Anwendungsbereich der Norm bleibt dadurch unberührt. Die Klarstellung dient der Fortführung der bisherigen Rechtslage.

Zu Nummer 5§ 18 Satz 1

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Änderung vollzieht die Einfügung des § 14a AO nach. Nach der Legaldefinition in der AO soll der Begriff Personenvereinigung abweichend vom Zivilrecht wie bisher nur Personenzusammenschlüsse ohne Rechtspersönlichkeit umfassen. Mit der Ergänzung werden in § 18 ErbStG weiterhin auch Beiträge an rechtsfähige Vereine erfasst.

Zu Artikel 29 – neu – (Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes)§ 24 – neu –

Zum 1. Januar 2024 treten wesentliche Änderungen des Gesetzes zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG) vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) in Kraft, insbesondere die weitgehende Aufhebung der Regelungen zur gesamthänderischen Vermögensbindung aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Wie bei Kapitalgesellschaften erfolgt ab dem 1. Januar 2024 eine strikte Trennung der Vermögenssphären zwischen Personengesellschaft und Gesellschafter. Insbesondere die Steuervergünstigungen des § 5 Absatz 1 und 2 GrEStG, des § 6 Absatz 3 Satz 1 GrEStG sowie des § 7 Absatz 2 GrEStG, die auf die Gesamthand (Gemeinschaft zur gesamten Hand) abzielen, könnten keinen Anwendungsraum mehr haben.

Wenngleich mit der Prüfung eines etwaigen Anpassungsbedarfs des Grunderwerbsteuergesetzes zeitnah begonnen worden ist, konnte diese nicht rechtzeitig abgeschlossen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Auswirkungen des MoPeG auf die Grunderwerbsteuer als Rechtsverkehrsteuer nicht einhellig beurteilt werden.

Im Hinblick auf die unterschiedliche Beurteilung wird der Status quo im Grunderwerbsteuergesetz mit der Einführung des neuen § 24 GrEStG zunächst für drei Jahre befristet fortgeführt, indem Personengesellschaften weiterhin für Zwecke der Grunderwerbsteuer als Gesamthand fingiert werden. Die hierdurch gewonnene Zeit muss dafür genutzt werden, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern die Prüfung des Anpassungsbedarfs des Grunderwerbsteuergesetzes intensiv fortsetzt. Es soll eine rechtssichere gesetzliche Regelung geschaffen werden, die auch in einer Neugestaltung münden kann. Hierdurch können die Belange der Länder – denen die Verwaltungs- und Ertragskompetenz der Grunderwerbsteuer obliegen – berücksichtigt werden. Gleichzeitig wird Rechtssicherheit für die Wirtschaft und die Finanzverwaltung herbeigeführt.

Da die Prüfung bereits begonnen hat, wird davon ausgegangen, dass innerhalb des vorgesehenen Zeitraums Ergebnisse erzielt werden.

Aus steuerfachlichen Gründen wird die befristete Regelung nicht in § 39 der Abgabenordnung verortet, sondern im Grunderwerbsteuergesetz. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs und der Auffassung der Finanzverwaltung ist § 39 der Abgabenordnung im Grunderwerbsteuerrecht nicht anwendbar. Diese gefestigte Rechtsansicht sollte durch eine Verortung der Regelung zur Beibehaltung des Status quo in § 39 der Abgabenordnung nicht in Frage gestellt werden.

Die laufenden Nachbehaltensfristen der §§ 5 und 6 GrEStG werden nicht alleine durch Inkrafttreten des MoPeG verletzt.

Zu Artikel 30 (Weitere Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes)§ 24 – aufgehoben –

§ 24 GrEStG wird mit Ablauf des 31. Dezember 2026 aufgehoben (vgl. Artikel 36 Absatz 5 – neu –).

Zu Artikel 31 (Änderung des Bewertungsgesetzes)**Zu Nummer 1**§ 97 Absatz 2 Satz 2 – neu –

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Durch das MoPeG sind ab 2024 nicht eingetragene Vereine und Vereine, die nicht durch staatliche Verleihung Rechtspersönlichkeit erlangt haben, rechtsfähige Personenzusammenschlüsse ohne Rechtspersönlichkeit (§ 54 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung). Daher ist der Begriff des nicht rechtsfähigen Vereins in § 97 Absatz 2 BewG anzupassen und lautet zukünftig „Vereine ohne Rechtspersönlichkeit“.

Die ebenfalls in § 97 Absatz 2 BewG genannten nicht rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen sind keine Personenvereinigungen, sondern nicht rechtsfähige Zweckvermögen des privaten Rechts. Der Zusatz „nicht rechtsfähig“ wird vor Anstalten eingefügt, um für Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts den bestehenden Rechtszustand fortzuführen.

Zu Nummer 2§ 153 Absatz 2

Im Interesse der Verfahrensvereinfachung soll die Erklärungspflicht bei Fällen, in denen der Gegenstand der Feststellung einer Personengesellschaft im Sinne des § 97 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 BewG zuzurechnen ist, vorrangig dieser Personengesellschaft und nur nachrangig jedem Feststellungsbeteiligten obliegen, für dessen Besteuerung eine gesonderte Feststellung von Bedeutung ist. Dafür wird ein neuer Satz 2 eingefügt. Die Klarstellung in dem neuen § 153 Absatz 2 Satz 3 BewG, dass dies auch gilt, wenn der Gegenstand der Feststellung ein Anteil am Betriebsvermögen ist, bezieht sich weiterhin auf Satz 1 und ebenfalls auf Satz 2 – neu –.

Zu Nummer 3§ 154 Absatz 3

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. § 154 Absatz 3 BewG ist an die Verschiebung der hier bislang genannten Regelung des § 183 AO in der bisher geltenden Fassung nach § 183a AO – neu – redaktionell anzupassen.

Zu Artikel 32 (Änderung des Bodenschätzungsgesetzes)**Zu Nummer 1**§ 12 Satz 2

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Verweisung in § 12 Satz 2 des Bodenschätzungsgesetzes auf die §§ 180 bis 183 AO ist um den neuen § 183a AO zu ergänzen.

Zu Nummer 2§ 13 Absatz 4

Die neue Fassung des § 13 Absatz 4 BodSchätzG ermöglicht für die Offenlegung der Bodenschätzungsergebnisse mit dieser Ergänzung auch die öffentliche Bekanntmachung durch die entsprechende Veröffentlichung auf der Internetseite der Finanzämter oder der obersten Finanzbehörden der Länder. Die Regelung dient der Stärkung der Öffentlichkeitsbeteiligung, indem dem Einzelnen der Zugang zu den erforderlichen Informationen erleichtert wird. Durch die Veröffentlichung von Unterlagen im Internet werden diese im Gegensatz zur herkömmlichen

Einsichtsgewährung weltweit und zeitlich unbegrenzt verfügbar gemacht. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger über einen Internetzugang verfügen, wird die Regelung als Ergänzung eingeführt. Die Regelung zur Offenlegung in den Räumen des Finanzamts bleibt bestehen.

Zu Artikel 33 (Weitere Änderung des Bodenschätzungsgesetzes)

§ 12 Satz 2

Auf Feststellungszeitpunkte ab dem 1. Januar 2025 werden keine Einheitswerte mehr festgestellt. Artikel 33 bereinigt daher die betroffene, durch Artikel 32 Nummer 1 zum 1. Januar 2024 geänderte Vorschrift im Bodenschätzungsgesetz und ersetzt im Ergebnis die Wörter „Einheitswerten oder Grundsteuerwerten“ durch den Begriff „Grundsteuerwerten“.

Zu Artikel 34 (Folgeänderungen)

Absatz 1 (Änderung des Handelsgesetzbuchs)

Es handelt sich um eine redaktionelle Klarstellung. Eintragungen im Gesellschaftsregister und zum Gesellschaftsregister eingereichte Dokumente sind bereits über § 8b Absatz 2 Nummer 2a HGB im Unternehmensregisters zugänglich. In Nummer 12 wird klargestellt, dass auch Registerbekanntmachungen des Gesellschaftsregisters über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich sind. Auch im Gesellschaftsregister gibt es keine separate Bekanntmachung der Eintragung, jedoch sogenannte Registerbekanntmachungen nach § 10 Absatz 3 HGB in Verbindung mit § 707b Nummer 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung. Diese Registerbekanntmachungen sollen über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich sein.

Absatz 2 (Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit)

Nummer 1

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung der Bundesregierung hat der Bundeskanzler mit Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) angeordnet, dass das vormalige Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Bezeichnung „Bundesministerium der Justiz“ erhält. Durch die Anpassungen in § 14a Satz 1, § 259 Absatz 1 Satz 1, § 378 Absatz 4 Satz 1 und § 387 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) wird diese Änderung nachvollzogen.

Nummer 2

In § 388 Absatz 1 FamFG wird die Angabe „§ 125a“ durch die Angabe „§ 125“ ersetzt, da § 125a HGB durch das MoPeG in § 125 HGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung aufgeht.

Absatz 3 (Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs)

Nummer 1

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung der Bundesregierung hat der Bundeskanzler mit Organisationserlass vom 8. Dezember 2021 (BGBl. I S. 5176) angeordnet, dass das vormalige Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Bezeichnung „Bundesministerium der Justiz“ erhält. Durch die Anpassungen in § 707d Absatz 1 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) wird die geänderte Behördenbezeichnung in das Gesetz übernommen.

Nummer 2

Es handelt sich um eine redaktionelle Richtigstellung. Der § 715 Absatz 3 BGB – neu – verfügt über keinen Satz 3. Der Verweis in § 715a Satz 1 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung hat sich stattdessen auf § 715 Absatz 3 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung, der die gemeinsame Geschäftsführungsbefugnis regelt, in seiner Gesamtheit zu beziehen.

Absatz 4 (Änderung des Personengesellschaftsmodernisierungsgesetzes)

Der Änderungsbefehl in Artikel 38 Nummer 1 des MoPeG wird aufgehoben, da er zu einem grammatikalisch falschen Wortlaut in § 1 Absatz 2 StaRUG führen würde. Artikel 34 Absatz 14 enthält stattdessen den sprachrichtigen Änderungsbefehl.

Der Änderungsbefehl des Artikel 60 Nummer 14 des MoPeG ist infolge Artikel 1 Nummer 26 des Gesetzes zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Gesetze (UmRUG), wonach unter anderem der § 122f UmwG aufgehoben wird, nicht mehr vollzugsfähig. Nachfolgevorschrift des § 122f UmwG ist § 311 UmwG. Artikel 34 Absatz 16 enthält den auf § 311 UmwG bezogenen Änderungsbefehl.

Artikel 77 Nummer 4 Buchstabe b des MoPeG wird aufgehoben. Artikel 21 Nummer 4 des Gesetzes zur Stärkung der Finanzmarktintegrität fasst den § 43a Absatz 1 Nummer 9 WPO neu, sodass der derzeitige Änderungsbefehl des MoPeG ins Leere läuft. Artikel 34 Absatz 18 enthält stattdessen den neuen Änderungsbefehl.

Die Änderungsbefehle des Artikel 81 Nummer 1 Buchstabe e und f des MoPeG sind nicht vollziehbar: Das Wort „Personalgesellschaften“ kommt weder in § 2 Absatz 18 Nummer 2 AWG noch in § 2 Absatz 19 AWG vor. Zudem ist § 2 Absatz 19 AWG nicht in Nummern untergliedert. Artikel 34 Absatz 19 enthält die korrekten Änderungsbefehle.

Der Änderungsbefehl des Artikel 91 Nummer 3 Buchstabe b des MoPeG ist in Verbindung mit dem Änderungsbefehl des Artikel 91 Nummer 3 Buchstabe a des MoPeG nicht vollziehbar. Nach der Aufhebung des § 138 Absatz 1 Satz 1 KAGB durch Artikel 91 Nummer 3 Buchstabe a des MoPeG hat § 138 Absatz 1 KAGB nur zwei Sätze. Es entsteht kein neuer § 138 Absatz 1 Satz 3 KAGB. Das gleiche Problem stellt sich parallel mit dem Änderungsbefehl des Artikel 91 Nummer 6 Buchstabe b des MoPeG. Artikel 34 Absatz 20 enthält die korrekten Änderungsbefehle.

Der Änderungsbefehl des Artikel 92 Nummer 4 MoPeG läuft insgesamt ins Leere, da der bisherige § 20 Absatz 2 GwG im Zuge des TraFinG aufgehoben wurde. Artikel 34 Absatz 21 enthält die korrekten Änderungsbefehle.

Die genannten Änderungsbefehle des MoPeG sollen erst gar nicht in Kraft treten. Die Aufhebung soll daher jeweils bereits am Tag nach der Verkündung des Gesetzes und vor Inkrafttreten des MoPeG (1. Januar 2024) in Kraft treten.

Absatz 5 (Änderung des Verwaltungszustellungsgesetzes)

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Die Verweisung in § 7 Absatz 3 des Verwaltungszustellungsgesetzes auf § 183 AO ist um den neuen § 183a AO zu ergänzen.

Absatz 6 (Änderung des Grundsteuer-Reformgesetzes)

Es handelt sich um eine Anpassung an die mit dem MoPeG eintretenden Rechtsänderungen. Artikel 5 Nummer 5 des Grundsteuer-Reformgesetzes vom 26. November 2019 (BGBl. I S. 1794) ist im Interesse der Rechtsklarheit zu streichen, weil dieser Änderungsbefehl aufgrund seiner Ersetzung durch Artikel 24 dieses Gesetzes gegenstandslos geworden ist.

Absatz 7 (Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung)Nummer 1 (§ 8)

Die Änderung vollzieht die Einfügung des § 14a AO nach. Mit der Änderung wird in § 8 GewStDV somit der Begriff des nicht rechtsfähigen Vereins in Verein ohne Rechtspersönlichkeit geändert.

Nummer 2 (§ 25 Absatz 1 Nummer 3 Satz 2)

Die Änderung vollzieht die Einfügung des § 14a AO nach. Mit der Änderung wird in § 25 Absatz 1 Nummer 3 GewStDV somit der Begriff der nicht rechtsfähigen Vereine in Vereine ohne Rechtspersönlichkeit geändert.

Absatz 8 (Änderung des Umwandlungssteuergesetzes)

Mit dem MoPeG wurde in § 3 Umwandlungsgesetz (UmwG) der Kreis der verschmelzungsfähigen Rechtsträger und in § 124 UmwG der Kreis der spaltungsfähigen Rechtsträger um die eingetragene Gesellschaft bürgerlichen Rechts ergänzt. Diese Ergänzung wird in § 1 Absatz 3 Nummer 1 UmwStG nachvollzogen. Dadurch ist der

Sechste bis Achte Teil des Umwandlungssteuergesetzes auch künftig für alle verschmelzungs- und spaltungsfähigen Personengesellschaften anwendbar.

Absatz 9 (Änderung der Anlage zu der Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Eisenbahnverkehr)

Bei der Änderung handelt es sich um eine Folgeänderung, die mit der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach § 705 Absatz 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung einhergeht. Es wird klargestellt, dass angemessene Kosten im Sinne der Nummer 8 der Anlage für die Mitarbeit in – auch rechtsfähigen – Personengesellschaften einzusetzen sind.

Absatz 10 (Änderung des Verkehrssicherstellungsgesetzes)

Bei der Änderung handelt es sich um eine Folgeänderung, die mit der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach § 705 Absatz 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung neu einhergeht. Es wird klargestellt, dass der Auskunftspflicht nach § 15 des Verkehrssicherstellungsgesetzes auch rechtsfähige Personengesellschaften unterfallen.

Absatz 11 (Änderung des Entschädigungsgesetzes)

Bei der Änderung handelt es sich um eine Folgeänderung, die mit der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach § 705 Absatz 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung neu einhergeht. Es wird klargestellt, dass Berechtigter im Sinne des Entschädigungsgesetzes auch rechtsfähige Personengesellschaften sein können.

Absatz 12 (Änderung des Ausgleichsleistungsgesetzes)

Bei der Änderung handelt es sich um eine Folgeänderung, die mit der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach § 705 Absatz 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung einhergeht. Es wird klargestellt, dass zum Flächenerwerb nach § 3 des Ausgleichsleistungsgesetzes ausschließlich unbeschränkt haftende Gesellschafter rechtsfähiger Personengesellschaften berechtigt sind.

Absatz 13 (Änderung der Insolvenzordnung)

Nummer 1 (§ 11 Absatz 1 Satz 2)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 54 BGB durch das MoPeG. Dort wurde aus Klarstellungsgründen der Begriff des nicht rechtsfähigen Vereins durch den neu eingeführten Begriff des Vereins ohne Rechtspersönlichkeit ersetzt. Damit wurde der Rechtsprechungstradition des BGH dahingehend Rechnung getragen, dass sich die (partielle) Rechtsfähigkeit des nicht eingetragenen Vereins (entgegen seines derzeitigen Wortlauts) auch im Gesetz wiederspielt (vgl. BGHZ 50, 325 (328)). Der Begriff wird daher auch in § 11 Absatz 1 Satz 2 der Insolvenzordnung (InsO) angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 230 Absatz 2)

Es handelt sich ebenfalls um eine Folgeänderung zur Änderung des § 54 BGB durch das MoPeG. Im Einzelnen siehe Begründung zu Nummer 1.

Absatz 14 (Änderung des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes)

Nummer 1 (§ 1 Absatz 2)

Es handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 15a Absatz 1 Satz 3 InsO durch das MoPeG. Dort wurde der Begriff der Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit bereits durch den neu eingeführten Begriff der rechtsfähigen Personengesellschaft ersetzt. Da § 1 Absatz 2 des Unternehmensstabilisierungs- und -restrukturierungsgesetzes (StaRUG) auf diese Vorschrift verweist, wird der Begriff auch in dem Verweis angepasst. Die Folgeänderung entspricht inhaltlich dem Artikel 38 Nummer 1 MoPeG, wobei der Änderungsbefehl dort zu einem grammatikalisch unrichtigen Wortlaut führen würde und er daher mit Artikel 34 Absatz 4 dieses Gesetzes wieder aufgehoben wird.

Nummer 2 (§ 15 Absatz 2)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 54 BGB durch das MoPeG.

Zu Absatz 15 (Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes)

§ 9a Absatz 4 Satz 1 zweiter Halbsatz WEG verweist für die Wohnungseigentümergeinschaft bislang auf die Nachhaftungsregelung zur offenen Handelsgesellschaft gemäß § 160 HGB. Mit § 728b BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung existiert erstmals eine eigene Nachhaftungsvorschrift zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts. Ein Rückgriff auf das Handelsrecht ist in § 9a WEG nicht mehr notwendig. Da die Wohnungseigentümergeinschaft typischerweise kein Handelsgewerbe betreibt, ist der Verweis auf § 728b BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung sachgerechter.

Absatz 16 (Änderung des Umwandlungsgesetzes)Nummer 1 (§ 305 Absatz 2 Satz 2)

Durch die Änderung von § 305 UmwG wird die gegenwärtige Verweisung auf den Ersten Unterabschnitt angepasst und in einen Verweis auf den Zweiten Unterabschnitt geändert.

Nummer 2 (§ 311 Absatz 1 Satz 1)

Durch die Änderung von § 311 des Umwandlungsgesetzes (UmwG) wird die gegenwärtige Verweisung auf den geltenden § 44 UmwG über die Prüfung der Verschmelzung angepasst und in einen Verweis auf den § 39e UmwG in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung geändert.

Absatz 17 (Änderung des Lastenausgleichsgesetzes)

Bei der Änderung handelt es sich um eine Folgeänderung, die mit der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach § 705 Absatz 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung einhergeht. Soweit § 349 Absatz 3 Satz 3 des Lastenausgleichsgesetzes wegen der Möglichkeiten eines Schadensausgleichs auf Gesellschaften bürgerlichen Rechts Bezug nimmt, wird klargestellt, dass damit ausschließlich rechtsfähige Gesellschaften bürgerlichen Rechts erfasst sind.

Absatz 18 (Änderung der Wirtschaftsprüferordnung)

Bei der Änderung handelt es sich um eine Folgeänderung, die mit der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach § 705 Absatz 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung einhergeht. Es wird klargestellt, dass Berufsangehörige im Sinne des § 43a der Wirtschaftsprüferordnung (WPO) auch – rechtsfähige – Personengesellschaften sein können.

Absatz 19 (Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes)

Bei den Änderungen handelt es sich um Folgeänderungen, die mit der gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts nach § 705 Absatz 2 BGB in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung einhergehen. Es wird klargestellt, dass Unionsansässige und Unionsfremde im Sinne des § 2 Absatz 18 und 19 des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) auch – rechtsfähige – Personengesellschaften sowie Zweigniederlassungen und Betriebsstätten rechtsfähiger Personengesellschaften sein können.

Bei den Ergänzungen in § 5a Absatz 1 und 2 sowie § 13 Absatz 2a AWG handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen, die notwendig werden, weil diese Vorschriften durch das Zweite Gesetz zur effektiveren Durchsetzung von Sanktionen vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I, 2606, 2617) erst nach Verkündung, aber noch vor Inkrafttreten des MoPeG vom 10. August 2021 (BGBl. I 3436) in das AWG neu eingeführt worden sind.

Absatz 20 (Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs)

Durch die Änderung von § 138 Absatz 1 Satz 2 und § 161 Absatz 2 Satz 2 des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) wird die Verweisung auf § 133 Absatz 2 und 3 HGB angepasst. Die Voraussetzungen für das Vorliegen eines wichtigen Grundes zur außerordentlichen Kündigung ergeben sich aus § 132 Absatz 2 Satz 2 HGB – neu –. Durch die Verweisung auf § 132 Absatz 6 HGB – neu – wird klargestellt, dass dieses außerordentliche Kündigungsrecht nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden kann.

Absatz 21 (Änderung des Geldwäschegesetzes)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Der Änderungsbefehl in Artikel 92 Nummer 4 des MoPeG bezieht sich auf § 20 Absatz 2 des Geldwäschegesetzes a. F. Diese Vorschrift wurde durch das Transparenzregister-

und Finanzinformationsgesetz (TraFinG) vom 25. Juni 2021 zwischenzeitlich aufgehoben. Der Änderungsbefehl muss daher auf den § 20 Absatz 2 GwG n. F. ausgerichtet werden und dort das Gesellschaftsregister ergänzen.

Zu Artikel 35 (Neubekanntmachung der Abgabenordnung)

Aufgrund der Vielzahl der vorgenommenen Änderungen – u. a. infolge der notwendigen Anpassungen an das MoPeG – wird das Bundesministerium der Finanzen ermächtigt, den Wortlaut der Abgabenordnung in der vom 1. Januar 2024 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

Zu Artikel 36 (Inkrafttreten)

Absatz 2 – neu –

Unter Hinweis auf Artikel 43 Absatz 1 des Jahressteuergesetzes 2022 vom 16. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2294) tritt die Aufhebung des Abschnitts XVI sowie der §§ 123 bis 126 EStG mit Wirkung vom 21. Dezember 2022 in Kraft.

Absatz 3 – neu –

Die Artikel 20 bis 23, 25, 27 bis 29, 31, 32, 34 Absatz 1 bis 3 und 5 bis 21 und Artikel 35 treten am 1. Januar 2024 in Kraft. Die nach Artikel 34 Absatz 4 aufzuhebenden Änderungsbefehle des MoPeG sollen erst gar nicht in Kraft treten. Die Aufhebung soll daher jeweils bereits am Tag nach der Verkündung des Gesetzes (Artikel 36 Absatz 1) und vor Inkrafttreten des MoPeG (1. Januar 2024) in Kraft treten.

Absatz 4 – neu –

Die weitere Änderung der Abgabenordnung (Artikel 24), die weitere Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung (Artikel 26) und die weitere Änderung des Bodenschätzungsgesetzes (Artikel 33) treten am 1. Januar 2025 in Kraft.

Absatz 5 – neu –

§ 24 GrEStG (Artikel 29) tritt am 1. Januar 2024 in Kraft und wird – im Ergebnis – mit Ablauf des 31. Dezember 2026 aufgehoben. Die Aufhebung (Artikel 30) tritt am 1. Januar 2027 in Kraft.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Lennard Oehl
Berichterstatter

Antje Tillmann
Berichterstatterin

